

Aus fünf Jahren Festungshaft

Von
Anton Graf Arco auf Valley



Regensburg 1925
Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und
Kunstdruckerei A.-G., München-Regensburg

STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LP9-R30A
U.B.C. LIBRARY

25 p.
a. ph

THE LIBRARY



THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Gift of
H. R. MacMillan



Aus fünf Jahren Gefangenschaft

Geschichtspolitische
Betrachtungen über das Mittel-
Europa der deutschen Nation

Don Anton Graf Arco
auf Valten



Mit einer Kartenbeilage

Regensburg 1925. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz,
Buch- und Kunstdruckerei A.=G., München-Regensburg.

Herrn Geheimrat Dr. Georg Heim

in aufrichtiger Verehrung gewidmet.

Der Verfasser.

Inhalt

Vorwort	VII
-------------------	-----

Gedanken zu Deutschlands Sturz und Neubau

Vor hundert Jahren	1
Vom Staatenbund zum nationalen Einheitsstaat	4
Vom Nationalstaat zur Großmacht	10
Wendung in Bismarcks Politik	19
Weltpolitik zwischen zwei Stühlen	24

Das Mitteleuropa der deutschen Nation

Deutsche Verluste durch den Gewaltfrieden von Versailles 1919	43
Deutsche Verluste durch den Gewaltfrieden v. Nikolsburg 1866	65

Deutsche Probleme und ihre Lösung

Großdeutsch=kleindeutsch	96
Spezifisches Preußentum	111
Föderalismus—Unitarismus	126

Schluß

Föderalismus ein Weltproblem	130
--	-----

Nachwort	137
--------------------	-----



Vorwort

Während die Welt nach Ruhm und Mammon hastet und jagt, bannte mich ein gütiges Geschick durch menschlichen Urteilspruch in eine stille Festungstube. Läßt mich auch der Sturm und Drang meiner Jugend und ein ungeduldiges Sehnen nach Freiheit, nach einem arbeitsamen Leben manchmal zürnen, so erkenne ich doch die wohlthätige Wirkung dieser Verbannung an.

Körperlich von der Welt getrennt, erlebe ich mit ihr die schnellläufigen Zeitgeschehnisse unseres revolutionierenden Jahrzehntes; ja vielleicht noch reiner und abgeklärter kann ich mir hier ein Urteil bilden, weil nicht mit in persönliches und parteiliches Intrigenspiel hineingezogen oder davon beeinflusst. Ein gewöhnlicher Sterblicher, der dem Leben täglichen Unterhalt abringen muß, wird niemals in dem Maße in der Lage sein, aus Geschichte und Gegenwart sich ein rechtes und echtes Bild zu entwerfen, als ein Mönch und Einsiedler.

In Kultur und Volkswirtschaft ist die Geschichte die Grundlage unseres Wissens, sie fördert die klare Erkenntnis des Weltenlaufs und weist uns endlich bei vermeintlichem Abschluß einer Entwicklungsperiode oder bei vermeintlichem Beginn einer neuen, auf den immer regen Menscheng Geist, der immer wieder in seiner Überhebung und seinem Dünkel neues Irdisches zu gründen und Ewig-Göttliches zu ergründen sich vermißt. Menschen kommen und gehen, Revolutionen kommen und gehen. Der christliche Gedanke jedoch und der Heimatgedanke, sie umfassen, wohl schwankend in ihrer Kraft, aber überdauernd alle Stürme, in Liebe zur überirdischen und irdischen Heimat, die engeren Volksgenossen und glücklich der, der die Geschichte seiner Heimat vom tiefsten Stand der christlichen und vaterländischen Sonne auf der Bahn nach Aufwärts erleben und die Wiedergeburt mit frischen Kräften fördern darf. Wie die Morgen Sonne erfrischend und verjüngend mit ihren Strahlen die Arbeitsstätte des Menschen vergoldet, so sollte es auch reinstes Glück sein, selbst in der Blüte der Jugend dem

Wachruf zur Morgenarbeit am Neuaufbau der Heimat zu folgen. Nach schrecklichen Träumen von Hölle, Tod und Teufel — o wären sie nur solche gewesen! — mit schwerem Kopf hinaus in taufrische Wiesen, Feld und Wald und mit neubelebten Kräften an die Arbeit! Und doch, es kehren schon schreckliche Träume in ihren schaurigsten Momenten in des Menschen Erinnerung zurück. Werden aber erst diese Revolutionen der Nacht Wirklichkeit und zeigen sich so Verrat, Feigheit, Treubruch, Meineid als teuflische Mörder der besten Eigenschaften eines Volkes, soll da der Tapfere nicht zaghaft, der Charakter nicht Feigling werden?

„Vor allem eins, mein Kind, sei treu und wahr,
Laß nie die Lüge deinen Mund entweihn.“

Für den Charakter ist es von der Tradition und Überzeugung zur reinigenden Wahrheit nur ein kurzer und gerader Weg. Ein Scharlatan wird hier in Übertreibung, ein Feigling oder Verräter in Besinnungslumperei fallen.

Nach dem Kampf mit der Waffe für unser Heimatland will ich nun nicht länger rasten und in den geistigen Kampf um Heimat und Volkstum eintreten, um mein über alles geliebtes Bayernland, der zugleich den Kampf der Geister bedeutet für die Erneuerung der großen deutschen Volksgemeinschaft, für das mitteleuropäische Problem. Wie die Geschichte des deutschen Volkes die Geschichte der einzelnen deutschstämmigen Staaten ist, so werden wir nur zur Erneuerung des deutschen Gemeinwesens gelangen durch Nutzbarmachung der kulturellen Kräfte der deutschen Einzelstaaten. Daher gilt es, die frischen, jugendlich flutenden Wellen in das Bett des deutschen Stromes mit seinen Quellen, Bächen und Flüssen zu leiten, die verschieden in ihren Gesteinen, unterschiedlich in ihrem Gefälle, mannigfach schillernd unter Wahrung berechtigter, in tausendjähriger Geschichte begründeter Eigenart verschieden zu regulieren und auszubauen sind. Auch Vater Rhein dürfte nach einem anderen Schema reguliert werden als seine Nebenflüsse und auch diese wieder verschieden untereinander. Ein falsches Schema aber, das der Eigenart nicht entspricht, könnte eine Quelle für den Hauptstrom zum Versiegen bringen, während sie sich ein neues Bett grübe. Möge die deutsche Jugend, die deutsche Zukunft, aus den Fehlern der Alten lernen.



Gedanken zu Deutschlands Sturz u. Neubau

Vor hundert Jahren

Nur fünf Jahre sind verflossen, seit eine geist- und ideenlose Revolution ihre zerstörenden Kräfte zur Vollendung des moralischen und materiellen Niederganges der Mittelmächte als Reaktion auf eine Periode des Überkapitalismus, der Übermechanisierung und dabei der Entsittlichung der Volkskräfte entfalten konnte. Und schon entrollt sich in deutschen Landen die alte deutsche Frage, aber auf völlig neuer Grundlage, da Mitteleuropa nach Entfesselung all der seit hundert Jahren aus traditionellen, wie wirtschaftspolitischen Gründen gezähmten völkischen Leidenschaften zum Unglück seiner Nationen und Stämme seit jenen Novembertagen des Zusammenbruches balkanisiert ist.

Fragen wir uns nach den Gründen, wieso trotz aller wirtschaftlichen Not, trotz vielfacher Parteispaltungen die deutsche Frage zum vorzüglichsten Zankapfel sich entwickelt, so muß der unvoreingenommene Beobachter feststellen, daß gerade weiteste Kreise der deutschen Volksgemeinschaft, die trotz der Blut- und Eisenpolitik vergangener Jahrzehnte sich allein durch die kommerziell glänzenden Erfolge der letzten 40 Friedensjahre in Unkenntnis oder Gleichgültigkeit der geschichtlichen Entwicklung und Tradition irreführen ließen, stutzig geworden sind. Bis in die letzten Kriegsjahre hinein glaubte sich das deutsche Volk glücklich und zufrieden im selben Maße wie der Wohlstand wuchs, auch in der scheinbar ganz nebensächlichen Frage seiner politischen und kulturellen Entwicklung. Und seit dem Zusammenbruch, also in den letzten sechs Jahren, konnte man zwei Verfärbungen bemerken. Der Übergang von der Kriegszur Revolutionspsychose verwarf das ganze alte System in Bausch und Bogen und erwartete von den neuen Aposteln Friede, Freiheit, Brot. Doch so groß die Enttäuschung war, die dem aus der Not der

Zeit geborenen Glauben an alle Versprechungen der sogenannten Volksmänner folgte, so kräftig erwies sich die Gegenwirkung, die in manchen Kreisen durch die überstürzend hereinbrechenden Eindrücke auf einen Augenblick, fast möchte ich sagen, jede Überlegung ausschaltete. Die Panikstimmung des drohenden Bolschewismus erfaßte alle Sinne des Volkes und erst bei der Ebbe konnte sich abgeklärter Verstand ein Urteil bilden: Wie kamen wir zum Zusammenbruch?

Wir müssen hier kurz die Geschichte aufführen von der Zeit der Revolution der Völker Europas gegen den genialen Usurpator Napoleon I. War es der russische Winter, der den äußeren Anstoß gab zum Sturz des allmächtigen Korsen und seiner Herrschaft über Europa, so war es keineswegs ein Fürst, nicht ein Volk, nicht eine Führung, die die Mittelmächte zur nationalen Befreiung aufrief. Unter der Fahne des Rechts und der Freiheit, heute würde man vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprechen, sammelten sich die zur Durchführung seiner welterobernden Pläne gepreßten Völker, sowie jene, denen Napoleon ein ähnliches Schicksal zgedacht. Von der Ostsee bis zu den Alpen, vom Ural zum atlantischen Ozean scholl die Freiheitsfanfare der Völker. Und auf der Seite des Rechts war der Sieg. Wer vergleicht nicht die damalige europäische Konstellation, die aus dem Selbsterhaltungstrieb hervorgehende Annäherung und Zusammenarbeit der verschiedensten Kontinentalmächte, jenes Weltreichs, das auf zwei Weltteilen fußt und schließlich noch die Beihilfe jenes anderen Weltreichs, das als Inselreich berechtigten Anspruch hat, die größte europäische Seemacht darzustellen, also eine automatische Einkreisungspolitik Europas gegen einen ebenso genialen wie machtlüsternen Selbstherrscher, mit jener Lage, in die sich das nachbismarckische Preußen-Deutschland bei Beginn des unseligen Weltkrieges versetzt sah? Im verhängnisvollen August des Jahres 1914 ließ der deutsche Botschaftsrat v. Kühlmann dem Reichskanzler hinsichtlich der bevorstehenden kriegeriſchen Unternehmungen sagen: „Was wir heute versuchen, hat ein Größerer versucht und ist daran gescheitert — Napoleon!“¹⁾ Hatte er mit dieser Warnung recht?

Das ebenso gewaltige wie gewaltsame Vorgehen des Korsen löste anfänglich nur einzelne Gegendemonstrationen der um ihre Unabhängigkeit besorgten Völker aus, wie wir am Guerillakrieg in Spanien, an Preußens Erhebungsversuch (Jena und Auerstädt) und

¹⁾ Karl Friedrich Novak „Der Sturz der Mittelmächte“, S. 153, München 1921, Callwey-Verlag für Kulturpolitik.

an den österreichischen Schlachten bei Aspern und Wagram sehen. Bei Fortsetzung der napoleonischen Gewaltmethoden — dieser ersten welterschütternden Auswüchse des Militarismus, und das napoleonische Frankreich hatte mit ihnen begonnen — verdichtete sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Dessenungeachtet arbeitete Bonaparte unentwegt weiter seinem Endziel und damit seinem Sturze zu. Den Freiheitskampf der Völker krönte die Neuordnung Mitteleuropas auf dem Wiener Kongreß 1815, die in der Stiftung des Deutschen Bundes feste Gestalt annahm. Dieses Friedenswerk vereinigte 39 Staaten und freie Städte, von denen die bedeutendsten der Kaiser von Österreich, die Könige von Preußen, Bayern und der Niederlande und von Dänemark waren. Es hatte zum Zweck die Sicherung der Unabhängigkeit und Freiheit der dem Bunde freiwillig, aus eigenem Hoheitsrecht zusammengeschlossenen Staaten. Auch sollte diese Völkerkoalition den Frieden Deutschlands und darum Mitteleuropas nach außen wie im Innern sicherstellen. Die Treibhausatmosphäre bonapartistischer Unruhestiftung brachte schon nach 15 Jahren jene Einkreisung und mächtige Neuordnung der deutschen Stämme. Hundert Jahre später jedoch erlebten wir, wie das entgegen dem Sinne der Gründer aufgetakelte deutsche Staatsschiff, dessen Zweck gewesen wäre, als mächtiges europäisches Mittelreich die ruhige Fortentwicklung Deutschlands und des weiteren Europas zu gewährleisten, von einer in der Fortführung vom Nationalstaat zur Weltmacht ihren Beruf erblickenden Zentrale gelenkt, in den von allen übrigen europäischen Völkern hervorgerufenen Taifun hineintrieb und sich nunmehr, da die Karte Mittel- und Osteuropas inzwischen vollständig verändert wurde, einem dementsprechenden Neu- und Umbau von Grund auf unterziehen muß.

Bevor ich den Versuch mache, eine Art Programm zu entwerfen zum Wiederaufbau Deutschlands in seinen einzelnen Staaten an Hand alter, tausendjähriger Tradition, an Hand sechzigjähriger Rückentwicklung bis zum Zusammenbruch und nach der Gegenwart meiner engeren Heimat Bayern, soll eine kurze, scharf umrissene Skizze die größeren Etappen festhalten, die der Deutsche Bund auf dem ihn umgestaltenden Leidensweg durch Blut und Eisen zum revolutionierenden Einheitsstaat zu durchschreiten hatte. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen,“ — das gilt auch von den letzten fünfzig Jahren deutscher Entwicklungsgeschichte zur moralisch, materiell und politisch verarmten deutschen Einheitsrepublik. Ist das reine Banner der Freiheit, der Freiheit deutscher Staaten im Innern,

sowie der Freiheit des deutschen Staatenbundes nach außen den nach Mammon lüsternen Händen unserer Väter entglitten, so erhebt sich heute mehr denn je die Frage: Gibt es jetzt noch freie, charaktervolle, selbstlose Männer; gibt es nach dem traurigen staatlichen Zusammenbruch mit seinen moralischen Entgleisungen eine freie, deutschstämmige, dem Vaterlande und der Heimat ergebene Jugend, wie in den früheren ruhmreichen Zeiten deutscher Erhebung? „Was du erbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen!“

Vom Staatenbund zum nationalen Einheitsstaat

Wer es heute übers Herz bringt, einen Blick auf die nach dem Versailler Frieden neugestaltete Karte Deutschlands sowohl wie Mitteleuropas zu werfen, der wird ein Gefühl der Scham nicht los, wie herrlich weit es das einstmals im Jungbrunnen der Freiheitskriege von 1813 neu erstandene deutsche Vaterland gebracht hat. Was wir heute an Verstümmelungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker an unserer armen Heimat erleben und ertragen müssen, das verdanken wir ganz allein jener verfehlten Entwicklung zum nationalen Einheitsstaat und in seiner konsequenten Fortsetzung in der nachbismarckischen Periode zur kleindeutschen Weltmacht.

Auf dem Höhepunkt sogenannter deutscher Macht 1914 besaßen wir noch Nachbarstaaten, wie Rußland, in dessen Randprovinzen, den baltischen Ländern, das Deutschtum um seine Existenz einen stillen aber hartnäckigen Kampf gegen die Knute Väterchens führte. Es war das Kolonialgebiet eines tüchtigen Volkes, das jahrhundertelang brach lag, ohne Stütze am Mutterlande zu finden, weil die Hilfe, die Preußen in den Freiheitskriegen von Rußland in Anspruch genommen hatte, sowie die sogenannte traditionelle Freundschaft zwischen den Häusern Romanow und Hohenzollern zur Preisgabe der dortigen Deutschen führte, — gegen Bruderstämme an der Südgrenze zwar bewies dasselbe Preußen später nicht soviel zarte Rücksichtnahme —. Dagegen glaubte der Hohenzollernstaat während der unglücklichen Entwicklung des Dualismus im Deutschen Bund sein Kolonialgebiet nach dem Süden Deutschlands verlegen zu müssen. Dorthin trachtete man preußische Kultur hinzutragen und bot der Deutsche Bund den preußisch-partikularistischen Expansionsgelüsten nicht den

rechten Boden, warum sollte man nicht mit Gewalt diesen Boden schaffen? Von Sybel schreibt in seinem Werke: „Die Begründung des Deutschen Reiches“¹⁾: „Ganz abgesehen von Politik und Kirche erschien den Bayern und Schwaben damals der Preuße und vollends der Berliner als der Typus alles Preußentums, durchaus abstoßend im Verkehr.“ Wie heute den Deutschen in Europa, so erging es damals den Preußen in Deutschland: „In Respekt hatte man sich gesetzt, aber die Keime der Neigung entwickelten sich verzweifelt langsam.“²⁾ Der wahre deutsche Beruf Preußens lag aber in der Durchdringung seiner Provinzen und in der Kolonisation nach Osten. Indem es diesen verfehlte und Deutsche zu kolonisieren versuchte, stürzte es Deutschland und Mitteleuropa ins Unglück. Die größte Macht im Deutschen Bund war Österreich, da es dem größten, jemals versuchten Friedensbund die Grundlage gab, indem es die verschiedensten Völker von den Karpaten zum Inn, vom Erzgebirge bis ans Mittelländische Meer umfaßte. Waren es in ihr nicht die Deutschstämmigen, die den Kitt der alten Habsburger Monarchie bildeten und einen ihrer Zahl nach unverhältnismäßig großen Einfluß ausübten? Die Mähren, Deutsch-Böhmen und Egerländer in der heutigen Tschecho-Slowakei, die Schwäbischen Kolonisten in Siebenbürgen, von den deutschen Kronländern abgesehen, sie alle, die nach der Verstümmelung des Nationalstaates sich einsam und verlassen gleichsam auf verlorenen Posten fühlen, wären bei einer weiteren friedlichen Ausgestaltung der groß-deutschen Völkerfamilie mit gestärktem Bewußtsein ihrer christlichen und deutschen Kulturaufgabe ein mächtiger Faktor geworden, das ausgleichende Vorfeld im wirtschaftlichen Kampf zwischen Deutschland und Panlawismus.

Müheloser und nützlicher für eigene preußisch-egoistische Machtpläne erschien die gewaltsame Eroberung ältesten deutschen Bodens; darum wich man von der traditionellen Bahn der friedlichen Germanisierung ab, obwohl eine stärkere Durchdringung, z. B. der Provinz Posen, diese heute wohl auch nach dem Selbstbestimmungsrecht bei Preußen und des weiteren bei Deutschland erhalten hätte. Mag man die Verfassung des Deutschen Bundes heute auch noch so sehr ob ihrer Ohnmacht bespötteln und verwerfen, kein Geringerer als unserer bayerischer Universitätsprofessor Dr. Döberl muß in seiner „Entwicklungsgeschichte Bayerns“ (Bd. II. S. 458) einräumen, daß der noch dazu unter positiver Mitwirkung Steins und Hardenbergs be-

¹⁾ 5. Auflage, 1885. Bd. VI, S. 6.

²⁾ ebendort.

gonnene Deutsche Bund ohne Zweifel entwicklungsfähig war und nicht wie die bismarckischen Gewaltanbeter wissen wollen, ein totgeborenes Kind. Ebenso wie unter Bismarcks Händen die Emser Depesche von einer Schamade sich zur Fanfare wandelte, so sabotierte Bismarck auch planmäßig den Deutschen Bund. Denn jener ausgeprägte Dualismus zwischen Preußen und Österreich entwickelte sich besonders unter der Pflege und Förderung Bismarcks, wie er ja selbst in seinen „Gedanken und Erinnerungen“¹⁾ in einem Brief des Jahres 1863 an den Gesandten in Paris, Graf Robert von der Goltz, schreibt: „Die Frage ist, ob wir eine Großmacht sind oder ein deutscher Bundesstaat.“ Und er antwortet: Wir werden unsere Stellung in Deutschland und Europa nur dadurch wiedergewinnen, daß wir „zuerst Großmacht, dann Bundesstaat sind.“²⁾ Sind das nicht klare Worte, denen die Tat auf dem Fuße folgte, und aus denen deutlich genug hervorgeht, daß es 1866 dem Preußen Bismarck nur darum zu tun war, sich diese europäische Großmachtsstellung zu erkämpfen? Österreich war es schon. Preußen wollte es erst werden. Was bedeutet es, wenn heute über den leidigen Dualismus vor 1866 hergezogen wird? In der halbhundertjährigen Zeit des Deutschen Bundes von 1815–66 war das deutsche Mitteleuropa des tausendjährigen heiligen römischen Reiches deutscher Nation in neuem Verbande erstanden. Die Präsidialmacht, aber primus inter pares war unbestritten Österreich.

Zur Klärung der Geister über den sogenannten „bismarckischen Föderalismus“, auf den der preußische Ministerpräsident 1866 hinarbeitete, und den er 1871 erreichte, diene die Begriffsbestimmung „Bundesstaat“ von Univ.-Prof. Dr. Nawiasky³⁾: „Zum Wesen der Rechtsordnung gehört ihre Ableitung aus eigener Macht, ihre Ursprünglichkeit. Sowohl die Rechtsordnung des Bundes als auch die jedes der Glieder muß die Eigenschaft „ursprünglich“, „unabgeleitet“ aufweisen. Daraus folgt, daß alle diese Rechtsordnungen nebeneinander stehen müssen, keine der andern übergeordnet oder untergeordnet sein darf. Daraus ergibt sich aber weiter — und das ist gegenüber der abweichenden Meinung der herrschenden Lehre besonders zu betonen —, daß die Herrschaft des Bundes und die Herrschaft der Glieder einander gleichgeordnet sein müssen, daß es ebensowenig eine der Glieder über den Bund wie des Bundes über die Glieder geben kann.“

¹⁾ II. Bd., Ausgabe 1921, Seite 2. ²⁾ Seite 3. ³⁾ „Der Bundesstaat als Rechtsbegriff“, Tübingen, 1920, Seite 21.

Bismarck, der preußische Monarchist, scheute auch nicht zurück, zur Verstärkung der hohenzollernschen Macht den schärfsten Annexionismus im Inneren Deutschlands zu treiben. Es war die Revolution von oben, die er kommenden Geschlechtern wies, als er nicht davor zurückschreckte, im Annexionsgesetz vom 17. August 1866 Hannover, Kurhessen und Nassau Preußen einzuverleiben, indem er drei Souveräne vertrieb. Und welchen Erfolg diese Politik hatte, das sehen wir heute, da fünfzig Jahre nach Einverleibung dieser Staaten in den preußischen Bau, nachdem nunmehr die Revolution das Band der Gewalt und Macht löste, und das Selbstbestimmungsrecht auch für die innerdeutsche Gruppierung Geltung erhielt, in Hannover sowohl wie in Hessen, aber auch in den viel älteren preußischen Provinzen in Oberschlesien und in den Rheinlanden sich der kräftige Wunsch nach Autonomie äußert. Und nur durch die Rücksicht auf die andauernde französische Gewaltpolitik sind die Autonomiebewegungen im Staatskörper Preußen momentan stillgelegt. So wenig moralische Eroberungen konnte das Neupreußentum seit 1866 machen. Zielbewußt arbeitete Bismarck auf den Bruderkrieg von 1866 hin, um Preußens zukünftige Hegemonie in Kleindeutschland durch Vergrößerung speziell der preußischen Macht zu sichern. Die Art, wie der Krieg von 1866 von seiner Seite vorbereitet und entfacht wurde, beleuchtet klar und eindeutig die vorzügliche Schrift „Zur Geschichte der „Stoß ins Herz“-Depesche“ des Grafen Ussedom (17. Juni 1866)“ von Prof. Max Scagans, Tyrolia-Verlag, Innsbruck, worauf zu verweisen ich mich hier beschränken möchte. Bismarck empfahl auch, wie er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ angibt, im ersten Conceil nach dem Tode Friedrich VII. von Dänemark dem König Wilhelm von Preußen ein Gleiches zu tun wie seine Vorfahren und er zählte alle jene Eroberungen auf: Hohenzollern, Rheinprovinz, Polen Schlesien, Pommern etc. Auch hier frage ich, hat er nicht Preußens kulturelle Kräfte weit überschätzt? Selbst sein König setzte ihm die Moral entgegen: „Ich habe kein Recht auf Holstein!“¹⁾ Aber Bismarck führte sein Volk über so kleinliche Bedenken hinweg und konnte mit Genugtuung nach den ersten „Mehrungen“ seines Reiches beim König einen psychologischen Wandel wahrnehmen, „ein Geschmack finden an Eroberungen“!²⁾ Beim dritten deutschen Bundeschießen in Wien lautete die konzentrierte Anklage über die Minderung deutscher Kraft durch Ausschluß Österreichs³⁾: „Auch früher haben nicht-

¹⁾ Bd. II, Seite 12. ²⁾ Bd. II, Seite 19.

³⁾ Bd. XXV, Weltgeschichte von Dr. J. B. Weiß, Seite 551.

deutsche Nationalitäten das Bundesgebiet bewohnt, allein welcher furchtbarer Unterschied in ihren Ansprüchen, seit Österreich hinausgedrängt wurde aus dem deutschen Staatenverband! Früher hatten jene das Bewußtsein, daß sie die Minderheit im großen Deutschland sind. Das Bewußtsein, daß hinter uns Österreichern eine große mächtige Nation steht, hat sie Achtung gelehrt; und da die deutsche Civilisation ihnen große Gaben gebracht, so haben sie sich gefügt und ihre Ansprüche sind bescheiden geblieben. Heute — wenn wir nicht alle insgesamt festhalten, damit die Brücke wieder geschlagen werde, welche die deutsch-österreichischen Bundeslande wieder mit Deutschland vereinigt, — könnten sie das traurige Beispiel erleben, daß dieses deutsche Österreich dem Schicksal der russischen Ostsee-Provinzen verfällt!“ So hieß es im Jahre 1868 in Wien. Fünfzig Jahre später hatten die Mehrungen Bismarcks auf Kosten Deutschlands das deutsche Österreich, einen mächtigen bis 1866 von deutschem Einfluß durchsetzten Staat, zerstückelt, starke deutschstämmige Bevölkerungskreise in die Minderheit gedrängt und den slavischen Nationalitäten ausgeliefert.

Den Deutschen Bund, der den in ihm zusammengeschlossenen Staaten ein halbes Jahrhundert lang den Frieden erhalten hatte, und den nur eine gegen Deutschtum und deutsche Bruderstämme rücksichtslos durchgeführte preußische, auf machiavellistischen Grundsätzen aufgebaute Machtpolitik in einem Bruderkrieg sprengen konnte, löste der Norddeutsche Bund ab. Wenn gesagt wird, der Deutsche Bund sei nicht genügend Machtinstrument gegen das Ausland gewesen, so beweist klar und deutlich, wie falsch diese Annahme ist, daß kaum ein Jahr nach seiner Auflösung, Frankreich mit den Niederlanden wegen Abtretung von Luxemburg in Unterhandlungen stand. Die Niederlande waren ja seit Auflösung des Bundes nicht mehr im deutschen Staatenverband, ebensowenig wie Dänemark. Holland, diese alte deutsche Grenzmacht, ging dem Deutschtum in seiner Gesamtheit verloren, ebenso wie Luxemburg durch seine Neutralisierung. Beachtenswert ist das Hinzukommen einer neuen Großmacht, auf der zur Lösung der luxemburgischen Frage einberufenen Konferenz, nämlich Italiens, das eben dem Machtkampf Preußens gegen Deutsche seine Einigung verdankte. Auf der ganzen Linie hatte Preußen gesiegt, Deutschtum und deutsche Kulturkräfte im Bruderkampf in gleichem Maße eingebüßt. Daraus ist deutlich die Tendenzlüge zu erkennen, daß der Deutsche Bund nicht genügend Schutz nach außen bot. Aber gerade, daß er nebenher ein zweckmäßiges

Friedensinstrument nach außen wie im Innern geworden wäre, das paßte nicht in Bismarcks Pläne, in das Streben nach höchster Machtentfaltung preußischen Partikularismus.

Wie der Norddeutsche Bund, so hatten sich die süddeutschen Staaten ebenfalls zu einer Militärkonvention in Stuttgart zusammengeschlossen. Klar wird die Neugestaltung der deutschen Stämme auf Grund der kleindeutschen Idee und dazu die spezielle Stellungnahme Bayerns auf dieser neuen Grundlage ausgedrückt in einer Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Fürst Hohenlohe vom Jahre 1867¹⁾: „Preußen war beim Prager Frieden veranlaßt, sich auf die Bildung eines engen Bundesverhältnisses nördlich des Mains zu beschränken Ich muß überdies offen aussprechen, daß die Entwicklung des norddeutschen Bundesverhältnisses, wie sie sich jetzt gestaltet, eine so entscheidende Hinneigung zum Einheitsstaat bekundet, daß ich es mit der Würde des Landes und den Pflichten der Staatsregierung nicht vereinbar halte, den bedingungslosen Eintritt in diesen Norddeutschen Bund anzustreben. . . .“ Als die Franzosen auf den Ausbruch des Revanchekrieges für 1813 hinarbeiteten und in Verkennung des deutschen Zusammenhaltens mit einer Isolierung Norddeutschlands rechneten, da war es Bayern, das unter seinem König Ludwig II. in der Lösung der deutschen Frage voranging. Hatte auch Bismarck zur Vorbereitung des Bruderkrieges durch eine dilatorische Behandlung von Zugeständnissen in mündlicher Besprechung mit Napoleon, die in greifbarer Gestalt einen schmachvollen Verrat am Deutschtum bedeutet hätten, der Neutralität Frankreichs zur Bekämpfung des deutschen Österreichs und Stärkung der Hohenzollernschen Hausmacht sich versichert, so brachte 1870, im Gegensatz zu solchem Verhalten, Bayern das Opfer, unter preußischem Oberbefehl im sicheren Ausblick auf die kommende Entwicklung zum preußischen Einheitsstaat, ja sogar gegen eine in unserem Bayernland starke anti-preußische Strömung ohne Zögern sich voll einzusetzen. Und beim siegreichen Ausgang dieses Feldzuges krönte sogar Bayern das 1866 begonnene Werk der Verpreußung Deutschlands.

Äußerlich nach der Verfassung und Gesetzgebung schien dieses neue Deutschland dauerhaft. Doch mancherorts, wo der Kern der Heimatliebe noch nicht angefaßt war, wo die Treue und Liebe zu Land, Volk und dem seit vielen Jahrhunderten angestammten Herrscherhaus an die Oberfläche durchdrang, da schmolz die Einheits-

¹⁾ Weltgeschichte Dr. J. B. Weiß, Bd. XXV, Seite 498.

glasur weg vor der Glut treuer Patriotenherzen. Die Ablösung des bayerischen Raupenhelmes durch die Pickelhaube war nur mehr eine der letzten Nieten am Kürass der Germania. Und diese glänzend blinkende Rüstung blendete weite Kreise des deutschen Volkes, nicht aber das Ausland. Das milizartige Militärwesen des Deutschen Bundes war für eine defensive Unternehmung des Mittelreiches völlig ausreichend und sicherte den europäischen Frieden mit dem geringsten Aufwand an Rüstungen und Mitteln, solange die Bundesglieder guten Willens waren und nicht partikularen Großmachts träumen lebten. Vor allem die Flottenpolitik reizte das ganze Ausland gegen das von Preußen gestützte Deutschtum. Hatte doch 50 Jahre lang die junge deutsche Eiche sich frei entfalten können in allen ihren Zweigen und Ästen; nunmehr war sie von Preußens Macht beschnitten, der junge Stamm verhindert an der Entfaltung neben und inmitten alter, mächtiger Bäume. Und je stärker sie mit waffenstarrenden Zäunen gegen die Nachbarn besetzt wurde und je mehr die Keimzellen im Innern verkümmerten, je rascher mußte der gegen Recht und Tradition, mit Blut und Eisen geschmiedete Nationalstaat den ihn selbst gestaltenden anti-sittlichen und anti-moralischen Kräften, die sich in Machtdünkel und Mammonismus austobten, dem Gegen- druck der ganzen übrigen civilisierten Welt erliegen.

Vom Nationalstaat zur Großmacht ~ ~

Der dritte Krieg, den Preußen unter Bismarcks politischer Führung unternahm, war siegreich beendet. Die Evolution der deutschen Stämme zur europäischen Mittelmacht, die allein die friedliche Entwicklung Europas hätte gewährleisten können, die auch im Sinne der Gründer des Deutschen Bundes lag, war gewaltsam in die Bahn der Revolution gedrängt worden, mit dem Endziel, das Bismarck seinem König gegenüber, vor Friedensschluß mit Österreich 1866, mit dem Satze bezeichnete: ¹⁾ „Unsere Aufgabe ist die Herstellung oder Anbahnung deutschnationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen.“ Hatte das Jahr 1866 unter Verdrängung Österreichs die Hegemonie Preußens im verstümmelten Deutschland gebracht und der siebenziger Krieg die Einheit noch gefestigt, so suchte der Kanzler nunmehr die Pause zur Konsolidierung des deutschen

¹⁾ II. Bd., Seite 52.

Neubaues durch Enthaltſamkeit in der Großmachtpolitik nach außen zu erreichen und damit den zu erwartenden Revanche-Konflikt mit Frankreich durch geſchickte Bündnispolitik hinauszuschieben. Zur Orient-Politik ſchreibt er im 2. Band ſeiner „Gedanken und Erinnerungen“: ¹⁾ „Dem Vorteil, den der deutſchen Politik ihre Freiheit von direkt orientalischen Interellen gewährt, ſteht der Nachteil der zentralen und exponierten Lage des Deutſchen Reiches mit ſeinen ausgedehnten Verteidigungsfronten gegenüber.“ Und auch in ſeiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 ſtimmt er die Klage von der ungünſtigen geographiſchen Lage Deutſchlands an. Das Deutſchland des Deutſchen Bundes war doch wohl auch in den 50 Friedensjahren als 70 Millionen-Volk zentral gelegen, nur daß bei einem derartig großen, mächtigen Mittelreich von einer Exponiertheit, die doch gefährliche Bedrohungen auf der einen Seite und geringe Macht auf der anderen zur Vorausſetzung hat, nicht die Rede ſein konnte. Es wäre dann kaum nötig geweſen „Vertrauen zu erzeugen“, ²⁾ weil es der Deutſche Bund ſchon beſaß und in Verfolgung dieſes Friedensziels auf jede Machtpolitik zu verzichten, wie es Bismarck ſeinen Nachfolgern im Amt empfehlen zu müſſen glaubte. Sein Werk war die kleindeutſche Großmacht und bei Abſchluß und Beſichtigung deſſelben ſuchte er ſeine Landsleute zu überzeugen, daß dieſe Großmacht, um gegenüber den verſtimmten Nachbarn „befriedigt und friedliebend“ ³⁾ zu erſcheinen, auf Machtpolitik verzichten müſſe.

Doch bevor wir in der Fortſetzung die aus Bismarcks Großmacht in logiſcher Entwicklung entſtandene Weltmachtſtellung, die Erfolge und Mißerfolge ihrer Politik in großen Umriffen, möglichſt im Zuſammenhang mit dem Nachlaß des Privatmannes Bismarck beſprechen, gilt es noch die Etappe der inneren Einheitsbewegung zu bewerten, wie ſie Bismarck nach dem ſiebziger Krieg im Kulturkampf begann mit dem Endziel, unter Beihilfe der preußiſch-proteſtantiſchen Bureaukratie, die Unterſtützung des Liberalismus nicht verſchmähend, im Katholizismus die Großdeutſchen zu vernichten. 1872 erkennt Bismarck in einer Rede im Herrenhaus den bisherigen konfeſſionellen Frieden Europas an. „Dieſer Friede ſing an minder ſicher für uns zu werden von dem Augenblick, wo Preußen und mit ihm die evangeliſche Dynaſtie eine ſtärkere Entwicklung nahm.“ ⁴⁾ Das hieß alſo, nach dem politiſchen Einheitsſtaat unter den Hohenzollern nun den religiöſen unter dem proteſtantiſchen Preußenhauſe! 300 Jahre

¹⁾ II. Bd., Seite 306. ²⁾ II. Bd., Seite 307. ³⁾ II. Bd., Seite 307.

⁴⁾ Bd. XXV, Weiße, Weltgeſchichte, Seite 745.

früher mußte sich das Volk jeweils nach der Religion seines Landesvaters richten. Zu diesem erhebenden Zustand wollte uns der Reichsschmied zurückführen, wie er sich auch nicht scheute, seine Kampfansage gegen den dritten Teil des deutschen Volkes zur Stärkung der deutschen Einheit offen zu bekennen. So wenig es ihm gelang, dem Protestantismus eine breitere Grundlage zu verschaffen, ebensowenig hatte er mit der Zurückdrängung des Katholizismus Erfolg. Kaum noch war der Schlachtenlärm des Jahres 1870 verhallt, als die Kriegserklärung der preußischen Regierung gegen die eben neugebildete Zentrumsfraktion erfolgte. In den Augen Bismarcks waren Katholiken und Großdeutsche, vor allem jene hervorragenden Führer der neuen Zentrumspartei, wie Windthorst, Ketteler und Freiherr v. Franckenstein, da sie das Deutschland des Deutschen Bundes im Auge hatten, anstatt seinem Preußen-Deutschland zu huldigen, Verräter an der Einheit Deutschlands. Daß der gesamte katholische Volksteil sich zur Wahrung seiner religiösen Freiheiten in einer politischen Partei sammelte, diesen Grund wollte er nicht gelten lassen, sondern er glaubte in der Gestaltung dieses großen politischen Machtfaktors in Deutschland nur die Weisung Roms und der Jesuiten zu erkennen. Vergleicht man hierzu Bismarcks Rede im Herrenhaus, diese offene Kampfansage, wer wird da wohl noch behaupten, ein solcher politischer Selbstschutz der Katholiken wäre überflüssig gewesen? „Politisch Lied eingarstig Lied.“ Das diene als Entschuldigung jener Irreführung, die Bismarck dem Abgeordneten Graf Frankenberg gegenüber in einem Brief beging, worin er dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli die Mißbilligung der Haltung der Zentrumsfraktion in den Mund legte. Die Verstimmung Bismarcks war identisch mit jener „Verstimmung der deutschen Protestanten“, von der er in seinen Erinnerungen¹⁾ spricht und basierte auf der ablehnenden Haltung des Heiligen Stuhles, als er vom Kanzler angegangen wurde, die Friedensvermittlung zwischen dem besiegten Frankreich und dem deutschen Sieger zu übernehmen, um die Einmischung der übrigen neutralen Mächte und damit die Beschneidung deutscher Siegesfrüchte zu verhindern. War es dem Heiligen Vater zu verübeln, wenn er hier nach der Kampfsentscheidung es ablehnte, auch nur den Schein der Begünstigung einer der Streitenden Parteien auf sich zu nehmen? Ist es dagegen möglich, ohne daß die Entscheidung gefallen ist, mit Aussicht auf Erfolg zwischen den Kämpfenden zu vermitteln, — wer würde diese wahrhaft christliche Aufgabe

¹⁾ Bd. II, Seite 146.

lieber übernehmen als der Heilige Vater? Heute ist ja bereits die würdige Vermittlerrolle Papst Benedikt XV. im Weltkriege, die nur wieder am Verhalten der Weltmächte und an unberechenbaren Zufällen scheiterte, allseits anerkannt.

In hochgradiger Leidenschaftlichkeit gegen alles, was großdeutsch und katholisch war, begründete Bismarck das Schulaufsichtsgesetz, das die Loslösung der Kirche von der Schule bezweckte, damit hundertjährige Überlieferungen des deutschen Volkes umwarf und so die Vorarbeit war zur heutigen materialistischen und entchristlichten Republik. Windthorst war es, der diesen Tag, 9. Februar 1872, als den¹⁾ „verhängnisvollen Wendepunkt in der preußischen und deutschen Geschichte“ bezeichnete. „Die deutschen Staaten beruhten bisher auf einem monarchischen und christlichen Prinzip; so waren sie allen Stürmen gewachsen und entwickelten die größte Macht der Welt. Von nun an soll die Macht im Parlament ruhen . . . Durch Hinausweisung der Kirche aus der Schule wird der Staat ein heidnischer, ein Staat ohne Gott, oder er wird der Gott selbst auf dieser Erde.“ Wie überzeugend dieser Standpunkt des Zentrums wirkte und in der Tat war, ging daraus hervor, daß trotz Bismarcks Betonung seines Strebens nach dem protestantischen Einheitskaiserreich, daraufhin die protestantisch-konservative Partei ins Lager der Katholiken einschwenkte zur „Vindikation des monarchischen Prinzips gegen parlamentarische Majoritätswirtschaft“ und „zur Verteidigung des christlichen Charakters unseres Staates“, wie die „Kreuzzeitung“ am 11. Februar 1872 schrieb.

Doch, wie Bismarck in seinen Erinnerungen selbst erwähnt, bestimmte ihn vorwiegend „die polnische Seite“²⁾ zum Kulturkampf. Hier war es wiederum dasselbe Bild. Der weitaus überwiegende Teil des polnischen Volkes war katholisch, ebenso die preußischen Provinzen Posen und Oberschlesien. Das war nun in den Augen des protestantischen Staatsmannes ein Dorn tief im Fleische des preußischen Staates, der entfernt werden mußte. Macht geht vor Recht, so hieß es auch hier bei den schärfsten Verfolgungen des katholischen Volksteiles und seiner Geistlichkeit. Unter einem protestantischen Souverän ein protestantisches Volk! Trotzdem fanden sich auch hier wieder die protestantischen Konservativen mit dem Zentrum in der Opposition gegen den Kanzler. Nur wenige Monate später ging das berühmte Jesuitengesetz durch die Arena des Reichstags. Die Tätigkeit, in Wirklichkeit die überzeugende Gelehrsam-

¹⁾ Bd. XXV, Weiß, Weltgeschichte, Seite 743. ²⁾ Bd. II, Seite 149.

keit der Gesellschaft Jesu sollte gefahrdrohend für das Reich und
friedenstörend sein. Die Haltlosigkeit dieser Ausflüchte beweist die
Erwägung, wer den konfessionellen Frieden in Deutschland zu stören
begann nach dem eigenen Eingeständnis Bismarcks in seiner bereits
zitierten Herrenhausrede, sowie die Ablehnung des Antrages auf
Untersuchung gegen den verdächtigten Orden. Das Gesetz fand die
Unterschrift Kaiser Wilhelms. Es ist schon hervorgehoben, wie dieser
Kampf gegen den christlichen Gedanken bis weit in protestantische
Kreise hinein Ekel, Abscheu und Opposition weckte und sogar Bis-
marck brachte in dieser Zeit schon in einem Brief an den Kriegsmini-
ster Roon, der selber¹⁾ „diesen neu anhebenden Kaisertrubel“ sowie
die ganze kulturkämpferische Politik des Kanzlers, „des Eremiten
von Varzin“, verdammt, zum Ausdruck „im Innern habe ich den
Boden verloren durch die Desertion der konservativen Partei in der
katholischen Frage“. „Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse
sind mir zu mächtig.“ Was soll man da von der rigorosen Fortfüh-
rung dieser religiösen Spaltungspolitik, die in den Maigesetzen ihren
Höhepunkt erst noch finden sollte, halten?

In den Erinnerungen Bismarcks verteidigt er sich gegenüber
den sich in die rein kirchlichen Angelegenheiten einmengenden vier
Maigesetz-Paragraphen, nach denen es z. B. dem Staat zustehen
sollte, die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen zu regeln, nach
denen über kirchliche Angelegenheiten ein königlicher Gerichtshof
Recht sprechen sollte, damit, daß er als Ministerpräsident nicht gleich-
zeitig die Geschäfte seines Kultusministers Falk führen oder sie hätte
korrigieren können. Wer ist der Meinung, Bismarck wäre ein
Schwächling gewesen und hätte nicht seinen Standpunkt gegenüber
dem von ihm selbst berufenen Kultusminister durchsetzen können,
wenn er gewollt hätte? „Der Mißgriff wurde mir klar an dem
Bilde ehrlicher aber ungeschickter preußischer Gendarmen, die mit
Sporen und Schleppsäbel hinter gewandten und leichtfüßigen Prie-
stern durch Hintertüren und Schlafzimmer nachsetzten.“²⁾ Diese
fortgesetzten Vergewaltigungen des katholischen deutschen Volksteils
brachten das Gegenteil von innerem Frieden und Einheit. Wurde
auch in der Folge, so durch die barbarische Auflösung der Klöster,
durch die im Arnim-Prozeß erfolgte Enthüllung des von Bismarck
geplanten Eingreifens in die Papstwahl der innere Friede noch
weiter schwer gestört, so tritt doch neben einem gewissen Abebben

¹⁾ Bd. XXV, Weiß, Weltgeschichte, Seite 756.

²⁾ „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. II, Seite 152.

im Innern, die dauernde Beunruhigung in der Außenpolitik in den Vordergrund. Bischof Ketteler wurde 1875 beauftragt, ein Programm zu formulieren zur Beilegung des Kulturkampfes, zum Frieden zwischen den protestantisch-partikularistischen Mächten um Bismarck und dem übrigen katholischen und protestantischen Deutschland. Die Zurückdrängung des Katholizismus war mit materiellen Schädigungen und Gewaltmaßnahmen nicht erreicht. Diese Spekulation war mißglückt. Und wenn Bismarck in seinen Erinnerungen¹⁾ „über den ewigen Frieden mit der römischen Kurie“ prophezeite, daß dieser „nach den gegebenen Lebensbedingungen ebenso außerhalb der Möglichkeit liege, wie ein solcher zwischen Frankreich und seinen Nachbarn“, so täuschte er sich auch hier, wie die Folgezeit, bis zum heutigen Tage beweist. In erhabenem Gegensatz zu diesen Anschauungen steht die erst im Jahre 1921 erfolgte Veröffentlichung des energischen, durch einen der bedeutendsten Rechtsgelehrten der Welt, Kardinal-Staatssekretär Gasparri, verfaßten und von Papst Benedikt veranlaßten Gutachtens über die absolute, rechtliche Unmöglichkeit der Auslieferung des deutschen Kaisers an die Entente, die auch England vom Auslieferungsbegehren abbrachte. So sieht die Gegenseite von Bismarcks Kulturkampf aus!

Eng verknüpft mit jenen kulturkämpferischen Methoden Bismarcks war die äußere Politik der Einschüchterung Frankreichs, mit der er glaubte, die eben entfachten Nationalleidenschaften des französischen Volkes eindämmen zu können, während er nur das Mißtrauen Englands und Rußlands dadurch gegen die neu erkämpfte Großmachtsstellung Preußen-Deutschlands weckte. In dieser Politik erwuchs ihm ein scharfer Gegner im Botschafter in Paris, Graf Arnim. Als Papstgegner hatte ihn Bismarck auf diesen Posten berufen, wo er sich in der Folge zum politischen Antipoden entwickelte. Er wies auf die Inkonsequenz des Kanzlers hin, die in der Katholikenbekämpfung lag, anstatt die deutsch-katholische Geistlichkeit zur Förderung der Einheit zu einer deutsch-katholischen Nationalkirche neben der protestantischen Nationalkirche anzuhalten. Ein weiterer Gegensatz ergab sich in der Frage der Förderung des französischen Kampfes zur Wiederherstellung der legitimen Monarchie, die nach energischer Überwindung der Pariser Kommune rasch Boden gewann. Hinter dem Rücken des Kanzlers lenkte Arnim die Aufmerksamkeit des Kaisers darauf hin, daß er als Doyen der Monarchen um der monarchischen Idee willen verpflichtet sei,

¹⁾ Bd. II, Seite 159.

die Wiedererrichtung des französischen Königreiches zu fördern. Dem Monarchisten Bismarck aber paßte dieser Ideengang durchaus nicht in seine Außenpolitik. Und wie für ihn die monarchische Idee, soweit sie nicht seinen partikularistischen Hohenzollern-Standpunkt betraf, im allgemeinen nicht ausschlaggebend war, geht aus seiner schon früher besprochenen Haltung bei der Unterwerfung des hessischen, nassauischen und hannoverschen Stammes und Vertreibung dieser deutschen Fürsten im Jahre 1866 hervor. Ebenso bekämpfte er auch die Wiederaufrichtung des französischen Königreiches, weil er von ihr eine mächtigere Revanche erwartete, als von der Republik, sowie besonders eine Stärkung des Katholizismus, also seines ärgsten Feindes. Hierzu ist ein Brief Bismarcks an Arnim vom 20. Dezember 1872 interessant, dessen Kenntnis der Veröffentlichung der diplomatischen Akten des auswärtigen Amtes von 1871 bis 77 zu verdanken ist und in dem es unter anderem heißt: „Unser Bedürfnis ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen findet. Solange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich und solange die großen Monarchien Europas zusammenhalten, ist ihnen keine Republik gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Überzeugung macht es mir unmöglich, Seiner Majestät dem König zu einer Aufmunterung der monarchischen Rechten in Frankreich zu raten, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elementes involvieren würde.“ Nur wenn es ihm gerade bequem war, so nach der Anfrage des Zaren zur Stellung Deutschlands bei einem etwaigen russisch-österreichischen Krieg, antwortete er: ¹⁾ „Unser erstes Bedürfnis sei die Freundschaft zwischen den großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren, als im Kampf gegeneinander zu gewinnen hätten.“ Wie inkonsequent diese Stellungnahme im Vergleich zu der gegenüber Frankreich war, liegt auf der Hand. Aber auch heute noch erleben wir diese Inkonsequenz, sobald die Förderung des monarchischen Gedankens sich deckt mit der Begünstigung des verhaßten Katholizismus. Ich habe da die Habsburger Frage im Auge, bei der die Hohenzollernschen Alldeutschen mit wahrer Todesverachtung, mit Lügen und Intrigen gegen die Restaurierung König Karls auf dem Throne Ungarns ankämpften und sich nicht scheuten, diesen, in seinen Motiven

¹⁾ „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. II, Seite 245.

nur edlen Herrscher, selbst im Tode noch zu schmähen. Der Gegensatz dazu ist der Einsatz Roms gegen die Auslieferung des protestantischen Kaisers, von der wir bereits oben sprachen. Auf welcher Seite ist wirkliche Toleranz?

An Stelle von Thiers wurde 1873 Marschall Mac Mahon zum Präsidenten der Republik gewählt, dessen Kabinett sich aus den drei monarchistischen Parteien zusammensetzte. Der monarchistische Staatsstreich war eben infolge der Spaltung in Legitimisten und Orléanisten vorläufig vertagt; da ließ Bismarck 1874 seinen „kalten Wasserstrahl“, wie er jene Drohdepesche an Frankreich selbst nannte, los, worin er den Krieg verhieß, wenn Frankreich weiterhin seine Politik den Zwecken der „Priesterherrschaft“ und des „Ultramontanismus“ dienstbar mache. Abgesehen von dieser völkerrechtswidrigen Einmischung in innere französische Angelegenheiten, kam in dieser Depesche sowie im Kommentar der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in der es u. a.¹⁾ hieß „sobald sich Frankreich mit Rom identifiziert, wird es eben dadurch unser geschworener Feind“ klar zum Ausdruck, mit welcher Leidenschaft Bismarck gegen die Kirche ankämpfte. Wir werden noch die außenpolitische Wirkung dieses Wutausbruches kennen lernen.

Die britische Regierung intervenierte mit gutem Erfolg und knüpfte an die Angelegenheit „unfreundliche Schritte“. Der Zar von Rußland und Fürst Gortschakoff kamen nach Berlin und überzeugten sich dort von der Sicherung des Friedens. Wenn später gesagt wurde, die Drohnote sei nur erfolgt, um das Verhalten der übrigen Mächte bei etwaiger Wiederholung eines deutsch-französischen Krieges zu prüfen, so ist solches Vorgehen wahrlich ein kostspieliges Verfahren, wobei das neu auflebende Mißtrauen in keinem Verhältnis steht zur Klärung der Mächtegruppierung. Kurz nach dem „kalten Wasserstrahl“ hieß es in einer Rede²⁾ Moltkes zur Verteidigung des Reichs-Militärgesetzes: „Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: Wir haben seit unseren glücklichen Kriegen an Achtung überall, an Liebe nirgends gewonnen. Nach allen Siegen stoßen wir auf das Mißtrauen, daß Deutschland, nachdem es mächtig geworden, in Zukunft ein unbequemer Nachbar sein könnte.“ Die Machtpolitik Bismarcks, die gewissermaßen in ihrem Aufstieg von drei Kriegen abgegrenzt wird, hat im Abstieg vom höchsten Punkt begriffen zunächst Mißgunst und Haß aller übrigen Mächte gebracht, der sich in den nächsten Jahren verdichtete und schließlich im Welt-

¹⁾ Weiß, Weltgeschichte, Bd. XXV, S. 836. ²⁾ dortselbst Bd. XXV, S. 835.

krieg sich furchtbar entlud. Das Konto schließt mit einem Verlust, der nicht wieder gut gemacht werden kann durch Weiterarbeit auf dem von Bismarck in Verkennung des deutschen Berufs falsch gewiesenen Wege, sondern allein durch gänzliche Neuorientierung innerer und äußerer Politik.

Wie Bismarck 1866 in den bekannten Unterhandlungen mit Napoleon durch nichts sagende und ebensowenig gehaltene Versprechungen sich der Neutralität Frankreichs im Kampfe um die preussische Hegemonie versichert hatte, so handelte er auch für den deutsch-französischen Krieg die russische Passivität dadurch ein, daß er einseitig von Deutschland aus den Pariser Vertrag, der doch von den vier kriegsführenden Mächten des Krimkrieges und Rußlands unter Assistenz Österreichs und Hinzuziehung Preußens geschlossen war, zu Gunsten Rußlands rektifizierte. Er hob die Beschränkung, die dem Zaren hinsichtlich der freien Aktion im Schwarzen Meer auferlegt war, auf und ermunterte dadurch Rußland mehr oder weniger, den Vertrag einseitig zu kündigen. Auch dieser Schachzug brachte ihm keinesfalls die Sympathien Englands, ebensowenig wie die der übrigen Ratifikationsmächte, insbesondere Österreichs, in welchen Ländern sich im Gegenteil ein Entrüstungsturm erhob. Schließlich einigte man sich dahin, einer Konferenz in London die Entscheidung zu überlassen, die auch zu Gunsten Rußlands die Bestimmungen des Pariser Vertrages, daß es keine Kriegsschiffe im Schwarzen Meer halten dürfe, strich, wodurch England, Frankreich, der Türkei und Österreich der Haupterfolg des Krimkrieges, nämlich die Eindämmung des Moskowitertums, verloren ging. Einen Freund gewann Deutschland an Rußland dadurch nicht, wohl aber stärkte es einen übermächtigen Nachbarn, der in allen seinen mit ihm durch die panslawistische Idee auch außerhalb seines Machtbereiches, wie in Serbien, zusammengeschlossenen Außenposten nur die Zertrümmerung des Deutschtums in Mitteleuropa, selbst sympathisierend mit Frankreich vorbereitete. Der Dank Rußlands für den energischen Einsatz, den Bismarck Deutschland in der Londoner Konferenz geleistet hatte, dauerte allerdings in dieser Zeit von 1871 bis zum „kalten Wasserstrahl“ und seiner Gegenwirkung 1875. In diesen Jahren aber ist eine klare Wendung in Bismarcks Außenpolitik zu erkennen.



Wendung in ~ ~ Bismarcks Politik

Die Hetzereien des Fürsten Gortschakoff¹⁾ anläßlich des „kalten Wasserstrahls“, sowie das einem Ultimatum ähnliche Handschreiben des Zaren 1879 bezüglich der deutschen Haltung am Berliner Kongreß bei der Regelung der Balkanfragen waren es, wie der Kanzler weiter in seinen Erinnerungen²⁾ erzählt, die ihn zum festen Entschluß brachten, unsere Unabhängigkeit gegenüber Rußland zu wahren. Zum „kalten Wasserstrahl“ ist folgende Feststellung interessant. In Bismarcks „Gedanken u. Erinnerungen“³⁾ lesen wir darüber: „In Berlin am 10. Mai 1875 angekommen, erließ Gortschakoff unter dem Datum dieses Ortes ein zur Mitteilung bestimmtes telegraphisches Zirkular, welches mit den Worten anfang: „Maintenant, (also unter russischem Druck), la paix est assurée“, als ob das vorher nicht der Fall gewesen wäre. Einer der dadurch avi- sierten außerdeutschen Monarchen hat mir gelegentlich den Text gezeigt.“ Nun ist aber in den neuesten, vom auswärtigen Amt in Berlin herausgegebenen, bisher erschienenen 6 Bänden „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914“ tatsächlich erwiesen, daß das russische Zirkulartelegramm nicht lautete: „Maintenant, also unter russischem Druck, jetzt“. Vielmehr ist Bismarck eine Unrichtigkeit unterlaufen. In Wirklichkeit lautete es: „Der Kaiser verläßt Berlin vollkommen überzeugt von der dort herrschenden versöhnlichen Stimmung, die die Aufrechterhaltung des Friedens sichert.“ Es hätte also diese Episode nach den wirklichen Tatsachen keine solche Bitterkeit bei Bismarck hervorrufen dürfen. Er kehrte wieder zu den „Traditionen des Völkerrechts von den Zeiten des römischen Reichs deutscher Nation und des Deutschen Bundes her“⁴⁾ zurück und damit zur Erkenntnis, „daß zwischen dem gesamten Deutschland und der Habsburgischen Monarchie eine staatsrechtliche Verbindung bestand, durch welche diese mitteleuropäischen Ländermassen theoretisch zum gegenseitigen Beistande verpflichtet erscheinen.“⁵⁾ Die Praxis eines Bismarck freilich wich bis hierher wohl ein wenig von dieser Überlieferung ab. Nun aber war ja Preußen-Deutschland aus „Blut und Eisen“ erstanden und auf die Donaumonarchie augenblicklich ange-

¹⁾ „Gedanken und Erinnerungen“, Bd. II, Seite 266.

²⁾ a. a. O. Bd. II, S. 272. ³⁾ a. a. O. Bd. II, S. 200. ⁴⁾ Bd. II, S. 273. ⁵⁾ ebendort.

wiesen. So besann man sich auch auf die teilweise Bluts- und Stammesverwandtschaft, sowie auf die eigentliche, seit 1866 in Vergessenheit geratene Aufgabe des deutschen Mutterlandes, „dem deutschen Element in Österreich, das die Fühlung mit der Dynastie und die Leitung verloren hatte, die ihm in der geschichtlichen Entwicklung zugefallen war“¹⁾ und war bereit, in einem deutsch-österreichischen Bündnis Österreich das wirkliche Rückgrat für diese geschichtliche Mission zu verschaffen. Außerdem war man auch in der nordschleswigschen Frage in arger Bedrängnis, denn Preußen hatte zwar im Prager Frieden von 1866 ganz Schleswig-Holstein erkämpft, das seit 1864 im gemeinsamen Besitz Österreich-Ungarns und Preußens war, jedoch hatte Preußen nur unter der Bedingung Schleswig erhalten, daß die nördlichen dänisch redenden Distrikte, — die übrigens in 50 Jahren so wenig preußifiziert wurden, daß sie durch Abstimmung auf Grund des Versailler Vertrags wieder an Dänemark fielen, — unter bestimmten Modalitäten wieder an Dänemark zurückgegeben werden sollten. Lediglich Österreich hatte das Recht, die Ausführung dieses Artikels 5 des Prager Friedens zu verlangen. Da Preußen selbstverständlich nicht daran dachte, diesen Artikel auszuführen, verzichtete Österreich im Vertrag vom 11. Oktober 1878 auf dieses Recht; das war wohl auch ein mitbestimmender Grund zur Annäherung an Österreich und zum Zustandekommen des Zweibundes. Ein weiteres Eingeständnis der Wendung in Bismarcks Politik ist einer seiner Briefe an König Ludwig von Bayern vom 10. September 1879, in dem es heißt:²⁾ „Das Deutsche Reich im Bunde mit Österreich würde der Anlehnung Englands nicht entbehren und bei der friedfertigen Politik der beiden großen Reichskörper den Frieden Europas mit 2 Millionen Streitern verbürgen. Der rein defensive Charakter dieser gegenseitigen Anlehnung der beiden deutschen Mächte aneinander könnte auch für niemand etwas Herausforderndes haben, da dieselbe gegenseitige Affekuranz beider in dem deutschen Bundesverhältnis von 1815 schon 50 Jahre völkerrechtlich bestanden hat.“ Zu den mitteleuropäischen Ländermassen, wie sie als organische Einheit im Heiligen römischen Reich deutscher Nation und im Deutschen Bund schon bestanden, gehörte natürlich auch das heutige, durch Bismarcks moralische Beihilfe und durch die Revolution geeinte Italien. Da sein neues Staatswesen sich noch nicht recht konsolidiert hatte, suchte es durch einen Krieg oder durch Bündnisse seine innere Revolutionsgefahr sowie

¹⁾ Bd. II, S. 271. ²⁾ Bd. II, S. 278.

die Komplikation mit dem Römischen Stuhl zu bannen. Frankreich war, so erzählt der Ministerpräsident Crispi in seinen Memoiren, zu stark klerikal, — und ist es da zu verwundern, daß zwei Papstgegner sich schließlich zusammenfanden?

Nachdem Bismarcks Politik in drei Kriegen und — wievielen? — Revolutionen von oben Deutschlands Einheit geschmiedet hatte, sann er noch in seinem „Cauchemar des Coalitions“ nach, wie er sein Werk ungefährdet erhalten und ausbauen könnte. Er sah die Gefahr Frankreich und wie er schon 1871 aus realpolitischen Gründen nicht geneigt war Meß zu nehmen und die Sprachgrenze vorzog, — das beweist seine Rede im Reichstag vom 11. Januar 1887, — so ließ seine ganze auswärtige Politik darauf hinaus zu verhindern, daß Frankreich Bundesgenossen für seine Revanchegedanken erhielt. Dieser Hauptgrund lag jener Bündnispolitik Bismarcks zugrunde, der das Bündnis von 1879 mit Österreich-Ungarn und von 1882 mit Italien entsprang und die 1883 noch durch einen österreichisch-rumänischen Defensiv-Vertrag ergänzt wurde. Dieser Flankenschutz brachte aber durch den dauernden Zwiespalt Österreich-Ungarns mit Rußland in gemeinsamen Balkan-Interessen die große Gefahr mit sich, daß Deutschland lediglich zum Schutze Österreichs in einen Krieg mit Rußland verwickelt werden könnte. In dieser Erkenntnis legte Bismarck noch ein drittes Eisen ins Feuer, indem er 1881 zwischen den drei Kaiserhöfen ein geheimes Abkommen erreichte, durch das in der Hauptsache sich die Vertragsmächte verpflichteten, strittige Balkanfragen am Verhandlungstisch zu erledigen, sowie bei einem Krieg mit einer vierten Großmacht ihre Neutralität zu erklären. Die Vertragsdauer war drei Jahre und 1884 wurde sie wieder um drei Jahre verlängert. Nach dieser Zeit trat Österreich einem neuen Vertrag nicht mehr bei, da erhebliche Verstimmungen mit Rußland erfolgt waren, so daß sich die Erneuerung des Abkommens mit einem geheimen Zusatz auf Deutschland-Rußland beschränkte. So entstand der sogenannte Rückversicherungs-Vertrag.

Hören wir hierüber den Leiter der Presseabteilung des auswärtigen Amtes in den Jahren 1894–1918 Otto Hammann, der nach übereinstimmenden mündlichen und schriftlichen Überlieferungen, sowie übereinstimmend mit dem 1919 veröffentlichten Vertragstext in seinem wertvollen Buch „Der mißverstandene Bismarck“ ¹⁾ schreibt: „Aus den geheimen Klauseln, die unzweideutig Rußland freie Hand in Bulgarien und für ein Aufrollen der Meerengenfrage, ohne Rück-

¹⁾ 1921, Verlag Reimar Hobbing, Berlin, Seite 58, 59.

sicht auf die Interessen der Dreibundsgenossen und Englands gewährten, sind die erwähnten vorsichtigen, verlegenen und gewundenen Äußerungen Caprivi's, Hohenlohes und Marischalls vollkommen zu erklären und zu verstehen. Unzweifelhaft waren die geheimen Klauseln mit ihrer einseitigen Begünstigung russischer Ansprüche vom Standpunkt der Loyalität aus bedenklich. Zur Rechtfertigung Bismarcks läßt sich nur sagen, daß sich der nie um Mittel und Wege Verlegene wohl bewußt war, immer noch letzten Endes bei einer Verschärfung des russisch-österreichisch-ungarischen Gegensatzes eine Schädigung der Lebensinteressen des Bundesgenossen an der Donau verhindern zu können. Auch ist zu beachten, daß ihn fünf Monate später neu erwachtes Mißtrauen gegen Rußland zu dem Privatbrief an Salisbury vom 22. November 1887 veranlaßte, dessen unmittelbarer Zweck, England zu einem engen Einvernehmen mit Österreich-Ungarn und Italien zur Aufrechterhaltung des Status quo im Orient zu bewegen, dann auch wirklich im Notenwechsel erreicht wurde. Dieser sogenannte Orient-Dreibund richtete sich im vollen Gegensatz zum Inhalt des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags gegen die russischen Pläne am Balkan.“ Mag auch der grollende Kämpfer und Hasser nach 1890, nachdem er über den Österreich gegenüber illoyalen Rückversicherungsvertrag neben anderen innerpolitischen Gründen gefallen war, in reiner Opposition dem deutschen Volk als sein Vermächtnis die Anlehnung an Rußland eingehämmert haben, so ist das doch nicht richtig. Der Brief an Salisbury, als neue Zweifel an der Zuverlässigkeit Rußlands bezüglich der panslawistischen Gefahr in ihm aufstiegen, kennzeichnet wohl am besten den radikalen Frontwechsel von Rußland zu England. Seine Reichstagsrede vom 11. Jannar 1887 nennt die Freundschaft mit Rußland noch über jeden Zweifel erhaben und sieht die größte Gefahr in dem noch nicht erledigten Prozeß zwischen Frankreich und Deutschland. Ein Jahr darauf, in der Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, kommt die Klage, daß Gott Deutschland die kriegesischste und unruhigste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt habe und auf der anderen russische kriegesische Neigungen groß werden ließ.¹⁾ „Um Liebe werben wir nicht mehr, weder in Frankreich noch in Rußland, wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte, traute Verhältniß (zu Rußland) wiederzugewinnen, aber wir laufen niemand nach!“ Bezeichnend für die Stellung Bismarcks gegenüber England ist ferner eine Mitteilung des Freiherrn Lucius von Ballhausen in seinen „Bis-

¹⁾ Otto Hammann, Seite 20.

march-Erinnerungen“, die ich Otto Hammann „Der mißverständene Bismarck“¹⁾ entnehme: „In einer Sitzung des preußischen Ministeriums vom 17. August 1889 sagte Bismarck über die allgemeine politische Lage: das ganze Ziel und Objekt der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen.“ Ähnliche Beweise wären noch manche zu bringen.

Obwohl nun lebenswichtige überseeische deutsche Interessen zur Zeit des Reichskanzlers Bismarck ebenso in Frage kamen wie später, so hielt er, wie wir sehen, in Erkenntnis der Unzuverlässigkeit Rußlands und der latenten Spannung mit Frankreich, gute Beziehungen zu England unter allen Umständen für nötig. Was aber sagen die heutigen Vorkämpfer Bismarcks, wenn sie darauf aufmerksam gemacht werden, wie der große Kanzler vorausgeföhlt hat, daß die kaiserliche Schlachtflotte ein Abschwenken Englands vom Dreibund zur Folge hätte? Die ersten Ankündigungen eines stärkeren Flottenbaues erweckten Bismarcks Mißtrauen gegen „Paradeschiffe“ und „phantastische Pläne“.²⁾ Und als von Abwehr von Angriffen auf hoher See die Rede war, äußerte er:³⁾ „Ich möchte wissen, an welchen Angreifer gedacht wird. Hoffentlich nicht an einen, der es werden könnte, wenn undeutsche Prestigesucht und eine als Feindschaftszeichen zu deutende Seerüstung ihn einer gegen Deutschland geschaffenen Koalition zutriebe.“ Ist diese Voraussage Bismarcks nicht eingetroffen? Auch sein Nachfolger Caprivi teilte diese Ansicht, wie aus seinen Worten hervorgeht, die er an einen Führer der Kolonialbewegung, Georg Irmer, richtete⁴⁾: „Mit Ihrer Kolonial- und Flottenpolitik schwächen Sie unsere territoriale Wehrkraft und bringen uns schließlich auch noch mit England auseinander, unserem einzigen natürlichen Bundesgenossen in dem unabwendbaren, für die deutsche Zukunft entscheidenden Kampf. Es kann sich für Deutschland für die nächste Zukunft nur darum handeln, wie klein unsere Flotte sein kann und nicht wie groß.“ Die Steigerung des handelspolitischen Wettbewerbs zwischen England und Deutschland, dessen koloniale Erwerbungen besonders von '884 bis 1886 noch unter die Kanzlerschaft Bismarcks fielen, hätten nie und nimmer zur politischen Feindschaft zwischen den beiden Völkern führen brauchen, wenn Deutschland nach Bismarcks Vorbild nur in Fühlung mit England deutsche Überseebestrebungen verfolgt hätte. Mit dem Beginn des großen Flottenbaues, besonders aber durch die

¹⁾ Seite 21. ²⁾ Seite 159. ³⁾ ebendort.

⁴⁾ „Das Zeitalter des Imperialismus“, von Heinrich Friedjung, Bd. I, S. 127.

geräuschvolle Agitation des Flottenvereins und der Alldeutschen, die eine offensive Ausdeutung des Flottenprogramms anstrebten und durch den weiteren Ausbau einer Großkampfflotte, die sich seit dem Flottengesetz von 1900 nicht mehr auf Küstenverteidigung und Überseedienst beschränkte, vielmehr an die 2. Stelle unter den Weltflotten herauf rückte, begann die beruhigte Übermachtstimmung in England einer Verärgerung und Verfeindung zu weichen.

Weltpolitik zwischen zwei Stühlen ~ ~ ~

Nach Bismarcks Rücktritt bedeutete das erste deutsch-englische Kolonialabkommen 1890, wie wir heute nach Beendigung des Weltkrieges besonders gut erkennen können, eine Vermehrung der allgemeinen Bewegungsfreiheit Deutschlands gegenüber England. Der Entrüstungsturm, der bei Erwerb Helgolands (1890) im Austausch mit Sansibar einsetzte und der behauptete, der „Schlüssel für ganz Afrika“ sei für einen „Hosenknopf“ hingegeben worden, kann heute diese Leute bezw. ihren praktischen Blick am besten kennzeichnen. Gerade dieser Vertrag war es, an dessen Nützlichkeit heute wohl kein Deutscher mehr zweifelt, der zur Gründung des „allgemeinen deutschen Verbandes“ führte, der sich später zu den „Alldeutschen“ auswuchs. Daß Bismarck auch zu den Gegnern des Helgoland-Vertrages gehörte, ist doch wohl nur aus seiner Oppositionsstellung gegenüber dem „neuen Kurs“ verständlich. Da kannte sein Haß keine Grenzen, wie ja überhaupt der 3. Band seiner „Gedanken und Erinnerungen“ charakteristisch für die größte Rücksichtslosigkeit ist, die Bismarck neben seiner konservativ-hohenzollernschen Überzeugung anwandte. „Der alte Kurs“, den nach Bismarcks Rücktritt Kaiser Wilhelm II. beibehalten zu wollen vorgab, ging im Laufe der Jahre merklich in den „neuen Kurs“ über, wie er schließlich allgemein genannt wurde. Die zentralistische Reichsverfassung Bismarcks gab ja dem jungen Kaiser die verfassungsmäßige Möglichkeit, die Leitung der äußeren Politik völlig an sich zu reißen. Ist das besonders verwunderlich, da ja dem Kaiser ohne Mitwirkung des Bundesrates und des Reichstages das Recht zustand, den leitenden Staatsmann zu entlassen? So sah jene sogenannte föderalistische Verfassung aus, die das Ideal der Deutschnationalen heutigen Tages noch ist. Diese absoluten Rechte nützte der Kaiser auch voll aus und fuhr, wie wir

sehen werden, „Voll dampf voraus“! Wer hatte denn anders als Bismarck selbst, den ehemaligen Deutschen Bund, den Mitteleuropäischen Großdeutschen Staatenbund zum Nationalstaat und zur lüsternen Großmacht degradiert? Und war nicht auch ohne Bismarck, wie ja teils noch zu seinen Lebzeiten, diese neue nur natürliche Fortentwicklung zur Weltmacht mit all ihren Ecken und Kanten eine gegebene Selbstverständlichkeit? Das Bismarckische Reich war aus preußischem partikularem Egoismus unter Anspannung aller aus diesem entsprungenen Kräfte entstanden, und war das Kleid aus dieser Entwicklung bei Bismarcks Rücktritt zu klein, so brachte der Ausbau auch einen Ausbau zum Imperialismus mit sich, nach dem Muster anderer, älterer Weltmächte. Die Geister, die Bismarck rief, wurde Deutschland nicht mehr los. In seiner berühmten Reichstagsrede von 1888 heißt ein Passus¹⁾: „Wir hatten ja früher in den Zeiten der heiligen Allianz eine Menge Geländer, an denen wir uns halten konnten und eine Menge Deiche, die uns vor den wilden europäischen Fluten schützten. Da war der Deutsche Bund und dessen eigentliche Stütze, Fortsetzung und Vollendung: die heilige Allianz. Wir hatten Anlehnung an Rußland und Österreich und . . . die Garantie der eigenen Schüchternheit. Das alles ist uns abhanden gekommen . . . Der Deutsche Bund ist durch uns (!) zerstört worden, weil die Existenz, die man uns in ihm machte, weder für uns (wohl Preußen), noch für das deutsche Volk (in letzter Linie) auf die Dauer erträglich war.“

Anfangs suchte der deutsche Kaiser, der Deutschlands Zukunft auf dem Wasser zu sehen glaubte, neben der Förderung der Flottenpolitik, entsprechend dem eigentlichen Geist des großen Kanzlers seit der Wendung in seiner Politik, durch wiederholte Besuche in England mit diesem das freundschaftliche Verhältnis aufrechtzuerhalten und auszubauen. Auf dieser Grundlage, die im Laufe der Jahre immer wieder sich zu einem Bündnis verstärken zu wollen schien, wie ja beim Kaiserbesuch im Juli 1891 schon ein Protokoll ausgefertigt worden sein soll²⁾, das die Identität der Interessen des Dreibunds mit denen Englands feststellte, suchte der Kaiser unter Wahrung des Friedens mit der großbritannischen Weltmacht, Weltmachtspolitik zu treiben. Auch die Denkschrift Capravis zum Abschluß des Helgoland-Vertrages, die dem Reichstag vorgelegt wurde, ist als richtunggebend bemerkenswert. Es heißt darin³⁾: „Der Ge-

¹⁾ Weltgeschichte von K. v. Kralik, Bd. XXVI, Seite 761. ²⁾ daselbst S. 767.

³⁾ „Das Zeitalter des Imperialismus“ v. Heinrich Friedjung, Bd. I, S. 129.

danke, um eines kolonialen Zwistes willen in letzter Instanz zum Zerwürfnis mit England gedrängt werden zu können, durfte keinen Raum gewinnen. Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß unser kolonialer Besitz materiell bei weitem nicht wertvoll genug ist, um etwa gar die Nachteile eines den beiderseitigen Wohlstand auf das tiefste erschütternden Krieges aufzuwägen. Aber nicht bloß der Krieg mit den Waffen in der Hand mußte vermieden werden, auch die Verfeindung der Nationen, die Verbitterung der Stimmung im weiteren Interessentenkreis, die diplomatische Fehde durften in unserem kolonialen Besitz keinen Boden finden. Wir wünschen dringend die alten guten Beziehungen zu England auch auf die Zukunft zu übertragen.“ Und drei Jahre später folgte diesem kundgegebenen Willen die Tat durch den Vertrag mit England, in dem Deutschland ihm völlig freie Hand im ganzen Gebiet des Nil ließ und dafür als Entgelt nur das Recht beanspruchte, die Kamerun-Kolonie beliebig weit ins Innere ausdehnen zu können.

Der erste größere, nach außenhin sichtbare Eingriff in die Weltpolitik geschah gelegentlich des Abschlusses des chinesisch-japanischen Krieges auf den Frieden von Simonoseki 1895 hin. Die rücksichtslose Grausamkeit, mit der die Japaner damals den Krieg führten, verletzte die menschlichen Gefühle des Kaisers tief. Nur so war dessen Warnruf vor der gelben Gefahr „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter“ zu verstehen, der dieser Zeit seine Entstehung verdankt. Die sehr harten Bedingungen der Japaner hatten den Protest Rußlands und Frankreichs zur Folge, welchen Gegnern des Dreibunds sich das deutsche Reich ohne irgend welchen Nutzen anschließen zu müssen glaubte. Dem politischen Verlust des bisher freundschaftlich gesinnten Japans stand keineswegs das Aktivum der Verhinderung der Bluttaufe der französisch-russischen Allianz gegenüber, die sich der älteste vortragende Rat im Auswärtigen Amt, von Holstein, von dieser überflüssigen Demonstration erhoffte. Aber unserer Freundschaft mit Japan als der Rußland im Rücken bedrohenden Macht gingen wir verlustig. Zugleich mit diesem kurzen Schritt Deutschlands an der Seite Rußlands und Frankreichs entstand eine leichte Entfremdung mit England, die besonders in der offiziellen englischen Presse gelegentlich des im gleichen Jahre 1895 erfolgten Besuches des Kaisers in England zum Ausdruck kam. Man bedeutete uns, daß die englisch-deutschen Interessen identisch seien, aber eine Neigung zu politischen Experimenten störe die guten Beziehungen. Kaiser Wilhelm könne sich bei seiner Großmutter, der Königin

Viktoria, eine Lektion politischer Weisheit nehmen. Darüber herrschte dann wieder auf deutscher Seite große Empörung. So war schon der erste weltpolitische Schritt des Kaisers bezw. seiner Berater, ein Fiasko.

Während das offizielle Frankreich im selben Jahre die zustande gekommene herzliche Allianz mit Rußland feierte und so auch nach außen erkennbar eine große Gefahr für Deutschland herausstieg, verschlechterte sich die Stimmung zwischen uns und England, so besonders durch die impulsive Krüger-Depesche 1896, in der Kaiser Wilhelm für die Buren gegen England Partei ergriff, weil dieses sich durch den Einfall in Transvaal Ende 1895 ins Unrecht gesetzt hatte. Und man sehe, ein Hohenzoller war es, der sich, für die Unabhängigkeit freilich eines fremden Koloniallandes gegen Angriffe von außen einsetzte, wenigstens mit Worten, durch die er sich im Namen Deutschlands festlegte und mit der ihm allein wohlgesinnten Weltmacht England verfeindete ohne schließlich, drei Jahre später bei Ausbruch des Burenkrieges, sein Wort einlösen zu können: ¹⁾ „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist . . .“ Soweit ließ sich der verantwortliche Leiter deutscher Außenpolitik von unverantwortlichen Beamten treiben. Die „Times“ schrieb dazu: ²⁾ Leider habe das Eingreifen des deutschen Kaisers die ganze Politik des Dreibunds zerstört und auch ein gemeinsames Wirken Englands mit dem Dreibund im Orient erschwert. Dieser Zickzack-Kurs der deutschen Auslandspolitik trat auch sonst in diesen Jahren von 1894–96 hervor. Der 1885 von König Leopold II. von Belgien gegründete Kongostaat war mit Belgien nur durch Personal-Union verbunden. Es kam zwischen diesem und England aus Gründen, deren Darlegung im Rahmen dieser Schrift zu weit führen würde, zu einem Vertrag über strittige Gebiete, durch den sich sowohl Frankreich wie Deutschland benachteiligt und zurückgesetzt fühlten. Auf den gemeinsamen Protest dieser Staaten hin beeilte sich England noch im gleichen Jahre, 1894, zur Lösung des Abkommens. Beim englischen Einfall in Transvaal 1895 war Deutschland vom Frankreich des Ministerpräsidenten Bourgeois im Stich gelassen worden und als 1896 die ägyptische Frage ins Rollen kam, wollte Deutschland alles wieder gutmachen, indem es wieder zu England hielt. Seit dieser Zeit bewegt sich die deutsche Politik, un-

¹⁾ „Das Zeitalter des Imperialismus“ v. Heinrich Friedjung, Bd. I, S. 201.

²⁾ Weiß, Weltgeschichte, Bd. XXVI, Seite 934.

ter Abwendung von Frankreich, zu freundschaftlicher Zusammenarbeit mit England und womöglich auch mit Rußland. Wenn man nach dieser unsteten Politik mit der Berufung Bernhard von Bülows 1897 zum Staatssekretär des Aeußeren und 1900 zum Reichskanzler, hoffte, einen neuen, geraden Kurs zu steuern, so sollte sich auch diese Hoffnung nicht erfüllen. Bülow, ein schöngeistiger und schönrednerischer Diplomat, brachte, wie wir sehen werden, die nötige Energie nicht auf, sein klares, als richtig erkanntes Ziel, Allianz des Dreibundes mit England, entgegen den Alldeutschen und Tirpitz durchzusetzen.

Der Besuch des absolutistischen Zaren in Paris 1896, seine Umarmung und der Bruderkuß mit dem republikanischen französischen Präsidenten Faure, bedeutete die Krönung der russisch-französischen Waffenbrüderschaft und ihm folgte 1897 der ebenso herzlich verlaufene Gegenbesuch des Präsidenten in Rußland. Wohl hatte in der Zwischenzeit auch Kaiser Wilhelm eine seiner vielen Reisen an den Zarenhof gemacht, an dem er auch nicht unfreundlich aufgenommen wurde. Doch brauchte man sich nach dem russischen Verhalten gelegentlich der Kiautschau-Expedition 1897 als Repressalie auf die erfolgte Ermordung zweier deutscher Missionare in der chinesischen Provinz Süd-Shantung keinen Illusionen über die fernere Haltung Rußlands hinzugeben. Eine persönliche Zusage des Zaren an den deutschen Kaiser, als Gegengabe für wiederholte Unterstützung russischer Interessen in Ostasien, verhinderte nicht, daß ein russisches Geschwader den mißglückten Versuch machte, der Besetzung der Kiautschau-Bucht durch die Deutschen zuvorzukommen. Die englische Presse drückte sich nur höhnisch über die Besetzung Kiautschaus aus, wenn auch England die neu begonnene Epoche deutscher Weltmachtspolitik unter Kaiser Wilhelms „gepanzelter Faust“¹⁾ erkannte. Wie sich aus der kretischen Frage ersehen läßt, stand England isoliert da inmitten größter Schwierigkeiten in Indien, im Sudan, in Transvaal und im Innern des Mutterlandes selber, in Irland. Hierin und in der richtigen Einschätzung Deutschlands als stärkster militärischer Macht liegt der Grund, zur Anregung eines deutsch-englischen Vertrages im Februar 1898 von Seiten Chamberlains in einer geheimen Zusammenkunft mit dem deutschen Botschafter, Graf Hatfeld. Der Ministerpräsident, Lord Salisbury, stand hinter seinem Kolonialsekretär, als dieser den angeregten Vertrag damit begründete, daß „die Vereinsamung immer schwerer auf der britischen Politik laste und gegenwärtig eine günstige Regelung der Streitsfälle erschwere, die gleich-

¹⁾ Heinrich Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus“, Bd. I, S. 152.

zeitig mit Rußland in Ostasien (russische Besetzung von Port Arthur) und mit Frankreich in Westafrika schwebten.

Weitere Unterredungen gleicher Art folgten. In ihnen kam auch, auf Anweisung aus Berlin, zur Sprache, wie schwer es für das parlamentarisch regierte England wäre, genügende Garantie für ein Bündnis zu bieten. Man müsse daran denken, daß im Kriegs- und Bündnisfalle ein englisches Kabinett, das die mit Deutschland und dem Dreibund eingegangenen Verpflichtungen zu halten entschlossen sei, vom Parlament gestürzt werde. Chamberlain glaubte den Einwand mit der Entgegnung beseitigen zu können, daß man ja den Vertrag dem Parlament zur Genehmigung vorlegen könnte, bekam aber die Antwort, daß für Deutschland dies den Verzicht auf die guten Beziehungen zu seinem russischen Nachbarn bedeuten würde. So ist diese wichtige Episode im bereits zitierten Buch¹⁾ von Otto Hammann geschildert, also von angesehener sachmännischer Seite. Diese Anpassung von noch guten, traditionell guten Beziehungen zu Rußland, trotz aller erlebten praktischen Gegenbeweise, gehört auf das Schuldkonto des vergrämten und in seinem Haß verbissenen Bismarck. Dazu kommt, daß Kaiser Wilhelm sich wirklich nicht traute, seinem eigenen, durch die falsche Erbschaft Bismarcks falsch orientierten Volke mit einer Veröffentlichung der deutsch-englischen Allianz und der voraussichtlich darauf folgenden offenen Erkaltung deutsch-russischer Beziehungen vor die Augen zu treten. Und so kam es, daß Bismarck, entgegen seiner eigenen Politik in den letzten Jahren seiner Amtsführung, die Mitschuld trifft für die Ermöglichung jener Einkreisungspolitik. Zu der Zeit, als Bismarck den Anschluß Englands erstrebte, verfolgte England die Politik der „splendid isolation“, auf deutsch der erhabenen oder mächtigen Isolierung. Als dann schließlich England Anschluß suchte, fand es ein unpolitisches, falsch orientiertes und in seinen Spitzen unfähiges Deutschland vor. Nach diesem Vertragsangebot äußerte sich Chamberlain 1898:²⁾ „Ich glaube, wir können hoffen, daß in Zukunft die beiden Nationen, die größte Flottenmacht der Welt und die größte militärische Macht, sich häufiger aneinander nähern können. . . . Einstweilen ist diese Entente mit Deutschland ein Erfolg und nicht der geringste unserer Regierung.“ Ein eigentlicher Erfolg jedoch, eine rechtliche Allianz, kam aber nicht zustande, da Deutschland zögerte und diesen einzig günstigen Moment veräußerte; Kaiser Wilhelm machte nämlich in

¹⁾ „Der mißverständene Bismarck“ von Otto Hammann, Seite 64.

²⁾ Weiß, Weltgeschichte, Bd. XXVI, Seite 1097.

freundschaftlichem Geschäftsstil dem Zaren brieflich, unter Übertreibung der wahren Sachlage, Mitteilung von den Verhandlungen, um ein günstiges Angebot von dieser Seite zu erlangen. Der Zar antwortete in denselben Übertreibungen und sprach von einem erfolgten Anerbieten von Seiten Englands an ihn. Das bestärkte das Mißtrauen des Staatssekretärs von Bülow gegen England, sodaß er den deutschen Botschafter in London anwies, vorläufig nur über einzelne strittige Fragen zu verhandeln. Deren gab es ja in Kolonialangelegenheiten, wie im Samoa-Streit und im Streit über die portugiesischen Besitzungen genug, sie konnten alle am Verhandlungstische erledigt werden, bis der Beginn des Burenkrieges wieder neue Verfeindungen heraufbeschwor.

Wie wir uns erinnern, hatte der Kaiser sich im Krüger-Telegramm bereits festgelegt, und das entsprach auch der hauptsächlich von den Flottenhegern, den Alldeutschen, gegen England inspierten Stimmung im Volk. Klar ist, daß auf der Seite der Buren das Recht war, was ja die ganze europäische Welt anerkannte. Die Stimmungsmache der Alldeutschen jedoch pfuschte nur unverantwortlich in die deutsche Politik und damit in die Annäherung an England hinein. Auch in Frankreich war die Volksmeinung enthusiastisch auf Seite der Buren. Trotzdem konnte aber die auswärtige Politik des Monsieur Delcassé, wie seine Verteidigungsrede in der Deputiertenkammer vom November 1899 bewies, für England wohlwollender als für Deutschland sein, indem er das Volk von seiner Begeisterung für die Buren weg und auf die Vogesen verwies. Anfangs des Jahres 1900 streckte Rußland einen Fühler nach Berlin aus, um zu erfahren, ob Deutschland bei einem Einspruch gegen England auf der Seite des Zweibundes zu finden wäre. Deutschland stellte die selbstverständliche Gegenfrage, ob Rußland und Frankreich auch bereit seien, den Status quo aller drei Mächte zu garantieren. Das konnte wieder Rußland nicht zusagen, und so waren die Besprechungen erledigt. Ein zweiter Einspruchsversuch fand im Oktober 1901 von derselben Seite aus statt. Auch diesmal wich Deutschland dem Ansinnen Rußlands aus, sich einer Pression auf England anzuschließen, und so ging auch dieser Versuch fehl.

In die Zeit des Burenkrieges fiel auch der Boxer-Aufstand in China, zu dessen gewaltsamer Unterdrückung sich alle Großmächte zusammenfanden. Den Schluß bildete der sogenannte Yangtse-Vertrag zwischen England und Deutschland zur Sicherung des Handels im Yangtse-Becken für die Angehörigen aller Nationen. Beide Regie-

rungen aber wollten in allen chinesischen Gebieten, „wo sie einen Einfluß ausüben könnten,“ den Grundsatz der offenen Türe beobachten. Ferner versprachen sie sich gegenseitig, den Territorialbestand von China zu erhalten. Dieses Abkommen erhält größere Bedeutung für die Annäherung an Deutschland, weil England noch Anfang 1900 seine eigene alleinige Führung festgestellt hatte und trotzdem jetzt an der Seite des gleichberechtigten Deutschland den Schutz des Chinesischen Reiches gegen die Bedrohung von Rußland aus übernahm. Und wieder waren es die Alldeutschen, die diese neuerliche Annäherung an England selbst auf Grund der Gleichberechtigung, heftig angriffen. Trotzdem streckte England zum zweiten Mal in der nachbismarckischen Periode einen ernst gemeinten Fühler durch den Sekretär der deutschen Botschaft in London, Freiherrn von Eckartstein, aus, durch einen Vorschlag Chamberlains ein geheimes Abkommen über Marokko mit Deutschland zu treffen, unter Betonung des längst ausgesprochenen Grundsatzes, die Isolierung Englands fordere seinen Anschluß entweder an Deutschland oder an den Zweibund. Lehne Deutschland ab, so werde es mit Rußland gehen, selbst unter großen Opfern in Persien und China. Chamberlain selbst erklärte, einen Anschluß an Deutschland vorzuziehen. Herr von Holstein wollte im Grunde genommen in der Erkenntnis, daß die deutsche Politik, zur Weltpolitik erweitert, nicht allein von der Gunst oder Mißgunst des mit dem revanchelüsternen Frankreich verbündeten Rußland abhängig gemacht werden könnte, eine Verständigung mit England, nur sah er den Zeitpunkt noch nicht für gegeben an und suchte England hinzuhalten. Im gleichen Januar starb die Großmutter des Kaisers, Königin Viktoria, und der herzliche Empfang, der ihm in London bereitet wurde, verhiieß ausgezeichnete Beziehungen zwischen den beiden Völkern. Während dieses Aufenthalts machte Rußland in China seine Vorstöße. Es suchte sich in seinem Settlement Tientsin zu befestigen und zeigte deutliche Expansionsabsichten auf die Mandschurei. Landsdowne schlug auf Grund des Yangtse-Vertrags vor, gemeinsame Vorstellungen zu erheben und während der Kaiser die, die ganze deutsche Politik charakterisierenden Worte sprach¹⁾: „Ich kann doch nicht immerzu zwischen Russen und Engländern schwanken, ohne die Gefahr, mich schließlich zwischen zwei Stühle zu setzen,“ wollte man in Berlin eine Berufung auf diesen Vertrag nicht gelten lassen, natürlich um Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen. Dazu erklärte Bü-

¹⁾ „Der mißverständene Bismarck“ von Otto Hammann, Seite 83.

low im Reichstag¹⁾: „Was aus der Mandschurei wird, ich wüßte nichts, was uns gleichgültiger sein könnte — Ich betone mit großem Nachdruck, daß wir in China nur deutsche Interessen wahrnehmen und es den Engländern überlassen, ihre Interessen dort selbst zu vertreten.“ Einige Tage später: „Ich freue mich übrigens mitteilen zu können, daß ich vor zwei Stunden ein Telegramm unseres Botschafters in Petersburg erhalten habe, nach welchem der russische Minister des Auswärtigen dem Grafen Alvensleben seine Genugtuung mit meinen neulichen Ausführungen über China ausgesprochen hat.“ Daß solche Worte nach solchen Taten England tief reizen mußten, ist ohne weiteres klar. Und was war mit der Nachgiebigkeit gegen die russophilen Alldeutschen erreicht? „Zwischen zwei Stühlen!“ Der allmächtige Herr von Holstein und seine schöngeistige Marionette Bülow griffen nun einen neuen Gedanken auf, auch Japan als fünfte Macht in den Bund einzubeziehen, und, wenn nicht allein Alt-Englands Besitztum, sondern auch seine Kolonien garantiert werden sollten, mußte auch England den des ganzen Dreibundes garantieren. Soweit war dieser Gedanke richtig. Die ganze Frage scheiterte jetzt nur daran, daß England sich nicht mit dem Dreibund liieren wollte wegen des angeblich drohenden Zerfalls Österreichs, und Holstein sogar auf dem Schein bestehen wollte, England müsse gerade in Wien unterhandeln. Wie es aber unter Bismarck möglich war, gegen die Interessen Österreichs ein geheimes Abkommen mit Rußland zu treffen, so wäre das wohl noch leichter gewesen jetzt, da sich Englands und Österreichs Interessen nicht entgegenstanden, ein einfaches Bündnis England-Deutschland zu erreichen. Argwöhnischer Eigensinn und von den Alldeutschen geschürtes Mißtrauen verbauten die letzte Möglichkeit zu Deutschlands Sicherung. Inzwischen hatten deutsche Beschwerden des Kommandierenden des China-Feldzuges, Graf Waldersee, und Entschädigungsansprüche der durch den Burenkrieg geschädigten Deutschen zu dem Scheitern obiger Verhandlungen beigetragen, sodaß das englische Ministerium nun ernstlich in Zweifel zog, ob Deutschland überhaupt bündniswillig wäre. Noch einmal, zum dritten und letzten Mal, im August 1901, schlug die englische Regierung in Berlin ein gemeinsames Vorgehen in der Marokkofrage vor. — Nun zum letzten Male bekam die Kastanien-Theorie Geltung „für England sich nicht vorschieben zu lassen“. Wir werden gleich sehen, wie töricht es war, diesen Vorschlag zur Regelung der Frage zwischen England und Deutsch-

¹⁾ „Der mißverstandene Bismarck“ von Otto Hammann, Seite 84.

land nicht anzunehmen. So schloßen die 3 Jahre dauernden, von englischer Seite immer wieder mit Zähigkeit begonnenen Verhandlungen endgültig ein und England zog daraus die Konsequenzen. Der Burenkrieg hatte in der Festlandspresse einen Empörungsruf über Grausamkeiten der Engländer veranlaßt; nun trat England aus seiner bisherigen Reserve heraus und wies die Vorwürfe mit der Behauptung zurück, die britischen Grausamkeiten reichten weit nicht an das heran, was andere Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tongking und im Kriege 1870 geleistet hätten. Unter dessen unterstützte der französische Premier Delcassé jede weitere Verfeindung: England-Deutschland zugunsten seiner eigenen Annäherung an Großbritannien.

England aber begann nach einer anderen Richtung eine neue Bündnispolitik, wie die im gleichen Jahre in raschen Fluß geratenen Verhandlungen mit Japan beweisen. Dadurch entstand eine dritte Mächtegruppe von weltpolitischem Gewicht, während sich die Dreibundgruppe in ihrem Gefüge lockerte. Vor ihrer Erneuerung hatte die Kolonialpolitik Italiens durch die Niederlage in Abessinien Rückschläge erlitten. Auch der neue Zolltarif in Deutschland erschwerte Italiens Handel. Dazu aber kam eine sehr geschickte Handhabung der französisch-italienischen Beziehungen durch Delcassé, der eine Annäherung Italiens an die „lateinische Schwesternation“ erstrebte. Auch diese Risse erkannte Bülow richtig, aber er tat sie, wie folgt, in seiner Reichstagsrede vom 8. Januar 1902 witzelnd ab: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf bekommen, wenn seine Frau einmal eine unschuldige Extratour tanzt.“ Und gleichzeitig die Drohung nach Italien: „Angesichts der friedlichen Lage in Europa sei der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit, wenn auch ein sehr nützliches Bindemittel für die Staaten, die durch ihre geographische Lage und ihre Traditionen darauf angewiesen sind, gute Nachbarschaft zu halten.“ Trotzdem gelang nochmals die Erneuerung des Dreibundes, wenn auch unter Schwierigkeiten und Intrigen Frankreichs. Aus dem französischen Gelbbuch ergibt sich z. B., daß zum erweiterten Mittelmeerabkommen zwischen Italien und Frankreich noch eine Neutralitätsklausel über die allgemeinen Beziehungen der beiden Mächte dazutrat, indem jeder Teil im Falle eines direkten oder indirekten Angriffes einer oder mehrerer Mächte, strenge Neutralität beobachten sollte. Diese Verhandlungen wurden vor den anderen Verbündeten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, streng geheim-

gehalten. Seit dem englisch-französischen Vertrag von 1904 jedoch, seit Abschluß der Entente cordiale, konnte die Haltung Italiens bei einem Zusammenstoß des Dreibunds mit der Entente nicht mehr zweifelhaft sein. Der verbündeten englisch-französischen Mittelmeerflotte wären bei Erfüllung des Dreibundvertrages vonseiten Italiens dessen weit ausgedehnte, unbefestigte Küsten ausgeliefert gewesen und damit Italien selbst.

Die Kaiserbegegnung in Reval 1902 sollte der Gegenzug gegen das englisch-japanische Bündnis sein und verlief äußerst harmonisch. Das hinderte nicht, daß der andere Zweibundsgenosse seine Annäherung an England soweit verdichtet hatte, daß im Mai 1903 der prächtige Einzug des ja nicht mit dem Burenkrieg und dem Tschodaschischen Zwischenfall belasteten Königs Eduard in Paris erfolgte. Ein Jahr später erwiderte zum erstenmal seit 50 Jahren ein französisches Staatsoberhaupt, der Präsident Loubet, in London den Besuch, und der von Deutschland vor nur zwei Jahren abgelehnte Pakt über Marokko ist damit zwischen England und Frankreich zustande gekommen. Nicht zur Freude des Tunctators, der die „Entente cordiale“ sich schließen sieht. Bezüglich des Interessenstreites von Marokko stellte sich Deutschland auf den Standpunkt, daß das Deutsche Reich keine politischen Ansprüche erhöhe, wenn nur die offene Tür für den Handel aller Mächte an der marokkanischen Küste gewahrt bliebe. Trotzdem erregte das englisch-französische Kolonialabkommen 1904 in Deutschland großes Aufsehen, weil es den Fortschritt der „Entente cordiale“ zeigte. Nach dem bisherigen, uninteressierten Standpunkt Deutschlands jedoch, brachte es keine neue Situation. Die zunehmende Vereinsamung konnte aber auch durch den Besuch König Eduards in Kiel weder verhindert noch verhüllt werden. Zum englisch-französischen Vertrag über Marokko, der, wie sich später herausstellte, eine geheime Klausel gegen die dortigen deutschen Interessen enthielt, kam noch ein französisch-spanischer mit ähnlichen Bestimmungen gegen jede territoriale Beteiligung Deutschlands. Als schließlich aber Neujahr 1905 Delcassé auf dieser scheinbar sicheren Grundlage mit scharfen Forderungen an den Sultan herantrat und diesem gegenüber als Begründung anführte, Frankreich habe von den Mächten hierzu ein Mandat erhalten, was zur Kenntnis der Berliner Regierung gelangte, konnte Deutschland um der offenen Türe willen und um auch nicht in Zukunft so übergangen und hintergangen zu werden, nicht mehr länger passiv bleiben. Daß man gerade die energischste und herausforderndste Form wählte, indem

der Kaiser 1905, entgegen seiner eigenen Ansicht über die Zweckmäßigkeit, von Bülow veranlaßt wurde, auf seiner gerade begonnenen Mittelmeersfahrt Tanger anzulaufen, um den internationalen Charakter der Marokkofrage zu demonstrieren und die „Tunifikation Marokkos“ durch Betonung seiner Selbständigkeit in einer Rede an den Sultan zu verhindern, charakterisiert nur die Wilhelmstraße und ihre geringe psychologische Auffassungsgabe gegenüber anderen Völkern. In Frankreich erhob sich eine lebhafteste Opposition gegen Delcassé, die ihm vorwarf, die berechtigten Empfindungen Deutschlands unnötig erregt zu haben. Um aber Delcassé in seiner Opposition dieser Gegnerschaft gegenüber zu stützen, versprach ihm England, wie dieser später selbst enthüllte, für den Kriegsfall mit Deutschland 100 000 Mann. Soweit war also unsere Verfeindung mit England schon gediehen. Delcassé wurde schließlich doch von Rouvier abgelöst und dank der Versöhnlichkeit dieses Ministerpräsidenten gelang es im Sommer 1905, nach schwierigen Verhandlungen, ein Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland über das Programm der gewünschten Konferenz, die in der spanischen Hafenstadt Algeciras stattfand und danach benannt ist, zu treffen. Leider aber hielt Bülow, geschoben von Holstein, an der Politik des Austrumpfens fest und zeigte sich unverföhnlich gegen ein französisches Vergleichsangebot. Dazu kam, daß Frankreich schon zu weit mit England verbunden war. Die internationalen Verhandlungen in Algeciras zeigten klar, abgesehen von seinem schwachen Sekundanten Österreich-Ungarn, die völlige Isolierung Deutschlands, und brachte uns eine förmliche Niederlage. Wie war das nun in Bezug auf Rußland soweit gekommen?

Die Beziehungen zum östlichen Nachbarn schienen ja noch gelegentlich der Kaiserbegegnung in Reval (August 1902) rein freundschaftlich. Außerdem wies das dringende Bedürfnis, sich für den drohenden Kampf im Osten den Rücken freizuhalten, Petersburg geradezu auf gute Beziehungen mit Deutschland hin. Die sichtliche Annäherung Englands an Frankreich war in dieser Hinsicht wieder maßgebend. Der Erfolg dieses auf beiden Mächten liegenden Zwanges wirkte sich aus in den Mürzsteger-Konferenzen (Oktober 1903), in denen zwischen diesen und Österreich Balkanfragen auf dem Wege der Verhandlungen geregelt wurden. Und wohl der wichtigste Dienst Deutschlands und Österreichs während des russisch-japanischen Krieges war die Versicherung an Rußland, daß es seine ganze Westgrenze ohne Gefahr für den Kampf in Ostasien von Truppen

entblößen könne. Wo blieb der Gegendienst, außer einer russischen Zusicherung in dieser Zeit bei einem englisch-japanischen Angriff Deutschland beizustehen? Auch die Parteinahme Englands für Japan in der Versorgung russischer Kriegsschiffe mit deutschen Kohlen hätte Rußland auf ein Bündnis mit Deutschland verweisen sollen. Wie sich aus den veröffentlichten Briefen des Kaisers an den Zaren ergibt, verdichteten sich die freundschaftlichen Beziehungen dadurch so, daß es dem Kaiser schließlich in der Zeit von Ende 1904 bis zum 24. Juli 1905 gelang, den Zaren zum Vertrag von Björkö zu bringen. Dieser „Schutz- und Trugbund zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa“ war nur insofern fehlerhaft, als er ein einseitiges Abkommen zwischen zwei Kaisern darstellte, die zwar absolut herrschen wollten, aber nicht konnten. Bülow meldete seinen Rücktritt an, da der Vertrag nicht deutlich darauf hinwies, daß der Bündnisfall für Verwicklungen in Asien nicht gelte. Der Außenminister des Zaren protestierte ebenfalls, da Rußland schon mit Frankreich verbündet war, daher ein Bund mit Deutschland zur Niederhaltung des französischen Chauvinismus nicht in Frage kommen könne. So kam der Vertrag von Björkö nie zur Durchführung und konnte nicht einmal eine Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses erreichen. Dagegen war das inzwischen durch den Krieg in Ostasien geschwächte Rußland notgedrungen mit England ein Abkommen über Mittelasien eingegangen, das zwei Jahre später zur Teilung Persiens in zwei Interessensphären führte (1907). So war von England aus zuerst Frankreich, dann Rußland herangezogen worden und der besonders schlau sich einschätzende Dritte, Deutschland, hatte isoliert das Nachsehen. Diese Entwicklung zeigte sich zuerst in der Algeciras-Konferenz.

Die Friedenshand Englands war von Deutschland 1898 zum erstenmal, 1901 zum zweitenmal abgewiesen worden. Dazu kam der Flottenplan von 1898 und der folgenden Jahre, der unter völligem Verzicht auf Schiffe zur Küstenverteidigung die Verdoppelung der Schlachtflotte forderte, zum Zweck, alle Seemächte bis auf England zu überholen. Für England sollte aber der Risiko-Gedanke Geltung bekommen, wie ihn die Flottenfrage von 1900 zum Ausdruck brachte, daß nämlich auch der seemächtigste Feind, der sich mit der deutschen Flotte einlassen würde, derartige Gefahren laufen solle, daß „seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wäre.“ Wie nun im Kriege Deutschlands Existenz von seiner Armee abhängig war, so stützte sich im gleichen Falle der Daseinskampf Groß-Britanniens auf seine Flotte, bei deren Niederlage das Reich auseinanderfallen mußte. War

unter diesen Umständen das Reich moralisch berechtigt neben der größten Militärmacht mindestens die zweitgrößte Flottenmacht darstellen zu wollen, und mußte nicht die doppelte Machttenenz, die kontinentale und die insulare, auch wenn sie rein defensiv gedacht war, die mehrfache Abwehr des Inselreiches und der sich von demselben Risiko-Gedanken zu Lande und zu Wasser bedroht fühlenden Kontinental-Mächte hervorrufen?

Der oben zitierte Ausspruch Bismarcks ist hier am Platze: ¹⁾ „Ich möchte wissen, an welchen Angreifer gedacht wird, hoffentlich nicht an einen, der es werden könnte, wenn undeutsche Prestigesucht und eine als Feindschaftszeichen zu deutende eilige Seerüstung ihn einer gegen Deutschland geschaffenen Koalition zutriebe.“ Dieser Kriegsflottenbau und die vernachlässigten Bündnisangebote waren sicherlich für England die Hauptgründe zur Wegorientierung von Deutschland. Dabei wäre noch zu erwähnen die ablehnende Haltung Englands zum Bagdadvertrag 1903 und die inkonsequente Haltung Bülow's, der im nämlichen Jahre, am 19. März 1903, im Reichstag sagte: ²⁾ „Es ist und bleibt für mich ein fundamentaler Grundsatz der deutschen Politik, daß wir keine Orient-Politik treiben und in Orient- und Balkanfragen für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen.“ Er wollte damit seine Isolierungspolitik rechtfertigen, die gewiß keine „splendid isolation“ war und gab damit nur seine eigene Unfähigkeit zu, indem er sich eben nicht stark genug fühlte, in einem Bündnis mit England Deutschland als gleichberechtigten Kontrahenten zu vertreten. England und Japan konnten es, sie hatten ja auch Staatsmänner an der Spitze, die über dem Durchschnitt waren und wußten, was sie wollten; Deutschland dagegen einen feingeistigen Diplomaten, der die Angst vor seinem persönlichen Mut durch Worte- und Phrasenschwall vom Reichstagspodium aus mit Wendungen wie: „Regt euch nicht auf, er beißt auf Granit“, oder durch törichte Nadellstiche einem überlegenen Lande gegenüber zu verschleiern versuchte. Mit letzteren meine ich jene zum Wohl der preußischen Landjunker erlassenen höheren Zolltariffsätze auf die Einfuhr aus Kanada. Der Zweck sollte sein, Kanada und die übrigen Kronkolonien zu bewegen, ihrem Mutterlande England keinen Zollnachlaß zu gewähren und das innere Gefüge Groß-Britanniens damit zu lockern. War der „kalte Wasserstrahl“ ins besiegte Frankreich

¹⁾ Hammann, „Der mißverständene Bismarck“, Seite 159.

²⁾ Friedjung, „Das Zeitalter des Imperialismus“, Bd. I, Seite 339.

hinein eine direkte, so waren besonders diese Kampfzölle eine ebenso törichte, weil aufreizende, als auch unberechtigte feindliche Handlung, weil sie eine indirekte Einmischung in innere Angelegenheiten eines fremden Landes bedeuteten und tatsächlich auch scharf zurückgewiesen wurden. Nirgends besaß Preußen-Deutschland Freunde und versuchte auch erst gar nicht, auf seine Macht pochend, sich solche zu verschaffen. Zwischen Frankreich und Deutschland lag Elsaß-Lothringen, und England-Rußland waren uns nur solange freundschaftlich gesinnt, solange beide in Persien, China und Konstantinopel entgegengesetzte Interessen auseinander hielten. Im Glauben oder Vertrauen darauf, daß dieser Gegensatz dauernd sei, lavierte Bülow hin und her, glaubte bismarcksche Politik zu treiben und verpaßte schließlich den so oft gebotenen Anschluß an England. Darüber sucht sich Fürst Bülow in seinem Buche „Deutsche Politik“ (1916) mit einem Ausspruch Bismarcks zu rechtfertigen:¹⁾ „Wir wären ja gern bereit gewesen die Engländer zu lieben, aber sie wollen sich nicht lieben lassen.“ Waren die drei Annäherungsversuche nicht genügend Beweis, daß sie sich in der nachbismarckischen Zeit wohl öfters hätten lieben lassen, wie es auch gänzlich falsch ist, sich auf Bismarck berufen zu wollen, der doch diese Annäherungsversuche nicht mehr erlebte. — Die neue Zeit brachte denn die neue Weltkonstellation mit sich. Als Grund führt Bülow sodann den Satz Bismarcks²⁾ an, den dieser 1893 zum borussischen Geschichtsschreiber Sybel sagte: „England hält uns noch nicht für ebenbürtig und würde nur ein Bündnis schließen unter Bedingungen, die wir nie annehmen können. Bei einem Bündnis, welches wir schließen, müssen wir den stärkeren Teil bilden.“ Jedenfalls hatte Bismarck recht, wenn er damit meinte, Deutschland selbst mußte sich als den stärkeren Teil fühlen, um gleich stark zu sein in einem Bündnis mit England. Und wie schon erwähnt, liegt hier die Schwächlichkeit Bülows, der nicht den Mut aufbrachte, das Deutsche Reich seiner Zeit, das doch schon so gefestigt schien, daß es weitere Sicherungen überhaupt nicht brauchte, aus der Vereinsamung „zwischen zwei Stühlen“ in eine starke Allianz mit England hineinzuführen.

Die datenmäßige Reihenfolge hätte schon bei dem Jahre 1899 die Erwähnung der ersten Haager Friedenskonferenz verlangt und wenn ich erst hier sie gleich in ihren für uns wichtigen Punkten in Verbindung mit der zweiten des Jahres 1907 erwähne, so deshalb, weil sie gar so schlecht in ihre Zeit von 1899 hineinpaßte. Der Ein-

¹⁾ Seite 33. ²⁾ Seite 30, dortselbst.

beruser, Rußland, leitete gerade die Vorstöße gegen China in die Wege und England stand vor dem Burenkrieg. Während nun aber sämtliche an der Konferenz beteiligte Mächte begeisterte Friedensreden hielten, war Deutschland die einzige Macht, die durch ihren Delegierten, Professor Zorn, gegen jede Abrüstung, sowie gegen das internationale Schiedsgericht überhaupt stimmte. Diese scharfe Ablehnung gab den übrigen Mächten genug Material in die Hand, die von Deutschland selbst oft beteuerte Friedensliebe für ihre Zwecke ins rechte Licht zu setzen, mag auch deren helle Entrüstung recht pharisäisch anmuten. Das war preußisch-deutsches, törichtes Maulheldentum und charakteristisch für die Art, wie Preußen-Deutschland durch Feinheit und Takt sich in der Welt beliebt machte. Was die erste Haager Konferenz in der Hauptsache erreichte, war von den drei Verträgen und drei Deklarationen, die beschlossen wurden, die weitere Geltung der Genfer Konvention, das Abkommen, Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, betreffend die Einsetzung von Schiedsgerichten in Streitfällen, das Verbot des Abschießens von Geschossen aus Luftschiffen, das Verbot des Gebrauchs von Dum-Dum-Kugeln, und schließlich sollten giftige Gase nicht verwendet werden. Was nicht erreicht wurde, waren die Abrüstungen und hier hatte Deutschland allein opponiert. Die Lösung dieser Frage war der Hauptzweck der zweiten Konferenz 1907 und wurde gerade von England mit größtem Nachdruck betrieben. Hatten es die übrigen Mächte in der ersten Konferenz nach langen Mühen erreicht, daß Professor Zorn sich mit Berlin in Verbindung setzte und wenigstens die Zustimmung zum ständigen Schiedsgerichtshof durchsetzte, so versetzte das Preußen-Deutschland der Tirpitz und Bülow's der Welt bei der zweiten Konferenz einen Schlag ins Gesicht, indem es von Anfang an drohte, die zweite Konferenz überhaupt nicht zu beschicken, wenn nicht die Abrüstungsfrage vom Programm abgesetzt würde.

Dazu kam die Ersetzung des Professors Zorn, der wohl allzu nachgiebig gewesen war. Entgegen dem Rat des deutschen Botschafters, Graf Metternich, sich einer Erörterung der kritischen Fragen der Abrüstung nicht zu entziehen, um sich in den Augen der Welt nicht ins Unrecht zu setzen, ergriff Fürst Bülow „die Partei der ehrlichen Leute“ und lehnte eine Beteiligung an der Aussprache über die Abrüstung auf der Konferenz ab. Diesem Standpunkt schlossen sich diesmal auch Rußland und Österreich-Ungarn an und so kam es auf dieser Konferenz nur zur Bestätigung des Beschlusses der ersten Konferenz, daß die Regierungen die Abrüstungsfrage prüfen

möchten. Professor Zorn, der deutsche Bevollmächtigte der ersten Konferenz, schreibt im „Tag“ vom 17. 10. 1918 über den Verlauf der zweiten Konferenz „Mit einer fast an Heftigkeit grenzenden Energie verlangte die große Mehrheit der Staaten das obligatorische Schiedsgericht als Bekenntnis zum allgemeinen Frieden. Abermals erwies sich das deutsche Auswärtige Amt als völlig unfähig, diese große internationale Bewegung zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Dabei standen deutsche Interessen der Annahme des obligatorischen Schiedsgerichtes in allen unpolitischen Streitfachen keineswegs entgegen. Statt sich dem allgemeinen, so stark geltend gemachten Willen des Staates anzuschließen und damit der internationalen Friedensatmosphäre einen unermesslich großen Dienst zu leisten, versteifte sich das Auswärtige Amt abermals auf unbedingten Widerspruch und vergeudete Zeit und Kraft für die Fragen des Seekriegsrechtes, dessen völlige Wertlosigkeit jedem Völkerrechtskundigen von vornherein klar war. Die Konferenz ging infolgedessen in größter Disharmonie und unangenehmster Stimmung auseinander.“ Und in der „Kölnischen Zeitung“ vom 15. Juni 1915 schreibt er: „Ich habe es tief bedauert, daß die schöne gemeinsame Arbeit der ersten auf der zweiten Friedenskonferenz mit einem Mißklang endete und ich bekenne es offen und ehrlich, daß ich dies für einen Fehler der deutschen Vertretung gehalten habe und noch halte — alle meine Bitten bei meinem verehrten Freunde, dem Botschafter Marschall von Biberstein, hatten keinen Erfolg.“ Ist es da verwunderlich, daß bei solcher Weltpolitik Bülow alle ihm unangenehmen, weil verpaßten Gelegenheiten, Deutschland in der Welt ins rechte Licht zu setzen, Deutschland durch eine Allianz mit England die ihm zustehende und es sichernde Position zu verschaffen, in seinem Rechtfertigungswerk „Deutsche Politik“ übergeht. Die Haager Konferenzen werden völlig ignoriert, über die deutsche Marokko-Politik geht er leicht hinweg und gänzlich unbefriedigend sind, wie teilweise schon gezeigt, seine kläglichen Rechtfertigungsversuche der versäumten Bündnisgelegenheiten und der Versäumnisse der Einkreisung Deutschlands.

Die Frage der Abschaffung des Seebeuterechtes wurde erst in den nachfolgenden Seekriegskonferenzen 1908 zur Erörterung gestellt. Deutschland entschied sich für Beseitigung und England für dessen Beibehaltung, wie eben die imperialistische Richtung bei beiden Mächten die Oberhand behielt. Also ein Gegensatz mehr. Wie weiter oben schon betont, war die Flottenfrage seit 1900 das Haupthindernis zwischen England und uns. Daß auch Fürst Bülow dies

erkannte, geht aus einem Brief von ihm hervor, in dem es heißt¹⁾: „Wenn wir bei unseren Flottenrüstungen den Nachdruck mehr auf die Defensive (Unterseeboote, Minen, Küstenbefestigung, schnelle Kreuzer) legen würden, fielen der Hauptgrund der Spannung mit England weg und vielleicht wäre es auch für unsere eigene militärische Sicherheit besser.“ Aber der Kanzler brachte eben nicht die nötige Kraft auf, gegen Tirpitz und die Alldutschen diese seine Ansicht durchzusetzen. Und wenn heute gedankenlos dem Tirpitzschen Buche recht gegeben wird, so sage ich, freilich hatte er als Fachmann der Marine, als Organisator der Flotte recht, aber diese Stellung war eben nicht dazu zu gebrauchen „Politik zu machen“. Ueber ihm stand der Reichskanzler und nur er trug die Verantwortung, also auch das Recht und die Pflicht, Deutschlands Außenpolitik zu leiten. Und da liegt auch der Fehler des deutschen Kaisers, der absolutistisch regieren wollte, aber nicht konnte, da liegt der Fehler der bismarckischen Verfassung, die in Artikel 11 dem Kaiser die Möglichkeit gab, selbstständig, ohne Befragen des Bundesrates und des Reichstages, das Reich völkerrechtlich zu vertreten. Auf diese Fehler, die mit zum Niederbruch führten, werden wir noch später zurückkommen.

In Wilhelmshöhe besuchte im Sommer 1907 König Eduard den Kaiser. Ein Jahr später erfolgte die Monarchen-Zusammenkunft in Reval mit dem Zaren, bei der König Eduard von Admiral Fisher und General French begleitet wurde und bei der einige „wichtige Fragen“ freundschaftlich zu regeln waren. Dann noch einmal, zum letzten Mal, kam König Eduard mit dem deutschen Kaiser in Friedrichsruh am 11. August 1908 zusammen und dort war es, wo der letzte Abrüstungsvorschlag von Seiten Englands von Sir Charles Hardinge an den Kaiser gerichtet wurde. Mit Berufung auf Verpflichtungen gegenüber der Nation (wohl den Alldutschen) erfolgte eine klare Abweisung. „Navigare necesse est, vivere non necesse!“ Auf diesen alten Hansaspruch pochten Kaiser Wilhelm II. und Tirpitz. Er ist nur zu wahr in Erfüllung gegangen.

Durch „Paradeschiffe“ und „phantastische Pläne“, durch „undeutsche Prestigesucht“ und „eine als Feindschaftszeichen zu deutende eilige Seerüstung“ — Bismarcks Worte — waren allen Feinden Deutschlands Waffen geschmiedet worden, durch deren Anwendung sämtliche „Eisen im Feuer“ erkalteten, weil das Feuer der Friedlichkeit erlosch schien. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina

¹⁾ Otto Hammann, „Der mißverstandene Bismarck“, Seite 125.

1908, die dabei erfolgende Unterstützung Rußlands durch England im März 1909, die Zarenreise nach Italien 1909, die in weitem Bogen österreichisches Gebiet mied, der Panthersprung nach Agadir 1911 in Verfolg der austrumpfenden Marokko-Politik, dies alles zusammen genommen, konnte das Bild der nahenden europäischen Auseinandersetzung wiedergeben, die dazu führte, daß das Bismarcksche Mitteleuropa an seiner inneren Unwahrhaftigkeit unter schrecklichen Kultur- und Blutopfern zugrunde ging.



Das Mitteleuropa der Deutschen Nation ≈ ≈

Deutsche Verluste durch den Gewaltfrieden von Versailles 1919 ≈ ≈ ≈

Heinrich Friedjung gibt in Band I, S. 22 „Das Zeitalter des Imperialismus“ seiner Meinung dahin Ausdruck, daß in der nachbismarckischen Zeit Deutschland dem ihm vom Kanzler gegebenen Kleide entwachsen sei. Diese Auffassung dürfte unrichtig sein. Vielmehr kommt man der geschichtlichen Wahrheit damit am nächsten, wenn man das von Friedjung gebrauchte Bild dahin fixiert, die deutsche Nation wurde durch das Klein-Deutschland Bismarcks in ein zu enges Kleid hineingezwängt. Und wenn es Friedrich Meinecke in seinem „Preußen und Deutschland“ (S. 523) „historisch und psychologisch so überaus merkwürdig“ empfindet, daß Bismarck nach seinem eigenen Bekenntnis „kein Kolonialmensch von Haus aus war und daß er in Kolonialbestrebungen nur vor dem Druck der öffentlichen Meinung kapitulierte“, so ist auch gerade dies wieder ein erneuter Beweis, daß er wohl das von ihm 1866 geschaffene Klein-Deutschland weiter zum deutschen National- oder Machtstaat führte, daß er aber nicht vorausah und auch gar nicht wollte, daß dieser Machtstaat in konsequenter Verfolgung des ihm gewiesenen Weges zur Geltung einer Weltmachtstellung gelangen sollte. Das war der Imperialismus, gegen den sich Bismarck selbst noch zu Ende seiner Amtstätigkeit stemmte. „Unter Imperialismus versteht man den Drang der Völker und der Machthaber nach einem wachsenden Anteil an der Weltherrschaft, zunächst durch überseeischen Besitz!“) Auch Erich Marks gibt zu, daß der Wagen weitergerollt ist, als Bismarck gewollt hat. Aber warum dies? Nicht darum handelt es sich, daß Bismarck 1870 seinem

¹⁾ „Das Zeitalter des Imperialismus“ von Heinrich Friedjung, Bd. I, S. 5.

preußisch-deutschen Reich ein zu enges Kleid gegeben hat, sondern allein darum, daß er dem 1866 mit Gewalt aus der deutschen Nation herausgeschnittenen preußisch-deutschen Teil — die um wenigstens größere Hälfte der ganzen Nation — die für diesen und für den anderen Teil verhängnisvoll werdende Richtung zum Nationalstaat und damit in logischer Folge zur Weltmacht wies. Friedjung bekennt ja auch (S. 21, Bd. I): „Der erste deutsche Reichskanzler hat nie einen Augenblick geschwankt, ob er europäische Festlandspolitik treiben oder seinem Volk in der Weltweite einen Platz erringen solle. Seine Lebensarbeit war, mit der ganzen Kraft der Schaffung und Befestigung des Nationalstaates gewidmet: Die Ziele der Weltpolitik hatten sich den Erfordernissen der europäischen Stellung Deutschlands unterzuordnen.“ Bis 1870 trieb man europäische Festlandspolitik, aber wie der Franzose sagt: „l'appétit vient en mangeant“, so entwickelte sich in der Folge der Machtgedanke zur Weltmachtpolitik. Die tiefere Ursache hiefür ist Bismarcks Lösung des deutschen Problems 1866 in kleindeutscher oder groß-preußischer Richtung.

Auch möchte ich hier gleich auf den grundlegenden Unterschied hinweisen zwischen „Deutscher Nation“ und „Deutschland“. Erst seit 1866 gibt es ein eigentliches Deutschland, d. h. eben Klein-Deutschland, und nur ein solches konnte in seiner geographischen und politischen Lage in Mitteleuropa gefährdet werden. Selbst Friedrich Meinecke, dieser mit Dahlmann ideenverwandte, nur moderner gewordene Vertreter der preußisch-deutschen Richtung, urteilt Seite 23 seines Werkes „Weltbürgertum und Nationalstaat“: „Seit mehreren Jahrhunderten schon sprach man in Deutschland von „Nationen“. Man hatte das Wort wahrscheinlich unmittelbar aus dem Lateinischen, aus der Staats- und Kirchenrechtssprache des 15. Jahrhunderts übernommen, und es ist interessant, wie in seinem zwiefachen Gebrauch sich unwillkürlich das Gefühl dafür aussprach, daß man von zwei Grundlagen her zu einer Nation werden könne, von der Kulturgemeinschaft oder von der Staatsgemeinschaft. Bald nämlich war es ein Ausdruck für eine Stammes- und eine Spracheneinheit, bald für die Gesamtheit der Reichsangehörigen. „Diese deutsche Nation in Gestalt des heiligen römischen Reiches deutscher Nation bezw. seit 1814 des Deutschen Bundes, wurde mit der Vollzahl aller deutschen Stammes schon 1848 mit 70 Millionen genannt. Zu dieser Zeit gab es keine sogenannten Grenzdeutschen im Gegensatz zu den Reichsdeutschen, wie heute, wonach 75 Jahren Reichsdeutschland mit 60 Millionen nicht einmal die Einwohnerzahl der deutschen Nation von damals erreicht hat.“

Dabei ist zu bemerken, daß die kleinere Hälfte aller Deutschstämmigen, d. i. 40 Millionen, heute außerhalb Klein-Deutschlands leben. Sogar zur Zeit der Reichsflut nach der Reichsgründung, war es kein Geringerer als Paul de Lagarde, der in der Vorrede zur „Sammlung der politischen Aufsätze“ im November 1874 schrieb: „Das Deutsche Reich ruht auf einem zu knappen Fundamente; Klein-Deutschland kann das zu tragen nicht zugemutet werden, was zwar jetzt getragen werden muß, was aber nur Mitteleuropa tragen kann. Zum mindesten gegen einen gleichzeitigen Angriff von zwei Seiten ist Deutschland nicht verteidigungsfähig, Deutschland muß reichen von der Ems bis zur Donaumündung, von Memel bis Triest, von Metz bis etwa zum Bug. Nur ein solches Deutschland kann sich ernähren und kann Frankreich und Rußland niederschlagen. Wer in der Welt Frieden will, muß dieses Deutschland wollen.“¹⁾ Der Deutsche Bund wurde errichtet, nicht nur um der deutschen Nation willen, sondern als Garant der Ruhe und des Gleichgewichtes Europas. Daß er entwicklungsfähig war, haben wir bereits früher, entsprechend dem Urteil des Historikers, Geheimrat Prof. Dr. Doeberl festgestellt, ebenso, daß die Möglichkeit hierzu durch die Bismarck'sche großpreußische Machtpolitik beseitigt wurde. Als weiterer Beweis möge Bismarck selbst sprechen, der in seinen „Erinnerungen“²⁾ schreibt: „Eine solche Assekuranz (Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auf Grund der Gesetzgebung beider Reiche. d. V.) hat für den Gedanken etwas Beruhigendes; ob auch im Drange der Ereignisse etwas Sicherstellendes, daran kann man zweifeln, wenn man sich erinnert, daß die theoretisch sehr viel stärker verpflichtende Verfassung des heiligen Römischen Reiches den Zusammenhalt der deutschen Nation niemals hat sichern können und daß wir nicht imstande sein würden, für unser Verhältnis zu Österreich einen Vertragsmodus zu finden, der in sich eine stärkere Bindekraft trüge als die früheren Bundesverträge, nach denen die Schlacht von Königgrätz theoretisch unmöglich war.“ Damit gibt er zu, daß die Verträge des Deutschen Bundes an sich bei gutem Willen der Beteiligten stark genug gewesen wären, das mitteleuropäische Gleichgewicht in und durch den Deutschen Bund zu erhalten. Wie sie bewußt vom bismarckischen Preußen gebrochen wurden, legte ich schon früher dar. Und daß diese Tatsache in der Linie der machiavellistischen Auffassung Bismarcks über „Macht geht auch vor Verträgen“ liegt, bestätigen

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ Drei Masken-Verlag, München, Seite 285.

²⁾ II. Bd., Seite 287.

uns auch folgende weitere Zeilen in diesem Kapitel Bismarck'scher „Erinnerungen“: ¹⁾ „Die Haltbarkeit aller Verträge zwischen Großstaaten ist eine bedingte, sobald sie „in dem Kampf ums Dasein“ auf die Probe gestellt wird. Keine große Nation wird je zu bewegen sein, ihr Bestehen auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie gezwungen ist zwischen beiden zu wählen.“

Als der Weltkrieg für die Mittelmächte schon aussichtslos geworden war und Kaiser Karl von Oesterreich im Einverständnis mit Berlin Verhandlungen mit den Gegnern anzuknüpfen versuchte, da erhob sich gerade von den Vertretern des Bismarckschen Reiches ein ebenso wütender wie skrupelloser Sturm gegen diesen „Verrat“ des Hauses Habsburg. Es war auch das katholische Kaiserhaus, das die oben dargelegte bismarckische Auffassung von Vertragstreue nicht übte. Selbst ein Meinecke urteilt einmal: „echt bismarckisch auch durch die Verbindung von List und Liberalität.“ Und ein anderes Mal: ²⁾ „Ich war stets der Meinung, sagte Roon im Mai 1862, daß unsere kurhessische Politik seit 1859 diktiert vom Popularitätsschwindel, eine falsche und übergreifende war. Aber wir haben sie gemacht und müssen darum auf demselben Wege vorwärts. Besser verbluten als verfaulen. So ward für ihn auch die Schleswig-Holsteinische Frage, ebenso wie für Bismarck mehr eine Frage der Macht als des Rechtes.“ Ist es da nach den Erfahrungen des Jahres 1866 besonders erstaunlich, wenn „unsere Gegner behaupten, es sei die Vorherrschaft Preußens und des preußischen Militarismus im Reiche, und Bismarck habe Deutschland zur preußischen Provinz und zu einer disziplinierten Kaserne gemacht?“ ³⁾ „Deutschland besiegen, so bildeten sie sich ein, hieße Deutschland befreien von der preußischen Zwangsgewalt.“ ⁴⁾ Verdächtig und totgeschwiegen als Bismarck-Gegner, als Föderalist und Großdeutscher — ist es heute mit uns denn anders? — Soll Konstantin Frantz hierauf antworten, wie er, dessen unanfechtbare Heimatliebe auch die höchste Loyalität der deutschen Gesamtnation gegenüber verbürgt, 1879 in seinem Werke „Deutschland und der Föderalismus“ ⁵⁾ es schon darlegte: „So lahm und so mangelhaft auch der alte Bund gewesen sein mochte, das eine ist jedenfalls nicht zu leugnen, daß er für die gesamte europäische Politik, wenn auch nur in passiver Weise, von hoher Wichtigkeit gewesen ist. Er wirkte temperierend, er war tatsächlich ein Friedensinstitut. Erst nachdem seine Fortexistenz im Jahre 1848 in Frage gestellt worden, brachen

¹⁾ II. Bd., Seite 287. ²⁾ „Preußen und Deutschland“, Seite 64 und 65.

³⁾ desgl. Seite 512. ⁴⁾ desgl. ⁵⁾ neue Ausgabe, Seite 122.

europäische Kriege aus und mit seiner Auflösung im Jahre 1866 hat das ganze europäische Staatensystem seinen früheren Halt verloren, sodaß seitdem alle europäischen Staatsverhältnisse auf den Bajonetten ruhen, der ganze Kontinent unter dem Druck des Militarismus seufzt. Das gehört auch zu den großen „Erfolgen“ von 1866 und 1870. Tatsache desgleichen, daß das ehemalige Reich selbst in den Jahrhunderten seiner inneren Hinfälligkeit noch immer die Bedeutung behielt, den passiven Mittelpunkt der ganzen Kontinentalpolitik zu bilden. Zeuge dessen die in Deutschland abgehaltenen großen Kongresse, wie der westfälische Friedenskongreß und der Wiener Kongreß, deren Satzungen hinterher die Grundlage des positiven europäischen Völkerrechtes wurden.“ Es fehlte aber auch im 20. Jahrhundert im kleindeutschen Lager nicht an Stimmen, die sich selbst als reichsdeutsche Alldeutsche bezeichnend, trotzdem den Wert des Deutschen Reiches nach der deutschen Gesamtnation und nicht allein nach Groß-Preußen beurteilten. Im Buch des Alldeutschen Verlages J. F. Lehmann, München „Deutsche Politik“ von Ernst Hasse 1905, heißt es: „Ist das Deutsche Reich wirklich ein „Deutsches“ Reich und ist es wirklich das „Deutsche Reich“? Die Frage wäre von Anfang an berechtigt gewesen, ob und in welchem Grade die Neuschöpfung des Deutschen Reiches wirklich etwas deutsches ist als der bis 1866 bestehende Deutsche Bund, und ob die Ereignisse des Jahres 1864–1871 außer der strafferen Zusammenfassung der im Deutschen Reiche vereinten Einzelstaaten wirklich eine größere Uebereinstimmung zwischen dem deutschen Staatengebilde und dem deutschen Siedlungsgebiete gebracht haben, als dies bis 1864 der Fall war. Ohne Zweifel hat man bisher mit zu großer Ausschließlichkeit die Bedeutung der Ereignisse von 1864–71 in der Sicherstellung der Vorherrschaft des preußischen Staates über den größeren Teil des deutschen Volkes gefunden, in der Hinausdrängung Oesterreichs aus dem Deutschen Reiche, in der innigen Zusammenschweißung des losen bisherigen Bundesgebildes zu einem festgefügtten und militärisch geschützten Reichsgebilde. Dagegen hat man einerseits den Verlust zu wenig gewürdigt, der in dem Zurückweichen der Reichsgrenzen von der Adria, in dem Verlust von etwa 12 Millionen deutschen Volksgenossen besteht, andererseits aber den Gewinn nicht genügend in Rechnung gestellt, der in dem Vorschieben der Reichsgrenzen über die dortigen Siedlungsgebiete des deutschen Volkes hinaus.“ „Der ganze Gewinn des Jahres 1864–71 ist nämlich weiter nichts als der Verzicht auf einen sicher vorhandenen Besitz im Süden, in der Hoffnung auf einen größeren

Gewinn nach allen anderen Himmelsrichtungen hin. Er ist nichts weiter als ein Wechsel auf die Zukunft, den wir selbst einlösen müssen.“

Das Kernland der deutschen Nation ist immer kleiner geworden seitdem dieses neue Preußen-Deutschland nach Weltgeltung und Weltmacht strebte. Vom Deutschen Bund über Bismarcks Kleindeutschland — die erstmals geographisch verstümmelte deutsche Nation — zur heutigen deutschen Republik von Versailles und Weimar. Wir wollen uns umsehen, auf welche Art und in welchen Ausmaßen uns diese Erniedrigung zuteil wurde. Nach einer ausgezeichneten übersichtlichen Darstellung von Professor Dr. Nawiascky im Verlag Dr. F. A. Pfeiffer erschienen, kann man einteilen: 1. Der Gürtel der Grenzdeutschen im geschlossenen Siedlungsgebiet, 2. Die Zerstreuung im engeren und weiteren Sinn.

Den Gürtel der Grenzdeutschen beginnen wir im Westen, wo die Bevölkerung Elsaß-Lothringens zwar in ihrer Mehrheit deutsch ist, jedoch auch ein ansehnlicher Teil französisch. Schon hier stoßen wir auf den ersten, dabei aber auch unglücklichsten Fehler des Deutschen Reiches von Versailles. Nie hat Frankreich vergessen, was ihm 1870 entrisen wurde. Heute erleben wir die „Revanche“. Und auch hier sehen wir, wie in der Folge noch oft, ein klassisches Beispiel des unermesslichen Schadens, den jeweils Deutschland trifft, wenn preußisches Militär über seinen eigentlichen Bereich in die Staatspolitik über- und eingreift. War es Bismarck am Ende des Krieges 1866 nur mit dem höchsten Aufgebot seiner Kräfte gelungen, seinen Willen gegenüber den Forderungen des preußischen Generalstabes der „Halbgötter“ (Erinnerungen Bd. II, S. 106) und des auf seiner Seite befindlichen Königs, durchzusetzen, die eine möglichst weitgehende Ausnützung des Sieges (außer den Gebietsabtretungen, Einzug in Wien) verlangten, so mußte er 1870 mit den preußischen Militärs ein verhängnisvolles Kompromiß eingehen. Über die diplomatischen Erwägungen und militärische Ressortpolitik 1866 schreibt er in seinen „Erinnerungen“ Bd. I, S. 46: „In Lagen wie die unsrige damals war, ist es politisch geboten, sich nach einem Siege nicht zu fragen, wieviel man dem Gegner abdrücken kann, sondern nur zu erstreben, was politisches Bedürfnis ist. Die Verstimmung, die mein Verhalten mir in militärischen Kreisen eintrug, habe ich als die Wirkung einer militärischen Ressortpolitik betrachtet, der ich den entscheidenden Einfluß auf die Staatspolitik nicht einräumen konnte.“ Über diesen preußischen Generalstab urteilt er (Bd. II, S. 130) in einem Brief an seine Gattin aus Versailles vom 22. November: „Dem

Generalstab“ ist der Erfolg kaiserwahnsinnig in die Krone gefahren.“ Und dieses unglückselige Kompromiß von 1871 bestand darin, daß er selber nicht geneigt war Meß zu nehmen, vielmehr die Sprachgrenze vorzog, wie aus seiner Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 hervorgeht. Dort heißt der Passus: „Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annektieren? Ich bin schon — ich muß das aufrichtig sagen — 1871 nicht sehr geneigt gewesen, Meß zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militärischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß.“ Und Dr. Richard v. Kralik schreibt im 6. Band seiner Weltgeschichte S. 710: Bismarck habe sich 1890, also nach seiner Entlassung, einem katholischen Franzosen gegenüber geäußert, er (Bismarck) habe 1871 nur das Elsaß haben wollen, das zum Schutze Süddeutschlands notwendig sei, aber die militärischen Kreise haben auch Lothringen verlangt. So kam Elsaß-Lothringen 1871 ohne Volksabstimmung zu Deutschland und wurde nach den weltbekannten rücksichtslosen Verwaltungsmethoden der preußischen Bürokratie und des preußischen Militärs als sogenanntes Reichsland der deutschen Nation durch Zwangsmaßnahmen möglichst entfremdet. Einen sehr interessanten Beitrag zu diesem Kapitel lieferte im 8. Heft 1922—23 des 20. Jahrganges des „Hochland“ Dr. Friedrich Curtius als Sachverständiger, da er 37 Jahre als Beamter im Elsaß gearbeitet hat; dabei kann er als Preuße nicht der Voreingenommenheit geziehen werden. In diesem Aufsatz „Franzosen und Militarismus im Elsaß“ kommt er zu folgendem Urteil: „Wir standen im Elsaß einer feindlichen Macht gegenüber, der französischen Gesinnung eines Teils der Bevölkerung und der mit dieser verbündeten französischen Propaganda. Mit diesem Feinde wäre Deutschland, wenn der Friede erhalten blieb, bei ruhigem Vorgehen und der nötigen Geduld fertig geworden. Aber gegenüber dem französischen Chauvinismus erhob sich der preußische Militarismus, welcher nicht warten wollte, bis die Natur die Keime einer neuen Staatsgesinnung sich entfalten ließ. Beide Elemente haben sich in die Hände gearbeitet und die Katastrophe herbeigeführt.“ Weiter nennt er besonders verhängnisvoll die Rückwirkung von Bismarcks Kulturkampf-Politik auf das Elsaß, denn „wenn in Deutschland die katholischen Politiker als „Reichsfeinde“ galten, so konnte man sich nicht wundern, wenn sie auf dem umstrittenen Boden des Elsaß demgemäß Stellung nahmen.“ Den Kulturkampf löste die Sozialisten-Verfolgung ab und gerade die Sozialisten des Elsaß waren es, welche die

völlig französisch orientierten Industriekapitäne aus ihrem alles beherrschenden und damit auch französisierenden Einfluß hinauszudrängen begangen. Nunmehr aber stellten sich die Sozialisten, „wenn sie auch nicht für Frankreich arbeiteten, dem deutschen Staatswesen mißtrauisch und ablehnend gegenüber, wie die Katholiken.“ Und was Dr. Curtius über die Auswirkungen des alldeutschen wie des mit ihm verwandten Geistes des preußischen Militarismus ausführt, sowie über die Autonomiebestrebungen des Landes und ihre Nichterfüllung, das verdient wörtlich festgehalten zu werden: „Was die Regierung tun mußte, hat Bismarck gleich nach der Annexion klar ausgesprochen. Sie mußte an den urdeutschen Partikularismus der Bevölkerung anknüpfen und den Beweis liefern, daß für das Elsaß innerhalb des Deutschen Reiches eine viel höhere Stufe der Selbständigkeit erreichbar war, als Frankreich jemals zugestehen konnte. Alle verantwortlichen Leiter der Landesverwaltung haben diesen Grundgedanken der Elsaß-Politik vertreten und die Autonomie des Landes erstrebt. Aber diesem Streben stand zu jeder Zeit eine vor allem von den Konservativen vertretene Meinung gegenüber, daß die Elsässer nicht durch die Zeit und gutes Regiment zu gewinnen, sondern durch Gewaltmittel umzustimmen seien. Die Armee war immer der Meinung, in der militärischen Disziplin ein Mittel zu besitzen, um die ihr überantworteten Menschen nicht nur technisch auszubilden, sondern auch mit einem neuen Geist zu erfüllen. Sie traute sich die Fähigkeit zu „Geist zu machen“, und verlangte dieselbe Leistung von der bürgerlichen Verwaltung an der leider großen Zahl von Individuen, die außerhalb des Heeresverbandes standen. Wo das gewünschte Resultat ausblieb, mußte die Verwaltung daran schuld sein. Fragte man gelegentlich, wie sie es anfangen solle, die Geister umzuschaffen, so mußte man hören, daß es darauf ankomme, den französisch gesinnten Elsässern Übles zuzufügen. Man dachte sich also die Arbeit der Verwaltung als einen dauernden Krieg gegen Gefühle und Stimmung, ohne zu bedenken, daß diese Methode nur dazu führen konnte, die noch vorhandene Unzufriedenheit mit der deutschen Herrschaft zu verewigen. Während des Krieges, wo die Militärs das Land beherrschten, haben sie ihre Regierungskunst erprobt. Sie haben dadurch die Erfolge der ruhigen und besonnenen Verwaltung des Landes gestört und die Stimmung der Bevölkerung für den Empfang der Franzosen vorbereitet. — Aber wie denn im allgemeinen das Unverständige aber effektiv Vertretene Stimmung macht, so wurde auch die öffentliche Meinung Deutschlands in weiten Kreisen durch

diese militaristische Ansicht beherrscht. Die Regierung hat sich dadurch nur ausnahmsweise in Momenten großer politischer Erregung beirren lassen und ist schließlich immer in die von Bismarck gewiesene Richtung auf die Autonomie des Landes zurückgekehrt. Die Entwicklung vollzog sich infolge der immer/wieder auftretenden Stimmungsgemäßen Widerstände der herrschenden Kreise langsam. Aber im Jahre 1911 war doch eine Verfassung zustande gekommen, welche dem Lande allerdings die volle Gleichberechtigung eines Gliedstaates im Reiche noch vorenthielt, ihm aber doch eine von der Gesetzgebung des Reiches unabhängige Legislative gab, die auf demokratischen Prinzipien beruhte und der Bevölkerung die Möglichkeit gab, auf den gesamten Staatsbetrieb den entscheidenden Einfluß zu üben. Es fehlte nur noch ein dem Reich gegenüber selbständiges Staatsoberhaupt mit der daraus folgenden gleichberechtigten Vertretung im Bundesrat. Bei ruhigem Fortschritt war die Vollendung der Autonomie trotz der in der Reichsverfassung liegenden Schwierigkeiten unabwendbar. Der letzte Schritt mußte aller spätestens beim Ausbruch des Weltkrieges geschehen. Ein selbständiger Staat Elsaß-Lothringen hätte niemals bei den Friedensverhandlungen als willenloses Objekt behandelt werden können. Die Sieger hätten sich mit einer Trennung des Landes von Deutschland begnügen müssen, wenn eine auf unanfechtbarem Boden stehende Volksvertretung die Selbständigkeit des Landes gefordert hätte. Die Autonomie war im Falle des Sieges keine Gefahr, im Falle der Niederlage die einzige Rettung.“ Soweit Dr. Curtius. Die Probe aufs Exempel, welche die Fähigkeit der preußischen Militärs „Geist zu machen“ zeigte, war die Zaberner Affäre. Dann kam der Krieg und über das Land preußische Kriegsverwaltung. Da ist's verständlich, daß Elsaß-Lothringen nach Preußen-Deutschlands Zusammenbruch mit fliegenden Fahnen ins Lager Frankreichs ging. Und wenn seither wieder eine kleine Ernüchterung eintrat, so ist am wenigsten Preußen-Deutschland daran schuld. Das einzige Glück für die deutsche Nation ist dabei, daß es seit 1918 ebenso ohne Volksabstimmung in die Hände der Pariser Zentralgewalt kam und von dort mit eben solchen rücksichtslosen Methoden verwaltet wird. Der preußische Nationalist nannte die Bevölkerung „Wakes“, der französische Chauvinist nennt sie „Boches“.

Wenn ich nun auf das Großherzogtum Luxemburg komme, so möchte ich es mit besonderer Wärme geschehen lassen, weil manch innige Fäden zwischen Luxemburg und unserer bayerischen Heimat durch die beiderseitigen Herrscherhäuser geschlungen sind. Aber nicht

nur dies. Das Großherzogtum, das heute mehr als $\frac{1}{4}$ Million deutschen Stammes und damit eine überwiegend deutsche Bevölkerung hat, ist auf Grund seiner Geschichte engstens mit der deutschen Nation verbunden. Schon im Deutschen Bund war Luxemburg eingeschlossen, damals unter der Regierung des Königs der Niederlande. Gerade in dieser luxemburger Frage hat Bismarck nachweislich „etwas Landesverrat um des guten Zweckes willen“ getrieben. Der „gute Zweck“ war die diplomatische Vorarbeit zum Bruderkrieg 1866. Der Landesverrat bestand in folgendem Anerbieten Bismarcks an Benedetti, der in seinem Erinnerungswerk „Ma Mission en Prusse“, Seite 164--165, in einem Brief an den Minister des Auswärtigen Drouyn de Lhuys vom 19. Mai 1866 darüber ausführt: „Nach Ansicht Seiner Majestät müßten, so sagt wenigstens Herr von Bismarck, die Kompensationen, die Frankreich etwa angeboten werden könnten, überall da genommen werden, wo man an seiner Grenze französisch spricht. Der Ministerpräsident selbst hätte seinem Herrn bemerklich gemacht, daß, um über diese Gebiete zu verfügen, man sie vorher erobern müßte. Es ist jedoch dem Ministerpräsidenten die Äußerung entschlüpft, daß, „wenn Frankreich Köln, Bonn und selbst Mainz verlangen sollte, er lieber von der politischen Bühne verschwinden, als dareinwilligen würde.“ Ohne daß ich ihn irgendwie drängte, sich weiter zu erklären, deutete er an, daß er es nicht für unmöglich halte, den König zu bestimmen, uns die Ufer der oberen Mosel zu überlassen (das Gebiet von Trier jedenfalls, das er indessen nicht nannte), was in Verbindung mit Luxemburg, wo die Vereinigung mit Frankreich günstig aufgenommen werden dürfte, unsere Grenze in einer uns völlig zufriedenstellenden Weise berichtigen würde . . .“ „Ich kann nicht sagen, ob Herr von Bismarck, indem er mir diese Eröffnungen machte, ohne daß ihm etwas den Vorwand dazu bot, mich ausholen oder sich schon jetzt durch meine Vermittlung von den Zugeständnissen in Kenntnis setzen wollte, die er Ihnen anbieten könnte, sowie von denjenigen, die zu verlangen wir uns enthalten müßten. Aber ich würde nicht überrascht sein, wenn dem so wäre, da ihm diese Art von Auskunftsmittel ganz geläufig ist.“ Wie geläufig in Wirklichkeit solche machiavellistische Art Bismarck war, beweist uns der gewiß in dieser Hinsicht unverdächtige preußisch-deutsche Historiker von Sybel in seinem Werke „Die Begründung des Deutschen Reiches.“¹⁾ Zu Preußens Konflikt mit dem hessischen Kurfürsten 1862 schreibt er: „Damals war Herr von Bis-

¹⁾ Bd. II, Seite 319.

mark, soeben aus Petersburg nach Paris versetzt, in Berlin. Graf Bernstorff befragte ihn um seine Meinung. Bismarck entgegnete: „Der Umstand, daß der Kurfürst einen königlichen Brief auf den Tisch geworfen hat, ist ein wenig geschickter casus belli; wollen Sie aber Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität fertig zu liefern.“ Aber mit Entsetzen zog Graf Bernstorff zurück. Indessen zeigte sich schon jetzt, was ein entschlossenes preußisches Wort in Deutschland bedeutete.“ Doch braucht man keineswegs diese nach seinen eigenen Worten landesverräterische Haltung Bismarcks, wie ich es hier getan, aus seinen Äußerungen in anderem Zusammenhang und zu anderer Zeit zu beweisen, wir finden im Gegenteil die verstärkte Bestätigung jener oben zitierten Darstellung Benedettis ebenfalls in von Sybel's „Begründung des Deutschen Reiches.“¹⁾ Er schreibt: „Die gebührende Antwort auf jede Zumutung dieser Art (Kompensation an Frankreich für dessen Neutralität im preußischen Bruderkrieg) ließ sich nur mit der Hand am Schwertgriff geben; dies aber wäre freilich im Juni 1866 ein Akt des Wahnsinns gewesen.“ D. h. Sybel entschuldigt Bismarck, der nicht zum Krieg gegen Großdeutschland auch noch Frankreich durch Ablehnung der Kompensationsforderungen auf deutsches Gebiet vor den Kopf stoßen konnte. Und weiter schildert er eine Unterredung zwischen Bismarck und dem italienischen General Govone vom 2. Juli 1866,²⁾ in der dieser Bismarck zu Zugeständnissen an Frankreich anhielt: „Ich dachte, hat Bismarck später erzählt, an den Wucherer bei Sheridan, der seinem geplagten Schuldner darlegt, wie gerne er ihm Ausstand und Nachlaß bewilligte, leider aber würde er selbst von einem unerbittlichen Gläubiger gedrängt, der ihm jede Freigebigkeit unmöglich mache, und so antwortete ich Govone, wenn es allein von mir abhinge, so würde ich vielleicht um des guten Zweckes willen etwas Landesverrat treiben, und da ich viel mehr Preuße als Deutscher sei, irgend ein Stück rheinisches Land südlich der Mosel an Frankreich abtreten.“ . . . „In ähnlichem Sinne redete Bismarck am folgenden Tage mit Benedetti, als dieser ihn darauf aufmerksam machte, daß die deutsche Bundesreform (der Bruderkrieg von 1866! d. V.) Frankreich möglicherweise zu Gegenforderungen veranlassen könnte. Der König denke, wenn Frankreich sich erweitern wolle, möge es auf Länder nicht der deutschen, sondern der französischen Zunge, blicken. Vielleicht würde er, Bismarck, den König

¹⁾ Bd. IV, Seite 304–305. ²⁾ Bd. IV, Seite 305.

zur Abtretung von Trier bestimmen können, womit Napoleon dann Luxemburg vereinigen möge; aber auch er würde niemals einer Forderung von Mainz, Bonn oder Köln zustimmen.“ So sehen wir, wie Bismarck ein rein deutsches Land wie Luxemburg und dazu noch Trier als Schacherobjekt zur Erfüllung preußischer Hegemonial-Pläne in landesverräterischer Weise aufs Spiel zu setzen bereit war. Daß es in der Tat nicht ganz so weit gekommen ist, — wenigstens Trier ging der deutschen Nation nicht verloren, — verdanken wir lediglich dem Ungeschick Napoleons, der mit seinen verspäteten Kompensationsforderungen nach dem Frieden von Nikolsburg der von Bismarck betrogene Betrüger wurde. Uns interessiert hier nur noch die Tatsache, daß eben durch und seit 1866 das Großherzogtum Luxemburg unter schmachvollsten Bedingungen, deren Schande auf das Preußen Bismarcks fällt, der deutschen Nation verloren ging. Dem Norddeutschen Bund trat das Großherzogtum nach 1866 aus entschiedener Abneigung aller Schichten der Bevölkerung gegen Preußen, wie selbst Bismarck in einer Sitzung des Norddeutschen Reichstags vom 1. April 1867 feststellen mußte, nicht bei. Es wurde vielmehr infolge des Streites zwischen Preußen und Frankreich durch das Londoner Traktat von 1867 unter der Kollektiv-Garantie sämtlicher Großmächte für neutral erklärt, nachdem Preußen gezwungen war, die Festung Luxemburg zu räumen. Aber auch das luxemburgische Herrscherhaus hat die revolutionären Methoden Bismarcks am eigenen Leibe verspürt. Denn mit der Annexion des Herzogtums Nassau 1866 durch Preußen wurde Herzog Adolf von Nassau vom Throne gestoßen. Und dieser nämliche Herzog Adolf bestieg im November 1890 nach Aussterben des Mannesstamms der jüngeren ottonischen Linie den Thron als Großherzog von Luxemburg. So ist es denn verständlich, wenn von der höchsten Spitze des Landes bis zu den untersten Schichten der Bewohner dieses rein deutsche Volk und sein deutsches Fürstenhaus die gleiche Erkenntnis und die gleiche Achtung erfüllt vor jenem „deutschen Beruf Preußens.“

Das Rheinland soll vertragsgemäß nach 15 Jahren vollständig geräumt sein, wenn auch Frankreich scheinbar vorläufig nicht daran denkt, seine Zonen wieder herauszugeben. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß das Rheinland nachweislich, seit es als Provinz Preußen einverleibt ist, immer wieder, natürlich ergebnislos, seinem Wunsch nach Autonomie regsten Ausdruck verlieh, zum erstenmal 1848. Dieses provinzielle Begehren wurde vom Königreich Preußen ebensowenig beachtet, wie der allgemeine Wunsch

auf Beseitigung des Dreiklassen-Wahlrechtes im preußischen Staat insgesamt. So torkelte Preußen unter nicht gehaltenen Versprechungen in die Revolution von 1918 hinein. Ist es nicht charakteristisch, daß am 4. Dezember 1918 in zwei großen Volksversammlungen in Köln der damalige Führer der Zentrumspartei, Geheimrat Trimborn, und der Chefredakteur der Kölnischen Volkszeitung, Dr. Hoeber, sprachen, in der folgende Resolution angenommen wurde: „5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dezember 1918 in der Bürgergesellschaft zu Köln versammelt, fassen folgende Entschluß: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reiche, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichende staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen aus aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und in Westfalen und den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörigen selbständigen Rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Es lebe das freie Rheinland im freien Deutschland!“ Die Kölnische Volkszeitung schrieb in ihrem Bericht über die Versammlung: „Stürmischer, sich immer aufs neue wiederholender Beifall, Hut- und Tücherschwenken folgten auf die Verlesung dieser Worte. Die Anwesenden erhoben sich von ihren Plätzen und stimmten bewegt und einmütig zu. Es war ein weltgeschichtlicher Augenblick, und bei der formellen Abstimmung erklärten sich von den vielen tausenden der Anwesenden ganze zwei Personen dagegen.“ Am 1. Februar 1919 traten in Köln die rheinischen Oberbürgermeister und sämtliche gewählte Abgeordnete aller Parteien zusammen. Nach eingehenden Beratungen sämtlicher Fraktionen wurde einstimmig folgender Beschluß angenommen: „Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuß die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung.“ Diesem Ausschuß gehörten u. a. an Oberbürgermeister Adenauer, Köln, als Vorsitzender, sowie der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann. Also stellten

sich damals gerade diese Herren, die heute von Föderalismus nichts wissen wollen, auf den Boden eines rheinischen Freistaates. Damals wagte es keiner, sich dem Willen des rheinischen Volks zu widersetzen. Frankreich nützt nun diese antipreußischen Strebungen für seine Intentionen aus. Und obwohl das Rheinland bei Frankreich genau so wenig Autonomie zu erhoffen hätte wie bei Preußen (s. Elsaß-Lothringen), finden sich doch teils Idealisten, heimat- und freiheitsliebende Männer, die die Zeit für gekommen erachten, ihre Liebe zur rheinischen Heimat in die Tat umgewandelt zu sehen. Teils sind es freilich von Frankreich bezahlte Verräter. Diese Unterscheidung muß gemacht werden. Jedenfalls darf man annehmen, daß der französischen Separations- und Annexionsbewegung viel Wind aus den Segeln genommen wäre, wenn Preußen dem Rheinland freiwillig und rechtzeitig weitgehendste Autonomie gewährt hätte, denn so mußte Druck den separatistischen Gegendruck erzeugen. Ähnlich liegt die Sache im Falle Oberschlesiens, wie wir weiter unten sehen werden.

Im Norden fiel Nordschleswig durch freie Volksabstimmung mit einer deutschen Minderheit an Dänemark. So wenig konnte also das doch seit 1864 und 1866 saturierte Preußen seinen wirklichen deutschen Beruf, die Germanisierung der Grenzdeutschen des Nordens und Nordostens in einem halben Jahrhundert durchzuführen!

Der künstlich geschaffene Freistaat Danzig ist wohl überwiegend deutsch. Es dürfte aber auch gerade hier die Gefahr bestehen, daß diese auf der Deutschland zugekehrten Seite vom polnischen Korridor begrenzte Hafenstadt, die von den Polen als Handelshafen begehrt wird, mehr und mehr unter polnischen Einfluß gerät.

Auch das Memelgebiet, das zur größeren Hälfte eine deutsche Bevölkerung aufweist, ist von der Republik Litauen abgetrennt. Weiter nach Osten vorgelagert, im sogenannten Baltikum, vor allem in Lettland, das heute eine selbständige Republik ist wie die übrigen russischen Randstaaten, befand sich bis zur russischen Revolution eine rein-deutsche Oberschicht aus Adel, Gutsbesitzern und Bürgertum. Dieses baltische Deutschtum umfaßte ungefähr 500 000 Deutsche, die nunmehr fast gänzlich mit Feuer und Schwert von den Bolschewisten ausgerottet wurden. Und auch hier wieder dürfen wir einen Großteil der Schuld über diesen Verlust auf den in verkehrte Richtung gewandten kolonialisatorischen deutschen Beruf Preußens setzen. Hätte Preußen gerade jene spezifisch preußischen Ursprungseigenschaften, die ein August Vilmor im April 1867

so trefflich bezeichnete, zur natürlichen Ausbreitung der Nation Preussien nach Osten ausgenützt, so hätte es wahrlich der deutschen Nation mehr genützt und Deutschland weniger geschadet. Vilmar schrieb:¹⁾ „Der Preuße als ein Mischling halb Slawe, ein Drittel Preuße (Littauer), ein Sechstel Deutscher ist von Natur ein Eroberer, folglich ein Gleichmacher Er muß unifizieren, kann keine Besonderheiten gelten lassen.“ Derselben Meinung war Konstantin Frantz als er 1879 schrieb:²⁾ „War denn nicht die ursprüngliche Bestimmung der Mark Brandenburg die gewesen: Nicht etwa in das Reich hinein, sondern über das Reich hinaus zu wirken? und galt nicht dasselbe noch viel augenfälliger von dem Deutschen Orden, welcher den von den Brandenburger Markgrafen eröffneten Weg weiter verfolgend seine Herrschaft bis an den Peipussee ausdehnte? Daraus beruhte die Stellung, die in der zweiten Hälfte des Mittelalters das Deutschtum des ganzen nordöstlichen Europas gewann. Welche Umkehr dieser Verhältnisse hingegen, wenn hinterher der moderne preußische Staat, dessen Kern eben die Mark Brandenburg und das alte Ordensland bilden, vielmehr die Bestimmung haben soll, ein neues Deutschland zu begründen, indem er das alte Deutschland preußisch macht! Wo also die Dinge rundweg auf den Kopf gestellt sind, wie ist da zur Wahrheit zu gelangen als durch einen totalen Umschwung, wodurch sie wieder auf die Beine kommen? Das aber will hier besagen, daß demnach der wahre deutsche Beruf Preußens vielmehr darin besteht, dem Deutschtum die Stellung im nordöstlichen Europa, die es später infolge des allgemeinen deutschen Verfalles wieder verlor, allmählich zurückzuerobern.“ Und gerade über die baltischen Länder schrieb Konstantin Frantz:³⁾ „Oder war das nicht eine außerordentliche Erscheinung, wie das Deutschtum von der unteren und mittleren Elbe aus in 4 Jahrhunderten bis an den Peipussee vordrang, über 150 Meilen weit in slawisches, littauisches und finnisches Gebiet hinein? Und nicht bloß, daß es da eine militärische Herrschaft gewann, sondern sich so einwurzelte, daß insolgedessen ausgedehnte Landschaften vollständig verdeutscht wurden. Wo aber die große Masse undeutlich blieb, wie in Kurland und Livland, hatte sich doch das deutsche Gepräge diesen Ländern so tief eingedrückt, daß selbst eine 300jährige Fremdherrschaft bis heute nichts dagegen vermochte. Dazu kommen ferner die derselben Zeit angehörigen sporadischen Ansiedelungen in den polnischen Städten, wo deutsche Einwanderer

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Seite 259.

²⁾ „Deutschland und der Föderalismus“, Seite 111. ³⁾ daselbst Seite 72.

oft den Kern der ganzen Bürgerschaft bildeten. Infolgedessen bis noch in die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Polen das Magdeburger Stadtrecht gegolten hat.“

Damit kommen wir an die Ostfront und zunächst zu dem nunmehr neu erstandenen Polen. In den jetzt abgetrennten früheren preußischen Provinzen: Westpreußen, Posen und Oberschlesien ist der größte Neuverlust an Deutschen zu verzeichnen, denn die später zu würdigenden deutschen Volksteile der ehemaligen Habsburger Monarchie waren schon seit dem Unglücksjahr 1866 ohne direkten Zusammenhang mit dem neuen Deutschen Reiche. Bei Elsaß-Lothringen sehen wir, wie das spezifische Preußentum die Bevölkerung von der deutschen Nation entfremdete. An Nordschleswig, Memelgebiet und den baltischen Landen lernten wir die Folgen des falsch orientierten sogenannten deutschen Berufes Preußens kennen. Diese beiden Übel zusammengenommen verschulden zum großen Teil diese nach Nawiaskys Angaben rund zwei Millionen an Polen verloren gegangene Deutsche. Bemerkenswert ist, daß Westpreußen, das neben Ostpreußen und der Mark Brandenburg mit ein Kern des spezifischen Preußentums war, noch im 20. Jahrhundert so slawisiert ist, daß es auf Grund der Volksabstimmung, selbst wenn man dabei die polnische Beeinflussung in Betracht zieht, an Polen fiel. Und gerade dieses Westpreußen, neben Ostpreußen und der Mark natürlich, stellte dem brandenburgisch-preußischen Königshaus jenen Landadel und jene Rittergutsbesitzer, aus denen das preußische Offiziers- und Beamtenkorps und jenes Landvolk, aus dem der preußische Musketier erwuchs. Aber es läßt sich nicht nur diese Unfähigkeit zur Kultivierung der nächstliegenden preußischen Provinzen feststellen, soweit sie nicht mit gewaltsamen Methoden, auf den Spitzen der Bajonette, die spezifisch preußische Kultur aufoktroierte; ganz im Gegenteil, es kam soweit, daß Konstantin Franz der puren Wahrheit entsprechend feststellen mußte¹⁾: „Und dazu noch dies, daß infolge der Amalgamierung des Großherzogtums Posen mit dem preußischen Staate zugleich auch die Posener Juden das volle preußische Staatsbürgerrecht erlangten. Scharenweise zogen sie seitdem nach Berlin, dessen unaufhaltsam fortschreitende Verjudung von daher datiert, wodurch das ganze Preußentum gerade in seinem Zentrum mit innerer Zersetzung bedroht ist.“ Bei der heute gegebenen Situation im (Juden-)Babel Berlin klingen diese vor 50 Jahren geäußerten Ansichten wie

¹⁾ „Deutschland und der Föderalismus“, Seite 115.

eine Prophezeiung. Die ehemalige preußische Provinz Posen dürfte wohl endgültig für die deutsche Nation verloren sein. Ein Blick auf die Sprachenkarte Mitteleuropas, wird diese traurige Feststellung erhärten. Mit dem Herzen blieben die polnischen Untertanen des preußischen Staates immer Polen. Und die Behandlung, die diese katholische Provinz von Seiten des protestantisch-preußischen Staates zur Zeit des bismarckischen Kulturkampfes erfuhr, ließ sie nimmer vergessen, daß für sie das Morgenrot nur von Warschau kommen könnte. Freilich war damals auch das Mutterland unter der Knechtschaft der russischen Knute.

Und gerade dadurch, so wies Konstantin Frantz überzeugend nach, daß das Königreich Preußen der Knechter Posens mit dem Zarentum, dem Knechter Kongreß-Polens eng liiert war, machte sich Preußen dem ganzen Polentum gegenüber im höchsten Maße mißliebig. Trotz preußischer Verheißungen eines polnischen Großherzogtums hatte man Posen zu einer preußischen Provinz degradiert. Und Frantz meint eben dort, wenn man das Land wirklich als Großherzogtum behandelt hätte, so wäre es für Russisch Kongreß-Polen ein Vorbild geworden und eine Hoffnung vom russischen Zarentum weg unter preußisches Zepter als ungeteiltes polnisches Großherzogtum zu kommen. Eine solche gleich kluge und gleich rücksichtsvolle Politik war jedoch dem spezifischen Preußentum fremd. Und heute trägt die verstümmelte deutsche Nation die Folgen.

Für die deutsche Nation und ihre Volkswirtschaft von größter Wichtigkeit ist Oberschlesien. Nun wollte das machthungrige Polen nach dem famosen Versailler Vertrag und mit Hilfe eines parteiisch ausgeführten Selbstbestimmungsrechts der Völker auch dieses Land, vor allem seinen wichtigsten südlichen Teil mit der Industrie. Polen pochte auf die Mehrheit der polnischen Industrie-Arbeiterschaft, wiederum mit der Unzufriedenheit der Oberschlesier mit preußischen Verwaltungsmethoden rechnend. Und diese bestand wie nachweislich in so ziemlich allen bedeutenden preußischen Provinzen. Das Verlangen nach einer bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien war keineswegs eine künstliche Mache, wie die Vertreter Preußen-Deutschlands gerne zum Ausdruck brachten. Es entsproßte vielmehr urwüchsig dem Boden heimattreuer Oberschlesier gleich nach der Umwälzung von 1918. Verstärkt nur wurde dieser Wunsch später durch die Ueberzeugung, daß bei Fortsetzung der alten preußischen Verwaltungspraxis der ihr entspringende Preußenhaß bei der Abstimmung zu Deutschlands Ungunst mitsprechen würde. Wie der Rheinländer sich Muß-

preuße nennt, so wies auch der obererschlesische Reichstagsabgeordnete Dr. Herschel in Nr. 539 der „Schlesischen Volkszeitung“ vom 27. Oktober 1920 auf dieses Verhältnis zwischen Preußen und Oberschlesien hin: „Adolf Hoffmann (der preußisch-sozialdemokratische Kultusminister von 1919 d. V.) hat nicht der katholischen Sache geschadet, wohl aber der deutschen. Ein Ausnahmegesetz für Oberschlesien wurde nötig, so groß war die Gefahr seiner Erlasse über Kirche und Schule. Dazu kam Erbitterung gegen vieles aus dem alten System. Man fühlte sich als Staatsbürger zweiter Klasse, wenn man polnisch sprach und katholisch war. Zweisprachigkeit, sonst ein großer Vorteil, wurde ein Nachteil in Oberschlesien, denn solche Beamte kamen dort nicht zu leitenden Stellen. Zwar wurden nach einer Besprechung in Gegenwart von Reichs- und Staatsministern am 30. Dezember 1918 im Breslauer Rathause neue Leitsätze für Oberschlesien verkündet, insbesondere die Gleichberechtigung beider Sprachen und die Selbstständigkeit in kirchlichen und Schulfragen. Aber mit den Beamten, die das neue System nach Oberschlesien sandte, war man dort vielfach nicht zufrieden. Abgesehen vom Oberpräsidenten waren nur wenig zweisprachige und katholische höhere Beamte vorhanden.“ Auch hier sieht man wieder, wie rücksichtsloses Machtsstreben und Zentralisation die altpreußischen Junker, mit den neupreußischen, d. h. den erst seit 1918 zur Macht und Mitbestimmung gekommenen Sozialisten vereint. Diese sonst so gegensätzlichen Richtungen sind durch die schlechtesten Eigenschaften des spezifischen Preußentumes ideenverwandt.

Das „Oberschlesien den Oberschlesiern“, dieser mit „Los von Preußen“ nah verwandte Ruf stieß bei Beratung des Autonomiegesetzes im November 1920 im Reichstag nur bei den Deutsch-Nationalen, d. h. Preußisch-Konservativen auf offenen Widerstand, wurde aber mit großer Mehrheit angenommen. Und warum dieser Widerstand? Darauf antwortet ein eindeutiger Artikel des damaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Strathmann „Keine Autonomie für Oberschlesien“. ¹⁾ Zur Begründung seiner Autonomie-Ablehnung führt er aus, der Träger dieser Agitation sei dasselbe Zentrum, „das im Westen die Losreißung anderer, überwiegend katholischer Gebietsteile vom preußischen Staat betreibe, obwohl doch nicht die Gefahr besteht, daß diese Gebiete sonst dem Deutschen Reiche verloren gingen.“ Damals freilich bestand im Westen keine solche Gefahr, dagegen jene Autonomiebewegung im Rheinland immer! Im Januar 1923 trat diese Gefahr

¹⁾ Münch. Augsb. Abendztg. Nr. 465 vom 10. Nov. 1920.

unmittelbar ein mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich. Da fand sich aber in Preußen-Deutschland besonders im allmächtigen Reichswasserkopf Berlin niemand, der geraten hätte, wie in der ober-schlesischen Frage, so auch durch eine rheinische Autonomie den Franzosen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die schwache Reichsregierung Cuno hätte wohl auch gegenüber der preußischen Braun-Regierung die nötige Courage zu einem solchen Vorgehen kaum aufgebracht. Gegen den in großdeutschen Kreisen geplanten Abbau des übermächtigen Preußen wendet sich im angezogenen Artikel Strathmann. Diese Leute wollen nicht verstehen, daß ein föderalistischer Bundesstaat nur von ungefähr gleichgroßen Staaten durch Zusammenschluß erreicht werden kann. Das bismarcksche Preußen-Deutschland von 1866 und 1870 beweist uns genugsam, daß Konstantin Franz recht hat mit jenem Vergleich: „Der Löwe und die Maus können sich nicht konföderieren.“ Darum wollen wir groß-deutsche Föderalisten, noch bevor Preußen die deutschen Staaten völlig aufgefressen hat, diese Mußpreußen, die von bismarckischer und vorbismarckischer preußischer Gewaltmethode annektierten Staaten, wie das Rheinland, Hannover, Hessen und Oberschlesien der deutschen Nation zurückgeben. In Oberschlesien selbst bekannten sich die Deutsch-Nationalen wie auch die Deutsche Volkspartei ohne weiteres gegen die Autonomie. In der Sozialdemokratie blieben die Ansichten geteilt. Die ober-schlesischen Sozialisten unter ihrem stammverwandten Führer Löbe waren wohl aus Antipathie gegen Preußen und wegen der Erfahrungen aus dem alten System für Autonomie. Dagegen wandten sich jedoch die sozialdemokratische preußische Regierung und die übrigen Sozialisten entsprechend ihrer zentralistischen Einstellung. Auch hier sieht man wieder, daß jener verpönte Partikularismus, den die Sozialdemokraten allein auf die dynastische Kleinstaaterei Deutschlands vor 1918 zurückführen zu müssen glauben, auch in Ländern, die nie eine stammesentsprossene Dynastie besaßen, existiert. Er ist sogar von solcher Stärke, daß diese schwerste Sünde das eigene heilige Parteidogma nicht imstande ist auszumerzen.

So war denn den Oberschlesiern vor der Märzabstimmung des Jahres 1921, die darüber entscheiden sollte, ob sie zu Polen oder zu Deutschland wollten, versprochen worden, daß sie in den ersten drei Monaten nach Übergang des Abstimmungsgebiets an Deutschland auch über ihre Autonomie abstimmen dürften. Da platzte plötzlich noch vor Beginn dieses Zeitpunktes der preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Braun gelegentlich der Breslauer Messe im

März 1922 in das den Oberschlesiern gewährte Selbstbestimmungsrecht hinein, indem er in einer Rede ausführte, seine wirtschaftlichen Zukunftspläne könne Schlesien am sichersten als ungeteiltes festes Glied des preußischen Staatsgefüges erreichen, mit dem es innig verschmolzen sei. Wie „innig“ diese Verschmelzung seit urdenklichen Zeiten war, zeigt der allgemeine Wunsch nach Autonomie. Die Ausführungen des M. d. R. Dr. Herschel sowie zwei später zu Wort kommende Oberschlesier aus Königshütte und Beuthen werden die Innigkeit des Verhältnisses noch mehr klarlegen. Diese Bevormundung Oberschlesiens vonseiten der preußischen Regierung und der daraus entstehende Eindruck einer Abweichung von der gegebenen Zusage wirkte sich bis in die eigenen sozialistischen ober-schlesischen Reihen aus. Zu der von allen vernünftigen deutschen Kreisen mit Kopfschütteln aufgenommenen Rede Brauns kam im gleichen März 1922 eine Rede des preußischen Innenministers, des vielbekannten Herrn Severing, im Hauptausschuß des preußischen Landtages. Er meinte, eine preußische Regierung, die diesen Namen verdiene, müsse bestrebt sein, die Bildung von Reichsprovinzen aus preußischen Gebieten zu verhindern. Das gelte auch für Oberschlesien. Wenn im Osten eine Absplitterung beginne, würde es kein Halten mehr geben. Eine eigene Provinz Oberschlesien liege auch nicht im schlesischen Interesse. Solcherart war also der Wille zur Ausführung des den Oberschlesiern gegebenen Versprechens. Und wenn man bedenkt, wie sehr in Preußen der Satz gilt, die Gesetze sind da um umgangen zu werden, wird man ohne weiteres einschätzen können, welche Schwierigkeiten selbst ein autonomes Oberschlesien noch zu überwinden gehabt hätte. Denn die früher dargelegte Vertragstreue nach „echt bismarckischer“ Auffassung lebt auch heute unvermindert im deutschen Staat ohne Gott fort.

Doch soweit sollte es gar nicht kommen. Ein ganz besonders interessantes, wenn auch nicht ruhmreiches Blatt in der Reichszentrums- oder besser preußischen Zentrumsgeschichte muß nun entrollt werden. Anfangs, bei der Entstehung des Autonomieverlangens in der Mitte des Jahres 1921, trat die offizielle Zentrumspartei Oberschlesiens für die Autonomie ein. Dabei mögen folgende Ausführungen eines im deutschen Lager sehr angesehenen Beuthener Stadtrates in der „Schlesischen Volkszeitung“ vom Juli 1921 die Gründe des ober-schlesischen Verlangens beleuchten: „Man braucht heute, wo wir auf die Unruhen vor und nach der Märzabstimmung als geschichtliche Ereignisse zurückblicken, nicht mehr Hellseher sein

um festzustellen, daß bedeutende Teile der bodenständigen Bevölkerung, an ihrer Spitze große Massen der Grubenarbeiter bereit sind, mit allen Mitteln die Rückkehr Oberschlesiens zu Preußen zu verhindern. Wenn man die polnische Presse seit Beginn der Abstimmungspropaganda verfolgt, so muß man zugeben, daß sie nicht so sehr gegen Deutschland, als vielmehr gegen die preußische Regierung ihre wirkungsvollsten und erfolgreichsten Angriffe gerichtet hat. Für die Leser der polnisch-orientierten Zeitungen ist eben alles, was preußisch ist, das rote Tuch, mit dem sie die polnische Presse unter geschickter Ausbeutung der schweren Mißgriffe der früheren preußischen Regierung zu reizen versteht. Wollen wir denn auch heute noch mit der Binde vor den Augen die obereschlesische Frage behandeln, oder ist es nicht im Interesse des Wiederaufbaues von Oberschlesien besser, daß wir die Fehler zugeben, die sich Preußen bei der Verwaltung Oberschlesiens dank der kurzfristigen Politik landfremder Männer mit kühl berechnendem Verstand, aber ohne ein Herz für die Wünsche und Nöte der Bevölkerung, hat zuschulden kommen lassen? Will man noch immer nicht draußen im Reich glauben, daß sich der obereschlesische Arbeiter des Reichtums seines Landes und der Bedeutung seiner Industrie für die europäische Industrie sehr wohl bewußt ist? Wenn wir auf die Mitarbeit des Teiles der obereschlesischen Bevölkerung, der mit Preußen gebrochen hat, nicht verzichten wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß Oberschlesien aus dem preußischen Staate ausgeschieden und ein selbständiges Land wird.“ Schon ein Jahr darauf im Juni 1922, war vom deutsch gebliebenen Teile Oberschlesiens durch ein Schachergeschäft modern demokratischer Art zwischen der Zentrumspartei und der preußischen Regierung das Recht auf Erfüllung des Autonomieversprechens gegen besondere Konzessionen eingehandelt worden. Der preußische Landtag hatte ein Gesetz über die Regelung der Selbstständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien angenommen, das so sehr zur Zufriedenheit der obereschlesischen Zentrumspartei ausgefallen war, daß eine Vertrauensmännerversammlung der Partei ihren Freunden empfahl, für das Verbleiben im preußischen Staatsverbände zu stimmen. Dabei ist aber besonders bemerkenswert, daß die Partei von der Voraussetzung ausging, daß die preußische Regierung das Gesetz im Sinne der Wünsche, die die Zentrumspartei stets vertrete, ausführen werde. Denn erst durch die weitherzige Ausführung des Gesetzes werde sich zeigen müssen, ob die durch dasselbe gegebenen Sicherungen ausreichend seien. Man hatte scheinbar die bewährten preußischen Verwaltungsmethoden

und die eindeutigen Auslassungen der beiden preußischen Minister über dem Augenblickserfolg vergessen. Und die Voraussetzung zu diesem Handel, die weitherzige Ausführung des Gesetzes, hatte sich prompt bewährt, da die gleiche Vertrauensmännerversammlung in einer weiteren Entschliebung die preußische Regierung darauf aufmerksam machen mußte, daß die Berufung des Geheimrats Brauweiler zum Regierungspräsidenten von Oberschlesien äußerstes Befremden erregt habe, weil er als rühriger Mitarbeiter am verhaßten hakatistischen System bekannt sei! Da ist es von Interesse festzustellen, daß der sogenannte Hakatistenverein 1894 von Hansemann, Kennemann und Tiedemann als „Verein zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ gegründet wurde. Gelegentlich der gegen den Großindustriellen Geheimrat Hilger im Mai 1922 erhobenen Anschuldigungen machte ein Oberschlesier aus Königshütte im „Bayerischen Kurier“ Nr. 197 folgende bemerkenswerte Ausführungen über „Wer hat Oberschlesien dem Deutschtum entrißen“: „Da der Fall Hilger typisch dafür ist, wie die Oberschlesier, besonders die Arbeiterschaft, seitens der obereschlesischen Magnaten behandelt wurden, und die Behandlung der Bevölkerung, sowie das Leben und Treiben dieser Herren nicht ohne wesentlichen Einfluß auf die Volksabstimmung blieb, darf man sich die Person des größten Machthabers Oberschlesiens näher ansehen. Geheimrat Hilger, ehemals preußischer Major und Deutsch-Nationaler, hat sich im Saargebiet unmöglich gemacht und hat die Leitung der Vereinigten Königs- und Laura-Hütten übernommen. Mann's Roman „Der Untertan“ kann Herrn Hilger am treffendsten zeichnen. Er war Führer der Hakatisten- und Evangelisationsbewegung in Oberschlesien, deren Früchte Oberschlesien durch die Zuteilung des wertvolleren Gebietes an Polen geerntet hat. Arbeiter, die den „Oberschlesischen Kurier“, das größte katholische Organ lasen, wurden aus der Königshütte entlassen. Alles, jeden Zug, jede Eigenschaft Wilhelms II, suchte Hilger nachzuahmen. Zu Kaisers Geburtstag mußte die gesamte Belegschaft der Hütten bei Hilger vorbeimarschieren. Auf der anderen Seite wurde die Arbeiterschaft der ihm unterstellten Hütten buchstäblich ausgezogen. Wer die sozialen Verhältnisse in Oberschlesien vor der Revolution kannte, wird das ohne weiteres zugeben müssen. Noch heute hat sich Herr Hilger trotz mehrmaliger Vorstellungen der Vertreter der Arbeiterschaft und Pensionäre nicht für eine Erhöhung der Pensionsgelder erklären können. Andere Verwaltungen, wie z. B. die Bismarckhütte, sind den Wünschen der Pensionäre so weit, wie es möglich war, nachge-

kommen. Hilger hat Arbeitervertreter überhaupt nicht empfangen; die Pensionäre der ihm unterstellten Verwaltung müssen zum Bettelstab greifen. Das sind unleugbare Tatsachen, mit denen die Polen vor der Abstimmung und noch heute gegen die Deutschen argumentieren. Wer die Psyche des oberschlesischen Volkes kennt, wird zugeben müssen, daß die Fehlgriffe eines Hilger der deutschen Sache in Oberschlesien mehr schaden, als angenommen werden könnte. Die ganze polnische Agitation war auf derartige Fehlgriffe von „deutscher“ Seite eingestellt und hat ihr Ziel erreicht.“ Aus diesen Tatsachen kann man die neue Bestätigung entnehmen, daß die von preußischen Sozialisten regierungsseitig geübte Rücksichtslosigkeit um nichts dem althergebrachten gleichen Brauch des spezifischen Preußentums im privatwirtschaftlichen Verhältnis nachsteht. „Les extrêmes se touchent!“

Deutsche Verluste durch den Gewaltfrieden von Nikolsburg 1866 ~ ~ ~

Noch ist der abgetrennte Gürtel der Grenzdeutschen bei weitem nicht besprochen. Im Gegenteil, nur rund 5 Millionen Grenzdeutsche zogen an unserem geistigen Auge vorüber. Mehr als doppelt soviel Deutschstämmige, zirka 12 Millionen werden wir nunmehr in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Habsburger Monarchie kennen lernen. Wenn ich diesen südöstlichen Teil Großdeutschlands zu einer gesonderten Betrachtung heranziehe, so geschieht es aus folgenden Gründen. Was wir an Nationalverlusten an der West-, Nord- und nordöstlichen Grenze der deutschen Nation besprochen, findet seinen Hauptgrund im Versailler Gewaltfrieden und in der Brutalität der äußeren Feinde der deutschen Nation, wenn auch, wie ich jeweils zeigte, die politischen Gewaltmethoden der klein- oder preußisch-deutschen Richtung auf innerpolitischem Gebiet (Verwaltungsmethoden) sowie auch in der Außenpolitik (falsche kolonialisatorische Richtung Preußens) einen wichtigen und nicht zu unterschätzenden Anteil an diesem Verlust haben. Neben diesem Unglücksjahr 1919, das uns zirka 5 Millionen Deutsche verloren gehen ließ, war aber 1866 ein ebenso schweres Verhängnis für das Deutschtum, als die deutsche Nation des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation und des Deutschen

Bundes mit „Blut und Eisen“ völkisch gespalten wurde. Die theoretischen und akademischen Auseinandersetzungen zwischen der großdeutschen und kleindeutschen Richtung, wie sie sich im Frankfurter Parlament entwickelt hatten, wurden 1866 von Bismarck mittels Gewaltstreichs gelöst. Und von jener Zeit her datiert auch der größte völkische Verlust, den das Deutschtum emals erlitten hat, die Loslösung von ca. 12 Millionen Deutschen in der österreich-ungarischen Monarchie vom Mutterland, womit die Schwächung ihrer kolonisatorischen und kulturellen Kräfte Hand in Hand ging. Bevor wir die heutige Lage dieser durch den Bruderkrieg von 1866 abgetrennten Deutschen betrachten und die zur Wiederherstellung der großdeutschen Nation gegebenen Möglichkeiten, seien an Hand der vorzüglichen Quellsammlung „Großdeutsch Kleindeutsch“ von Prof. Dr. Rapp im Drei-Masken-Verlag (München) diese beiden Richtungen nach ihren hervorragendsten Vertretern kurz skizziert. Die Problemstellung von damals geben wir am besten wieder, wenn wir für die kleindeutsche Partei Dahlmann sprechen lassen. In Nr. 54¹⁾ wird seine Stellung vom Oktober 1848 wie folgt zitiert: „Eins von zweien scheint eintreten zu müssen. Entweder ergibt sich, daß Österreich sich in seine nationalen Bestandteile auflöst und kein Zweifel wäre dann mehr, daß die deutsch-österreichischen Lande unserm Deutschland zufallen müßten. Der andere Fall ist der, daß Österrich in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung als ein Ganzes beisammen bleibt und wir müssen dann wohl unsere Wünsche trennen von dem, was die Notwendigkeit gebietet; wir verzichten dann auf den Eintritt Österreichs in unseren Bundesstaat; neben einem mächtigen Österreich stehe ein mächtiges einiges Deutschland. So gehen wir nicht als Einheit fort in der Geschichte, wohl aber einig. Freilich nur völkerrechtlich werden wir miteinander verbunden sein. Denn einen Mittelweg kann ich nicht sehen, kann eine staatliche Verbindung nicht denken, mit einem Körper, welcher außer dem Staat besteht.“ Gerade diese Sätze zeigen uns die von kleindeutscher Seite ins Auge gefaßten beiden einzig gewollten Möglichkeiten der Ausgestaltung Deutschlands. Hier von einer deutschen Nation zu reden im Sinne des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation ist unmöglich. Dies sowohl wie den gewaltigen Unterschied zwischen der klein- und großdeutschen Welt erhellt grell die Brieffstelle des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. an den Reichsverweser Erzherzog Johann aus dem nämlichen

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Dr. Rapp.

Jahre 1848.¹⁾ Mein ganzes ehrliches Streben geht, wie Sie wissen, auf die Konsolidierung der Einheit Deutschlands — aber ganz Deutschlands. Ohne Österreich, Tirol, Vorarlberg, Steyer, Kärnten, Krain und Litoral, ohne Böhmen und Mähren ist Deutschland nicht Deutschland. In der Paulskirche wird eine Fraktion gefährlich, die, um Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen, keine Iniquität scheut — in der Absicht, das mächtige Österreich aus dem zukünftigen „Reich“ hinauszumaßregeln. Um Gotteswillen, teuerster Erzherzog, halten Sie fest und leiden Sie das nicht!“ War denn wirklich diese auch heute noch von preußisch kleindeutscher Seite viel angefochtene Haltung des Preußenkönigs verfehlt? Vom großpreußischen und partikularistischen Gesichtswinkel aus sicherlich, sowie für jene die aus diesen Gründen später bereit waren, mit Bismarck den Weg des Bruderkrieges zu gehen, um die preußische Hegemonie in Kleindeutschland zu erreichen, wie Bismarck es in einer Rede vor österreichischen Schriftstellern 1894 in Hamburg zugestand: „Es mußte eine Auseinandersetzung stattfinden, leider durch ein Gottesurteil (? d. V.) mit dem Schwert. Es war ja ein Bruderkrieg, so nennt man ihn mit Recht.“ (Nur nebenbei sei auch noch auf die vom christlichen Standpunkt unmögliche Auffassung aufmerksam gemacht, eine gewaltsame Auseinandersetzung, ob zwischen Völkern oder Einzelmenschen (Duell) ist gleichgültig, könne ein Gottesurteil sein. Anderenfalls frage ich nach dem Resultat der Gottesurteile während der Jahrhunderte währenden Auseinandersetzungen zwischen der deutschen und französischen Nation!) Doch zurück zur kleindeutschen Welt. Ein Hauptmotiv dieser Richtung, Österreich aus dem deutschen Staatenhaufe hinauszuerwerfen, oder doch nur die deutschstämmigen Länder Österreichs aus dem österreichischen Verband herauszuschneiden und dem kleindeutschen Reiche einzuordnen, beruhte auf der irrigen Ansicht, „daß Österreich vermöge seines außerdeutschen Schwerpunktes gegenwärtig völlig außer Stande sich befinde, den deutschen Angelegenheiten mit Erfolg vorzustehen“, wie Dahlmann an König Friedrich Wilhelm IV. in ihrem Briefwechsel vom Mai 1848 schrieb.²⁾ Im selben Brief klingt das konfessionelle Moment „der preußische Staat, die erste protestantische Macht der Christenheit“ hell an. Schärfer noch spricht Ernst Moritz Arndt die Abneigung gegen Österreich in der „Deutschen Zeitung“ vom März 1849 aus:³⁾ „Gegen das von Oesterreich gewollte 70 Millionen Reich und die Vermengung von uns Germanen

¹⁾ desgl. Nr. 67. ²⁾ ebendort Nr. 37. ³⁾ ebendort Nr. 120.

mit Menschenstämmen, die nun einmal nicht gleichwertig sind und vor denen es einen grauen muß“. „Sprechen wir es aus mit dem Stolze, der dem edelsten Volke gebührt: Wir wollen uns nicht so verunreinigen lassen, weil wir ein Heiligtum, das Heiligtum der Menschheit, zu bewahren haben. Nur dorthin, wo unsere Stämme linge gekommen sind, ist die Gesittung und Bildung und die Kunst und Wissenschaft der christlichen Welt gekommen. In dem letzten großen Augenblick unseres weltgeschichtlichen Lebens wollen wir uns nicht mit dem trüben, schmutzigen Einguß von Polen, Kroaten uff. vergrößern lassen. Kleindeutschland verzage nicht; alle, die sich von ihm losreißen wollen, werden wiederkommen müssen. Stehe fest, Kleindeutschland! Dein Kaiser erstehet!“

Was die Großdeutschen an gewichtigsten Argumenten dem entgegenzustellen hatten, möchte ich hier gerne keinen geringeren Kleindeutschen als Bismarck selbst vertreten lassen, wie er in der preußischen zweiten Kammer am 3. Dezember 1850 ausführte:¹⁾ „Es ist eine seltsame Bescheidenheit, daß man sich nicht entschließen kann, Österreich für eine deutsche Macht zu halten. Ich kann in nichts anderem den Grund hiervon suchen, als daß Österreich das Glück hat, fremde Volksstämme zu beherrschen, welche in alter Zeit durch deutsche Waffen unterworfen wurden. Ich kann aber daraus nicht schließen, daß weil Slowaken und Rutenen unter der Herrschaft Österreichs stehen, diese die Repräsentanten des Staates und die Deutschen eine bloß beiläufige Zugabe des slawischen Österreichs seien; sondern ich erkenne in Österreich den Repräsentanten und Erben einer alten deutschen Macht, die oft und glorreich das deutsche Schwert geführt hat.“ Das ist die positive Seite der großdeutschen Richtung. Österreich eine deutsche Macht! Negativ vertraten die Großdeutschen, wo für uns die österreichische Entwicklung seit 1866 und der endgültige Zusammenbruch 1918 inzwischen den praktischen Beweis lieferten, daß Österreich nur eine deutsche Macht bleiben könne, wenn es durch engste verfassungsrechtliche, nicht nur durch lockere völkerrechtliche Bande zur Stärkung des deutschen Einflusses mit der übrigen deutschen Nation zusammen bliebe. Dies erkannte selbst ein Stockpreuße, wie sich von Kleist-Regow selbst nannte und führte es im Erfurter Parlament am 17. April 1850 aus:²⁾ „Österreich hat den Beruf deutsche Kultur, deutsche Sitte, deutschen Handel nach dem Südösterreich zu tragen. Österreichs deutsche Elemente müssen

¹⁾ ebendort Nr. 131 b.

²⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Dr. Rapp, Nr. 131 a.

seinen nichtdeutschen unterliegen, es muß ein slawisches Reich aus Österreich werden, statt eines deutschen, wenn es von dem übrigen Deutschland getrennt wird; und wenn gesagt ist, die kräftige Entwicklung dieses übrigen Deutschlands und seine Allianz mit Österreich werde dies verhindern, es würden umgekehrt dadurch die deutschen Elemente in Österreich nur noch mehr gestärkt, so ist dies völlig irrig. Wie soll das Deutsche Reich auf die Majorität der Slawen, Magyaren oder wie sie heißen mögen, in dem österreichischen Parlament irgend welchen Einfluß haben! Sollen die deutschen Länder in Österreich, soll das deutsche Element in ihm auch fortan herrschen und nicht dienen, so ist es ganz notwendig, daß es seine Kräfte, seine Nahrung aus Deutschland zieht. Hören Sie doch gerade die Journale dieser Nebenländer Österreichs, wie sie dagegen protestieren, daß es in eine engere Verbindung mit Deutschland gesetzt werde!“

So glaube ich nun zur Genüge nach klaren Quellen den Kernpunkt des Problems kleindeutsch=großdeutsch skizziert zu haben. Auch nachdem sich die preußisch=kleindeutsche Richtung im Bruderkrieg 1866 im Bündnis mit Italien und unter Neutralitätsversicherung Frankreichs durchgesetzt hatte, hörte der Kampf der Geister nicht auf. In treffender Weise führte Onno Klopp 1867 die Gründe hierzu an, die uns heute wie eine in Erfüllung gegangene Prophezeiung anmuten: ¹⁾ „Das Deutschland unserer Väter ist nicht mehr. Es ist zerbrochen in eine Reihe von Stücken, und die Stücke, die noch nicht zu dem Staate der Hohenzollern gehören, werden von dort her betrachtet als Annexionsmaterial für gelegene Zeiten. Was Preußen erwirbt, sagt der König Wilhelm, hat Deutschland gewonnen. Leider ist umgekehrt das Wort richtig und sollte lauten: Was Preußen erwirbt, hat Deutschland verloren. Denn der Geist der preußischen Monarchie steht mit dem deutschen Geiste im Gegensatze und Widerspruche.“ „Wer kann ermessen wie lange es noch dauert, bis dieses Prinzip abermals den Blutzehnten fordern, abermals die Unglücklichen, die ihm zu dienen gezwungen sind, ausnutzen wird als Werkzeuge zur Vernichtung des Friedens, der Rechte, des Wohlstandes, des Glückes anderer Länder und Völker.“ „Wir sind gezwungen, einstweilen dieses unwürdige System zu ertragen. Aber ebenso wie dasselbe unverträglich ist mit dem Frieden Europas, wie es durch sich selber, weil es eine

¹⁾ Sonderdruck zu „Der König Friedrich II. von Preußen und seine Politik“, Nr. 212, Seite 257.

stete Kriegsdrohung ist, alle Nationen gegen sich herausfordert: so liegt es auch in der Natur der menschlichen Dinge, daß auf deutschem Boden selbst die Geißel dieses Systems auf die Dauer unhaltbar ist.“ Selbst nach den „Gründerjahren“ von 1870 ruhte das deutsche Problem keinen Augenblick. Interessant ist die Feststellung, daß sogar in alldeutschen Kreisen ein gewisses Verständnis für das Problem erhalten blieb, wie z. B. aus dem Buch „Deutschlands Wiederaufbau“¹⁾ hervorgeht: „Die Jahre nach dem siebenziger Krieg waren für Deutschland die Zeit eines ungeheueren wirtschaftlichen Aufschwunges. Sie waren gleichzeitig die Zeit sittlichen Abstieges, völkischen Niederganges.“ „Es ist beschämend aber kennzeichnend, daß die siebenziger Jahre heute „Gründerjahre“ heißen und daß damals der Begriff der „Schwindelgründungen“ aufkam.“ Ein Paul de Lagarde, vom prinzipiellen Föderalisten Konstantin Frantz ganz zu schweigen, vertrat z. B. noch im November 1874 den großdeutschen und föderalistischen Standpunkt, wie wir eingangs dieses Kapitels sahen.

Besonders wirksam faßt Julius Fröbel die Gegensätze zusammen in seinen 1859 erschienenen „Kleinen politischen Schriften“²⁾ über die kleindeutsche Partei: „Will man der Partei . . . einen Namen geben, der ihr politisches Wesen scharf und richtig bezeichnet, so muß man sie die Partei der deutschen Zentralisten oder Unitarier nennen. Daß sie zugleich die preußische und die kleindeutsche Partei ist, kann nicht als ursprüngliches Wesen, sondern nur als Folge dieses Wesens in seiner Beziehung auf die gegebenen Verhältnisse betrachtet werden. Preußisch ist die Partei, weil der zentralistische Gedanke nur mit Hilfe der preußischen Staatsmacht ausführbar erscheint. Kleindeutsch ist die Partei, weil Zentralisation eine Einschränkung und Verzichtleistung voraussetzt.“ In denselben Schriften Bd. 2, S. 113 urteilt er 1861 über die großdeutsche Partei: „Sie knüpft mit dem Föderalismus wie mit anderen Zügen ihres Wesens ganz an die Geschichte der deutschen Nation, an den Geist des Zeitalters, in welchem diese Nation die herrschende war, an den Genius der germanischen Völker überhaupt an, und tritt damit als historische Partei dem abstrakten Wesen und radikalen Verfahren der Kleindeutschen entgegen . . .“ In Fröbels Werk „Ein Lebenslauf“ Bd. 2, S. 446, ergänzt er Zweck und Ziel der Großdeutschen: „Die großdeutsche Partei entstand unter dem Einfluß dreier zusammenhängender Gedanken: 1. des Gedankens der gegenseitigen Un-

¹⁾ von Dr. Albert Halbe, Seite 19, Verlag J. J. Lehmann, München, Ausgabe 1923. ²⁾ Nr. 153, Seite 190.

entbehrlichkeit Oesterreichs und Deutschlands, 2. des Gedankens einer dem Föderativsystem entnommenen Verfassung, für den dadurch gebildeten politischen Körper und 3. des Gedankens der gewaltlosen Reform für die Gründung einer solchen Verfassung. Das Großdeutschtum war also seinem Ursprungscharakter nach Oesterreich freundlich, föderalistisch, reformatorisch.“

Der Gewaltfriede von Nikolsburg 1866 zwischen Großdeutschland und dem damaligen inneren Feind, dem bismarckschen Preußen, bedeutete den kleindeutschen Bundesstaat ohne Oesterreich, „den Verzicht auf das 70 Millionen-Reich, die Preisgabe von Millionen Deutscher, ihre völkische Entfremdung, die Slawisierung und Magyarisierung der österreichisch-ungarischen Monarchie, die Abwendung Deutschlands von Oesterreich, das bisher einen guten Teil seiner märkischen Aufgaben und Ausgaben mit deutscher Volkskraft bestritten hatte, die Ablenkung des deutschen Unternehmungsgeistes von den seit Friedrich List viel erörterten wirtschaftlichen Problemen Mitteleuropas, die Abwanderung der deutschen Volkes- und Arbeitskraft von den reichen und doch menschenarmen Donauländern des Südostens, die Verschiebung der Menschen von Ost nach West und Nord und letzten Endes die Einschließung Deutschlands mit einem eisernen Ringe feindlicher Staaten, der ihm die Säfte des Lebens abzuschnüren drohte.“ So urteilt Universitätsprof. Geheimrat Dr. Doeberl in seinem bemerkenswerten Werke „Bayern und die deutsche Frage in der Epoche des Frankfurter Parlaments“ Seite 71, wo er auch richtigstellt, daß die großdeutsche Publizistik jener Zeit (1848) keineswegs so geistesarm war, wie man sie bis in die jüngste Zeit dargestellt hat. Das wird aus den folgenden Quellen noch deutlicher werden.

Ueber das österreichische Problem sprach ein Uhland¹⁾ im Frankfurter Parlament im Oktober 1848: „Wir sind hierhergesandt, die deutsche Einheit zu gründen; wir sind nicht gesandt, um große Gebiete und zahlreiche Bevölkerungen von Deutschland abzulösen, Gebiete, welche durch Jahrhunderte deutsches Reichsland waren, welche auch in den trüben Tagen des Deutschen Bundes deutsches Bundesland waren . . .“ „Jetzt will man uns statt der wahren Einigung den innigsten Anschluß Oesterreichs im Wege eines völkerrechtlichen Bündnisses anbieten. Ein solches Bündnis, meine Herren, ist die Bruderhand zum Abschied!“ „Mag immerhin Oesterreich den Beruf haben, eine Laterne für den Osten zu sein, es hat einen näheren,

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Nr. 45, Seite 61.

höheren Beruf: eine Pulsader zu sein im Herzen Deutschlands.“ „Jetzt soll Oesterreich von uns losgerissen werden? . . . Meine Herren, Sie haben kaum erst ein Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit der Abgeordneten gemacht, wollen Sie zustimmen, daß anderthalb hundert deutsch-österreichische Volksvertreter vor Ihren Augen hinweggeführt werden in die Verbannung?“ Ein Friedrich Theodor Vischer führte 1860 in der Schrift „Eine Reise“ aus¹⁾: „Dort unten an der Donau ist uns eine Art deutschen Morgenlandes gegeben, um mit milder Hand unsere Bildung darein zu pflanzen. Seine reichen Produkte gegen die Erzeugnisse unseres Gewerbesleißes einzutauschen, den Strom der Auswanderung hinzuleiten, um die öden Flächen zu bevölkern und auszubauen; dort ist unsere Ostmark, unsere Vorhut gegen den Orient und russisches Gelüste nach ihm; von dort auf feurigen Rossen eilen uns die geflügelten, ritterlichen Husaren, das gewandte, starke Fußvolk zu, altgewohnte köstliche Waffengefährten — und das sollen wir lassen? Stubenhocker sind es, die das meinen . . . Andere Staaten haben ihre Kolonien, ihre fernen Stapelplätze, Inseln und Häfen; dem Deutschen, da er das nicht hat, ist für jetzt als Ersatz dies Donaureich gegeben. Es ist auch eine alte Wahrheit, daß in der neuen Geschichte die Völker tatkräftiger leben, deren Naturell einen Gegensatz von Elementen in sich verarbeitet hat; den Deutschen fehlt das Feuer, das aus einem solchen Prozeß sich entzündet; dort aber liegen die Elemente, die unserem kälteren Wesen durch engere Verwachsung einen belebenden Einschlag des Fremden, Neuen, Fernen zuführen.“ — Und in einem Aufsatz im „Schwäbischen Merkur“ vom Januar 1849: „Die einen (die Kleindeutschen) wollen ein wohnliches, klar umgrenztes Wohnzimmer aus Deutschland machen; sie verzichten auf das Weite und Freie, weil sie keine Freunde verschwimmender Grenzen, unklarer Fernen sind . . . Die anderen (die Großdeutschen) öffnen Tür und Fenster, sie blicken in das Weite, ihr Auge folgt sehnsüchtig der Donau zum Schwarzen Meer und den Bahnen des Handels zum Adriatischen. Natursinn, Gegensatz gegen den Stubensinn, süddeutsch-norddeutsch.“ Diese beiden Vertreter der großdeutschen Richtung begründen sie mehr gefühlsmäßig mit dem Herzen. Es wären noch manche Verfechter dieser romantischen Richtung anzuführen. Aber sogar ein ausgesprochen links orientierter Mann, wie der gewiß nicht unter dem Verdacht des Partikularismus oder Föderalismus stehende ehemalige bayerische Ministerpräsident Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein stellte sich hinter

¹⁾ ebenda selbst Nr. 147, Seite 175.

die den großdeutschen Standpunkt verfechtende bayerische Regierung und schrieb über das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland¹⁾: „Solange Deutschlands Krone auf den Häuptern seiner Herrscher ruhte, stempelte Deutschlands Gewicht die deutsche Minderzahl zum Kern, die Gesamtmonarchie zu einer vorwiegend deutschen.“ Und ergänzt sei diese Begründung der großdeutschen Richtung durch ein Schreiben des bayerischen Gesandten am Wiener Hof Graf von Luxburg an seinen König vom November 1848, in dem er in weiser Voraussicht bei einer kleindeutschen Entwicklung schwerste Verluste für das Deutschtum in der Habsburger Monarchie zum Schaden der deutschen Nation ankündigt²⁾: „Ich habe vom Beginn an meine ganze Aufmerksamkeit auf die über die künftige Stellung Oesterreichs zu Deutschland gepflogenen Verhandlungen gerichtet. Leider hat der Beschluß vom 27. Oktober die Unfähigkeit der Nationalversammlung in Frankfurt bestätigt, politische Fragen in praktisch auszuführender Weise zu lösen. Oesterreich wird sich nie zur Bedingung einer Trennung seiner übrigen Staaten vom Körper der deutschen Monarchie verstehen. . . . Man will die deutsche Einheit, die Erhebung zu einer europäischen Gesamtmacht und erlaubt sich dabei Mißgriffe, die gerade zum Gegenteil führen. Man verkennet, daß Nationen von deutscher Abkunft und Sprache, mit den slawischen Bevölkerungen vermischt, durch die Trennung ihrem angeborenen Vaterland entfremdet, daß gerade dadurch das Uebergewicht der zahlreichen slawischen Bevölkerung begründet wird.“ Und daß er nur zu wahr gesprochen hatte, werden wir gleich nachher sehen.

Damit gelangen wir wieder in unsere heutige Zeit, in der nach dem Zusammenbruch Mitteleuropas das alte Problem erneut als eines der wichtigsten zur Debatte steht.

Der heutige sogenannte Tschecho-Slowakische Staat, der eine Pflanze der mitteleuropäischen Revolution von 1918 ist, umfaßt nach der neuesten Volkszählung von 1922, die stark unter dem behördlichen Druck des Tschechentums stattfand und deren offizielles Ergebnis, wie es von den Minoritäten heftig angezweifelt wird, eine Bevölkerung von 13 700 000 Seelen umfaßt. Darunter befinden sich 3 500 000 Deutsche, die sich in der Hauptsache als fester Ring um den tschechischen Kern an der deutschen und österreichischen Grenze entlang ziehen. Diese Deutschen in Böhmen und Mähren sind keineswegs Kolonisten, wie tschechischer Chauvinismus immer wieder behaupten möchte. Vielmehr sind gerade die Deutschen Böhmens älter einge-

¹⁾ Doeberl, Bayern und Deutschland, Bd. 1, Seite 14. ²⁾ dortselbst S. 17.

lassen, als die erst seit dem 9. Jahrhundert eingewanderten Tschechen. Schon ein Blick auf die Sprachenkarte lehrt uns des weiteren, daß den Kern der Tschecho-Slowakischen Republik, wie schon aus dem Namen hervorgeht, nicht allein die Tschechen bilden. Vielmehr nimmt die Slowakei mit den zur Republik gehörigen Ruthenen und anderen Minderheiten bald die Hälfte des neugebildeten Staatswesens ein. Den rund 6300 000 Tschechen stehen außer den oben erwähnten 3 500 000 Deutschen, 2 000 000 Slowaken, 1 000 000 Magyaren und 450 000 Ruthenen gegenüber. Dazu kommen 3—400 000 Polen, Juden und Angehörige anderer Nationen. Solange die Tschechen in der österreichisch-ungarischen Monarchie in Opposition zur Regierung standen und ihre Selbstständigkeitsbestrebungen verfolgten, waren die kulturell ihnen nicht zugehörigen Slowaken und Ruthenen wertvolle Hilfsvölker zur Durchsetzung ihrer Machtpläne. Es kam den Tschechen auch nicht darauf an, ihren Bundesgenossen von damals in der Konvention von Pittsburg vom 30. Mai 1918 und noch in anderen Verträgen volle Autonomie wie eigenes Parlament, gesonderte Gerichtsbarkeit, slowakische Amts- und Staatssprache zu versprechen. Zur Macht gelangt, bekannte sich die Tschechische Republik zur ausschließlichen Zentralisation. Das ging soweit, daß der erste tschechische Gouverneur des Gebietes von Karpatho-Rußland, der amerikanische Ruthene Dr. Zatkovicz, nach vergeblichen Kämpfen mit der Prager Zentralregierung um die Autonomie sein Amt niederlegte und wieder nach Amerika ging, um von dort her für die Slowaken und Ruthenen gegen die Tschechen großzügige Propaganda zu treiben. Das ging soweit, daß die Tschechen den Führer der slowakischen Volkspartei P. Hlinka zur Gefängnisstrafe verurteilten, weil er es gewagt hatte, für die vorenthaltenen Rechte seines Volkes beim obersten Rate gegen Prag einzutreten. Wenn nun schon die ehemaligen Bundesgenossen der Tschechen gegen die Prager Machthaber die heftigsten Kämpfe zu führen haben, dann kann man sich ein Bild machen von der Bedrückung, die erst die deutsche Minorität auszuhalten hat.

Die rund 700 000—1 000 000 Magyaren, die als Minderheit der Tschecho-Slowakischen Republik eingeschlossen sind, führen uns heute zu dem verstümmelten Königreich Ungarn. Auch hier wieder sieht man allein an Hand der Sprachenkarte, daß die ebenso komplizierten wie parteiisch und ungerecht festgelegten Grenzen der balkanisierten Nachfolgestaaten auf die Dauer unhaltbar sind. Abgesehen von den an die Tschecho-Slowakei abgetrennten 700 000 reinen Ungarn, gingen dort hin 3½ Millionen

Slowaken und Karpatho-Ruthenen verloren. An Rumänien kamen 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner in Siebenbürgen, Marmaros und im östlichen Banat; an den sogenannten S. H. S.-Staat, an Südslawien, mit Lostrennung von Kroatien-Slowenien und dem westlichen Banat über 4 Millionen Einwohner. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß Ungarn durch das seit 1868 gepflegte System der zentralistischen Unterdrückung in weiten Kreisen dieser Gebiete an Sympathien eingebüßt hatte. Heute nun, nach Neuordnung der Dinge, sind von den im ehemaligen Ungarn befindlichen 2 Millionen Deutschen nur mehr 500 000 unter ungarischer Herrschaft. Der beste Kenner des Deutschtums im Südosten, Univ.-Prof. Dr. Raimund Kaindl aus Graz, hielt im Juni 1923 an der Münchner Universität einen Vortrag speziell über das Deutschtum in Ungarn. Was darüber in der Presse bekannt wurde, sei hier in der Hauptsache kurz wiedergegeben, da diese Frage uns Bayern und Süddeutsche überhaupt besonders betrifft: Die Geschichte der Deutschen in Ungarn reicht zurück bis auf Karl den Großen, der nach Besiegung der Avaren um 800 die bayerische Kolonisation aus den Ostalpenländern bis an den Plattensee vortrug. Zeitgenössische Quellen, besonders aus Salzburg, schildern sehr anschaulich die friedliche Besiedelung des entvölkerten Landes. Deutsche Bauern und Ritter, Handwerker und Geistliche wohnten längst bis zur Donau hin, als um 900 die heidnischen Magyaren ihre barbarische Herrschaft aufrichteten. Nach dem Ungarnsieg auf dem Lechfeld 955 wurde wohl die Ostmark (Niederösterreich) zurückgewonnen, aber weiterhin konnte sich die deutsche Einwanderung nur mehr unter der politischen Herrschaft der Magyaren erneuern.

Seit Stephan der Heilige sich um 1000 für das Christentum und die westliche Kultur entschieden, rief er und seine Nachfolger in steigendem Maße Deutsche, besonders Bayern ins Land, um mit ihrer Hilfe den neuen Staat einzurichten. Er empfahl seinem Sohne dringend, die Berufenen stets freundlich zu behandeln; denn durch ihre Auswanderung würde zweifellos der Staat am meisten leiden. Sie wurden besonders auf den königlichen Witwengütern angesiedelt und errichteten bald allenthalben Musterwirtschaften. Sie begründeten Handel und Gewerbe und erbauten fast alle Städte, die Jahrhunderte lang ausschließlich von ihnen bewohnt wurden. Sie sicherten die Ostgrenze des Landes durch ihre Ansiedelungen in Siebenbürgen; große deutsche Nachschübe trafen nach den Mongoleneinfällen 1241/42 ein, um die verwüsteten Gebiete wieder zu bebauen.

Allmählich verbreiteten sie sich in starken Gruppen über das ganze Königreich, beherrschten das gesamte Handwerk und den Handel und hoben die Volkswirtschaft in einer Weise, daß sich die königlichen und die feudalen Steuereinnahmer darum freuten. Der Krone waren sie stets in Treue zugetan und unterstützten sie wiederholt in innerpolitischen Kämpfen, darum schützte diese auch stets ihre Rechte und ihr kulturelles Leben. Diese blühende Kultur wurde samt dem ungarischen Staat von den Türken 1526 vernichtet. Prinz Eugen gewann um 1700 nur mehr verwahrloste Wüsteneien zurück. In einer mustergültigen Arbeit der österreichischen Verwaltung wurde der Wiederaufbau durchgeführt. Die Wiener Regierung brachte große finanzielle Opfer. In vier großen Etappen (1717 bis nach 1801) wurden besonders nach Südungarn neuerdings Deutsche herangeholt, diesmal meist aus Schwaben und Franken. Mit ihrer fortgeschrittenen Technik, ihrem Fleiß und ihrer Gesundheit haben sie die versumpften Gebiete der Kultur wiedergewonnen. Heute stehen dort die prachtvollen Schwabendörfer inmitten blühender Fluren, die durch großartige Flußbauten geschützt sind und einen Reichtum besitzen, wie er seinesgleichen in Deutschland sucht. Allenthalben im Lande wuchsen die deutschen Siedelungen neuerdings an; die Deutschen beherrschten wiederum Handel und Gewerbe und besaßen den best bebauten Boden. Auch die geistige Kultur fand eifrige Pflege und hielt mit der lebendig pulsierenden Entwicklung im Reiche gleichen Schritt. Eine ungeheuere kulturelle Arbeit war es, welche die Deutschen in tausend Jahren zum Besten des Landes geleistet hatten. Sie taten es ohne Beeinträchtigung des Magyarentums und ohne Forderungen besonderer politischer Privilegien. Sie hatten sich damit einen Anspruch auf gerechte Behandlung seitens des Staates und Wahrung ihrer Eigenart erworben. Doch sobald sich das Land von der Türkennot erholt hatte, begann sich das Magyarentum gegen die Deutschen zu wenden. Kossuth war 1848/49 gegen den deutschen Zollanschluß, weil dann das deutsche Gewerbe niemals magyarisiert werden könne. Was die Revolution von damals nicht gebracht, ermöglichte der preußische Sieg von 1866, nämlich den magyarisierten Nationalstaat seit 1867. Nunmehr begann eine beispielslose Unterdrückung alles deutschen Lebens. Nach einem Hinweis auf die auch heutigen Tages von der ungarischen Regierung nach dem Vorbild Kossuths betriebenen Unterdrückungsmethoden und nach ihrer Schilderung beschloß Kaindl seinen Vortrag mit folgender Mahnung: Das deutsche Volk soll seine Auf-

merksamkeit wieder dem Südosten zuwenden und dort seine Unterlassungsfünden seit 1866 wieder gutmachen. Wir wollen gute Nachbarschaft und ein Zusammengehen mit den Ungarn, wir brauchen im beiderseitigen Interesse einen mitteleuropäischen Block — aber nicht mehr auf Kosten unserer deutschen Brüder in Ungarn, sondern unter Wahrung ihrer kulturellen Belange.

Hier ist es wohl am Platze nochmals auf die Unterlassungsfünden der deutschen Nation von und seit 1866 hinzuweisen und uns einiger Dokumente jener Katastrophe für die deutsche Nation zu erinnern. Denn „Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung!“ Und mögen wir auch heute von einer solchen noch recht weit entfernt sein, indem wir in völliger Verblendung alle Schuld für unsere Knechtung und Zerstückelung auf die bösen Nachbarn allein, auf die ganze Welt von Feinden abwälzen, so sollte der Versuch, zur Wahrheit zu gelangen, von besonderem Werte sein. Als neuen Beweis jener revolutionären preußischen Machtpolitik von 1866 führe ich folgenden Schlußabsatz der preußischen Proklamation nach der Schlacht bei Königgrätz an, wie sie an den Straßenecken zu Prag, wo die Preußen am 8. Juli eingerückt waren, am 10. Juli angeschlagen wurde.¹⁾ Einleitend heißt es: „Einwohner des glorreichen Königreiches Böhmen!“ Und zum Schlusse: „Das Uebrige überlassen wir mit voller Zuversicht dem Gott der Heerscharen! Sollte unsere gerechte Sache obsiegen, dann dürfte sich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche gleich den Ungarn verwirklichen können. Möge dann ein günstiger Stern ihr Glück auf immerdar begründen.“

Das preußische Oberkommando.“

Woraus zu ersehen ist, daß Preußen jedes Mittel, auch das der Aufforderung zum Landesverrat, zur Revolution, brauchbar erschien. Seit 1918 erntet die deutsche Nation die Früchte. Die Tschechen haben die ihnen von Preußen aus durchsichtigen Gründen versprochene, aber selbstverständlich nicht gehaltene Verwirklichung ihrer nationalen Wünsche durch Zertrümmerung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie durchgeführt. Dreieinhalb Millionen Deutsche befinden sich in Auswirkung dieser preußischen Politik der Aufforderung zum Sturz des Habsburger Reiches im heutigen „glorreichen“ Böhmen in ärgster Knechtschaft.

Noch ein Wort zu einem weiteren Beweis für die von preußischer Seite geübte Anwendung revolutionärer Mittel und die

¹⁾ „Die Deutsche Krisis des Jahres 1866“ von Wilhelm Hopf, 1899, S. 271.

damit verbundene Förderung der Revolution überhaupt in diesem schwarzen Jahre 1866. Zum Jahre 1849 und zur definitiven Ablehnung der Reichsverfassung der Paulskirche durch Preußen meint Sybel in seinem Werke „Die Begründung des Deutschen Reiches“¹⁾, es gereiche dem preußischen Ministerpräsidenten von Camphausen, seinem patriotischen Herzen und seiner politischen Einsicht zur Ehre, daß er zurücktrat, weil die Aufgabe, deren Übernahme er dem preußischen Monarchen zumutete, von diesem abgelehnt wurde! Und wie lautete sie? „Demütigung der deutschen Könige im Zusammenwirken mit den revolutionären Volksmassen, gleich nachher Niederwerfung der republikanischen Partei und dabei höchstwahrscheinlich Bruch der beschworenen Verfassung, endlich ein großer Krieg gegen das von Rußland unterstützte Österreich, welches gutwillig dem neuen Oberhaupte nie die erste Stelle in Deutschland eingeräumt hätte.“ Wenige Seiten vorher findet es Sybel unbegreiflich: „Zu dem allem (schwächliche Haltung der deutschen Fürsten d. V.) trat hinzu, daß in diesen Tagen die große österreichische Armee, durch Görgey und Klapka total geschlagen, aus Ungarn zurückkam und Wien selbst der magyarischen Offensive bloßgestellt erschien. Wer hätte Preußens Vorgehen hindern sollen?“ Und dann folgt ein bezeichnender Vorwurf dieses preußisch-deutschen Historikers: „Denn der König gehörte eben nicht zu den gewöhnlichen Menschen, welche in jenen Zuständen einen Vorteil für die preußische Macht erblickten. Ihm war der Gedanke abscheulich, daß sich die künftige Größe Preußens nicht auf einen Bruderbund der deutschen Fürsten, sondern auf die Siege der magyarischen Rebellen, auf die Umtriebe der sächsischen Republikaner, auf das Drängen der schwäbischen und hannoverschen Volksvertretung gründen sollte.“ War 1849, wie Sybel nach den Worten des damaligen Kriegsministers von Strotha feststellt, der König Friedrich Wilhelm IV. „zu Krieg und Verfassungsbruch“ „zu friedliebend und zu religiös“, so fand das Jahr 1866 einen preußischen König, den nachmaligen Kaiser Wilhelm I., der im Grunde genommen auch der Anwendung revolutionärer Mittel nicht geneigt war, der aber in heftigsten Kämpfen sich dem stärkeren Willen seines Ministerpräsidenten von Bismarck beugte und, wie wir hörten, „Geschmack daran fand.“ Der preußische Gesandte am italienischen Hof, Graf Ussedom, ein rühriger Freimaurer, stand, wie selbst Sybel²⁾ berichtet, zu den revolutionären ungarischen Führern, wie Kossuth, Klapka etc. aus Herzenszuneigung in nahen Beziehungen. Und geschichtliche

¹⁾ Bd. I, Seite 232/34. ²⁾ Bd. V, Seite 56.

Tatsache ist es, daß diese Beziehungen nicht privater Natur blieben, daß vielmehr im Juni 1866 dieser preußische Gesandte Graf Usedom amtlich ermächtigt im Auftrage des Grafen Bismarck, den italienischen Ministerpräsidenten La Marmora mit dem amtlichen Versprechen der Rückzahlung bat, der italienische Staatschatz möchte die preußische Hälfte der Finanzhilfe für die Revolutionierung der Ungarn vorstrecken. Selbst Sybel gesteht¹⁾: „Österreich, schrieb damals Moltke, hat ein zähes Leben; es kann zwei oder drei Schlachten ohne große Gefahr verlieren, aber eine Revolution in Ungarn macht der Sache ein Ende. So gab er, ohne bestimmte Hoffnung auf den Plan zu setzen, Bernhardi (dem preußischen Militärbevollmächtigten in Italien d. V.) den weiteren Auftrag, dahin zu wirken, daß Garibaldi mit 35000 Freiwilligen über Dalmatien und Triest nach Ungarn gesandt werde, um den dortigen Freiheitsfreunden (Revolutionären! d. V.) als Kern und Rückhalt zu dienen. Preußen sei (nach Usedom's Vorschlag) bereit, gemeinsam mit Italien eine Million Lire für die revolutionäre Bewegung Ungarns aufzubringen.“ Eingehend beschäftigt sich mit diesen dunklen Mächenschaften Professor Max Straganz in seinem Buch „Zur Geschichte der „Stoß ins Herz-Depesche“ des Grafen Usedom“ Tyrolia-Verlag, Innsbruck, Der preußischen Macht ist eben um ihrer politischen Ziele willen kein Mittel zu schlecht. In Ungarn mit dem Revolutionär Kossuth, in Italien mit Garibaldi! Und dies alles, um die mächtigste Säule des deutschen Staatenhauses, der deutschen Nation, die Habsburger Monarchie, nichtachtend des Verlustes von 12 Millionen Deutscher, zu stürzen. Wem steigt nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn wir heute die Reichstagsrede Wilhelm Liebknechts vom 4. Mai 1880 uns ins Gedächtnis zurückrufen, in der er jenem sogenannten preußischen Konservatismus folgenden Spiegel vorhielt: „Und nun die Herren Konservativen! Der Herr Abgeordnete von Kleist-Rehnow liebt es so sehr seine Haranguen an die Sozialdemokratie zu richten. Ich bedauere sehr, daß der Herr Abgeordnete von Kleist-Rehnow sich nicht an seine eigenen Parteigenossen wendet. Ich möchte denn doch einmal fragen, wo ist denn auf jener Seite der Konservatismus? Unter Konservatismus verstehe ich — und zwar nach Ihrer eigenen Theorie — daß man die monarchischen Institutionen wahrt, daß man das Legitimitätsprinzip aufrecht erhält, daß man für die Rechtskontinuität kämpft. Nun, meine Herren, Sie haben sich 1866 auf den Boden der Annexionspolitik gestellt, d. h. auf den Boden der Revolution von oben. Damit ist Ihnen

¹⁾ Bd. V, Seite 57.

der konservative Boden unrettbar unter den Füßen weggerissen worden. Sie haben von dem Moment an, wo Sie sich für die Vernichtung des Legitimitätsprinzips, für das revolutionäre Prinzip der Annexionen, für das allgemeine Stimmrecht, für die Volkssouveränität erklärt haben, aufgehört, eine konservative Partei zu sein. Man hat auf dieser Seite des Hauses (zum Zentrum) gesagt: Qui mange du Pape en meurt — wer vom Papste ißt, der stirbt; nun, meine Herren, wir sagen Ihnen: Qui mange de la Révolution en meurt. Sie meine Herren, haben von der Revolution gekostet und als konservative Partei sind Sie zugrunde gegangen!“

Auf unserem Rundgang durch die Länder und Staaten Mitteleuropas, in denen größere deutsche Siedelungen bestehen, kommen wir nunmehr zum östlichsten der dafür in Betracht zu ziehenden, nämlich nach dem heutigen Groß-Rumänien. Vordem Weltkrieg mit 7 Millionen Einwohnern, wuchs es seit 1918 durch den Zusammenbruch Österreich-Ungarns auf über das Doppelte, auf 17 Millionen, wie auch auf doppelten Gebietsumfang an. Darunter befinden sich heutigen Tages zirka 1 Million Deutsche, hauptsächlich die Banater Schwaben, die Siebenbürger Sachsen, alle ehemals unter ungarischer Herrschaft stehend. Bei diesem neuen Groß-Rumänien ist verständlich, wenn seine Regierung die zentralistischen Methoden anwendet, um die Zügel dieses ebenso jungen wie ausgedehnten Reiches fest in die Hand zu bekommen. Und da ist es interessant, sich von der Königin Marie von Rumänien, einer Prinzessin englischen Geblütes, in Nr. 12 der bekannten Wiederaufbaunummern des „The Manchester Guardian Commercial“ vom 4. Februar 1923 S. 781/84 über die inneren Verhältnisse ihres Landes belehren zu lassen. Nur kurz sei den dortigen Ausführungen entnommen, daß Rumänien von vier verschiedenen Regimen verwaltet wird. Vom ungarischen im Banat und Transylvanien, vom österreichischen in der Bukovina, vom russischen in Bessarabien und vom rumänischen im alten Königreich. Da ist es verständlich, so traurig es auch für die deutsche Nation ist, daß die deutschen Minoritäten unter dem neuen Regime arg zu leiden haben. Die bedeutende Schädigung deutscher Kultur fand ihren sichtbarsten Ausdruck in der Auflösung der östlichsten deutschen Universität Czernowitz. Auch hier wieder die Folgen des Zusammenbruchs des Habsburger Reichs, an dessen Säulen Bismarck 1866, einen Garibaldi und Kossuth nicht verschmähend, mit Erfolg rüttelte!

Nun zu einem neuen, ebenso interessanten wie in seiner jetzigen Form unhaltbaren Staatenkonglomerat, nämlich dem als S. H. S. =

Staat bekannten Südslawischen Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen. Unter seinen rund 12 Millionen Einwohnern befinden sich rund 5—600 000 Deutsche und zwar unterscheidet man zwei verschiedene deutsche Siedlungskomplexe, die Deutschen Sloweniens und die Schwaben der Vojvodina und in Syrmien. Für uns Bayern ist diese Frage von ganz besonderem Interesse, da die Deutschen Sloweniens alte bayerisch-österreichische Kolonisten und in ihren Anfängen bis in die Frankenzeit nachweisbar sind. Dagegen sind die deutschen Schwaben des Banat, der Bacska und Slavoniens im 18. Jahrhundert aus allen Teilen der deutschen Nation zur Besiedelung herangezogen worden. Im Gegensatz zu den bayerisch-österreichischen Deutschen Sloweniens, die direkte Verbindung und Rückhalt am österreichischen ehemals bayerischen Hinterland hatten, bilden die Schwaben einer Inselgruppe ähnliche Siedlungen und sind der jeweiligen Majoritätsherrschaft des sie beherrschenden Staates viel leichter ausgesetzt. Vom Beginn der Kolonisation an waren sie Untertanen Österreichs. Und selbst als das Land 1779 zur ungarischen Krone kam, blieb doch die Verwaltung, unter der sich diese Schwaben glücklich und zufrieden fühlten, bei Österreich. Als aber die deutsche Nation durch Bismarck 1866 zum verstümmelten Klein-Deutschland erniedrigt und das Habsburger Reich ausgestoßen wurde, da ging Hand in Hand mit diesem verhängnisvollen Umsturz, wie die Großdeutschen es längst vorhergesagt hatten, 1867 die Administration auf Ungarn über und entwickelte sich zu ebenso strengen wie erfolgreichen Magyarisierungsversuchen. Der Umsturz des Jahres 1918 brachte diesen Schwaben eine wesentliche Erleichterung, da die jetzigen Herren des Landes, die Serben, den Wert dieser Siedler wohl einzuschätzen wissen und durch gute Behandlung sie gegen die Ungarn unter Hinweis auf deren frühere unterdrückende Verwaltungsmaßnahmen auspielen wollen.

Abgesehen von den sich auch bei diesen Deutschen zeigenden schädlichen Auswirkungen der preußisch-deutschen Politik seit 1866 und der Feststellung, daß diese rund 600 000 Angehörigen der deutschen Nation selbst den indirekten Zusammenhang mit der Mutternation, der ja schließlich auch noch nach 1867 durch die Habsburger Gesamtmonarchie gegeben war, nun völlig verloren haben, ist für das mitteleuropäische Problem und die gegebenen Möglichkeiten seiner Lösung ein Blick auf die innerpolitische Lage des S. H. S. Staates notwendig. Wer sich für näheres Eingehen auf diese Frage interessiert, dem sei auch hier wiederum die Wochenschrift „Das neue Reich“ Wien, empfohlen. Unwillkürlich zwingt sich einem

der Vergleich mit dem neuen Tschecho-Slowakischen Staatsgebilde auf. Auch hier war es slawischer, vor allem serbischer Chauvinismus, derselbe, der die Sarajewoer Mordtat am Gewissen hat, der unter Vernichtung der Habsburger Monarchie die Südslawen zu einem Nationalstaat zu einigen versuchte. Dazu bedurften auch die Serben der Hilfstruppen und zwar der beiden anderen slawischen Nationen dieser Gebiete, der Kroaten und Slowenen. Denn ohne diese befinden sich die Serben im heutigen S. H. S.-Staat weitaus in der Minderzahl. Wie nun die Tschechen den Slowaken in der Pittsburger Konvention, wie wir sahen, während des Weltkrieges volle Autonomie und einen weitgehenden föderalistischen Aufbau des zukünftigen gemeinsamen Staates versprochen und — nicht hielten, so auch die Parallele bei den Serben. Sie vereinbarten gleichfalls im Jahre 1915 in Genf bei einer Zusammenkunft serbischer Regierungsvertreter mit geheimen Abgesandten der Kroaten die neue Verfassung des südslawischen Königreichs unter ausdrücklicher Anerkennung der einzelnen Königreiche und Provinzen innerhalb eines lockeren föderalistischen Rahmens und bei voller Autonomie. Auch im Herbst 1918 in Zagreb (Agram) wurde daselbe Versprechen wiederholt, als Vertreter der Kroaten und Slowenen die Unionsakte mit dem Serbischen Königreiche unterzeichneten.

Seit der Friedenskonferenz hat M. Pašitsch, der „Bismarck des Balkans“, wie er genannt wird, den Posten des Ministerpräsidenten inne. Er sucht mit den schärfsten Machtmitteln, nachdem er in der jugoslawischen Nationalversammlung 1921 mit einer ganz kleinen Mehrheit eine zentralistische Verfassung durchgedrückt hat, Kroatien, Slovenien, Bosnien, Montenegro und Mazedonien als minderwertige Provinzen Alt-Serbiens zu behandeln und alle widerstrebenden Nationen von Belgrad aus zu beherrschen. Dazu kommt, daß die Slowenen, ganz besonders aber die Kroaten und Bosniaken, mit ganzem Herzen am Hause Habsburg hingen; sie sind überdies katholisch. Was sie bewog auf die schon längst vor dem Krieg von Serbien aus eingeleitete groß-serbische Propaganda hereinzufallen, war der Haß gegen das Ungarn, das sie knechtete und dem gegenüber sich die österreichische Regierung zu schwach fühlte, energisch aufzutreten. So haben denn die Kroaten und Slowenen ihre Ketten nur gewechselt. Das kommt besonders darin zum Ausdruck, daß die Bevölkerung Kroatiens sich unter ihrem Bauernführer Radic zu einem festen föderalistischen Block zusammenschloß mit der Spitze gegen das Belgrader zentralistische Regime und die Vidovdan-Verfassung. Was

die Indier in ihrem Freiheitskampf gegen England unter ihrem heroischen Führer Ghandi, der von den Engländern in Haft gehalten wurde, „non-cooperation“, d. h. die Ablehnung der Mitarbeit nennen, das führen diese Kroaten seit Neugründung des Königreiches durch, indem sie es ablehnen, ihre Abgeordneten in die Belgrader Skuptschina zu entsenden, solange die von ihnen nicht anerkannte Verfassung besteht. Die passive Kampfesart bleibt jedoch nicht allein auf Kroatien beschränkt, vielmehr dehnt sie sich mehr und mehr auch auf Slovenien aus. Montenegro konspiriert mit Italien, wo seine Klagen ein offenes Ohr finden. Die Mazedonier reklamieren nach den gemachten Erfahrungen mit der zentralistischen Belgrader Gewaltregierung Bulgarien als ihr wahres Mutterland. Und der „serbische Bismarck“ Pašitsch wird sich bald entscheiden müssen, ob er den Kampf gegen alle Autonomisten mit dem Bajonett bis zur Entscheidung weiterführen will, was den völligen Zusammenbruch des Jugo-Slawischen Staates bedeuten würde, oder ob er einem anderen Staatsmann die Bahn frei machen wird, der vor allem die Umgestaltung der zentralistischen Verfassung in eine föderalistische einleiten müßte. Man dürfte mit der Annahme wohl kaum fehl gehen, daß das Jugo-Slawische Reich noch die schärfsten innerpolitischen Kämpfe durchmachen wird, bevor die Entscheidung fällt, ob zentralistischer Machtstaat, oder eine föderalistische auf das kulturelle Wachstum des jungen Staates bedachte Regierung. Und nur letztere könnte in dieser Hinsicht wenigstens eine ruhige Entwicklung des Balkans gewährleisten.

Auf der Rundschau nach den Deutschstämmigen Mitteleuropas kommen wir schließlich zum deutschen Kernstaat der alten Donaumonarchie, zum heutigen Österreich. Mit seiner Bevölkerung von zirka 6 Millionen läßt es sich unserem bayerischen Staate vergleichen. Davon aber abgesehen interessiert Österreich uns Bayern noch weit mehr als Nachbar und weil es teils ältester Stammsitz der Bayern ist, teils bayerisches Kolonial- und Siedlungsgebiet.

Der heutige Bundesstaat Österreich umfaßt die selbständigen Länder: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Eine Betrachtung dieses Rumpfstaaes, seiner Entstehung und seiner für die deutsche Nation sowohl wie für Europa von größter Bedeutung gewordenen kulturellen Mission führt, wenn auch kein Bayer der Betrachter und kein föderalistischer Gesichtspunkt der leitende wäre, unwillkürlich zur Würdigung der Missionstätigkeit unseres bayerischen Stammes

im christlichen und deutschen Sinne. Zur Besprechung dieser Länder und ihres Zusammenhanges mit der gesamten deutschen Nation ist eine Zerteilung am Platze.

Seitdem die Bayern um das Jahr 500 n. Chr. erstmals in der Völkergeschichte auftauchen, waren sie oftmals gerade im Kerne Mitteleuropas und in vielfacher Hinsicht ein Kulturmittelpunkt. Da hat man nun die eigentlichen Stammesitze von dem bayerischen Kolonisationsgebiet zu unterscheiden. Und wie wir später sehen werden, muß dieses wieder in Nordgau und Ostmark eingeteilt werden. Die geschichtswissenschaftliche endgültige Entscheidung über die mehrfach auseinandergehenden Meinungen, welche Gebiete als ältere Stammesitze der Bayern anzusprechen sind, fällt der Universitätsprofessor Dr. Doeberl in seiner „Entwicklungsgeschichte Bayerns“ Bd. I, die ich als Quelle dieses kurzen geschichtlichen Rückblickes vor allem anführen möchte. Sie bilden vom heutigen Oberösterreich bis zur Enns das Salzburgische und Deutsch-Tirol. Bayerisches Kolonialland dagegen, in dem die Bayern einen Teil ihrer friedlichen Mission erfüllten, sind Niederösterreich bis über die Leitha, Steiermark und Kärnten. Abgesehen von dieser durch die Bayern germanisierten Ostmark, bleibt gesondert der sogenannte „Nordgau“, worunter von heutigen Tages noch außerbayerischen Gebieten, das Egerland in der Tschecho-Slowakei zu verstehen ist.

Als gebürtiger Oberöreicher aus dem noch bis 1779 zu Bayern gehörigen Innviertel kann ich, um mit Oberösterreich zu beginnen, nur aufs kräftigste bestätigen, was Dr. Konrad Schiffmann in seinem für die altbayerische Heimatkunde wichtigen und begrüßenswerten Buch „Das Land ob der Enns“ S. 195 feststellt: „Daher gleicht der Volkscharakter in Oberösterreich dem von Niederbayern, der der Salzburger und Tiroler dem von Oberbayern in den wesentlichen Zügen vollständig. Man darf aber nicht Österreich nach Wien und Bayern nach München beurteilen und nie vergessen, daß das alte Bayern an der Enns und den Tauern endete, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten aber germanisierte Marken sind.“ Um Mißverständnisse zu vermeiden, ergänze ich „von Bayern germanisierte Marken“. Weiter kommt Schiffmann bei seinen wissenschaftlichen Studien zu folgender Stellungnahme: „Ethnographisch hat es keinen Sinn, die Österreicher weiterhin als eigenes Volk zu betrachten, am wenigsten ist aber das bei den drei westlichen Ländern berechtigt. Wir sind einfach Bayern, und wenn schon eine Unterscheidung gemacht werden soll, so kann es auch innerhalb Österreichs nur die

von bayerischem Stammes- und Kolonialgebiet sein.“ Und ist nun schon nach einem halben Jahrtausend der eine Stammesitz der Bayern wenigstens das östliche und mittlere Oberösterreich, ausgenommen das Innviertel, 1180 wieder verloren gegangen, so blieb doch wie bei allen anderen ähnlichen Verlusten, wie wir noch sehen werden, Land und Volk dieser Gebiete seinen Stammeseigenschaften in jeder Hinsicht treu bis auf den heutigen Tag. Mehr als einmal machte seitdem im Laufe der Geschichte Bayern den Versuch zur Rückgewinnung dieses Landes Oberösterreich. Im Pariser Vertrag 1810 erhielt auch Bayern den angrenzenden westlichen Teil, das Inn- und Hausruck-Viertel wieder, freilich nur auf 6 Jahre. Denn im Vertrage vom 14. April 1816, nach dem Wiener Kongreß und dem Kaisertum der hundert Tage, mußte es diesen bayerischen Boden an Österreich wieder herausgeben.

In kultureller und kolonialisatorischer Hinsicht viel wichtiger noch als Oberösterreich war der bayerische Bischofsitz, das spätere Kurfürstentum Salzburg. Im 8. Jahrhundert erkor sich der heilige Rupert zum Sitz seiner Missionstätigkeit Salzburg und gründete damit nach Regensburg die zweite Bischofsstadt Bayerns. Und besonders, seitdem durch den heiligen Bonifatius Papst Gregor II. und Herzog Theodor von Bayern die Organisation der bayerischen Kirche durch Einteilung in die vier bischöflichen Sprengel: Salzburg, Freising, Passau und Regensburg erreicht war, entwickelte sich die kulturelle und kolonialisatorische Tätigkeit Salzburgs zu fruchtbringendster Höhe für Christentum und Deutschtum nach Südosten. Die Salzburger Missionstätigkeit begann mit der auf der Synode von Neuching beschlossenen Einführung von Schulen an den Bischofssitzen, was bekanntlich als ältestes bayerisches Schulgesetz angesprochen wird. Zugleich wurde die Missionstätigkeit Salzburgs in Karantanien, dem heutigen Kärnten und Krain, angefangen, die zum Anschluß dieses Gebietes an die Salzburger Diözese führte. Hier verdient es auch hervorgehoben zu werden, daß die Kolonisierung nicht Reichs Sache war, sondern Aufgabe des Bayernvolkes blieb. Als Ende des 8. Jahrhunderts zur kirchlichen Organisation Bayerns, nach Besiegung der Avaren durch den Bayernherzog Tassilo, der von den Slovenen und Wenden zu Hilfe gerufen worden war, nunmehr auch die Bildung einer bayerischen Militärgrenze hinzukam, da zeitigte sowohl die Christianisierung wie die Kolonisierung Kärntens unter der Leitung Salzburgs mittels bayerischer Priester und bayerischer Kolonisten endgültige und erfolgreiche Resultate. Auch hier wiederum war es das Jahr

1180, das nicht wohl Salzburg, aber das Arbeitsfeld der bayerischen Missionäre dieses Bischofssitzes, Kärnten, vom Stammland und von seinen Kolonisatoren losriß. Abgesehen von einer vorübergehenden Einflußnahme König Ottokars von Böhmen auf das bayerische Bistum Salzburg blieb das weltliche und kirchliche Herrschaftsgebiet bis in die Zeit des 10. Jahrhunderts (Herzog Eberhard 937) dem Herzog von Bayern untertan. Von dieser Zeit bis zum Schlusse der Regierungszeit der hohenstaufischen Kaiser, Ende des 13. Jahrhunderts, machten sich die bayerischen Bischöfe, so auch derjenige von Salzburg, zuerst in kirchlichen Angelegenheiten, dann aber auch in weltlichen, vom Herzog selbständig und blieben in dieser Selbständigkeit wie ein Landesherr bis anfangs des 19. Jahrhunderts, wobei seit 1509 die Habsburger die Vogtei über das Salzburger Erzbistum ausübten. Trotzdem kann man ebensowenig von einer Entfremdung des salzburgischen Landes und Volkes von Bayern reden wie in Oberösterreich. Im Frieden von Schönbrunn, Oktober 1809, kam tatsächlich Salzburg wieder zu Bayern, wenn es auch nicht lange, nur bis zum Vertrag vom April 1816, dabei blieb. Die letzten 100 Jahre gehörte es zum bayrisch-stämmigen Teil der Donaumonarchie.

Und nun noch ein skizzenhafter Überblick über das dritte, heute nicht mehr zum bayerischen Staatsverband gehörige Stammesgebiet Tirol. Später wie nach Oberösterreich und Salzburg, wohl erst gegen Ende des 6. Jahrhunderts, kamen die Bayern ins gebirgige nördliche Tirol und doch war schon um die Mitte des 8. Jahrhunderts z. B. Bozen bayerisch und im 12. Jahrhundert die Germanisierung Tirols durch Bayern in der Hauptsache abgeschlossen. Der bayerische Bischofssitz Brixen, früher das alte Bistum Säven, war der kolonisatorische Mittelpunkt der christlichen Missionäre Tirols. Und wieder war es das Jahr 1180, das anläßlich der Ächtung des hochfahrenden welfischen Herzogs Heinrich des Löwen die Absplitterung Tirols, das sich unmittelbar hernach selbständig machte, brachte. Denn auch in Tirol besaß der Bischofssitz Trient die Grafschaft und damit die Macht über den ganzen südlichen und westlichen Teil, der von Brixen über die Mitte und den Osten. Beide Bistümer entzogen sich mit der Zeit der herzoglichen Gewalt, kamen dann aber selber um die Mitte des 13. Jahrhunderts unter die Botmäßigkeit der Grafen von Tirol. Auch diese wiederum wehrten sich kräftig gegen die Annahme, als seien sie in irgend einer Weise vom bayerischen Herzog abhängig. Ja sie zogen es vor, an der Habsburger Dynastie gegen das Herzogtum Bayern Anlehnung

zu suchen. Durch eine wohl geschickte und erfolgreiche, jedoch nicht systematisch auf die Abrundung und den Staatszusammenhang hinzielende bayerische Politik, kam unter anderem 1342 Tirol wieder zu Bayern. Denn Kaiser Ludwig der Bayer vermählte seinen Sohn, Ludwig den Brandenburger, mit der Erbin Tirols, Margareta Maultasch. Drei Jahre nach dem Tode Ludwig des Brandenburgers starb auch 1363 sein Sohn Meinhard, der mit einer habsburgischen Prinzessin verheiratet war. So ging wiederum Tirol für Bayern verloren, weil auch Margareta Maultasch 1363 vom Tiroler Adel und dem Hause Habsburg zur Abdankung und zur Übergabe des Landes an dieses gezwungen wurde. Ihr bayerischer Schwager, Herzog Stephan, suchte vergeblich mit der Waffe ihre Ansprüche gegen Herzog Rudolf IV. von Österreich zu vertreten. Abgesehen von schwachen Versuchen zur Rückgewinnung Tirols zu Anfang des 15. Jahrhunderts, wie auch zu Ende dieses Jahrhunderts, die ebenfalls wieder durch bayerische Zwietracht vereitelt wurden, gelangte erst im Frieden von Preßburg (1805) die Grafschaft Tirol mit den gefürsteten Bistümern Brixen und Trient wieder an Bayern. Die unglückliche 400-jährige Trennung Tirols von Bayern jedoch und törichte Fehler der inneren Verwaltung unter Montgelas, besonders in religiöser Beziehung, trugen nicht dazu bei, den neuen Herrscherwechsel der Bevölkerung annehmbarer zu machen. Davon abgesehen kam im Vertrag vom April 1815 neben Salzburg, dem Inn- und Hausruckviertel, wie wir bereits sahen, auch Tirol wieder zu Österreich. Nichts hindert jedoch, daß das Tiroler Volk, heute wie vor 1000 Jahren, Stammesverwandt ist und sein Land ureigentliches Stammesgebiet Bayerns.

Am frühesten von allen deutschen Völkern, als noch die Sachsen im Heidentum steckten, als im Norden die Mark Brandenburg ein halbwüstes Wendenland war und noch niemand ahnte, welche großartige, wenn auch tragische Mission dem kleinen baltischen Volksstamme der Borussen aus der nordöstlichen Ecke Europas zugebracht war, stand unser Bayernvolk vor seinem deutschen Beruf der Kolonisation des Südostens für Christentum und Deutschtum. Und nur weil „der bayerische Stamm hinlängliche Widerstandskraft besaß, um seine Eigenart, seine selbständige Weiterentwicklung auch in der Fremde zu sichern,“ wie Prof. Döberl Bd. 1 oben genannten Werkes S. 25 urteilt, konnten jene Stammesgebiete, die dem Staatskörper als solchem wohl verloren gingen, ihren bayerischen Volkstypus trotz Jahrhunderte wählender Trennung erhalten. Dies ist aber auch

der Grund, daß jene kolonisierten Gebiete, wie wir im folgenden sehen werden, obwohl sie wie ein Teil der ihnen benachbarten Stammesgebiete den staatlichen Zusammenhang mit dem Mutterland verloren, doch nicht zugleich den bayerischen Volkscharakter verlieren konnten. Denn „Bayern ist dem fremden Kultureinfluß nicht erlegen, hat vielmehr der fremden Kultur sein provinzielles Gepräge aufgedrückt und seine Eigenart, seinen Grundcharakter, bewahrt.“¹⁾

Die restigen Länder des heutigen Österreich: Kärnten, Steiermark, Niederösterreich und Krain waren das Objekt bayerischer kolonialisatorischer Tätigkeit im Osten und Südosten. Die Bastionen gegen die Slawen an der Enns und zugleich der Mittelpunkt der christlich-deutschen Missionstätigkeit in Niederösterreich war das Grenzkloster Kremsmünster, im Jahre 777 vom bayerischen Herzog Tassilo gegründet. Diese hier in Betracht kommenden, heute österreichischen Ostalpenländer, möchte ich, da die damaligen Grenzen Niederösterreichs, Steiermark, Kärnten und Krain mit ihren heutigen Grenzen nicht genau zusammenfallen, zusammenfassend als Innerösterreich bezeichnen und bei der Skizzierung ihrer geschichtlichen Entwicklung im Verhältnis zum bayerischen Staat nicht nacheinander, sondern nebeneinander behandeln. Die Avaren hatten im 6. Jahrhundert die Herrschaft über die slawischen Stämme in Innerösterreich nach dem Abzug der Langobarden an sich gerissen. Tassilo III. (748–788) nahm den Kampf mit ihnen auf, nachdem die Slowenen und Wenden ihn zu Hilfe gerufen hatten und er seine in großzügiger Weise eröffnete kolonialisatorische Missionstätigkeit bedroht sah. Unter diesem bayerischen Herzog sowohl, wie nach einigen Kriegen Karls des Großen gegen die Avaren konnte zu Beginn des 9. Jahrhunderts dieses Arbeitsfeld zu bayerischer Kolonisierung als gesichert gelten. Hundert Jahre später, durch die Ungarneinfälle 907, denen sich Bayern unter seinem Markgrafen Luitpold entgegenstellte, gelangte die ganze Ostmark bis auf das heutige Kärnten in die Hände der Ungarn; der Fürst fiel an der Enzburg und sein Heerbann wurde vernichtet. Und so blieb es. Die lebendige bayerische Kulturarbeit war verloren, bis 955 die Ungarn auf dem Lechfeld entscheidend geschlagen wurden. Damit erhielt Bayern Innerösterreich zurück und es begann wieder seine koloniale Tätigkeit. Das Bistum Passau bekam vom Papste die kirchliche Herrschaft über die Ostmark und der Erzbischof von Salzburg hatte die Missionsführung in Karantanien (Benediktinerkloster Innichen im Pustertal)

¹⁾ Döberl Bd. I Seite 28.

bis nach Ungarn. Ende des 10. Jahrhunderts wurde Karantanien selbständiges Herzogtum und wenn es auch noch einmal in dieser Zeit an seinen bayerischen Herzog Heinrich III. den Fänker zurückfiel, so wurde doch im Jahre 1002 die Selbständigmachung Kärntens eine endgültige. Die wenigen kolonisatorischen Erfolge, die in der heutigen Krain errungen wurden, gingen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, seit 1866, wie in Ungarn, stetig zurück. Wieder einer jener Erfolge kolonisatorischer Tätigkeit Preußens nach Innerdeutschland! Was Ungarn betrifft, so vermählte sich der ungarische Herzogsohn Wajk 995 mit der Schwester des bayerischen Herzogs Heinrich IV. des Heiligen. Und Wajk, der spätere König Stephan, machte Ungarn in kirchlicher und politischer Hinsicht selbständig.

Steiermark schied erst 1180, bei Erhebung Bayerns zum Herzogtum, aus dessen Staatsverband aus. Dabei ist unter diesem Steiermark, abgesehen von dem heutigen, noch das mittlere und östliche Oberösterreich zu verstehen. Die Ostmark, das heutige Niederösterreich, trennte sich 1156 von Bayern und wurde selbständiges Herzogtum. Und doch, wer diese kolonisierten Lande offenen Auges und offenen Herzens durchwandert, oder wer gar aus einem derselben stammt, der muß die Tatsache zugeben, daß, mag die Kolonisations-tätigkeit der Bayern hier teilweise selbst nur 400 Jahre gedauert haben, sie neben der Ergänzung, die sie durch die Tätigkeit der nachfolgenden Habsburger fand, die Grundlage, des bayerisch-österreichischen Volkstypus in den Ostalpenländern bildet. So muß Univ.-Prof. Dr. Leopold Wenger in Heft 2 „Das Deutschtum in Kärnten“ ¹⁾ feststellen: „Die deutsche Mundart in Kärnten streift zwar gelegentlich über die Landesgrenzen hinaus, ist aber gleichwohl auch dem Laien in sprachwissenschaftlichen Dingen als charakteristische Einheit und besondere Unterart des bayerisch-österreichischen erkennbar.“ Dazu eine Probe eines kärntnerischen Liedes:

„Und i liab di so fest,
Wia d'r Baum seine Äst',
Wia d'r Himbl seine Stern,
Krad so han i di gern.“

Wir sind in unserer skizzenhaften geschichtlichen Besprechung des Gebietes, das vom heutigen Österreich umfaßt wird, zu Ende; es erscheint jedoch, wie einleitend bereits angedeutet, am Platze, die geschichtlich-kolonisatorische Tätigkeit unseres bayerischen Stammes

¹⁾ Sammlung „Das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ Dr. Frz. X. Pfeiffer Verlag Heft Nr. 2, Seite 15.

als Skizze gleichfalls, soweit sie noch den sogenannten Nordgau betrifft, festzuhalten. Denn, wie später ausführlich zu besprechen sein wird, ist gerade in unserer Zeit wieder ein scharfer Kampf des heute abgetrennten Teiles dieses Nordgaues zum Anschluß an den wesenverwandten bayerischen Staat und damit gegen die Tschechoslowakische Republik entbrannt, der die vollste Aufmerksamkeit unseres Staates verdient. Unter die älteren Stammesitze der Bayern, die im Norden aus der Zeit der Einwanderungen aus dem Süden und Westen in Betracht kommen, fällt wohl der Teil des Landes, der westlich vom Böhmerwald und nördlich der Donau liegt und vielleicht im Nordwesten von Forchheim — Fluß Pegnitz, im Westen von Lauterhofen — Burglengensfeld begrenzt wird. Im 8. Jahrhundert wurde der bis dahin in kirchlicher Hinsicht unter der Leitung der Diözese Regensburg stehende Nordgau von seinem westlichen Teil abgetrennt und dieser dem neugegründeten Bischofsitz Eichstätt unterstellt. Diese Neueinteilung fiel in die Zeit kurz nach der endgültigen Organisation der bayerischen Kirche unter Herzog Theodo und Papst Gregor III., nach 740. Aus der Gaueinteilung, die in den „Breves notitiae Salisburgenses“ uns erhalten ist, ersieht man, daß es bald nach 788 im Rayon des späteren Nordgaues folgende Gaueinteilung gibt: Pensgau an der Donau, Nordgau nördlich der Donau, Donaugau um Regensburg und der Schweinachgau zwischen Donau, Regen und Böhmerwald. Nach der Errichtung der bayerischen Militärgrenze wurde unter Karl dem Großen um 800 eine besondere Macht auf dem bayerischen Nordgau gegen Böhmen geschaffen, was im Zusammenhang gestanden sein mag mit Karls des Großen Feldzug gegen die Tschechen. Im Jahre 937 wurde die bisher seit Absetzung Herzog Tassilo III. bis zum Vertrag von Verdun (788 — 843) dem Kaiser unterstehende Markgrafschaft auf den Nordgau, die seit dieser Zeit wieder mit dem altbayerischen Stammesland vereint war, einem eigenen Markgrafen aus dem Babenberger Hause, zuerst Berthold gegeben, was aber keineswegs ein Ausscheiden aus dem bayerischen Staatsverband bedeutete. Im 10. Jahrhundert ward die kolonisatorische Tätigkeit des Bayernstammes in der Markgrafschaft auf dem Nordgau bis ins Egerland in den nördlichsten Teil der Oberpfalz hinaufgetragen. Der Bayernherzog Heinrich IV., der Heilige, als Kaiser Heinrich II. hatte um das Jahr 1000 mit einer Empörung des Markgrafen Heinrich vom Nordgau zu kämpfen, der sich mit dem gefährlichen Panslawisten Boleslav von Polen verbunden hatte, in welcher Folge der Nordgau zum erstenmal zerteilt wurde.

Er zerfiel nunmehr in ein südwestliches und ein nordöstliches Stück. Das wichtigste Moment hierbei, das den Verlust der Zertrümmerung in etwas wieder ausglich, war die Neuerrichtung des Bistums Bamberg, das als drittes Glied aus dem ehemaligen Nordgau herausgeschält wurde. Dieses größte und segensreichste Werk des Kaisers Heinrichs II., das wohl teils auch auf Kosten der Bischofssitze Würzburg und Eichstätt ging, hatte eine große Mission zu erfüllen: die Christianisierung und Germanisierung der Wenden am Main und an der Regnitz. Für den Nordgau unter Kaiser Heinrich waren weiterhin von größter Wichtigkeit die Feldzüge von 1040 gegen Herzog Bretislav von Böhmen, an denen die Bayern entscheidenden Anteil hatten und durch die die Besserung der nachbarlichen Beziehungen und damit die Kolonisierung des Egerlandes aufs kräftigste gefördert wurden. Hierüber schreibt Döberl¹⁾: „Am Schluß des 11. am Anfange des 12. Jahrhunderts ist man bis zur Grenze des Schonbacher Ländchens (im heutigen Voigtland), bis zum Schleisenbache, vorgerückt. Ja bereits greift die Kolonisation nach dem sogenannten Regnitzlande bei Hof über. Es warein gewaltiges Ergebnis bayerischer Kulturarbeit; von Premberg bis zur Waldsteinkette und bis in das Voigtland bei Aadorf hinein erinnern heute nur noch slawische Orts- und Flußnamen, daß hier ehemals Slawen gesessen. Diese nationale Verschiebung vollzog sich teils durch deutsche Einwanderung, teils durch Germanisierung der Slawen, nicht aber durch deren Vernichtung. Daß in dem heutigen deutschen Sprachgebiet. auch nach der bayerischen Einwanderung eine nicht unbedeutende slawische Bevölkerung zurückblieb, das beweist das Auftreten slawischer Personennamen in den Urkunden noch des 13. und 14. Jahrhunderts, und die Menge der slawischen Ortsnamen vorbayerischer Entstehung. . . . Aber die Geschlossenheit der Ansiedelungen hält die bayerische Kraft zusammen; nicht der Bayer wird zuletzt von dem Slawen assimiliert, sondern der Slawe von dem Bayern . . . Hat sich schon bisher auch die Kirche an dieser Kulturarbeit beteiligt, die bischöfliche Kirche von Regensburg mit den Mönchen von St. Emmeram in der Gegend von Cham, die bischöfliche Kirche von Eichstätt zwischen Altmühl und Pegnitz, die bischöfliche Kirche von Bamberg seit den Schenkungen Heinrichs des Heiligen zwischen Pegnitz, Regnitz und Vils: so bekommt das Kolonisationswerk von geistlicher Seite her, während die Laienkräfte immer mehr auf den italienischen Boden abgezogen werden, neue Antriebe durch die Klostergrün-

¹⁾ Bd. I, Seite 143/45.

dungen der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Enzdorf, Michelsfeld, Reichenbach, Spenshart, ganz besonders durch die Niederlassung der Zisterzienser zu Waldsassen. Gerade die Ordensvorschrift, fern von den Wohnstätten weltlicher Personen ihren Wohnsitz aufzuschlagen, ließ die grauen Mönche mit Vorliebe Sumpf- und Waldgegenden für ihre Siedelungen wählen. Solche fanden sie vereinzelt in Innerdeutschland, überreich aber waren an solchen die dünn bevölkerten slawischen Lande. Die Aussicht auf den Neubruchszehnten, ihre ganze wirtschaftliche Veranlagung bestärkte sie darin. Waldsassen ist für den Nordgau dasselbe geworden, wie das Zisterzienserkloster Marienzelle für Meißen, Dobrilengk für die Niederlausitz, Lehnin und Zinna für die Mark Brandenburg, Doberan für Mecklenburg, Leubus für Schlesien gewesen sind. Waldsassen bringt nicht bloß neues Leben in die innere Kolonisation, in den Ausbau des dem Deutschtum bereits gewonnenen Grund und Bodens, es greift von Anfang an über die von der deutschen Kolonisation hier erreichten Siedlungsgrenzen hinaus und gewinnt ausgedehnte slawische Gebiete dauernd für deutschen Anbau und deutsche Kultur; im nördlichsten Winkel der heutigen Oberpfalz das Mähringer Ländchen, zwischen Erzgebirge und Egertal drei umfangreiche Gebiete, das Schönbacher Ländchen, einen Distrikt um Chodau und Ellenbogen, endlich einen noch größeren zwischen Erzgebirge, Kaaden und Saatz; das hier von Waldsassener Mönchen angelegte Neudorf ist der erste deutsche Dorfname in Böhmen. Hieran stößt das Arbeitsfeld des in einem Ausbau des Erzgebirges gegründeten und noch heute bestehenden Waldsassener Tochterklosters Ossegg, das seine Besitzungen bis Leitmeritz erstreckte. So hat Waldsassen mit seiner Ossegger Kolonie zwischen den Hängen des Erzgebirges und dem Tale der Eger ein deutsches Siedlungs- und Sprachgebiet geschaffen.“

Zusammenfassend kommt Döberl zu folgendem Urteil: „Was Waldsassen und sein Tochterkloster Ossegg kolonisierten, griff über die politische Grenze der bayerischen Herrschaft hinaus; es war wohl eine kolonisatorische, nicht aber eine politische Ausdehnung des bayerischen Stammes. In ähnlicher Weise schob sich, freilich zum Teil erst seit dem 13. Jahrhundert, bayerische Kolonisation und bayerisches Sprachgebiet über die bayerische Landesgrenze hinüber, sowohl von der Ostmark her nach dem südlichen Böhmen und südlichen Mähren als auch vom Nordgau her über die Pässe des Böhmerlandes nach dem westlichen Böhmen. Dort fallen dem bayerisch-österreichischen Sprachgebiet noch heute zu das Tal der Taya, das Neu-Bystritzer

Gebiet, das Tal der oberen Moldau, der Osthang des südlichen Böhmerwaldes; auch die Witigonen, nach tschechischen Schriftstellern die Zierde des böhmischen Adels, waren ein deutsches Adelsgeschlecht, wie nicht bloß aus der bayerischen Besiedelung der Gegend, sondern auch aus Urkunden des 11. und 12. Jahrhunderts zu schließen ist. Hier entfällt noch heute zum bayerisch-nordgauischen Sprachgebiet ein langer, im Süden schmaler, nach Norden zu immer breiter werdender Streifen von Eisenstein bis zum Erzgebirge hinauf, der namentlich die Flußgebiete der Mies, Tepel und mittleren Eger in sich begreift. Vom gesamten deutschen Sprachgebiet in Böhmen sind etwa ein Sechstel bayerisch-österreichisch, zwei Sechstel bayerisch-nordgauisch.“ Soweit Döberl. Vorübergehend ging der nördliche Teil des Nordgaues und insbesondere das Egerland gelegentlich der Absetzung Heinrichs des Stolzen 1138 für Bayern verloren. Und wenn es auch den auf dessen Sohn Heinrich den Löwen folgenden Herzögen aus dem Hause Wittelsbach gelang, einen großen Teil des verlorenen Nordgaues zurückzuerwerben, so kam es im Jahre 1322 doch zur endgültigen Trennung des Egerlandes von Bayern. Wie wir schon bei der Skizzierung der geschichtlichen Entwicklung Tirols zu Bayern besprachen, fehlte bei den Erwerbungen Kaiser Ludwigs des Bayern die organische Einheitlichkeit. Und nur diesem Mangel ist es zuzuschreiben, daß er den großen Fehler begehen konnte und dem König Johann von Böhmen das schöne Egerland, wertvollstes bayerisches Arbeitsgebiet im Nordosten, verpfändete.

Wohl ist die Feststellung schmerzlich, daß auch das Egerland, wie die rein-bayerischen Stammes- und Kolonisationsländer des heutigen Österreichs aus dem bayerischen Staatsverband ausscheiden mußten, und doch sie alle waren in der Germanisierung und Christianisierung soweit fortgeschritten, daß sie später ein festes Bollwerk, ein weites Vorfeld des Deutschtums bildeten in Abwehr des aggressiven Panlawismus. Aber nicht nur das. Gerade durch ihr Verlorengelangen an das Haus Habsburg, was ja im Grunde genommen jeder bayerische Patriot aufs Schmerzlichste empfindet, und durch ihre Einfügung in diesen sich zur Großmacht entwickelnden Staat, haben sie dem Deutschtum in der Folgezeit den größten Dienst erwiesen. Denn man bedenke, welche moralischen deutschen Kolonisationswerte von diesen 12 Millionen Deutschen unter 51 Millionen Einwohnern der österreichisch-ungarischen Monarchie in alle übrigen Nationalitäten der Donaumonarchie ausgestrahlt wurden, als diese noch im deutschen Staaten-

verband mit den übrigen deutschen Völkern zusammengeschlossen war. Die östlichste deutsche Universität Jernowitz redet hier eine deutliche Sprache. Heute hat sie aufgehört zu sein. Das ist mit eine Auswirkung des empfindlichsten Schlages, der die gesamte deutsche Nation 1866 traf. In Böhmen und, wie wir an Tatsachen sahen, in Ungarn, in Kärnten und in der Krain erhob der Nationalitätenkampf gegen die ansässige Bevölkerung deutschen Stammes sein Haupt. Dieser Kampf war sichtbar. Von viel schwereren Folgen jedoch begleitet war jene, seitdem begonnene unterirdische Minierarbeit gegen den moralischen Einfluß des Deutschtums in der gouvernementalen Leitung der Habsburger Monarchie. Denn sie unterhöhlte die Stellung des Hauses Habsburg, und Bismarcks Preußen-Deutschland verband sich 1866 offensichtlich mit dieser Revolution, wurde daher auch mitschuldig an der Katastrophe. Und heute wirft dieses „konservative“ Preußen-Deutschland Steine auf die mit wahrscheinlich nichtfairen Mitteln gestürzte österreichische Monarchie. Daß aber trotz dieser nationalen Katastrophe, die $\frac{1}{6}$ der Gesamtdeutschen in diesen, hauptsächlich von Bayern kolonisierten Gebieten betraf, das Deutschtum nicht erschüttert wurde, das ist die beste Probe auf die kolonisiatorische Macht und Fähigkeit unseres Bayernvolkes. Denn, wie Döberl S. 146 feststellt, „kann gewiß in Grenzgebieten mit einem gewissen Recht gestritten werden, ob die bayerische oder eine andere Mundart herrscht. Aber das ist ebenso unbestreitbar und das allein ist maßgebend: das Übergewicht, die Führung hatte auf dem beschriebenen Kolonisationsfeld der bayerische Stamm“. Und vergleicht man damit die Erfüllung des deutschen Berufes Preußens in kolonisiatorischer Hinsicht im Nordosten und prüft sie auch auf dem harten Prüfstein der deutschen Nation in Not von heute, in Oberschlesien, Posen, Westpreußen und im Baltenland! Ist dies der grundlegende Unterschied? „Der Assimilierungsprozeß vollzog sich im Gegensatz zu den Gewalttätigkeiten des sächsischen Nordostens völlig friedlich, fast möchte man sagen geräuschlos; von einer gewaltsamen Verdrängung der Slawen (Eiectio Slavorum) wie jenseits der Elbe, findet sich hier keine Nachricht, selbst die Eigentumsverhältnisse bleiben meist unangefastet. Eine Folge davon war freilich, daß der Prozeß sehr lange, zum Teil bis ins 13. und 14. Jahrhundert gedauert hat. Eine andere Folge, daß in Innerösterreich nur halbe Arbeit getan wurde.“ Wohl brachte diese friedliche Kolonisierung die Arbeit nur zum größten Teil zu Ende, wie wir es in der Krain und in Ungarn sehen. Dafür aber war sie durchgreifender, ich möchte sagen innerlicher und wurzel-

schlagend im Land. Im Nordosten dagegen blieb sie an der Oberfläche, in den oberen Schichten und gewann keine Bodenständigkeit in Land und Volk; das sehen wir heute.

Am Schluß sei der Hinweis Döberls S. 134 übernommen, daß „eine zusammenfassende Geschichte der bayerischen Kolonisation“ heute noch fehlt. Mögen sich Bayern finden, die der Heimat zum Ruhm, den Zeitgenossen zur Mahnung, dem kolonisatorischen Wirken der bayerischen Nation in allen seinen Teilen ein würdiges und unvergängliches Denkmal setzen!



Deutsche Probleme und ihre Lösung ~

Großdeutsch - Kleindeutsch

Die Revolutionsmode der „Schlagworte“ habe, so könnte manch einer, der das Inhaltsverzeichnis des dritten Teils dieser Arbeit liest, meinen, auch dessen Verfasser ergriffen. Und doch gerade zur Zerstörung des gedankenlosen Nachsagens, „jener ist großdeutsch“, „das ist spezifisch preußisch“, „dieser ist Unitarier“, und um den Inhalt, Wert und Unwert dieser Schlagwörter, ihre richtige und falsche Anwendung im Laufe der Geschichte festzustellen, sind die folgenden Aufsätze geschrieben. Denn es hat sich seit der Zertrümmerung des bismarckischen preußisch-deutschen Reiches, solch ein Lügengewebe, solch eine politische planmäßige Irreführung — man nennt es im Zeitalter revolutionärer Demokratie „politische Taktik“ — solch eine Ausnutzung der Gedankenlosigkeit der breitesten Öffentlichkeit bemächtigt, daß selbst das unverständliche Geschäftsgebahren des sogenannten „Deutschen Reiches“, das im Ausland der Verachtung anheimfällt, dagegen in den Hintergrund tritt. Wahrheit und Klarheit sind der Zweck dieser Erörterungen und die sollen helfen, die vergiftete Atmosphäre zu beseitigen. Sind es auch heikle Fragen, wir dürfen doch nicht weiter aus unverantwortlicher Zagheit, aus Lethargie den Kopf in den Sand stecken und wie bisher Deutschland mit Schlagwörtern abspeisen; wir müssen vielmehr schon jetzt in die Erörterung deutscher Existenzfragen, die früher oder später ja doch aufgerollt werden müssen, eintreten.

Das „Deutsche Reich“ hat seine Weltmachtstellung, ja leider sogar seine Weltgeltung verloren und damit ist die deutsche Nation, wie wir einleitend zu Kapitel 2 sahen, zurückgeworfen in jene Stellung, die ihr ursprünglich als besondere Mission im Herzen Europas, man mag sagen durch das Schicksal oder im Laufe der

Geschichte, ich sage nach Willen des Weltenlenkers, gegeben war. Auch ist der mit der deutschen Nation zusammenhanglose außereuropäische Kolonialbesitz verloren. Und doch wiegt dieser Verlust leicht im Vergleich zu jenem an Stammes- und Kolonisationsgebiet, wie ihn uns Kapitel 2 aufzeigte. Sollte da die Frage nicht berechtigt sein, wie kann das deutsche Volk in seinen einzelnen Teilen wieder zusammengefaßt werden, um unter Entwicklung der Kräfte all' seiner Stämme und Staaten zu seiner der geschichtlichen und geographischen Lage entsprechenden Kulturmission zurückgeführt zu werden? Denn darüber, daß diese Aufgabe die unter den heutigen Umständen gegebene und allein erstrebenswerte ist und daß bis zu ihrer Erfüllung wenigstens überozeanisches Kolonialstreben in das Reich phantastischer Träume gehört, darüber braucht ein Deutscher nicht mehr zu reden. Wohl glaubt die französische Nation ihre Schwäche mit ihren schwarzen und braunen Staatsbürgern zu verdecken, die deutsche aber ist, obwohl scheinbar zertrümmert, immer noch stark genug, ihre europäische Stellung und Mission ohne Inanspruchnahme von Negern und ähnlichen Rassen aus eigener Kraft wiederzuerlangen. Aber dieser unser Stolz ist nur bedingungsweise berechtigt, teilweise überheblich. Wir müssen uns zurückbesinnen auf unsere geographische Lage, zu deren Betrachtung das grausige Erleben des Weltkrieges und des heutigen Zusammenbruches uns führen muß. „Und je stärker die großen National- und Machtstaaten West- und Osteuropas wurden, umso gefährlicher und verhängnisvoller wurde für Deutschland seine politisch-geographische Lage im Zentrum des Kontinents. Dieser konzentrierte Druck von außen hat uns Jahrhunderte hindurch nicht nur um unsere nationale Einheit, sondern auch um unsere volle politische Freiheit bringen helfen.“ ¹⁾ Meinecke empfiehlt in diesem Aufsatz, der 1917 während des Krieges geschrieben wurde, wie von dieser Seite nicht anders zu erwarten, die Machtforderung über die Freiheitsforderung zu stellen, um diesen einschnürenden Ring zu sprengen. Die Antwort, den Erfolg sehen wir heute. Der Ring um die durch Preußens Politik verstümmelte deutsche Nation besteht nicht nur weiter, er ist enger denn je zusammengezogen. Im Westen und Süden ist es die romanische Rasse, im Osten der Panlawismus, die germanische Völker und Stämme an sich gerissen haben. Wie oft und immer wieder hatte Bismarck nach seiner Reichsgründung nach später Erkenntnis in Briefen, Reden und seinen „Erinnerungen“ auf diese geographische Lage hingewiesen. Wir haben das in früheren

¹⁾ Meinecke, „Preußen und Deutschland“, Seite 636.

Kapiteln schon gesehen. Aber nein! Wichtiger erschien es dem wilhelminischen Preußen-Deutschland, statt die eigene Nation bedrohende panslawistische Gefahr abzuwehren, auf die in einem anderen Weltteil vermutete gelbe Gefahr mit dem bombastischen Wort: „Völker Europas wahrt eure heiligsten Güter!“ aufmerksam zu machen. Wichtiger war es Weltpolitik zu treiben, sei es die Führung gegen den chinesischen Boxeraufstand zu erringen, sei es in hochfliegenden Träumen sich als den Admiral des Atlantischen Ozeans zu brüsten! Darüber ging die deutsche Nation zugrunde, nicht minder aber, wie wir sahen, über der von Bismarck gewaltsam eingeleiteten Entwicklung zur klein-deutschen Großmacht und weiterhin zur Weltmacht.

Was heißt großdeutsch, was kleindeutsch? Entstanden sind diese Namen zweier verschiedener Richtungen, seitdem die Nationalversammlung der Paulskirche 1848 der deutschen Nation eine Verfassung zu geben bestrebt war. Da spalteten sich die Geister, oder besser gesagt, aus der einen traditionellen, auf die Geschichte der deutschen Nation und ihre europäische Lage und Stellung basierenden Anschauung, „das ganze Deutschland muß es sein“ splitterte sich eine partikularistische Richtung ab, die, um die machtpolitische Hegemonie Preußens über Deutschland zu erreichen, für den Ausschluß Österreichs eintrat. Sie wird in den Kleinstaaten Gothaer Richtung genannt und für großpreußische Zwecke ausgenützt. Denn solange Österreich, das alte deutsche Kernland, weit älter als Preußen, im deutschen Staatenbund blieb, garantierte es seine und der vereinigten unabhängigen deutschen Staaten Freiheit. Darum erschien der preußischen Richtung, die man seitdem die kleindeutsche Partei nennt, weil sie die deutsche Nation zu Gunsten preußischer Macht- und Vorherrschaftspläne verstümmeln wollte, als Vorbedingung ihrer Politik die Verdrängung Österreichs! Die Vertreter der Interessen der gesamten deutschen Nation wurden dagegen Großdeutsche genannt. Daß dieser Gegensatz teilweise auch auf das konfessionelle Gebiet übertragen wurde, ist klar, denn die abgesplitterte kleindeutsche, d. h. preußisch-deutsche Richtung, war doch in der Hauptsache preußisch und protestantisch. Aber auch noch eine dritte Frage, Föderalismus-Unitarismus spielte mit herein. Es handelt sich hier um die verfassungsrechtliche Seite, die später besonders behandelt werden soll.

Wenn auch schon früher an anderer Stelle Vertreter der großdeutschen und kleindeutschen Richtung zu Worte kamen, so soll es doch auch hier wieder zur speziellen Stellungnahme zum historischen

Verrat an 12 Millionen Deutschstämmigen der österreichisch-ungarischen Monarchie geschehen. Ein Meinecke, dessen „entschieden klein-deutsche Gesinnung“ wir später kennen lernen werden, gibt in erstaunlicher Objektivität zu: ¹⁾ „Und die Erhebung des preußischen Staates und Volkes, wie sie dann 1813 wirklich erfolgte, war von Anfang bis zu Ende gebunden an Gunst und Ungunst der europäischen Lage. Nur ein überreiztes Nationalgefühl könnte es vergessen, daß wir ohne Russen und Österreicher vermutlich zu Boden geschlagen worden wären.“ Und doch solch überreiztes Nationalgefühl, um diesen harmlosen Ausdruck zu gebrauchen, war vorherrschend in den Kreisen der Kleindeutschen 1859 sowohl wie 1866 und später bis auf unsere Zeit! Zum italienischen Krieg 1859 schrieb der spätere preußisch-kleindeutsche Historiker Heinrich von Treitschke in einem Brief an Heinrich Bachmann vom 16. Juni 1859: ²⁾ „Was sind das für Zeiten, wo wir dem Erbfeinde Deutschlands, dem Hause Habsburg, helfen sollen, helfen müssen Italien zu knechten.“ „Heraus mit Österreich aus Italien und aus dem Deutschen Bunde: Dann ist es denkbar, daß dieser unselige Mischstaat ein Recht zur Existenz erhält, indem er eine Kulturmission im slawischen Osten erfüllt. Ehrlich gesprochen: Preußen soll Österreich in diesem Kriege helfen, um Österreich den empfindlichsten Schlag beizubringen.“ Damit verstieß er gegen das Nationalgefühl fast aller Deutschen der damaligen Zeit, für die die Losung galt: der Rhein muß am Po gegen Frankreich verteidigt werden, aber nicht aus verräterischer Tücke, wie es im Sinne Treitschkes, im Sinne eines spezifischen Preußentums lag. Der bekannte Führer der Großdeutschen Edmund Jörg schrieb damals in den „Historisch-politischen Blättern:“ ³⁾ „Die preußische Politik hat den Bund in dem Moment tot gelegt, wo er die erste Probe seiner Haltbarkeit hätte ablegen sollen, wie sie die Zeit der höchsten Not Deutschlands benütze, um Österreich zu verraten.“ Entgegen dem Willen der deutschen Nation setzte sich die preußisch-kleindeutsche Richtung durch, die nur bedingungsweise Österreich gegen Frankreich unterstützen wollte. Dadurch wurde ein Eingreifen zeitig soweit verschoben, daß es einer Verhinderung gleichkam. Treitschke ging aber damals noch weiter, wie aus einem Brief an Wilhelm Nock vom 15. Juni 1859 zu ersehen ist: ⁴⁾ „Ehe nicht Österreich uns politisch ganz fremd geworden, eher ist unmöglich, was uns allein frommt: Die Entwicklung politischer und religiöser

¹⁾ „Preußen und Deutschland“, Seite 31.

²⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“, von Prof. Rapp, Seite 162.

³⁾ daselbst Seite 167. ⁴⁾ daselbst Seite 162.

Freiheit unter einem preußischen Kaisertum!“ Ja, das war nun das wahre Ideal der Mehrzahl jener Kleindeutschen, wenn auch aus politischer Taktik nur hie und da dies wahre Ziel bekannt wurde. Dazu die Stellung Bismarcks in Vergleich zu ziehen, ist von Interesse. Darüber schreibt Meinecke in seinem „Weltbürgertum und Nationalstaat“ S. 317: „In demselben Briefe und ebenso wieder in der Rede über die Olmüzer Konvention vom 3. Dezember 1850 sprach er seine Freude aus über alles, was deutsche Waffen überhaupt im Laufe der Jahrhunderte erobert hätten, und so auch über die Herrschaft Österreichs in slawischen und italienischen Landen. Wir geben zu, daß man hier zu zweifeln beginnen kann an der Ursprünglichkeit seiner Freude, aber echt-bismarckisch gedacht ist es jedenfalls, daß Österreichs Anspruch auf den Ehrennamen einer deutschen Macht auf deutscher Herrschaft und Schwertsführung beruhe.“ Also hier sehen wir erstens Bismarcks abweichende Stellungnahme zu Treitschke, aber noch ein anderes ist festzustellen. Nicht darum handelt es sich, daß es hier nicht das „echt bismarckisch durch List und Liberalität“ Meineckes bedeutet, das wir schon früher kennen lernten; sondern echt bismarckisch ist es, also wohl auch rühmendswert, wenn dieser der Meinung ist, daß Österreich der Ehrenname einer deutschen Macht beruhend auf deutscher Macht und Schwertsführung zukomme. Wenn aber König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen äußert:¹⁾ „Für den Bund sollten sie (die deutschen Fürsten) es (ihr Souveränitätsrecht) aufgeben allerdings, für Preußen sollen sie es aber so wenig oder noch weniger als für Österreich,“ dann wird dieser der großdeutschen Richtung verdächtige Preußenkönig beschuldigt, den althistorischen Vorrang Österreichs oft genug überschwänglich anerkannt zu haben! Wenn zwei das Gleiche tun, so ist es nicht das Gleiche! In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ Bd. 2, S. 51 bespricht Bismarck an Hand seines Vortrages bei seinem König vom 24. Juli 1866 die Gründe seiner Enthaltbarkeit in der Ausnützung des Sieges von Königgrätz: „Auf der anderen Seite konnte ich mir keine für uns annehmbare Zukunft der Länder, welche die österreichische Monarchie bildeten, denken, falls letztere durch ungarische und slawische Aufstände zerstört oder in dauernde Abhängigkeit versetzt werden sollte. Was sollte an die Stelle Europas gesetzt werden, welche der österreichische Staat von Tirol bis zur Bukowina bisher ausfüllt? Neubildungen auf dieser Fläche könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein. Deutsch-

¹⁾ „Preußen und Deutschland“, Seite 219.

Osterreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen, eine Stärkung des preußischen Staates durch Erwerbung von Provinzen, wie österreichisch Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen, eine Verschmelzung des deutschen Osterreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein.“ Nicht die gleiche Rücksicht auf die Gesamttheit der deutschen Nation, vielmehr „überreiztes Nationalgefühl“ ist es, was heutigen Tages von kleindeutscher Seite noch vertreten wird! Da liest man z. B. in dem in seinen politisch geographischen Grundzügen wertvollen politischen Handbuche „Politische Geographie“ von Arthur Dix, Verlag R. Oldenbourg, S. 586: „Endlich Bismarck. — War ihm auch weitgehende Zusammenfassung vom Tiefland-Deutschen und Hochland-Deutschen gelungen, so hat er doch abermals das letzte Stück des Deutschtums in der Auslieferung an Habsburg belassen und trotz Königgrätz nicht an dem überlebtesten Überbleibsel des Mittelalters in Europa gerüttelt.“ Ja, Dix geht noch weiter mit seinem Vorwurf und behauptet, getreu den preußischen Überlieferungen eines Treitschke, entgegen selbst Bismarck: „Durch die Jahrhunderte war dieses allezeit versteinert mittelalterlich gebliebene Haus Habsburg der Fluch des Deutschtums.“ Nun wissen wir es, Bismarck hätte also die Habsburger Monarchie 1866 zerschlagen und das gesamte mitteleuropäische Deutschtum vereinigen sollen. Gerade Herr Dix, der ein weltpolitisches Handbuch schreibt, hätte eigentlich, bevor er solche unsinnige Nachforderungen zu Bismarcks Kampf für Klein-Deutschland aufstellte, über die Unmöglichkeit einer solch radikalen Politik der Zertrümmerung Osterreich-Ungarns i. J. 1866 schon wegen der außenpolitischen Einwirkung von Rußland und Frankreich her sich unterrichten sollen. Davon aber ganz abgesehen, was wäre damals von der deutschen Nation übrig geblieben bei einem noch nicht gegründeten, aufs Schärfste in sich gespaltenen kleindeutschen Reich? Dazu käme natürlich der Anschluß Deutsch-Osterreich und Verzicht auf die übrigen 6 Millionen Deutsche und deren Kulturarbeit in Böhmen, Ungarn und der heutigen Tschecho-Slowakei. Herrn Dix möchte ich auch Bismarcks Rede vom 1. Dezember 1876 zum geneigten Studium empfehlen, in der dieser ausführte, Deutschland wolle jedenfalls keine Gebietserweiterung auf Kosten der österreichischen Monarchie. Deutsch-Osterreich sei unbedingt notwendig zur Erhaltung des Gesamtstaates, der auch ein Bedürfnis für das Deutsche Reich sei, da Ungarn und die slawischen Teile ohne Deutsch-Osterreich sich nicht selbständig er-

halten könnten. Nun, ich hätte der politischen Auffassung des Herrn Dix, soweit man von einer solchen überhaupt sprechen kann, keine Erwähnung getan, wenn es ein Einzelfall wäre. Doch ist dem nicht so. Vielmehr mußte und muß sich heute noch sogar der „Alldeutsche Verband“ gegen Angriffe von sogenannter „Völkischer Seite“ her zur Wehr setzen, die sich decken mit der politischen Richtung des Herrn Dix. Es handelt sich darum, daß der „Alldeutsche Verband“ schon in der Vorkriegszeit, von deutscher Seite in Österreich-Ungarn beeinflußt, die Richtung, wie sie Bismarck nach seiner kleindeutschen Gründung wies, einschlug. Die 12 Millionen Deutschstämmigen in der Donaumonarchie sollten treu zu Habsburg stehen und durch rege Zusammenarbeit den deutschen Einfluß in Österreich-Ungarn, in diesem seit 1000 Jahren deutschen Siedelungsland wahren und zu fördern suchen. Klar wird dieses Streben in einer Arbeit von Ernst Hasse, Verlag J. F. Lehmann, 1. Bd. 3. Heft der „Deutschen Politik“ geschildert: „Die gesamte Grenzpolitik des Deutschen Reiches mußte darauf gerichtet sein, die Donauländer nach wie vor als Siedelungsgebiete des deutschen Volkstums festzuhalten, die Unteilbarkeit der deutschen Nation zur Grundlage unserer europäischen Politik zu machen, für das politische Zusammenleben der Deutschen im Deutschen Reiche mit denen in Österreich-Ungarn aber neue staatsrechtliche Formen zu finden, vielleicht föderativer Art, die ebenso neu sein könnten wie die bis 1867 und 1871 neuen Formen des Deutschen Reiches.“ Nachdem Klein-Deutschland seit 1866 und 1870 Tatsache war, gab es für einen Deutschen gar keine andere Möglichkeit, die Interessen der deutschen Nation sowohl wie der 12 Millionen Landsleute zwischen Tirol und Cernowitz zu wahren, als die Erhaltung der Habsburger Nation. Das war unter der Veränderung der politischen Konstellation unserer Nation seit 1848 allein großdeutsch. In diesem Punkte gehen wir mit dem Preußen Bismarck einig, aber nur in diesem Punkte. Denn was falsch war an der kleindeutschen, d. h. groß-preußischen Politik, zeigt uns eine weitere Überlegung: Die Alldeutschen bezeichnen diese in Wirklichkeit europäische Politik als „Grenzpolitik“. Sie betrachteten als Aufgabe ihrer deutschen Nation, der kleindeutschen nämlich, Weltmachtpolitik durch Kolonien in China, Afrika etc. zu machen, eine der größten Handels- und Kriegsflotten zu besitzen, während die kolonisatorische Mission der großdeutschen Nation nicht in Germanisierung von schwarzen und braunen Völkern bestand, wo doch das tausendjährige deutsche Kolonisationsgebiet, Nachbargebiet der Heimat, im östlichen Vorfeld der deutschen Nation, dem

Laufe der Donau folgend und bis an den Peipussee gegen Norden der Erschließung und Durchdringung harrte. Ich wies schon früher darauf hin, Kleindeutschland drängte sich ins Ueberseeische und überließ dem Panlawismus die wahre deutsche Mission. Nun ist beides verloren! Klassischer Ausdruck der Gefühle und Ziele der Großdeutschen in Bezug auf Österreich gibt Paul Pfizer 1832 in seinem „Briefwechsel zweier Deutscher“ 20. Brief:¹⁾ „Ich wenigstens würde den Verlust eines so kraftvollen Menschenschlages, der an Naturell, Gemüthlichkeit, Mutterwitz die Preußen weit übertrifft, und aus dem noch unendlich vieles sich entwickeln kann, für einen unerseßlichen halten . . . Ich gestehe, dieses alte Reich scheint mir alles zu besitzen oder erlangen zu können, was dem übrigen Deutschland fehlt: Handel, Kolonien, Schifffahrt, Weltverkehr. Und seine Zusammensetzung aus Ländern der verschiedensten Himmelsstriche und von allen Stufen der Zivilisation, seine uralten welthistorischen Städte, Wien, Prag, Venedig, sein glänzender reicher Hof und seine Armeen, alles das übt einen romantischen Zauber aus.“

Und wenn er im 18. Brief schreibt: „Es liegt etwas Dürstiges, Dürres in dem nordischen Wesen, das mir den Gedanken, ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und Beamtenstaat verwandelt zu sehen, unbehaglich, ja peinlich macht,“ so charakterisiert er damit den Grundzug unserer Gegenseite, der kleindeutschen Richtung. Denn darüber sollte sich doch nunmehr die Öffentlichkeit bald klar werden, daß der Grundunterschied großdeutsch-kleindeutsch seit Entstehen dieser Bezeichnungen für zwei entgegengesetzte Weltanschauungen in folgendem liegt: Jene versuchten nach richtiger Erkenntnis der geographischen Lage der deutschen Nation im Herzen Europas, zwischen Slawen und Romanen, nach richtiger Erkenntnis auch der geschichtlichen Entwicklung der Nation und ihrer noch keineswegs zu Ende geführten historischen und kulturellen Mission gegen den Osten die Politik der gesamtdeutschen Nation als eines friedlichen und doch machtvollen Kulturfaktors in Europa auf föderativer Grundlage, als defensiven Staatenbunds. Die Kleindeutschen dagegen, von einigen unklaren Mitläufern, mögen sie noch so gute Denker und Gelehrte gewesen sein, abgesehen, die übrigens bei beiden Weltanschauungsgruppen festzustellen sind, verfolgten mehr preußische als deutsche Ziele, nämlich wenn es auch nur der engste Kern der Nation sei, diesen unter preußischer Hegemonie zur Macht, zur Weltmacht emporzuführen. Heute können wir urteilen. Gesiegt in ihren Zielen

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp. Seite 20.

haben für ein halbes Jahrhundert die Kleindeutschen. Recht behielten jedoch die Großdeutschen, die, wie Wilhelm von Humboldt Ende 1813 schon, die Meinung vertraten, Deutschland müsse sich damit begnügen, ein bloßer Staatenverein zu sein, wie es in den Bundesakten von 1815 gedacht war, ein defensiver Bund, aber kein geschlossener Nationalstaat. Treffend kennzeichnet der Protestant Hermann Orges im Jahre 1860 den Gegensatz¹⁾: „Wir (die Großdeutschen) wollen uns Österreich erobern. Sie (die Kleindeutschen) wollen Deutschland groß machen unter Preußens Führung. Zur Weltmacht wird es auf diesem Wege nie; denn nur eine Weltmission ist für uns offen, das ist die der Kultivierung und Assimilierung der unteren Donauländer und dadurch Wiedererhebung des Orients. Wir brauchen die maritime Entwicklung, aber eine Weltmission nach Westen zu besteht für uns nicht. Oder welche wäre sie?“ „Sie, die Kleindeutschen, rechnen mit Kräften, die sind, mit den Zuständen, die vorliegen; ich rechne mit denen, die werden, auf die Zukunft spekuliere ich Für Ihre Ziele ist eigentlich Deutschland zu groß, Sie, der Kleindeutsche, wollen einen Teil davon abgeben; für mich, den Großdeutschen, ist das Ziel zu groß, aber unsere Kräfte wachsen, und so werden wir mählich zur Erreichung geschickt. Eins können Sie jedenfalls nicht leugnen: Ihre Ziele finden nicht bloß im Ausland, sondern auch im Inland heftigen Widerstand. Nie wird Süddeutschland sich Preußen unterordnen. Ich verfolge nur Ziele, denen sich alle Parteien unterordnen können, bei denen jeder wenigstens einige Befriedigung findet . . . Ich stehe auf gesichertem Boden. Ihre Taktik beginnt mit der Zerstörung eines Teiles der Kräfte, die da sind. Um zu bauen, müssen Sie erst abtragen, was ist. Ich will das Ganze überwölben; sind die Umfassungsmauern da, das Dach zugedeckt, dann wollen wir im Innern schon Rat schaffen . . .“ Und grundsätzlich spricht er ebenda aus: „Erobert uns Preußen, so werden wir preußisch statt deutsch. Erobern wir das Donaureich, so muß es deutsch werden.“ Ein halbes Jahrhundert war Kleindeutschland unter Preußens Führung Weltmacht; heute sehen wir es zertrümmert und leider mit ihm die gesamtdeutsche Nation.

Aus dem Zusammenbruch, aus dem kleindeutschen Experiment von bald 60 Jahren erhebt sich allein zu idealer Höhe das Symbol der Großdeutschen, der Doppelaar, das Zeichen der Zukunft, das Zeichen eines mächtigen, blühenden Mitteleuropa der deutschen Nation, ähnlich dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Mögen

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Seite 177.

noch so viele, noch so kapitalkräftige preußisch-deutsche oder klein-deutsche Filialen einer untergegangenen Epoche sich in Süddeutschland und Österreich aufzutun, es wird nichts helfen. Und damit komme ich auf die bekannte Verfälschung des großdeutschen Gedankens bezw. auf den Mißbrauch der Bezeichnung „großdeutsch“, wie sie von jenen preußischen Kreisen in Süddeutschland zur Täuschung der Öffentlichkeit unter Verdrehung der eigentlichen großdeutschen Ziele getrieben wird. Es sind jene sogenannten „völkischen“ Kreise, jene völkische „Bewegung, die sich aus stockpreußisch-junkerlichen und militaristischen Führern zusammensetzen samt den unvermeidbaren Mitläufern. Um zur Klarstellung Namen zu nennen: in Preußen die „Deutsche Zeitung“, der „Völkische Rechtsblock“, alle Rechtsrevolutionäre wie auch Graf Reventlow, der im Sommer 1923 mit dem Gedanken der national-kommunistischen Bewegung spielte; in Bayern jene „patentvölkischen“ Kreise um Ludendorff und Hitler mit ihren Organisationen und ihrer Presse. Ludendorff, der Politiker, behauptet großdeutsch eingestellt zu sein und die klare großdeutsche Lösung zu vertreten. Und da gerade um Ludendorff sich die klein- oder preußisch-deutschen völkischen Kreise gruppieren und Ludendorff ein Programm darstellt, möchte auch ich meinen Teil beitragen, die vom Meister und seinen Gefolgsleuten mit spezifisch preußischem Raffinement um sich verbreiteten Nebelschwaden, treffender gesagt Giftgase, zu zerstören. Mehr als einmal erklärte er sein Großdeutschtum. Aus was besteht dasselbe? Sehr einfach, aus dem „Anschluß“ Deutsch-Österreichs an Klein-Deutschland! Ein Deutscher möchte fragen, was geschieht mit den übrigen 6 Millionen Deutschen in der heutigen Tschecho-Slowakei, Ungarn, Rumänien, Jugo-Slawien? Er möchte auch weiter forschen, wie und in welcher Form sich diese Herren den „Anschluß“ vorstellen. Er bekommt bei beiden Fragen die Antwort, „die Angelegenheit ist nicht spruchreif“. Darum hätten akademische Erörterungen darüber keinen Sinn. Wer läßt sich mit solchen Ausreden abspeisen? Warum weicht man der Besprechung zeitgemäßer Fragen aus? Sollte es gar Bismarcks Grund von 1866 sein, der, wie wir vorher hörten, sagte: „Deutsch-Österreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen, eine Stärkung des preußischen Staates durch Erwerbung von Provinzen wie Österreichisch-Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen. Eine Verschmelzung des deutschen Österreichs mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein.“ Und warum ist eine Stärkung des preußischen Staates durch Schlesien, Böhmen und

Österreich damals wie heute eine Unmöglichkeit? Weil diese Länder katholisch sind! Und das Haus Hohenzollern, Preußen und Ludendorff sind protestantisch. Ist es da nicht anerkennenswert selbstlos vom „Großdeutschen“ und „Föderalisten“ (zwar bismarckischer Prägung) Ludendorff die Anschlußbewegung Österreichs an Deutschland gefördert zu sehen und damit auch eine Verstärkung des Katholizismus? Denn General Ludendorff steht ja „ohne Einschränkung“ auf der föderalistischen programmatischen Erklärung des Kampfbundes in Nürnberg vom September 1923! Wie komme ich nun dazu, vom Preußen oder Kleindeutschen Ludendorff zu sprechen, wie kann ich wagen zu behaupten, daß alle diese föderalistischen und großdeutschen Erklärungen eine vergiftende Mächenschaft, eine irreführende Bemäntelung rein großpreußisch-partikularistischer Bestrebungen sind, die die wahren Ziele dieser ehrlichen Deutschen, den großpreußischen Einheitsstaat von zentralistischer Form, verhüllen sollen? Es steht fest, daß zum Thema Bayern und Reich der Politiker Ludendorff erklärte: Er erwarte für ein zukünftiges Deutschland nur etwas, wenn es nicht einen Föderativ-Charakter habe, d. h. in mehrere gleichgroße Stücke zer schlagen würde, sondern nur, wenn in ihm eine Vormacht eine straffe Leitung über sämtliche Glieder und Teile in der Hand habe. Diese Vormachtstellung könne für ihn bei aller Anerkennung der jetzigen Verhältnisse in Bayern, und der Leistungen der Regierung von Kahr nur bei Preußen-Norddeutschland liegen. Wenn Norddeutschland wieder gesund sei, dann würde diese Vormachtstellung seiner festen Überzeugung nach ohne weiteres wieder nach Norddeutschland zurückfallen, die auszuüben es dank der Zusammensetzung von Land und Leuten stets in erhöhterem Maße fähig gewesen sei als der Süden. Deshalb müßten wir, wenn wir in unserer nationalen Arbeit ein starkes Deutschland als Ziel hätten, auch immer für ein starkes Preußen eintreten.“

Das großdeutsche Problem, ist keineswegs ein einfaches Anschlußproblem! Wenn auch Ludendorff, was diese reine Frage des Anschlusses betrifft, großdeutsch wäre, was aber, wie wir gesehen haben, gar nicht der Fall ist — er ist großpreußisch, — ist er wirklich so wenig Realpolitiker, zu glauben, daß Österreich mit der alten Kaiserstadt Wien, dieses Kernland der Habsburger Monarchie, mit einer solchen Tradition, Geschichte und Mission, sich Berlin ein- und unterordnen würde, was ja schon Bismarck verneinte? Und je zentralistischer Klein-Deutschland regiert wird, sei es von preußischen Sozialisten, sei es von preußischen Junkern oder von preußischen polit-

sierenden Generälen, die alle nur eine Machttendenz haben, desto mehr darf die Hoffnung dieser Kreise auf einen Anschluß in ihrem Sinne verschwinden. Und das ist gut so! Ein solcher Anschluß würde, wie schon betont, einen völligen Verzicht bedeuten einmal auf die übrigen 6 Millionen Deutschstämmigen in den Nachfolgestaaten und weiterhin diese in allen revolutionären Staatsgebilden der ehemaligen Monarchie der Willkür des Panславismus aussetzen, somit den deutschen kulturellen Einfluß in diesen Gebieten, die eigentliche Mission des Süddeutschtums, besonders Bayerns auf ein Minimum herabdrücken. Mit dieser kulturellen Schädigung ginge Hand in Hand der völlige Verzicht auf Handel und Wirtschaft entlang dem deutschen Donaustrom, da neben der schon bestehenden, von Berlin aus rein egoistischen Gründen bewirkten hochgradigen Verhinderung des Verkehrs nach diesem Südosten der Chauvinismus des Panславentums auch das Seine zur endgültigen Drosselung des noch bestehenden Deutschtums mitwirken würde. Daß sich Bayern, daß sich Oesterreich für diesen oktroyierten Anschlußgedanken keineswegs erwärmen kann, ist das erstaunlich? Dazu kommt, daß Süddeutschland keinen Geschmack finden kann an der preußischen und Berliner Diktatur. Doch wird dieses Thema eine besondere Würdigung im nächsten Kapitel finden. Was für Anschlußmöglichkeiten bestehen denn sonst? Da möchte ich vor allem eine grundsätzliche Unterscheidung machen, die mehr bedeutet als ein bloßes Wortspiel. Lassen wir den „Völkischen“ den „Anschluß“-Gedanken. Denn diese Bestrebungen gehen ja, wie wir von Ludendorff hörten, doch auf einen „eher engeren“ Anschluß aus. Wir Großdeutsche jedoch, die wir eine wahrhaft föderative deutsche Nation wünschen, wollen von einem Zusammenschluß reden. Denn die deutschen Staaten sind souverän. Und ein Zusammenschluß Oesterreichs mit den übrigen Staaten der deutschen Nation müßte, daran wird wohl niemand zweifeln, aus freiem Willen und nicht auf preußisches Kommando hin, erfolgen!

Drei Arten der Neugestaltung der deutschen Nation hinsichtlich des Zusammenschlusses der Deutschen östlich des Böhmerwaldes und des Inns bestehen. Am wenigsten im Sinne des historischen Großdeutschlands dürfte der föderative Eintritt des heutigen Oesterreichs als selbständiger souveräner Bundesstaat mit seiner Hauptstadt Wien gelegen sein. Denn ein solcher bedeutet eben Verzicht auf den kulturellen Einfluß des Deutschtums in den übrigen Nachfolgestaaten und größte Schwächung der Stellung der Deutschen in ihnen. Wenn

jedoch, was ich nur rein theoretisch erörtern kann, da mir die praktischen Grundlagen zur Feststellung der wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Möglich- und Nützlichkeiten fehlen, ein solcher Zusammenschluß österreichischerseits gewünscht würde, dann wäre geradezu Vorbedingung, daß Bayern seine volle Staatlichkeit zurückeroberte und damit die Weimarer Verfassung in weitgehendstem föderalistischen Sinne revidiert werde. Denn Österreich wird sich wohl mit Recht zuerst die innere Verfassung und den dort herrschenden Geist des deutschen Staatenhauses genau ansehen, bevor es sich entschließt, als Mitglied in dasselbe einzutreten. Wie es damit bestellt, wo und wie Abhilfe nötig, soll im 3. Kapitel gewürdigt werden.

Und nun die zweite Lösungsart. Sie besteht in dem Gedanken, daß alle Nachfolgestaaten der Habsburger Monarchie sich zwangsläufig aus staatlichen und wirtschaftlichen Gründen zu einer Art Zollverein werden zusammenschließen wollen und müssen. Dann besteht die Möglichkeit, daß dieser Zollverein sich zu einem Staatenbund weiterentwickeln könnte, was zwecks Stabilisierung der dem Balkan ähnlichen unruhigen Flächen des heutigen Mitteleuropas nur zu begrüßen wäre. Abgesehen von der zunehmenden Anzahl Vertreter dieser Idee in den einzelnen Nachfolgestaaten, besonders aber in Wien, glaubt auch Nitti, der ehemalige italienische Ministerpräsident in seinem Werke „Der Niedergang Europas“ (1922) diese Lösung empfehlen zu müssen. Da seine Ausführungen als Wiederaufbauprogramm Europas programmatischen Charakter tragen und mehr oder weniger in ihnen die Gründe aller Vorkämpfer dieser Richtung in den Nachfolgestaaten dargelegt werden, sei ein diesbezüglicher Hauptteil hier angeführt (S. 227):

„Österreich-Ungarn war ein großes Reich mit noch größerer Ausdehnung als Deutschland und beinahe 54 Millionen Menschen. Die dort sich vorfindenden Rohstoffe wurden dank einem leistungsfähigen Industrieorganismus für einen großen Absatzmarkt verarbeitet. Die großen Fabriken in Wien, Budapest, Prag usw. arbeiteten für das ganze Reich. Triest war der Hafen Deutsch-Österreichs und Böhmens, Fiume der Ungarns und Jugo-Slawiens. Statt dessen haben wir nun sieben Nachfolgestaaten, Kleinstaaten, deren gegenseitiges Mißtrauen ihrer jugendlichen Unerfahrenheit gleichkommt. Die kleinen Länder errichten Zollgrenzen und suchen nationale Industrien zu schaffen, indem sie mit Papiergeld künstliche und daher nicht lebensfähige Gebilde unterstützen. Während dessen sind die Industrien von Wien, Budapest, Prag usw. ohne Absatzgebiet, die Häfen von

Triest und Fiume haben kein Hinterland mehr.“ Und Seite 302: „Ist erst der Knebel der Reparationen und der Besatzungsheere verschwunden, wird sich unvermeidlich das Bedürfnis nach größeren wirtschaftlichen Einheitlichkeiten fühlbar machen. Ich habe bereits die Idee in Vorschlag gebracht, sämtliche Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, d. h. Italien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und Jugo-Slawien in einem einzigen Zollgebiet zusammenzufassen, also einen weiten Zollverein von etwa 120 Millionen Menschen zu schaffen. Wir haben schon bemerkt, inwiefern die Lähmung der Großindustrie und des Großhandels eine fortwährende Zerstörung von Reichtum gewesen ist. Im ganzen weiten Gebiet des alten Kaiserreiches herrscht das Chaos: Große Industrien gelähmt, vergebliches Bemühen neuer Industrien im Schatten des Schutzzolles sich zu halten, hinsiechender Handel und Verkehr und verödete Häfen, deren mächtige Anlagen nur noch Erinnerungen an vergangene Tage sind. Eine so systematische Zerstörung von Reichtum kann nur durch weitgehende Zollverträge beendet werden, und Zollverträge sind nur möglich im Gefolge einer neuen Richtung der allgemeinen Politik.“ Diese Lösungsart käme dem mit Österreich-Ungarn nur völkerrechtlich verbundenen kleindeutschen Reiche Bismarcks vom Jahre 1897 gleich. Auch ihm würde wie der verstümmelten deutschen Nation Bismarcks das starke Band, das allein den Deutschen der Donaumonarchie und dem dortigen deutschen Einfluß das nötige Rückgrat gibt, mangeln. Trotzdem würde es der zuerst besprochenen Möglichkeit des alleinigen Zusammenschlusses Österreichs als Bundesstaat mit Kleindeutschland vorzuziehen sein, weil es deutsche Interessen in diesem geplanten Staatenbund noch besser zu schützen in der Lage wäre.

Eine dritte Möglichkeit von unserem großdeutschen Standpunkt aus ergibt sich aus dem Kapitel 2 dieser Arbeit, über die Verluste aus dem Gewaltfrieden von Nikolsburg 1866. Zu Ende dieses Abschnitts waren die bayerischen Stammes- u. Kolonisationsgebiete festgehalten. Darunter die Deutschen Süd- und Westböhmens sowie der größte Teil des heutigen Österreich. Sie alle sind sich bewußt, bayerischen Stammes zu sein. Inwieweit jedoch ihr Wille dahin geht unter Wahrung des föderalistischen Prinzips sich mit ihrem bayerischen Mutterlande in irgend einer Form wieder zusammenzuschließen, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls, bei den Bayern Süd- und Westböhmens ist dieser Wille vorhanden. Aber ich glaube auch sagen zu können, daß das heutige Österreich den Zusammenschluß mit Bayern finden würde,

wenn die wirtschaftspolitische Nützlichkeit dafür spräche. „Haltet den Dieb!“ höre ich rufen. „Das ist ja die — Donaumonarchie!“ Und wenn auch? Bei akademischen Erörterungen des großdeutschen Problems wird es wohl gestattet sein, alle in Frage kommenden Möglichkeiten zur Neugliederung gemäß Art. 18 der Weimarer Verfassung ins Auge zu fassen. Sie haben alle nichts mit Separation zu tun, wie es der „Großdeutsche“ Ludendorff gern hinstellen möchte. Denn kein souveräner Staat der deutschen Nation denkt daran sich freiwillig mit Hilfe der Panlawisten oder etwa Frankreichs aus der deutschen Völkergemeinschaft zu separieren. Ein Vorzug dieser großdeutschen Lösungsart wäre der mächtige Zusammenschluß gleichstämmiger und gleichgearteter Völker mit Wien als Hochburg der großdeutschen geschichtlichen Mission nach Osten und Südosten, entlang dem Donaustrom. Der föderalistische Aufbau einer solchen Donaumonarchie könnte auch andere Staaten wie z. B. das süddeutschlandsfreundliche Ungarn, das föderalistische Kroatien veranlassen in diesen Staatenbund einzutreten. Diese Entwicklung geschähe zum größten Nutzen aller Deutschen in den Nachfolgestaaten. Wer die Feinde dieser Lösung sind, wird sich ja vielleicht gelegentlich der hiermit theoretisch begonnenen Erörterung auch dieser Möglichkeit zeigen. Dann erst soll auf diese Frage näher eingegangen werden. Aber auch hier wiederum ist festzustellen, daß nur ein souveräner Bayernstaat die Grundlage abgeben kann für eine föderative Donaumonarchie in der Völkergemeinschaft deutscher Nation!

Und zum Schluß dieses Kapitels ist es von größter Wichtigkeit nochmals festzuhalten: Bayerns Pflicht ist es, für die Zukunft der Gestaltung der deutschen Nation zu wirken, nicht allein negativ, in Niederkämpfung der Gegner des großdeutschen und föderalistischen Zieles, vielmehr schaffend und gestaltend, aber auch wiederum nicht nur theoretisch, sondern praktisch, zielbewußt und energisch. Einem großen und zugleich großdeutschen, im Kampf mit Bismarcks kleindeutscher Richtung gestählten Bayernführer, Edmund Jörg, will ich das Schlußwort zu diesem Kapitel geben. Früher klangen seine Worte prophetisch, heute sind sie Wahrheit geworden¹⁾: „Was wäre Bayern unter dem kleindeutschen Parlament und Oberhaupt? Der schwerste Stein des Anstoßes, welcher zerrieben werden müßte um jeden Preis. Was wäre es im großdeutschen Reich? Eine Hauptjähule des kaiserlichen Thrones. Bayern war dereinst als Reichsstand ein Faktor der europäischen Politik von großem Gewicht, es befaß

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“, von Prof. Rapp, Seite 198, 199.

eine politische Geschichte und hat oft tief eingegriffen zum Heil oder Unheil der germanischen Welt . . . Jetzt ist Bayern vergessen im Rat der Völker, weil es der nackten Existenz sich wehrend, nirgends mehr aktiv ist; aber Europa würde Bayern wieder beachten müssen, wenn es im neuen Reich als Repräsentant Süddeutschlands das Zünglein an der Wage hielte, und als wichtiger Faktor der deutschen Gesamtpolitik einen indirekten Einfluß in Europa ausübte, von dem ihm direkt keine Spur mehr übrig geblieben ist.“

Spezifisches Preußentum

„Unsere Gegner behaupten, es sei die Vorherrschaft Preußens und des preußischen Militarismus im Reiche und Bismarck habe Deutschland zur preußischen Provinz und zu einer disziplinierten Kaserne gemacht. Sie können sich auf manche Urteile und Klagen berufen, die in den letzten Jahrzehnten in unserem eigenen Lande laut geworden sind . . . Deutschland besiegen, so bildeten sie sich ein, hieße Deutschland befreien von der preußischen Zwangsgewalt.“ Mit diesen Sätzen gibt der Preuße Friedrich Meinecke selbst in „Preußen-Deutschland“ S. 512 zu, daß sowohl im Auslande, als auch in Deutschland selber bis zum heutigen Tage vielfach die Meinung vorherrscht, die Hegemonie Preußens sei an jenem Hasse schuld, der sich seit 1866 und 1870 auf das Preußen-Kleindeutschland aus dem ganzen Auslande her immer stärker konzentrierte. Mit dem letzten Satze gibt er aber auch weiter zu, daß wirklich eines der Haupt-Motive des Weltkrieges von gegnerischer Seite der Glaube und der Wille war, die deutsche Nation sowohl wie die Welt vom „spezifischen Preußentum“ zu befreien. So soll hier einmal diese Seite des spezifischen Preußentums, das Eingeständnis ihrer Eigentümlichkeit selbst von preußischer Seite, sowie ihre Beurteilung im In- und Ausland behandelt werden. Wer mir deshalb Einseitigkeit vorwerfen sollte, den erlaube ich mir auf jene treffliche Eigenschaft dieses „spezifischen Preußentums“ für sich vorzüglich Propaganda treiben zu können, hinzuweisen. Dies geschieht besonders in unserer Gegenwart in Bayern durch Friedericus Rex-Filme, durch Friedericus-Rex-Zeitungen, durch Friedericus Rex-Märtsche, durch Friedericus Rex Bücher und solche Reden, von allen anderen preußischen Reklamemitteln aus der Münchener Preußen-Kolonie abgesehen. Sie rühmen sich schon selbst genug, wir wollen sie bei Licht betrachten!

Ein Treitschke redete ehrlich, als er nach der Entscheidung von 1866 für sich und seine Freunde folgendes Bekenntnis zu seinem Deutschtum ablegt¹⁾: „Jahrzehntelang haben wir Männer der preußischen Partei uns müde geschrieben, um zu zeigen, daß Preußen allein die sittlichen Kräfte besitze, Deutschland neu zu ordnen; der Beweis dafür ward erst auf den Schlachtfeldern Böhmens erbracht.“ „Ich weiß, daß ich all meinen Freunden aus der Seele rede, wenn ich einfach gestehe, daß ich nie im Leben eine so demütige, so andächtige Dankbarkeit empfunden habe für das Glück, ein Deutscher zu sein, als in jenem Sommer, da endlich, endlich die Welt lernen mußte, was dieses Preußen ist.“ Diese „sittlichen Kräfte“, Deutschland auf kleindeutscher Grundlage neu zu ordnen bestanden im Kriegsglück bei Königgrätz! Wohl konnten Preußen so andächtige Dankbarkeit empfinden, aber was empfanden die übrigen Deutschen? Und noch ein Drittes! Er hatte in der Tat recht, die Welt lernte endlich, was dieses Preußen ist.

Sollte es nur ein Zufall sein, sollte nicht vielmehr sich die prinzipielle Auffassung des Auslandes darin widerspiegeln, daß der 8. Punkt in Wilsons 14 Punkten lautet: „Alles französische Gebiet sollte befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt, das Unrecht aber, das Frankreich von Preußen im Jahre 1871 in Elsaß-Lothringen zugefügt wurde, und fast ein halbes Jahrhundert den Weltfrieden gestört hat, sollte wieder gut gemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder gesichert wird.“ Es ist hier auffällig von Preußen und nicht von Deutschland die Rede. Eine Schwalbe und gerade Wilson macht freilich noch keinen Sommer, wird man entgegenen. Einverstanden. Gewiß kein bayerischer Partikularist Hugo Graf Lerchenfeld, Ministerpräsident a. D., bespricht seine Eindrücke aus seiner Amerikareise 1923 und die Voreingenommenheit der angelsächsischen Welt gegen Deutschland in den „Politischen Zeitfragen“ 5. Jahrgang, S. 107, 108: „Bernhardi, Treitschke, Nietzsche wurden immer wieder hervorgezogen. Von dem Bernhardischen Buche sind viele tausende von Abdrücken im Auslande abgesetzt worden, viel mehr als im Inland. Die ausschließlich technisch gemeinten Clausenwitschen Theorien wurden als Beweis für den deutschen Angriffsgeist verwertet. Welchen Einfluß diese Quellen etwa auf die deutsche Sinnesrichtung selbst ausübten, wurde nicht gefragt. (Da erlaube ich mir zu unterbrechen und zu fragen, ob diese Theorien nicht jedenfalls das ganze Heer und dazu mindestens die preußischen Konservativen erfüllt haben?

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Seite 247.

D. V.) Tatsachen wie die Gegenwirkung in den stets wachsenden aber auch in manchen bürgerlichen Kreisen des deutschen Volkes gegen alles National-Imperialistische wurden verschwiegen. (Diese Gegenwirkung besonders von bürgerlicher Seite blieb auch in der Tat praktisch so minderwertig, daß sie dem herrschenden Treitschke = Nießsche = Geist keinen Abbruch tun konnte. D. V.) Man kam zu einer besonderen deutschen Staatsauffassung, zu etwas, was man „Prussianisme“ oder „Junkerianisme“ nannte und was in einer Vergottung der nationalen Staatsidee gipfelte, in einer Staatsauffassung, die das Individuum völlig in seiner Pflicht für den Staat aufgehen ließ“ „Auf jeden Fall taten solche noch so oberflächlichen Darstellungen ihren Dienst, um im neuen Deutschland der preußischen Hegemonie und der hohenzollernschen Dynastie etwas zwischen einer völlig uneuropäischen, autokratischen Einrichtung und einer verderblichen Maschine hinzustellen, woraus der zivilisierten Welt und der westlichen Demokratie nur Verderben erwachsen könne. Das alles wäre wohl schließlich ohne besondere Wirkung für die öffentliche Meinung der angelsächsischen Länder geblieben, wenn nicht die deutsche Entwicklung augenfälligere Beweise einer unerwünschten Expansion geliefert hätte. Dazu kommen auch diplomatische Fehler und bedenkliche Kundgebungen des wilhelmschen Zeitalters, ferner gegenüber den Vereinigten Staaten Vorkommnisse während des Spanisch-amerikanischen Krieges, die noch dazu den armen Spaniern nicht das geringste halfen.“ Soweit Graf Lerchenfeld. Wie er, spürte ein jeder Süd- und Westdeutscher, der im Auslande war oder mit Ausländern in näherem Verkehr stand, die betonte Höhererschätzung, die ihm von dieser Seite zum Unterschiede von den Preußen zuteil wurde. Ihm gegenüber erscheint es dem Ausländer als eine Pflicht, diesen Standpunkt zu betonen. Ich erinnere mich selbst aus meiner Kindheit, als ich oft in meinen Schulferien ins Ausland kam, nach Frankreich, Schweiz, Italien, und der ich schon damals meiner bayerischen Nationalität bewußt, mich gerne als Bayer bezeichnete, diese Unterscheidung erfahren zu haben, die mich auf mein Bayerntum stolz machte. Deutlicher aber und häufiger begegnete ich dieser Erfahrung während des Weltkrieges, oft ohne sie veranlaßt zu haben, auf meinen immer kurzen Aufenthalten in den verschiedensten Staaten und Städten. Um nur einige solcher, von denen ich die markantesten selberlebten Episoden zu berichten wüßte, zu nennen: Warschau, Budapest, Bukarest, Straßburg und Brüssel, dazu zahllose Franzosen- und

Belgierquartiere! Von den Erlebnissen mit österreichischen und ungarischen Truppen ganz abgesehen. Da konnte man sehen und erleben, welche Weltgeltung ein außerpreußisches Deutschum, das einzig wahre christliche Deutschum, genießen könnte! Aber noch ein anderer, selbst erlebter Beweis aus der Nachkriegszeit. Ein prominenter Schwede, Mitglied der Schwedischen Völkerbund-Delegation, Angehöriger der führenden politischen und wirtschaftlichen Kreise Schwedens, gab einem Deutschen seine Tochter zur Frau — nur weil dieser Süddeutscher war. In einem Brief vom Mai 1921 schreibt er: „Was die Polen betrifft, so haben sie nicht sehr große Sympathien bei den Franzosen, aber diese behaupten, daß ein starkes Polen nötig ist gegen Preußen!“ Schon wieder das „ominöse Preußen“! Sollte auch diese Unterscheidung ein Zufall sein? Nein, sie geschieht bewußt und soll das Deutschland bezeichnen, dem man im Ausland, auch im neutralen, aus Erfahrung kein Vertrauen entgegenbringt, das man vielmehr scheel ansieht. Und wieder muß ich auf Wilson zurückkommen, diesmal auf seine Antwortnote vom 28. Oktbr. 1918. Darin spricht er als von einer wesentlichen Forderung, Deutschland müsse sich ergeben, wenn es nicht auf seine militärischen Beherrscher und monarchischen Autokraten verzichte, andernfalls könne man verhandeln. Dies richtete sich so deutlich gegen den Kaiser und das preußisch autokratische System, daß niemand darüber im Zweifel bleiben konnte. Da ist es auch interessant festzustellen, daß Staatsrat Gottfried von Böhm in seinem bemerkenswerten Werke „Ludwig II., König von Bayern“ folgende wichtige Feststellung macht, S. 254: „Der Staatsrechtslehrer Bluntschli schlug im Mai 1868 dem Fürsten Hohenlohe vor, er möge für Bayern eine Ehrenstellung ähnlich der des früheren Reichsvikariats erstreben. Schade, daß auf diesen Gedanken im Jahre 1870/71 nicht zurückgegriffen wurde! — Wäre in der Reichsverfassung eine solche Institution vorgesehen gewesen, sie hätte im Jahre 1918 vielleicht nicht nur die um Kultur und Ordnung so hoch verdienten Monarchien von Bayern und Preußen gerettet, sondern auch Deutschland vor dem Zusammenbruch bewahren können. Denn dann hätte König Ludwig III. von Bayern sich ohne Treubruch kraft einer Verfassungsbestimmung im Benehmen mit Kaiser Wilhelm, kurz bevor das Unvermeidliche eintrat, an die Spitze des Reiches als dessen Vertreter stellen können und die Entente, die um keinen Preis mehr mit den Hohenzollern unterhandeln konnte, hätte Ludwig III. und Deutschland die gemäßigten Friedensbedingungen gestellt, wie sie ihm durch mich in einem Zeitpunkt sagen ließ, in dem die Note Wilsons vom 23. Oktober 1918

noch nicht die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen nahegelegt hatte.“ Aus preußischen Machtinteressen war ein solcher Vorschlag 1870 von Bismarck zurückgewiesen worden! 1918 gab auch hierauf die Antwort.

Ein Deutscher, den das preußische Hegemonialsystem aus seiner preußischen Heimat vertrieb, Professor Dr. H. Rösler, der Verfasser des japanischen Handelsgesetzbuches, der in japanischen Diensten regen schöpferischen Anteil an der japanischen Verfassung nahm, schrieb im Jahre 1893 in einer Schrift „Die deutsche Nation und das Preußentum“ über das Ansehen Preußen-Deutschlands im Auslande S. 66–67: „Hat etwa das Deutschtum durch den Sieg des Preußentums an Ansehen, an Ehre, an Sympathie bei den Völkern gewonnen? Das Gegenteil ist der Fall. Überall wird das Deutschtum zurückgewiesen, besonders bei den Nachbarvölkern, die an unseren weiten Grenzen um uns herum liegen. Der Kampf gegen deutschen Einfluß, gegen deutsches Wesen ist niemals erbitterter gewesen als in unseren Tagen. Sie wehren sich gegen das Preußentum, das sie mit dem Deutschtum verwechseln; wo irgend man im Ausland sich dem Deutschtum zu nähern versucht, man weicht sofort zurück, sobald man das Preußentum dahinter erkennt.“ Daß gerade Rösler als Auslandsdeutscher aus Erfahrung diese Feststellung machte, spricht für sich. Und wie richtig er die innere Unwahrheit dieses preußisch-deutschen Reiches schon 1893 beurteilte, sollen folgende Ausführungen aus demselben Werke S. 24 und 25 bekräftigen, die uns heute wie prophetische Worte anmuten: „Daß in der Gegenwart das deutsche Volk unter der Herrschaft des Preußentums sein staatliches Dasein weiterführt, kann uns hieran nicht irre machen. Denn das ist kein deutsches Nationalleben, wie es Gott nach seinem Weltplan für die Deutschen bestimmt hat. Fichte sagte in seinen Reden an die deutsche Nation: „Geht ihr ferner so hin in eurer Dumpsheit und Achtlosigkeit, so erwarten euch zunächst alle Uebel der Knechtschaft; Entbehrungen, Demütigungen, der Hohn und Übermut des Überwinders. Ihr werdet solange umhergestoßen werden in allen Winkeln, bis ihr durch Aufopferung eurer Nationalität und Sprache euch irgend ein untergeordnetes Plätzchen erkaufte und bis auf diese Weise allmählich euer Volk auslöscht.“ „Das würde aber ganz gewiß eintreten, wenn bei dem nächsten Zusammenstoß die Franzosen Sieger blieben; dies aber ist sehr leicht möglich, denn nur das Deutschtum, nicht das Preußentum kann Begeisterung erwecken und ohne Begeisterung ist die Hoffnung auf Sieg gering. Dann würden die Deutschen aber-

mals den ganzen Hohn und Übermut des Siegers zu erdulden haben, die preußische Reichsschöpfung würde zusammenbrechen und das deutsche Volk würde selbst diesen Schein einer nationalen Organisation verlieren. Es ist aber zu einem gewissen Grade jetzt schon (1893 d. V.) eingetreten für einen großen Teil der Deutschen, die im Dienste unter der Botmäßigkeit des Preußentums in dessen Machtbereich eine untergeordnete Stellung angewiesen erhalten haben als Preußen 1. und 2. Klasse, sowie für die Deutschen Österreichs, das, wenn keine Wendung eintritt, sich in einen slawischen Staat umzuwandeln droht, in welchem die Deutschen nach allen jetzigen Anzeichen ihre deutsche Existenz schwer zu behaupten imstande sein werden. Daß also die Deutschen sich noch irgend einer staatlichen Existenz erfreuen, ist kein Beweis dafür, daß sie nicht als Nation untergegangen sind.“

Interessant ist auch seine allgemeine Stellungnahme zur „Nation prussienne“ wie sie auf S. 37, 38 festgestellt ist und hier folgt: „Mit kurzen Worten kann man sagen: Das Preußentum ist ein politisches System, das die Untertanen des Königs von Preußen zu einer Nation zu machen strebt. Friedrich der Große wollte eine „Nation prussienne“ schaffen, und für den heutigen preußischen Geschichtschreiber ist der neue preußische Reichsbund das „Deutsche Reich preußischer Nation“. Diesem Streben dient das deutsche Volk lediglich als Material; die preußische Nation kann nicht bestehen, wenn die deutsche Nation in ihrer göttlich bestimmten Staatsform, im Deutschen Reiche, besteht. Daher der tiefe innere Gegensatz zwischen dem Preußentum und der deutschen Nation, der sich durch den das deutsche Nationalgefühl nicht unmittelbar berührenden Gegensatz zwischen Preußen und Österreich verhüllt. Friedrich der Große sagte, daß er berufen sei, die deutschen „Libertäten“ gegen den Despotismus Österreichs zu verteidigen; Bismarck sagte, daß Österreich seinen Schwerpunkt nach Osten verlegen, also eine undeutsche Macht werden solle und aus Deutschland hinaus müsse. Eine preußische Nation innerhalb der deutschen Nation ist offenbar ein Unding; soll die preußische Nation entstehen, so muß die deutsche Nation untergehen. Entnationalisierung, Entchristlichung des deutschen Volkes ist daher der Grundzug der Politik des Preußentums, und für diese Zwecke nimmt es auch nach Bedürfnis Stellung gegen das preußische Königtum.“ Damit weist Dr. Rösler auf die vielfach ablehnende Stellung des eigentlichen Preußentums gegen König Friedrich Wilhelm IV., die wir früher schon streiften. Den Grund zu dieser Haltung gibt uns

Meinecke in seinem „Weltbürgertum und Nationalstaat“ S. 320: „Ein Nationalstaat in diesem Sinne war das Preußen, das Friedrich Wilhelm IV. und seine romantischen Freunde im Auge hatten, nicht, denn sie hielten nicht, wie Bismarck, seinen staatlichen Egoismus für die einzige gesunde Grundlage seiner Politik. Sie banden es auch in seiner äußeren Politik an oberste sittliche Gebote und engten damit die Ziele seiner Macht, seine Bewegungsfreiheit und selbst schon seine Bündnismöglichkeiten ein.“ Meinecke hat selbst einmal (S. 189) die Gegensätze herausgehoben: „Hier der christlich-germanische Rechtsstaat — dort der preußische Macht- und Kriegsstaat.“ König Friedrich Wilhelm IV. gehörte jenem an und das paßte dem spezifischen Preußentum nicht, das oberste sittliche Gebote und damit ein eventuelles Einengen der Machtziele nicht brauchen konnte. Ein Freund dieses Königs, Joseph von Radowiz, drückt den Unterschied dieser Richtung zur heidnisch-römischen preußischen Staatsidee folgendermaßen aus: ¹⁾ „Nach dieser handelten Richelieu, Friedrich der Große und Napoleon: der Staat ist das absolut Höchste, und wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Friedrich Wilhelm aber wies es von sich, den Teufel durch der Teufel Obersten auszutreiben.“ — Auch Bismarck hielt sich, wie Meinecke zugibt und wir im Laufe der Gesamtausführungen sahen, nicht an oberste sittliche Gebote gebunden. Macht geht vor Recht! Auch das war begründet in seinem spezifischen Preußentum; denn mehr Preuße als Deutscher war und blieb er bis zuletzt. Und jedenfalls bis nach 1866 war er „ein stolzer und ehrgeiziger Preuße, der in den fünfziger Jahren noch verächtlich von dem rändigen Hermelin des deutschen Patriotismus sprach — und doch war er mit seinem schroffen und egoistischen Preußentum im Grunde genommen selbst damals schon ein mindestens ebenso guter Deutscher wie mancher derer, die in ihm damals einen verlorenen Sohn des deutschen Vaterlandes sahen.“ So urteilt Meinecke, ²⁾ der es möglich findet, spezifisch preußisch und gut deutsch im Bismarck der fünfziger Jahre zu verbinden! Bismarcks eigene Worte lauteten damals anders: ³⁾ „Wir sollten nicht unsere preußische und egoistische Politik mit dem rändigen Hermelin des deutschen Patriotismus aufpußen.“ Und wir hörten bei Sybel, daß Bismarck 1866 noch dem General Govone gelegentlich seines „etwas Landesverrat treiben um des guten Zweckes willen“ dies

¹⁾ „Preußen und Deutschland“ von Meinecke, Seite 245.

²⁾ „Preußen und Deutschland“ von Meinecke, Seite 178, 179.

³⁾ daselbst, S. 293.

begründete „da ich viel mehr Preuße als Deutscher bin“. Es hat ja wohl keinen Sinn darüber mit einem preußisch-deutschen Historiker zu rechten, ob der Biograph des „Stockpreußen Bismarck“, wie ihn Meinecke selbst einmal¹⁾ nennt, Unrecht hat, wenn er feststellt:²⁾ „Für ihn war Ausland alles, was jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle lag.“ Wenn Meinecke selbst schreibt: „Als ihm ein preußischer Standesgenosse damals auf seine stürmisch reaktionären Ergüsse entgegenhielt, es sei doch in dem „Nationalen Gedanken“ eine anzuerkennende Wahrheit, wies Bismarck ihn spöttisch ab: „Also sind Sie auch von dem deutschen Hunde gebissen worden?““³⁾ — Denn was war der Zweck dieser neuen Geschichtsauffassung? Meinecke gibt uns in seinem „Weltbürgertum und Nationalstaat“ S. 461/62 die Antwort: „Ihr Wesen war es, die preußisch autonome Machtpolitik der vergangenen Jahrhunderte zu idealisieren, sie sich in höherem Grade beherrscht vorzustellen durch deutschnationale Ideen, als sie es wirklich war!“

Das ist jenepreußisch-deutsche Geschichtsklitterung, die die deutsche Nation heute erkennen muß, ehe es zum letzten Mal zu spät ist und sie von diesen preußischen Giften befangen in einen neuen Abgrund taumelt. Wenn auch einen bloßen Faden in diesem Rettungsseil unsere Arbeit darstellen soll, wir sind noch weit von diesem Ziele entfernt, so lange noch der Geist des „spezifischen Preußentums“ in Deutschland herrscht. Denn das „moderne“ spezifische Preußentum ist besonders in jenem Punkte mit dem alten identisch, wo es sich darum handelt, „keine obersten sittlichen Gebote zu kennen.“ Der Zweck heiligt die Mittel! Dieser Standpunkt wurde beim Einmarsch in Belgien dem Volke so sehr eingepflanzt, daß ja z. B. Graf Lerchenfeld, wie wir in seinen Amerikaerlebnissen (Seite 110) hören, es nicht verstehen will, daß der Einmarsch nach Belgien im Auslande als Verletzung des internationalen Rechts aufgefaßt wurde, ohne Rücksicht darauf, daß zwischen Belgien, Frankreich und England bindende Abmachungen für den Kriegsfall bestanden und Belgien damit in der Tat aus seiner ursprünglichen Neutralität gegenüber den Vertragsstaaten getreten war. Wir sahen bereits früher, welch unkonsequenter Royalist Bismarck war, indem er zwar dem eigenen Fürsten „treu bis in die Vendée“, aber „gleichgültig gegen das Gottesgnadentum anderer Potentaten war.“⁴⁾ Ja, er brachte es, wie wir sahen, fertig, mit der Revolution zu konspirieren.

¹⁾ „Preußen und Deutschland“ von Meinecke, S. 312.

²⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“ von Meinecke, Seite 311.

³⁾ daselbst, Seite 312.

⁴⁾ „Preußen und Deutschland“ von Meinecke, Seite 315.

Konstantin Frantz in „Deutschland und der Föderalismus“ (Seite 162) macht über diese preußisch-heidnische Richtung, die sich preußisch-konservativ nennt, folgende treffende Ausführungen: „Gott gibt die Herrschaft, wem er will und nun gefiel es ihm im Jahre 1866, einige deutsche Fürstenhäuser zu Gunsten des hohenzollernschen Hauses ihrer Länder zu entsetzen. Die Annexionen haben damit die göttliche Sanktion für sich, was kann man mehr verlangen? Ja, in solcher Weise hat damals im preußischen Herrenhause ein hochkonservatives Mitglied desselben wirklich argumentiert. Noch mehr, so tief war der Mann in die Geheimnisse der göttlichen Vorsehung eingeweiht, daß er zugleich zu sagen wußte, warum es dem lieben Gott also gefallen, nämlich um durch die Annexionen die besondere Frömmigkeit der preußischen Regenten zu belohnen! Es steht in den stenographischen Berichten zu lesen und bildet einen gewiß sehr merkwürdigen Beitrag zur Geschichte des preußischen Konservatismus.“ Dieses spezifische Preußentum haben wir aber auch in unserer Zeit zur Vorbereitung des Zusammenbruchs Kleindeutschlands und Mitteleuropas und bei der Revolutionierung Rußlands kennen gelernt. Wie Bismarck sich nicht scheute mit einem Revolutionär wie Kossuth in Ungarn und Garibaldi in Italien zusammenzuarbeiten, so erlebten wir es auch im Weltkrieg, wo preußische Genialität — man hört Ludendorff als den Vater dieses Gedankens oder doch Hauptmitwisser nennen? — auf den glänzenden Einfall kam, die Moral der kaiserlich-russischen Armee mit bolschewistischer Propaganda zu infizieren und damit zu unterminieren. Zu diesem Zweck ließ man Lenin durch Deutschland nach Rußland fahren und somit wurde dieses echte „spezifische Preußentum“ Mitgründer der russischen Sowjet-Republik. Es brauchte aber kein Mahner, wie wir nach 1870 einen Liebknecht sahen, den jetzigen preußisch Konservativen hier zuzurufen: Wer von der Revolution auch nur nippt oder sie irgendwie fördert, der stirbt daran! Zwei Jahre darauf war das Symbol des Preußentumes, das Haus Hohenzollern, von dieser durch seine ersten Diener wiederholt unterstützten Revolution weggesegelt.

Ein weiterer Beweis, wie wenig wählerisch das spezifische Preußentum und hier wiederum Bismarck in seinen Mitteln war, wie großzügig diese Moral war, soweit man von einer solchen überhaupt nur sprechen kann, dafür drang ein bis in die letzten Jahre geheimgehaltener Fall in die Öffentlichkeit, der aber nicht nur auf die Methoden Bismarcks, sondern auch speziell auf die Art der

Reichsgründung 1870 ein eigentümliches Licht wirft. Meine Quellen sind das Werk Gottfried von Böhms „Ludwig II., König von Bayern“ und zwei Artikel der „Augsburger Postzeitung“ vom 27. Juli 1923, Nr. 170 und 171. „Wie Preußen in Bayern Geschichte machte“ von Wolfgang Aschenbrenner. Der ganze Fall ist so typisch zur Charakterisierung des Spezifischen Preußentums und so wichtig zur Würdigung der Haltung Bayerns bei der Grundsteinlegung preußischer Hegemonie in Kleindeutschland, daß er in seinen Grundzügen hier festgehalten und dadurch einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden verdient: „Was war der Welfenfonds? Durch den Krieg von 1866, nach welchem von dem legitimistischen Preußen einige deutsche Throne umgestürzt wurden, verlor das Welfenhaus seinen hannoverschen Thron. Als Abfindung für verlorene Werte aus Grundbesitz und Gütern wurde dem früheren König Georg von Hannover eine einmalige Summe von 16 Millionen Talern vertragsmäßig zugesichert. Ausbezahlt wurde die Summe nicht; durch Verordnung vom 2. März 1868 wurde sie als eigener Fonds gestaltet und dieser wurde wegen der angeblichen Agitation des Königs Georg von Hannover gegen Preußen beschlagnahmt. Die Zinsen des Fonds sollten, so erklärte Fürst Bismarck im preußischen Abgeordnetenhaus, verwendet werden zur Bekämpfung der Umtriebe des Königs Georg, zur Verfolgung der „Reptilien“ bis in ihre Schlupfwinkel. Daher wurde dieser Welfenfonds allgemein Reptilienfonds genannt. In Wirklichkeit war er ein unkontrollierter Dispositionsfonds zu Händen des Fürsten Bismarck, der die Zinsen zu Unterstützungen von Personen und Zeitungen verwandte, welche seine Politik vertraten.“ Es war also eine Art Bestechungsfonds, über dessen Stipendiaten die Öffentlichkeit außerordentlich scharf urteilte. Aufgehoben wurde dieser Fonds unter Kaiser Wilhelm II. unter dem 12. März 1892. Bekannt wurde 1891, daß auch der Schwiegervater des Staatssekretärs von Bötticher, welcher Großkaufmann in Stettin war, 400 000.— Mk. aus dem Welfenfonds erhalten hatte, um ihn vor dem drohenden Konkurs zu bewahren. Veranlaßt wurde diese Enthüllung durch den Fürsten Bismarck, der sich damit an Bötticher, dem Bismarck die Mitschuld an seinem Sturze zuschrieb, rächen wollte. Dem Zentrumsführer Dr. Windthorst war zuerst die Enthüllung zur Benützung bekannt gegeben worden, der sie durch einen hervorragenden bayerischen Abgeordneten dem Staatssekretär von Bötticher mitteilen ließ, um ihn auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Das ist der erste Anstoß zur Be-

seitigung des Welfenfonds gewesen. Entscheidend ist dann geworden, daß Ende des Jahres 1891 ruchbar wurde, es würden Welfenfondsquittungen in Zürich im Druck erscheinen. Die Ausgabe ist nicht erfolgt, weil die Auflage aufgekauft wurde, um die damals schon so vergiftete Atmosphäre vor weiterer Belastung zu bewahren. Der Welfenfonds soll seinem Eigentümer zugeführt und dieses Blatt unrühmlicher preußischer Geschichte für diesen Fall beseitigt worden sein.

Bei der Beschäftigung mit dieser Frage ist man darauf gekommen, daß auch die Kabinettskasse des Königs Ludwig II. jahrelang eine Dotation aus dem Welfenfonds empfangen hat. Diesen Vorgang zu klären, den Tatbestand festzustellen und ins rechte Licht zu setzen, ist der Zweck dieser Darstellung. Der Ausgangspunkt ist zu nehmen von der Publikation des Herrn v. Böhm. Er schreibt in seinem Werk (S. 277): „Später kursierten Gerüchte über eine größere Dotation, die Ludwig II. statt der Gebietserweiterung als Teil der Rückzahlung der Kriegskontributionen von 1866 erhalten habe. Sie tauchen im Juli 1892 wieder auf und wurden mit der Beurlaubung des schwer erkrankten Oberstallmeisters in Zusammenhang gebracht. Caprivi, dem neuen Reichskanzler, sei bei Revision eines gewissen Fonds ein Betrag von 300 000 Mk. aufgestoßen, der in rätselhafter Weise jahrelang nach München floß, ohne daß man näher wußte für wen und für was. Caprivi habe den bayerischen Gesandten darüber einvernommen, der gleichfalls nichts von der Sache wußte und nach München gereist sei, um den Minister des Äußeren um Aufschlüsse anzufragen, der sie anfangs aber auch nicht hätte geben können. Man habe gesucht und geforscht und endlich entdeckt, daß der Bezug mit den Vorgängen des Jahres 1870 zusammenhing. Kein Hofsekretär sei in die Sache eingeweiht gewesen; Holnstein habe alljährlich den Betrag gegen eine Provision von 30 000 Mark in Berlin abgeholt.“

Der Breslauer Univ.-Professor Max Koch, ein Bayer, erklärt hierzu im „Literarischen Zentralblatt“ (1922 Nr. 47, S. 907/10), er habe von gut unterrichteter preußischer Seite die Versicherung erhalten, daß die bis zu Bismarcks Sturz alljährlich nach München gezahlten 300 000 Mk. das Bestechungsgeld für Graf Holnstein waren, und zwar Bestechungsgelder für Holnsteins hinter dem Rücken der vom König selbst instruierten bayerischen Minister geleisteten Dienste in der Kaiserfrage. Oberstallmeister Graf Holnstein, von dem in den hier angeführten Publikationen die Rede ist, hat bekanntlich den Kaiserbrief des Königs Ludwig II., worin dieser im Namen der deutschen

Bundesfürsten den König Wilhelm ersuchte, die Kaiserwürde anzunehmen, veranlaßt und nach Versailles gebracht. Über diese Aktion ist im Tagebuch des Kaisers Friedrich zu lesen: „28. und 30. November 1870: Holnstein ist plötzlich abgereist! . . . Ein Konzept Bismarcks für den Brief des Königs Ludwig wegen der Kaiserwürde an Se. Majestät (den König Wilhelm von Preußen) ist nach München gegangen; der Großherzog Friedrich von Baden sagt mir, man habe in München nicht die richtige Fassung zu finden vermocht und sich dieselbe von hier erbeten, der König von Bayern hat den Brief wahrhaftig abgeschrieben und Holnstein bringt ihn! 3. Dezember: Holnstein ist angekommen, Prinz Luitpold von Bayern muß das Schreiben auf besonderen Befehl des Königs überreichen.“¹⁾ Im Lichte dieser Darstellung und des Widerscheins des Welfenfonds verliert die damalige Tat des Königs Ludwig vollständig den Nimbus, der um sie preußischerseits gewoben worden ist. Auszuscheiden hat auch die Angabe, daß die Überleitung von Summen des Welfenfonds an den Grafen Holnstein mit dem Kaiserbrief in Zusammenhang stehe, da die Auszahlungen mehrere Jahre vorher begonnen hatten.

Der bayerische Politiker, welcher oben in Zusammenhang mit der Bötticher-Affaire genannt wurde, hatte genaue Kenntnis von der Zuwendung der Welfenfondsgelder nach Bayern. Nach seiner Mitteilung erhielt die Kabinettskasse des Königs Ludwig II. jährlich 300 000 Mk. aus dem Welfenfonds durch Vermittlung des Grafen Holnstein, der davon 10 Prozent für sich behielt, also jährlich 30 000 Mark. Die Zahlungen begannen alsbald nach dem Krieg, sozusagen „mit dem letzten Kanonenschuß“, wie jener bayerische Politiker sich ausdrückte; sie haben etwa 1867 eingesetzt und wurden mit dem Tode des Königs Ludwig II. eingestellt. Damit in Bayern so regiert werde, wie es Preußens Politik erforderte, wurden Gelder aus dem Welfenfonds hinter die weiß-blauen Grenzpfähle geschickt. Es ist ein tragisches Geschick, daß der nicht normale König Ludwig II., der eine so hohe Meinung von seiner Stellung als Herrscher hatte, in dieser Weise in die Tiefen des Lebens geführt wurde. Daß er Kenntnis davon hatte, was da um ihn vorging, ist ausgeschlossen. Niemals würde König Ludwig II. gesunden Sinnes Welfenfondsdotationen für die Kabinettskasse geduldet haben, wenn sie ihm bekannt geworden wären und er das Bewußtsein für die Bedeutung dieser Zuwendungen gehabt hätte.

¹⁾ Deutsche Rundschau, 15. Jahrgang, Heft 1. Oktober 1888.

Ernst Moritz Arndt sprach es einst¹⁾ aus, es fröstle ihn vor der Nützlichkeit der Staatsmaschinerie Friedrichs II. Der nichts weniger als preußenfeindliche Abgeordnete Dachsenberger stellte zum Abschluß der Nationalversammlung 1848 „Preußens Hinterhältigkeit“ fest.²⁾ Hatten sie nicht recht? Selbst ein Max von Gagern sprach 1849 vom „überspannten brandenburgischen Königtum, das einst unser altes Deutsches Reich zugrunde gerichtet hat“. Das sind alles Werturteile der verschiedensten Männer und Richtungen über das Preußentum. Sie charakterisieren aber auch damit das Preußen-Deutschland seit 1866, über welches ja dieses spezifische Preußentum sich die Vorherrschaft angemacht hat. Friedrich Meinecke, der einmal in seinem „Weltbürgertum und Nationalstaat“ (S. 368) von Dahlmann als dem „Vorkämpfer unseres Gedankens“ spricht, bekennt sich damit offen zum entschieden kleindeutschen Gedanken, dessen Verfechter Dahlmann war. Und sogar dieser preußisch-deutsche Meinecke ist es, der S. 24 von „Preußen-Deutschland“ der Wahrheit gemäß feststellt: „Die Entscheidung über die Zukunft des deutschen Staatslebens (nach 1813 d. V.) aber lag bei Preußen, dem einzigen seinem Kerne nach rein deutschen Machtstaat im Reich.“ Gleich im darauffolgenden Satz behauptet er: „Nicht freilich um einen deutschen Staat zu schaffen, sondern um einen Machtstaat zu schaffen, hatten Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große gelebt.“ Hier wird unterschieden zwischen deutschem Staat und Machtstaat, oben von Preußen als einem rein deutschen Machtstaat gesprochen. Des Rätsels Lösung liegt, scheint mir, darin, daß Pfizer recht hat, wenn er 1832 einmal³⁾ vom „undeutschen Preußentum“ redet; Preußen war seit Friedrich dem Großen und Bismarck kein deutscher, aber ein Machtstaat und damit, daß es die Hegemonie über Kleindeutschland erkämpfte, wurde dieses Kleindeutschland gezwungen, der deutschen Tradition treulos zu werden. Um noch vorhandene Gegner der Auffassung, daß Preußen ein reiner Machtstaat und dieses seine spezielle Eigenart ist, einer Erwiderung zu entheben, verweise ich noch besonders auf zwei weitere Stellen in Meineckes „Preußen-Deutschland“ (Seite 174 und 175), in der er als „eigentlichen Nerv des preußischen Staates seinen militär-politischen Machtgedanken“ bezeichnet. Gleich darauf schildert er, daß das Werk des alten preußischen Beamtentums, der Zollverein, von 1834, als wirtschaftliche Einigung

¹⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“ von Meinecke, Seite 94.

²⁾ „Bayern und Deutschland“ von M. Doeberl, Bd. I, Seite 138.

³⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“ von Meinecke, Seite 345.

„die künftige politische Einigung Deutschlands unter Preußen vorbereitete“. Anschließend stellt er die Frage: „Wo aber blieb der hegemonische Drang, die moderne Fortführung friedericianischer Machtpolitik auf den übrigen Gebieten?“ Sollte damit nicht auch ein Meineckes persönlichen Wünschen entsprechender Vorwurf wegen der damals nicht sofort anschließenden Weiterführung des „hegemonischen Dranges“ ausgedrückt sein? Ergänzt wird er einige Zeilen später: „So stand Preußen in dieser ganzen Zeit in der Gefahr, unpreußisch und unfriedericianisch zu werden, durch den Rückfall in feudalistische Institutionen einerseits, durch die Unterordnung unter Österreich andererseits.“ Daß dieser „hegemonische Drang“ des spezifisch preußisch friedericianischen Geistes auch in unserer Zeit Vertreter findet, sehen wir an Meinecke. Daß es aber heutigen Tages Preußen, noch preußischer als Friedrich II. also Überpreußen gibt, das würde mir sicher bestritten werden. Und doch sagt Arthur Dix im schon angezogenen Werke (S. 586): „Und Friedrich der Große? Er hat das östliche Tiefland-Deutschtum staatlich zusammengefaßt und zu machtvoller Stellung geführt. Aber er hat nicht nur die Scheidewand gegenüber dem bei Habsburg verbliebenen Deutschtum höher aufgerichtet, sondern durch seine von den früheren Zeiten abweichende Toleranz in Glaubenssachen auch die Sorge dafür unterlassen, daß die unter seiner Regierung dem polnischen Staate entnommenen Landgebiete in ähnlicher Weise verdeutscht wurden wie jene angrenzenden und ursprünglich durchaus stammverwandten Teile Hinterpommerns, die noch zu einer Zeit an Preußen fielen, als der Grundsatz „cuius regio, ejus religio“ Wirksamkeit besaß.“ Dazu wäre sein Ideal eine deutsche Nationalkirche! Und soviel Kenntnis besitzt Dix von unserer katholischen Kirche und ihren Einrichtungen, daß er sich zu dem Satz versteigt: „Von den Anhängern Roms hat Polen eine ganz ausgeprägt nationalisierte Form des katholischen Glaubens geschaffen (Maria regina Poloniae)!“ Diese Weisheit ist mir als guter Bayer eine besonders herzliche Genugtuung, da ich sie ergänzen will mit der Herrn Dix wohl unbekannten Tatsache, daß das Königreich Bayern auf Veranlassung unseres hochseligen Königs Ludwig III. vom Heiligen Stuhl Maria, der Gottesmutter als „Patrona Bavariae“ geweiht wurde. Sicherlich wird es Herrn Dix nunmehr auffallen, daß die doch so ganz verschiedenen „Nationalkirchen“ Polens und Bayerns dieselbe Patronin besitzen und es dürfte zu erwarten sein, daß die tiefgründige Wissenschaft des Herrn Dix in Fragen der „nationalisierten Formen des katholischen

Glaubens“ den Heiligen Stuhl veranlassen wird, diesen unhaltbaren Zustand zu korrigieren!

Also auch heute gibt es noch Vertreter dieses spezifischen Preußentums und sie beherrschen leider in den mittleren und höheren Schulen, in der Literatur, in der Presse und in den sogenannten intellektuellen Kreisen fast völlig die Lage. Wenn auch unter ihnen wohl mancher, wie wir gleich sehen werden, objektiv Einkehr hält und sich die Frage vorlegt: Warum ist das heutige Deutsche Reich im In- und Ausland verachtet und verhaßt?, so bedeutet das uns nicht preußifizierten Deutschen gar nichts. Vielmehr ist und bleibt es unsere deutsche Pflicht, unermüdlich auf die prinzipielle Abkehr der deutschen Nation vom preußischen Kleindeutschland hinzuwirken. Die Erkenntnis des kleindeutschen Friedrich Meinecke allein und fromme Wünsche nützen nichts. Über die „deutsche Freiheit“ schreibt er (S. 546/47): „Also sprechen wir uns ganz offen über unser Junkertum aus. Es hat unserer Heereskraft unvergeßliche Dienste geleistet, es hat uns einen Bismarck geschenkt. Aber es hat uns durch seinen harten Egoismus und seine rücksichtslose Herrschaft auch schwere, schwere Not bereitet. Jede agitatorische Heße gegen das Junkertum möchte ich vermeiden, immer mir, wie ich es in meiner wissenschaftlichen Arbeit versucht habe, ein offenes Auge bewahrend für das Gesunde, Kräftige selbst Große an ihm. Aber es muß heraus, was Unzähligen auf der Seele liegt: Wir wollen in Preußen nicht mehr von Junkern und Korpsstudenten regiert sein — auch nicht von solchen Setze ich hinzu, die sich ihnen innerlich angeglichen haben und deren Zahl leider größer ist, als die Zahl der geborenen Junker.“ Dieses Bekenntnis ist ja sicherlich bemerkenswert und leider besonders was die viel größere Zahl der Angeglichenen anlangt. Wenn nun Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutscher“ sagt:¹⁾ der Sitz des eigentlichen deutschen Lebens sei „nicht in Preußen, weil daselbst kein deutsches Leben, sondern die hohle Lebensfrage eines aufgeblasenen Preußentums zu Hause ist“ so gilt dieses Urteil im verstärkten Maße für unsere Tage. Heute reißen wir ihm die fälschende Larve des Machterfolges vom Gesicht und wir entdecken dahinter den betrügerischen Bankrott an der deutschen Nation. Wir stehen vor der Lösung der Frage: Wie schaffen wir der gesamtdeutschen Nation die deutsche Freiheit wieder von der Umgarnung durch das Preußentum? Wie bauen wir das deutsche Staatenhaus neu als wahren deutschen Bundesstaat auf christlicher Grundlage?

¹⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Seite 25.

Föderalismus- Unitarismus

„Imperialismus war der Krieg, Föderalismus war der Friede“. Diese grundsätzliche Unterscheidung machte Dr. Johannes Lepsius, ein Mitherausgeber der deutschen Vorkriegsakten im Novemberheft 1922 der „Süddeutschen Monatshefte“. Sie charakterisiert treffend nicht nur, wie der Verfasser meint, die völkerrechtlichen Verbindungen oder Bündnisysteme, die lediglich im Föderalismus den Frieden gewährleisten. Vielmehr hat dieser Ausspruch in weit höherem Maße Bedeutung bei Anwendung auf die deutsche Nation vor und nach 1866. Wir sahen es, wie das „Deutsche Reich“ seit jener Zeit stetig mehr dem Imperialismus verfiel und damit dem Kriege. Dieser Chauvinismus ist nicht minder schädlich für die deutsche Nation als ein gewisser Pazifismus, wie wir Deutsche ihn heute in manchen Führern verkörpert sehen. Freilich mag es in Zeiten der Not, der Revolution und des Hungers schwer fallen den goldenen Mittelweg einzuhalten und nicht in eines der beiden Extreme zu fallen und doch hatte der alte deutsche Idealismus nie etwas mit Nationalismus oder Pazifismus zu tun. Auch sie sind erst eine Errungenschaft Preußen-Deutschlands. Die Mittelstraße jedoch, die der Kern des deutschen Volkes geht, ist der Friede, der nicht nur durch außenpolitische Völkerverträge sondern mit größerer Sicherheit durch die Verträge der deutschen Staaten untereinander auf föderalistischer Grundlage gewährleistet wird. Wir würden hier nur die Grundsätze eines Konstantin Franz wiederholen, wollten wir ausführen, daß gerade aus diesen Gründen des gesunden Friedensgedankens, der wohl eine Wehrmacht zur Verteidigung der engeren Heimat wie der gesamtdeutschen Nation kennt und kennen muß, die Forderungen des Christentums mit jener des Föderalismus zusammen fallen. Denn der Föderalismus ist jenes staatsrechtliche Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit für den selbständigen Einzelstaat, in der Zusammenfassung mehrerer Stammesverwandter zu einem Bundesstaat oder auch Staatenbund. Hier soll das Problem an Hand des innerpolitischen Aufbaues unserer deutschen Nation besprochen werden. Einheitsstaat, Bundesstaat und Staatenbund sind von Grund aus verschieden. Geht man vom Grundbegriff der Souveränität aus, denn um diesen vor allem dreht sich das ganze Problem, so wird man finden,

daß das Recht der Souveränität des Staates auf der Ursprünglichkeit seines eigenen Willens fußt und daß seine Entstehung in einer eigenen Rechtsordnung zutage tritt.

So zeigt sich die Souveränität des ältesten bayerischen Stammesherzogtums in der *lex Baiuvariorum*. Die moderne Staatsrechtstheorie hat hier allerdings in verhängnisvolle Irrtümer sich verstrickt. Laband z. B., dessen bundesstaatliche Theorie einem Einheitsstaat ziemlich nahekommt — er fordert Unterordnung der Gliedstaaten unter die Zentralgewalt und spricht ihnen ihre Souveränität ab, — muß einmal¹⁾ sogar zugestehen: „Ganz in derselben Weise können die obrigkeitlichen Hoheitsrechte der Einzelstaaten allerdings nicht ausgeübt werden und überhaupt nicht fortbestehen, soweit das Reich ihre Ausübung oder Fortexistenz nicht ferner duldet; aber dessenungeachtet wurzeln diese Rechte der Einzelstaaten nicht im Willen des Reiches und sind nicht aus der Machtfülle des Reiches abgeleitet, sondern sie haben ihren positiven Grund in der historischen Tatsache, daß die Einzelstaaten älter sind als das Reich, daß sie souveräne Gemeinwesen waren, bevor das Reich gegründet worden ist.“ Vom dogmatischen Standpunkt aus ist eine solche Theorie wie sie im ersten Satz vertreten wird unhaltbar, denn sie würde bedingen, daß die ehemals souveränen Staaten auf Befehl des Reiches auch Harakiri zu machen hätten. Dem würde sich selbstredend der eigene Wille des Einzelstaates widersetzen und so müßten die größten Verfassungskonflikte entstehen, wie wir sie seit Jahren im Deutschen Reich von Weimar erleben. Und doch hat Laband in seiner Bundesstaatstheorie, die bedenklich und überwiegend dem Willen der Zentralgewalt den Vorrang zugedacht, insofern recht, als das Deutsche Reich Bismarcks seit seinem Entstehen in logischer Folgerichtigkeit seiner Gründung diese zentralistische Tendenz verfolgt.

Das ist es auch gerade, was allgemein teils verkannt, teils verhüllt wird und was uns wahre Föderalisten scharf trennt von jenem bismarckischen Föderalismus, wie er nach außen hin in der Verfassung von 1871 zur Geltung kam, aber nichts mit dem wahren christlichen und deutschen geschichtlichen Föderalismus zu tun hat. An einigen Beispielen wird das klar werden. Der hervorragendste damalige Theoretiker des wahren Föderalismus, Konstantin Frank, urteilte über das neugegründete Deutsche Reich von

¹⁾ Zitiert nach Nawiasky, „Der Bundesstaat als Rechtsbegriff“, Seite 79.

1870¹⁾: „Selbst das heutige neue Reich konnte das (bündische Prinzip, d.V.) nicht ganz verleugnen. Inhaltlich seiner Verfassungsurkunde will es selbst wieder ein „Bund“ sein, der aber das „Reich“ heißen soll, indessen die Glieder des Reiches noch immer Bundesstaaten genannt werden und ihre Vertretung in einem „Bundesrat“ finden, welcher der ehemaligen Bundesverwaltung nachgebildet ist. Wie wenig dieses neue Reich dem Wesen eines Bundes entspricht, bleibe hier außer Frage, genug, daß es ein solcher sein will. Es wird sich nicht beklagen dürfen, wenn man es beim Worte hält. Daraus aber folgt dann nichts geringeres, als — weil es wirklich nicht ist, was es sein will und zu sein vorgibt — daß nun eben die Begründung einer wahren föderativen Verfassung als die eigentlich zu lösende Aufgabe gelten muß.“

Vor dieser Aufgabe stehen wir auch heute noch und gerade heute, weil die damalige Entwicklung nach der Theorie Labands von der Allmacht der Zentralgewalt ins zentralistische Fahrwasser gelenkt wurde. Da wird mich einer fragen, beweist der Briefwechsel zwischen Bismarck und König Ludwig II. von Bayern nicht gerade, daß es Bismarck allein darum zu tun war, den Föderalismus, wie ihn die Versailler Verfassung noch zuließ, zugunsten der Bundesstaaten bezw. der Verkörperung ihrer Souveränität, der Dynastien, zu erhalten? Aus dem genannten Briefwechsel sei aus Band I der „Gedanken und Erinnerungen“ (S. 413) eine Stelle aus einem Briefe Bismarcks an König Ludwig II. zitiert vom Jahre 1877: „Es war dies eins der Mittel, durch welche die Mehrheit im Reichstage die Einführung jener Institution zu erkämpfen sucht, welche sie unter der Bezeichnung „verantwortlicher Reichsminister“ versteht, und gegen die ich mich jederzeit abwehrend verhalte, nicht um der alleinige Minister zu bleiben, sondern um die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates und seiner hohen Vollmachtgeber zu wahren. Nur auf Kosten der letzteren könnten die erstrebten Reichsministerien geschäftlich dotiert werden, und damit würde ein Weg in der Richtung der Zentralisierung eingeschlagen, in der wir das Heil der deutschen Zukunft, wie ich glaube, vergebens suchen würden.“ Und weiter bezeichnet er als die politische Aufgabe seiner außerpreußischen Kollegen im Bundesrate ihn im Kampfe gegen die Einführung solcher Reichsministerien offen zu unterstützen. In seiner Antwort nimmt (S. 415) König Ludwig II. „mit wahrhafter Beruhigung das Wort entgegen, daß das Heil der deutschen Zukunft nicht in der Zentralisierung zu

¹⁾ „Deutschland und der Föderalismus“, Seite 43.

suchen ist, welche mit der Schaffung solcher Ministerien eintreten würde.“ Doch auch hier wiederum sehen wir, wie Bismarck nur für seine eigenen politischen Zwecke den Kampf der Bundesratsmitglieder gegen die ihm unbequemen Reichsministerien durch Betonung des föderalistischen Prinzips betreibt. „Echt bismarckisch auch durch die Verbindung von List und Liberalität in der Gabe, die er den Fürsten bot“, wie Meinecke einmal¹⁾ urteilt. Verstärkt wird die Auffassung, daß der bismarckische Föderalismus kein christlicher war, durch den Hinweis, daß ja auch gerade von diesem Föderalisten der Gedanke ausging die von den Bundesstaaten geschaffenen und ihnen gehörigen Eisenbahnen in das Eigentum des Reiches zu überführen, womit er ja selbst hätte ein Reichseisenbahnministerium schaffen müssen. Wäre also die Ausübung der Souveränität der Bundesstaaten hier nicht vielleicht auch die zentralisierende Richtung gewesen, die er für das Heil der deutschen Zukunft nicht empfehlen zu können glaubte? Hierbei interessant und nur nebenbei erwähnenswert ist, daß im September des Jahres 1900 auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Mainz Bebel sich für Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich aussprach, angeblich um eine Verpreußung zu verhüten! Im Gegensatz dazu meinte der bayerische Sozialdemokrat Vollmar mit Recht, eine solche Zentralisation würde die „reichspreußische“ Gewalt stärken. Ein neuer Beweis dafür, daß keineswegs, wie die Sozialdemokratie gerne behauptet, die Dynastien allein die tiefere Ursache des sogenannten „deutschen Partikularismus“ bilden.

Doch nach dieser Abweichung zurück zum „bismarckischen Föderalismus.“ Wir erkennen heute, abgesehen von der Zweifel erregenden Stellungnahme Bismarcks, die Tatsache, daß der Kampf gegen die Zentralisation des Verkehrswesens unter der Flagge des bismarckischen Föderalismus geführt mit der Gründung eines Reichsverkehrsministeriums neben allen anderen dazwischen hinzugekommenen Ministerien endete. Kennzeichnend ist auch die Verstimmung Bismarcks 1877, als der Bundesrat entgegen seinem Willen mit 30 gegen 28 Stimmen als Sitz des Reichsgerichtes nicht die Zentrale Berlin, sondern Leipzig bestimmte. Wer nach diesen wenigen aber charakteristischen Tatsachen noch nicht den zentralistischen Embryo im bismarckischen Föderalismus anerkennen will, der sollte wenigstens einem Friedrich Meinecke Gehör schenken. Und dieser gewiß preußisch-deutsche Historiker schreibt: ²⁾ „Was verschlägt es nun, daß die wahre Initiative im Reich

¹⁾ Meinecke, „Weltbürgertum und Nationalstaat“, Seite 514.

²⁾ „Preußen und Deutschland“ von Meinecke, Seite 515.

nicht vom Bundesrate, sondern von der in den Reichsämbtern verkörperten Reichsleitung geübt wird!“ Sollten diese Reichsämbter nicht jene Zentralisierung bedeuten, die Bismarck selbst als nicht empfehlenswert für die deutsche Zukunft bezeichnete? Sollte des weiteren diese nicht vom Bundesrate ausgehende Initiative das Ferment sein des bismarckischen Reiches? Derselbe Meinecke schreibt: ¹⁾ „Die Lösung, die Bismarck gab, war föderalistisch, bestand in der Institution des Bundesrates.“ Wie diese „föderalistische“ Lösung des bismarckischen Bundesstaates zur Geltung kam gegenüber der „reichspreußischen Gewalt“, das lehrte der Weltkrieg. In jener bekannten Denkschrift des Kronprinzen Rupprecht vom Juli 1917, die an den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten, Grafen Hertling gerichtet war, ist über die Tätigkeit und Bedeutung des Bundesrates ausgeführt: „Sicher wird der Reichstag bestrebt sein, die Leitung der äußeren Politik an sich zu nehmen, meines Erachtens aber sollte der auswärtige Ausschuß des Bundesrates hiermit befaßt werden. Er müßte zu diesem Zwecke zu einer ständigen und mit Beschlußkraft ausgestatteten Körperschaft umgewandelt werden, die immer rechtzeitig und in ausreichender Weise über die Vorgänge im Auslande orientiert würde. Man kann dies jetzt umso mehr verlangen, als tatsächlich unsere äußere Politik unter der bisherigen Regierung Schiffbruch erlitt.“ Aber auch schon die Art, wie der Bundesrat zur Kriegserklärung gehört wurde, ist interessant. Dem Artikel 11 der Verfassung von 1871 wurde nicht Genüge geleistet. Er lautet: „Zu Erklärung des Kriegs im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“ In den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch“ ²⁾ ist das Protokoll der 27. Sitzung des Bundesrates vom 1. August 1914 veröffentlicht. Aus ihm ist sofort die halbe Wahrheit zu erkennen, die darin besteht, daß die Reichsleitung es nicht für der Mühe wert fand, die „hohen Vasallen“ über die ganze politische Lage zu instruieren. Es ist in dieser Darstellung der politischen Lage, wie sie der Reichskanzler vortrug, lediglich von Frankreich und Rußland die Rede, Belgien völlig ignoriert, ebenso der damals doch längst schon geplante und beschlossene Einmarsch mit seiner Auswirkung auf England und die übrige Welt. Es heißt dort: „Nachdem der Reichskanzler hierauf die Zustimmung der verbündeten Regierungen dazu erbeten und einstimmig erhalten

¹⁾ a. a. O., Seite 16.

²⁾ Bd. 3, Seite 57, Nr. 553.

hatte, daß, falls von Rußland und Frankreich genügende Erklärungen nicht abgegeben werden sollten, Seine Majestät der Kaiser diesen beiden Mächten erklären lasse, sie hätten den Kriegszustand mit dem Deutschen Reiche herbeigeführt, fügte er hinzu: „Sonach haben meine Darlegungen die allgemeine Zustimmung der hohen verbündeten Regierungen gefunden. Wenn nun die eisernen Würfel rollen, wolle Gott uns helfen.“ Das nennt sich noch eine föderalistische Institution; das nennt sich „hohe verbündete Regierungen“, die nicht einmal bei Entscheidungen über Leben und Tod der deutschen Nation, der eigenen Nation hinreichend unterrichtet werden müssen. Verständlicher wird dieser angewandte bismarckische Föderalismus, wenn wir uns die Theorie seiner Historiker vergegenwärtigen. Meinecke schreibt:¹⁾ „Er (der preußische Staat d. V.) wird nicht aufgelöst zu werden brauchen, aber der Reichsgedanke wird den Einzelstaatsgedanken mehr und mehr überwölben, die Einzelstaaten, große und kleine, würden dann faktisch doch in das Verhältnis von Reichsprovinzen heruntersinken.“ Und weiter gesteht er ganz offen:²⁾ „Die stärkere Seele (des preußischen Wesens d. V.) war doch wohl die partikularistisch-preußische. Deutschnationale Politik, sie war ja für Bismarck ursprünglich Mittel zum Zwecke eines wohlverstandenen, weitstichtigen preußischen Egoismus. Und die unitarische Entwicklung, die dann die bismarckische Reichsverfassung mehr und mehr genommen hat, beruhte in nicht geringem Grade, wie Triepel früher lehrreich auseinandergesetzt hat, eigentlich auf großpreußisch-partikularistischen Motiven.“ Aber nicht nur die Historiker geben offen diesen Charakter des bismarckischen Föderalismus zu. Auch unter den preußisch-deutschen Staatsrechtslehrern schreibt z. B. Georg Jellinek³⁾: „Da der Bundesstaat souverän ist, so gibt es für die Ausdehnung seiner Zuständigkeit gegenüber den Gliedstaaten keine Grenze: Sie kann bis zur Vernichtung ihres staatlichen Charakters gehen und der Bundesstaat sich demgemäß in einen Einheitsstaat verwandeln.“ Das sind also die rechtlichen Möglichkeiten bei einem „Bundesstaat“, wie ihn die preußisch-deutsche Schule meint, so sieht also der bismarckische „Föderalismus“ aus! In diesem Zusammenhang sei nur auf einen Kardinalpunkt in der von England anerkannten neuen irischen Verfassung von 1921 hingewiesen! Irland wird nur dann an Seite des englischen Mutterlandes einen

¹⁾ „Preußen und Deutschland“, Seite 19.

²⁾ „Weltbürgertum mit Nationalstaat“, Seite 543.

³⁾ „Allgemeine Staatslehre“, 1905, Seite 763.

Krieg mitmachen, wenn der irische Landtag dazu vorher seine Zustimmung gegeben hat. Ausgenommen ist ein plötzlicher Ueberfall von irgendeiner feindlichen Seite auf England. Das ist eine wahrhaft föderalistische Verfassungsgestaltung und sie wird als solche unummunden von allen Seiten anerkannt. Gerade in Preußen-Deutschland wäre ein solcher Hemmschuh gegen unverantwortliche machtpolitische, preußisch-junkerliche, preußisch-großfinanzielle und preußisch-radikale Einflüsse in Berlin von weit größerem Interesse als in dem Welt- und Kolonialreich Großbritannien. Dieses hat ohnedies die mannigfachsten und zartesten Rücksichten zu nehmen auf seine Dominions, Kronländer und Kolonien, vor allem aber auf die wichtigste Quelle seiner mächtigen Existenz, auf den Handel des Mutterlandes. Das Preußentum ist von diesen und ähnlichen Hemmungen frei, sein Nerv ist der Machtgedanke „mit Blut und Eisen“. Rücksicht kennt es keine und erst recht nicht gegen die „hohen Verbündeten“, wie wir heute und immer erleben. Ist es nicht noch immer jenes spezifische Preußentum und jedenfalls auch sein Geist, die auch heute noch von Berlin aus herrschen? Zu 90 Prozent ist es rein preußische Bürokratie und preußisches Militär, die die Berliner Reichsministerien bevölkern. Was hat da ausnahmsweise ein bayerischer oder süddeutscher Minister als aufgepropfter Vorstand dieser Klique zu bedeuten? Ein armseliges Nichts! Fügt er sich dem Geiste seiner Referenten, so darf er sich halten, anderenfalls geht „rein zufällig“ die Harmonie der Zusammenarbeit verloren und — sein Ministerium versagt! Meinecke¹⁾ sieht in seinem Aufsatz „Das preußisch-deutsche Problem“ im Jahre 1921 schon lauter Provinzen für die Zukunft. Waren denn die Bundesstaaten seit 1870, also schon in der Vorkriegszeit, viel mehr als Vasallen?

Wir haben den sog. „bismarckischen Föderalismus“ an mancherlei Tatsachen, Beispielen und Urteilen in seiner wahren unitarischen Tendenz kennen gelernt. Dazu kommt aber noch, daß alle seiner Entwicklung die Richtung weisenden Kräfte gleichermaßen von jenem preußisch-deutschen Machtstreben erfüllt waren, gegen die unser hochselige Bayernkönig Ludwig III. als Prinz in jener berühmten Zurechtweisung im Jahre 1896 bei den Moskauer Krönungsfeierlichkeiten sich wandte. Es war die Rede vom Prinzen Heinrich von Preußen und den in dessen Gefolgschaft erschienenen deutschen Fürstlichkeiten als Vasallen. Diesen für die ganze preußisch-deutsche Geistesrichtung charakteristischen Ausdruck stellte Prinz Ludwig mit vollstem Recht sofort

¹⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“, Seite 537.

energisch richtig: „Wir sind nicht Vasallen, sondern Verbündete des deutschen Kaisers. Als solche sind wir vor 25 Jahren dem damaligen Könige von Preußen treu zur Seite gestanden. Und sollte eine ähnliche Zeit wiederkehren, dann würde auch ganz Deutschland wieder zusammenstehen.“ Die Preußen in Deutschland taten über diese Zurechtweisung sehr entrüstet, in Bayern und bei den deutschen Sozialisten findet Ludwig III. dafür noch heute wärmste Dankbarkeit. Gerade diesen Bayernkönig betraf es, was Bebel, der große Führer der deutschen Sozialdemokratie, einst — 1906, als König Ludwig III. noch Prinz war — unter stürmischem Beifall seiner Zuhörer äußerte: „Würde der deutsche Kaiser durch Volkswahl aus den deutschen Fürsten gewählt, so hätte, glaube ich, Prinz Ludwig von Bayern alle Aussicht, deutscher Kaiser zu werden.“ Solche Worte eines sozialdemokratischen Führers sprechen für sich, sprechen mehr als Bände einer Beweisführung zu Gunsten des konstitutionellen, wahrhaft christlich und demokratisch regierenden letzten Wittelsbachers! Und sicherlich hätte der Weltkrieg auf deutscher Seite nicht mit jenem Sturz der Staatsform geendet, wenn dem schon früher besprochenen bayerischen Vorschlag 1870 stattgegeben worden wäre, sei es, daß das Bundespräsidium, bezw. die Kaiserkrone zwischen dem preußischen und bayerischen Königshaus alterniert, sei es daß zum deutschen Kaisertum eine Stellvertretung mit dem jeweiligen bayerischen Könige als Vizekaiser eingerichtet worden wäre. Wir lernten oben den von Böhm besprochenen, in der Schweiz ausgestreckten Ententesüßler kennen, der in einem Zeitpunkt übermittelt wurde, als noch keine Note Wilsons vom 23. Oktober 1918 die Abdankung des Kaisers forderte. Aber natürlich war 1871 von Bismarck das Vizepräsidium im Bunde als „unpraktischer Gedanke“¹⁾ abgelehnt worden. Denn seine Ausführung hätte ja einen Bruchteil der preußischen Hegemonie verwässert und dem Bundesstaatscharakter der deutschen Nation mehr Geltung verschafft. Und wie entrüsteten sich die Preußen-Deutschen über die mannhaften bayerischen Worte in Moskau, wie entrüsteten sie sich noch heute, wenn man auf die preußische Hegemonie und auf das Vasallentum der „Länder“ hinweist! Was aber schrieb Friedrich Meinecke selber 1896 in der „Historischen Zeitschrift“:²⁾ „Der Art, wie Bismarck den nationalen Gedanken gewissermaßen einsang (!), entspricht genau die Art, wie Roos die Idee der allgemeinen Wehrpflicht ausgenüßt hat. Er half beseitigen, was unpraktisch

¹⁾ Bd. I, Seite 403.

²⁾ „Preußen und Deutschland“, Seite 66, 67.

und ideologisch an ihr war und freute sich dann des scharfgeschliffenen Schwertes, dessen Griff nun ganz und gar in der Hand des Kriegsherrn und seiner auserlesenen Vasallen lag.“

Nun wird es zum Verständnis der Weiterentwicklung des bismarckischen Föderalismus, wie wir ihn kennen lernten, nur von Vorteil sein, uns auch den Geist dieses Kriegsherrn, nämlich Kaiser Wilhelm II., etwas anzusehen. Aus Bismarcks haßerfülltem 3. Band der „Gedanken und Erinnerungen“, ist ein interessanter Brief Kaiser Wilhelms zu entnehmen, den dieser als Prinz im Jahre 1887 Bismarck schrieb. Uns interessiert darin besonders die Stelle, an der er seinen Plan eines Erlasses an seine künftigen Kollegen darlegt, an die deutschen Reichsfürsten: „Die Fürsten sind fast alle der Generation meines Vaters angehörig und ist es menschlich gedacht ihnen nicht übel zu nehmen, wenn ihnen es zum Teil sauer ankommt, unter den neuen jungen Herrn zu treten.“ Nun könnte man versucht sein anzunehmen, das Wörtchen „unter“ sei nicht so schlimm gemeint. Darum lesen wir im selben Brief weiter: „Ersterer (sein Vater d. V.) war stets der Meinung, er habe allein zu kommandieren und die Fürsten hätten zu parieren, während ich die Ansicht vertrat, man müsse die Fürsten nicht als einen Haufen Vasallen, sondern mehr als eine Art von Kollegen ansehen, deren Wort und Wunsch man ruhig hören müsse; ob man sie erfülle, das sei was anderes. Mir wird es leicht werden per Nefte zu Onkel mit diesen Herrn, sie durch kleine Gefälligkeiten zu gewinnen und durch etwaige Höflichkeitsbesuche zu kirren! Habe ich sie erst von meinem Wesen und Art überzeugt und in die Hand mir gespielt, nun, dann parieren sie mir um so lieber. Denn pariert muß werden! . . .“ Und daß dies nicht nur plötzliche Hochmutsanwandlungen waren, werden wir noch an Tatsachen sehen, wie ja auch Bismarck in eben diesem 3. Band die spätere kaiserliche Wendung hervorhebt: „Wer mir widerstrebt, den zerismettere ich“. Noch ein Streiflicht auf Bismarcks Föderalismus wirft folgender Teil aus Bismarcks Antwortbrief an den Prinzen: „Es wird sich nicht empfehlen, dabei den „Ausbau“ und das „Einigen“ des Reiches als eine bevorstehende Arbeit, besonders zu akzentuieren; denn darunter werden die Fürsten weitere „Zentralisation“ und Minderung der ihnen nach der Verfassung gebliebenen Rechte verstehen.“ Hier verwirft Bismarck ganz deutlich nur die Form, d. h. die besondere Akzentuierung der Zentralisation, diese selbst jedoch nicht! Kurz und prägnant sagt Professor Rösler in seinem schon erwähnten Buche: „Die deutsche Nation und das Preußentum“

(S. 48): „Die Einheit, die das Preußentum immer dem deutschen Volke vorhält, ist nichts weiter als preußische Zentralisation. Die Einheit bestand unter dem Reich, aber sie wurde gelockert durch Preußen und die Kleinstaaten; die Einheit bestand unter dem Bunde, aber sie wurde zerrissen durch Preußen. Die Form der Einheit war immer vorhanden, sie wurde zweimal gebrochen durch Preußen, das zentralisieren will für die Zwecke seiner Herrschaft, das die deutschen Stämme und Länder in preußische Provinzen umwandeln will...“ „Das zentralisierte Frankreich macht den Eindruck eines geknechteten Landes, es ist nur noch Material für Paris. Das deutsche Volk unter preußischer Einheit wird denselben Weg gehen; schon jetzt ist es eben nur noch Material für Berlin, für Sanssouci.“ Wie richtig hat dieser Mann schon vor dreißig Jahren gesehen und geurteilt! Heute wird bereits in Handelsmeldungen aus Berlin von den „süddeutschen Provinzen“ gesprochen.

Wir wollen noch an einem weiteren Beispiel sehen, in welchen Händen der sogenannte Föderalismus der bismarckischen Verfassung von 1871 ruhte und ob Prinz Ludwig von Bayern nicht wiederum recht hatte, als er 1900 in einer Rede ausführte: „Es wird uns Bayern vielfach vorgeworfen, daß wir die Vorteile, die wir vom Deutschen Reiche haben, nicht genug zu würdigen wissen. Vor allem verwahrt sich Bayern vor dem Vorwurfe, daß es eine Gnade sei, daß wir zum Reiche gehören. Denn das Deutsche Reich ist ebenfogut mit bayerischem Blut zusammengeschweißt worden, wie mit dem Blute eines anderen deutschen Stammes, und insolgedessen wollen wir nicht als mindere Brüder, sondern als volle Brüder angesehen werden.“ Es geschah im Jahre 1891, daß in Lippe-Detmold der kinderlose Fürst verstarb. Nach der hemmungslosen Tradition der „Mehrungen“ des Hauses Hohenzollern setzte sofort Kaiser Wilhelm II. seinen eigenen Verwandten in die Regentschaft ein. Die nächsten Verwandten des verstorbenen Fürsten jedoch reklamierten sofort ihren Anspruch zu Gunsten des Grafen zu Lippe-Biesterfeld und der zum Schiedsrichter ernannte König von Sachsen entschied auch zu dessen Gunsten! Der kaiserliche Vetter und Regent erhielt nun bei seinem Abgang ein kaiserliches Telegramm, in dem der Kaiser die Einwohner des Fürstentums zu diesem Verlust bedauerte. Der erbberichtigte Graf zur Lippe hatte auf Grund der preußischen Militärkonvention Privilegien, auf Grund deren er von den Offizieren der Garnison für seine Töchter und Söhne den Gruß und die Anrede „Erlaucht“ beanspruchte. Da einer diesbezüglichen Verordnung nicht nachgekommen wurde, wandte

er sich in einem höflichst gehaltenen Schreiben an den Kaiser und bekam als Antwort folgendes Telegramm: „An den Regenten von Lippe in Detmold. 17. Juni 1892. Ihren Brief erhalten. Anordnungen des kommandierenden Generals geschehen mit meinem Einverständnis nach vorheriger Anfrage. Dem Regenten, was dem Regenten zukommt, weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für alle Mal verbieten haben. Wilhelm R.“ In einer Denkschrift an die Bundesfürsten teilte der Graf-Regent zur Lippe den Vorfall und die Korrespondenz diesen mit und machte auf die Folgerungen aufmerksam, die sie selbst unter Umständen zu gewärtigen hätten. Der ganze Vorfall erregte das größte Aufsehen, besonders aber, als der vom Kaiser im Ton bemängelte Brief des Regenten später bekannt wurde. Er begann: „Allerdurchlauchtigster Kaiser und König, allergnädigster Kaiser und Herr! Ew. Majestät wollen allergnädigst geruhen, mir huldvollst Gehör zu schenken und mir Ew. Majestät Schutz und Beistand gewähren zu wollen...“ In diesem doch gewiß unterwürfigen Tone ging es weiter. Es war das Schreiben eines Vasallen und das Echo lautete auch: „Wer mir widerstrebt, den zerschmettere ich“. Aber nicht nur die Peitsche sollte Kaiser Wilhelm II. zur Anwendung bringen, vielmehr auch das Zuckerbrot. 1902 waren im bayerischen Landtag im Kultusetat vom Zentrum Mittel für Kunstzwecke abgelehnt worden. Diesen inneren Konflikt im bayerischen Hause glaubte der Kaiser nutzen zu sollen — wohl nach seinem Grundsatz „den Onkel durch kleine Gefälligkeiten zu kirren“ — und stellte dem Prinzregenten die abgelehnte Summe zur Verfügung unter dem besonderen Ausdruck seiner Empörung, welches Angebot aber selbstredend dankend abgelehnt wurde. Der bayerische Abgeordnete Dr. Schädler besprach den Vorgang und stellte fest: „Ich weise die Einmischung des Präsidiums des Bundes, des Königs von Preußen, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt, zurück und ich weiß mich darin einig mit meinen Parteikollegen im Reich. Auf diesem Wege wird leicht Verdrossenheit geschaffen. Alles was uns Bayern bewegt von 1866 an, fängt aufs neue an, die bayerischen Gemüter in Wallung zu bringen. Mißtrauen wird gesät.“ Diese Beispiele und Tatsachen beweisen auch, daß ein gesundes Mißtrauen gegen die „reichspreußische Gewalt“ niemals eingeschlafen ist. Grundsätzlich stellte Dr. Schädler im Forum des Reichstages damals fest: „Nach Bismarck, nach der Verfassung, nach Staatsrechtslehrern wie Laband liegt die Souveränität im Reiche nicht beim Kaiser sondern bei der Gesamtheit der ver-

bündeten Regierungen. Der Kaiser ist der Präsident des Bundes. Zu seinen Rechten gehört nicht die Kontrolle über innerpolitische Tätigkeit eines gesetzgebenden Faktors eines deutschen Bundesstaates.“ Und doch! Theoretisch mag die Souveränität bei der Gesamtheit des Bundes gelegen sein, die Anwendung in der Praxis fiel jedoch ganz anders aus: „Wir befinden uns gegenwärtig,“ schrieb 1906 Univ.-Professor Hatschek, „in einer Entwicklungstendenz, die uns aus dem alten Föderalismus der Reichsverfassung allmählich in unitarische Bahnen hinüberlenkt.“ Und ein Meinecke wünscht offen diese Entwicklung, so besonders hinsichtlich der ausschließlichen Zugehörigkeit von Kriegsmacht und Finanzen zur reichspreußischen Gewalt! So stellte er 1915 mit Genugtuung fest¹⁾: „Die jüngsten großen Reichsfinanzgesetze, die das Jahr 1913 geschaffen hat, weisen darauf hin, daß dieser Weg nicht in föderalistischer, sondern in unitarischer Richtung laufen wird.“ Keine zehn Jahre hernach war dieses Experiment selbst in den Augen unitarischer Sachverständiger erledigt. Das einzige Ergebnis blieb auch hier nur schärfstes Mißtrauen, das in den Bundesstaaten gegen die reichspreußische Gewalt zurückblieb. So glaube ich denn an praktischen Beispielen und Urteilengenügend aufgezeigt zu haben, daß erstens der sogenannte bismarckische Föderalismus in Wirklichkeit nur ein Scheinföderalismus ist, und zweitens, daß alle Kräfte, die für ihn und in ihm wirken, keine wahrhaft föderalistischen sind.

Nach dieser Behandlung der negativen Seite soll weiter versucht werden an Hand der alten Triasidee die Möglichkeiten einer Meisterung der heutigen deutschen Frage anzudeuten. Schon 1867 hieß es in einem „Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren“²⁾, in einer Denkschrift des württembergischen Abgeordneten Moritz Mohl: „Wenn die preußische Partei in Süddeutschland sagt, sie wolle keine Annexion, sondern nur ein Bundesverhältnis, so erwidern wir: Ein Bundesverhältnis ist eben durchaus unvereinbar mit den ersten Menschenrechten, der Würde und den Interessen eines Volksstammes, wenn es den letzteren in ein Vasallenverhältnis zu einem anderen bringt. Nur bei vollkommener und wirklicher Gleichberechtigung aller Volksstämme ist eine befriedigende Bundesverfassung denkbar; jede andere solche Verfassung ist eine Verletzung der untergeordneten Stämme, welcher uns zu unterwerfen wir in Süddeutschland aufs entschiedenste ablehnen müssen. So wenig

¹⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“ Seite 530.

²⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Seite 280.

der Aargau oder das Waadtland wieder unter bernische Oberherrschaft sich beugen lassen würden, ebensowenig wollen wir die Untertanenländer irgend eines anderen Staates in irgendwelcher Form sein.“ Und gerade diese Frage der Gleichberechtigung war es, die die Hauptvertreter des Gedankens eines dreigliederigen Bundesdirektoriums, der unbedingt national deutsch gesinnte König Max II. von Bayern und der bekannte Professor Wilhelm Doenniges, vor Augen hatten. Wie wäre bei dem bekannten Dualismus zwischen Preußen und Österreich es anders möglich erschienen die deutsche Nation zu einigen und dabei die berechtigten Interessen der übrigen Königreiche und Mittelstaaten zu wahren? Gerade die Idee der Vereinigung aller dieser Interessen durch ein dreiteiliges Direktorium, in dem Norddeutschland, Ostdeutschland und Süddeutschland repräsentiert sein sollten, ging von der damaligen bayerischen Regierung aus, die gegenüber dem Dahlmannschen Verfassungsentwurf der Nationalversammlung mit diesem Gegenprojekt eines „Entwurfes von Grundzügen einer nationalen deutschen Bundesverfassung“ aktiv hervortrat, „zur größeren Kräftigung der deutschen Einheit nach außen, zur schnelleren Einigung der verschiedenen Interessen und Rechte der Einzelstaaten nach innen und zur Garantie der konstitutionellen Freiheiten und Rechte des deutschen Volkes sowohl als der deutschen Fürsten.“¹⁾ Damit sollte auch durch die Stimme Süddeutschlands bezw. die Vertretung der Mittelstaaten gerade der Ausgleich zwischen dem Dualismus geschaffen werden. Neben das Nationalparlament sollte ein selbständiges „Hauptorgan“ kommen, der „Reichstag“, der sich aus sämtlichen Vertretern der deutschen Regierungen zusammensetzen sollte, was als „Kollektivsouveränität der deutschen Bundesstaaten“ angesprochen wurde. Dieser Vorschlag wurde in mangelhafter Form 1871 im Bundesrat verwirklicht, der ja wohl das Hauptelement des sogenannten bismarckischen Föderalismus darstellt. Und der Ersatz dieses Bundesrates, seit Weimar genannt „Reichsrat“, hat noch viel geringere Kompetenzen als jener.

Schon seit 1871 war der größte Fehler darin zu erblicken, daß nämlich die deutschen Staaten im Bundesrat nicht alle, ungeachtet ihrer Größe und Bevölkerungszahl, je eine Stimme besaßen, viel mehr Preußen allein schon 17 Stimmen, Bayern 6, Sachsen, Württemberg je 4 usw. Diese Bestimmung mutet nichts weniger als föderalistisch an. Denn gerade diese Repräsentation der Bundesmitglieder war ja um der Wahrung ihrer Selbständigkeit willen ge-

¹⁾ Döberl, „Bayern und Deutschland“, Seite 35.

Schaffen und durch den Bundesrat sollte die Gleichberechtigung der Staaten und nicht die Unterordnung unter den größten zur Geltung kommen. Der württembergische Abgeordnete Moritz Mohl schrieb in der oben schon angezogenen Denkschrift 1877¹⁾: „Den Forderungen der Gleichberechtigung entspricht die Bundesverfassung Nordamerikas und der Schweiz, wo der kleinste wie der größte Bundesstaat die gleiche Zahl von Mitgliedern in das Staatenhaus sendet und dadurch dem Übergewichte der Stimmen größerer Bundesstaaten im Abgeordnetenhaufe ein Gegengewicht entgegengesetzt ist, und wo die Kriegsherrschaft, die Vertretung gegen außen und andere Regierungsmächte nicht das Vorrecht eines Bundesmitgliedes sind.“ Über die Zentralisation schrieb 1848 der bayerische Ministerialrat Wilhelm Weber in seinen „Betrachtungen über die neue Verfassung Deutschlands und deren Ausführung“²⁾: „Zentralisation an und für sich ist noch nicht Kraft, sondern sie vermag letztere nur dann zu geben, wenn sie alle einzelnen Elemente der Volkskraft harmonisch zu einem Ganzen vereinigt und der exekutiven Staatsgewalt eine leichte Benützung und Handhabung derselben gestattet. Wo dieser harmonische Zusammenhang fehlt, wo die einzelnen Teile ungern und widerwillig dem zentralen Bande folgen oder wo deren Verbindung oder Benützung an lästige und schwerfällige Formen geknüpft ist, da ist Zentralisation nicht Macht, sondern Unmacht — ein fortgesetzter Kampf der territorialen Gewalten mit der Reichsgewalt, der beide Teile zur zunehmenden Entkräftung verurteilt.“ Die Praxis dieser Ausführungen erleben wir heute mustergültig in dem latenten Existenzkampf Bayerns gegen die reichspreußische Gewalt in allen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belangen! Und wenn damals 1848 auch der Schweizer Staatsrechtslehrer Bluntschli die preußische Hegemonie für Deutschland ablehnte und die Feststellung machte:³⁾ „Wollten schon früher die Bayern nie österreichisch werden, so wollen sie jetzt gewiß nicht preußisch werden“, so steht gerade ihm als Schweizer ein sachverständiges Urteil zu. Wohl findet der sogenannte „Kantönlicheist“ in manchen deutschen Kreisen nur ein bemitleidendes, oft verächtliches Lächeln und doch, er allein ist der Kern der wahren, wurzelechten und maßvollen, dafür aber auch weniger hysterischen, d. h. nationalistischen Heimatliebe. Und gerade dieser „Kantönlicheist“ ist es, der in der Schweizer Eidgenossenschaft von 1848, in dem urwüchsigen Patriotismus, der das Schweizer Land voll erfüllt, zur

¹⁾ daselbst, Seite 280. ²⁾ Döberl, „Bayern und Deutschland“, Seite 115.

³⁾ daselbst, Seite 116.

Geltung kommt. Gerade in diesem altdeutschen Lande gelangt das echt deutsche bündische Prinzip in seiner besten Gestalt zum Ausdruck, wie es sich in den großen deutschen Bündnissen der Vergangenheit, dem Rheinischen Städtebund, der Hanse und herunter bis zum Deutschen Bund in der deutschen Nation stets auswirkte. Sollte die heutige deutsche Generation wirklich so verhezt, so durch die preußisch-deutsche Geschichtsklitterung verführt sein, daß sie ruhig und ohne neidischen Blick auf dieses ausgeglichene deutsche Verfassungsleben der Schweiz sehen kann und trotzdem für das eigene deutsche Haus den Zentralismus wählt, dessen unzertrennbarer Schatten jene chauvinistische Weltmachtpolitik ist, die uns Bismarck durch die Auswirkung seines Werks gegen sein eigenes Wollen gewiesen und die uns heute an den Rand des Abgrundes gebracht hat?

Prof. Rösler charakterisiert in seiner schon öfters erwähnten Arbeit das überspannte Nationalitätsprinzip und die Zentralisation in hervorragender Weise (S. 47): „Das Nationalitätsprinzip führt zurück auf den Naturzustand der Völker, der sie untereinander verfeindet und dem Recht, dem Christentum, entgegenwirken muß. Die ewige Weisheit Gottes wollte ein Reich als Grundlage der Christenheit, nicht eine Reihe von Nationen, die untereinander wie Raubtiere leben. Die Nationalität sollte dem Reiche untergeordnet sein und es sollte Nationalitäten verschiedenen Wertes und verschiedenen Ranges geben. Das Nationalitätsprinzip begünstigt ungemein die Zentralisation des Staatslebens. Ein zentralisierter Staat gleicht einem Athleten, der alle Kraft des Körpers in einem Punkte, in den Armen oder Beinen sammelt und dem Körper im ganzen entzieht. Athleten haben eine kurze Periode außerordentlicher Kraft; sie haben aber in der Regel ein kurzes Leben oder Siechtum im Alter.“

Im Oktober und November 1848 hatten, veranlaßt vom König von Württemberg, Verhandlungen zwischen diesem, dem König von Bayern und Friedrich Wilhelm IV. von Preußen begonnen, die bezweckten, die Einigung der drei Königreiche auf dem Boden eines „Direktoriums der drei Kronen“ anzubahnen, sowie dessen Rechte im einzelnen wie auch die diesbezüglichen Verfassungsbestimmungen festzusetzen. Auch diese Besprechungen zur Begründung einer provisorischen Zentralgewalt gingen ungefähr in der Richtung der Trias. Abgesehen von den persönlichen Mängeln des von Württemberg bestellten Unterhändlers, an wem scheiterten sie und warum? Gegen die ausgesprochene Überzeugung und den Willen des Königs Friedrich Wilhelm IV. setzte das preußische Ministerium sich durch, wie

Prof. Döberl treffend ausführt, „noch mehr in der Erwägung, man müsse Herr der Situation bleiben, man dürfe den historischen Augenblick für eine Machterweiterung Preußens nicht unbenuzt vorübergehen lassen im Interesse der künftigen Stellung Preußens in Deutschland . . .“ „Die Minister glaubten diesen Interessen besser zu dienen durch kluge Ausnutzung des Frankfurter Parlaments als im Bunde mit den deutschen Königen.“ Dazu schrieb um diese Zeit der preußische Bevollmächtigte von Camphausen an den preußischen Minister des Äußeren von Bülow:¹⁾ „Uns heißt die National-Versammlung nicht mehr. Das wäre schön, wenn wir sie jetzt degradieren sollten, damit sie Wittelsbach oder Hannover oder Sachsen nicht beiße. Es kann noch etwas aus der Sache werden; wird aber nichts daraus, so soll die deutsche Einheit scheitern an Bayern oder Hannover oder Sachsen, an allen anderen, nur nicht an Preußen. Bis zum letzten Augenblick können und wollen wir sagen: An uns liegt es nicht, wir sind bereit. Man ist noch nicht Kaiser von Deutschland, weil Frankfurt die Krone anbietet, aber wir können durch die Offerte nur gewinnen, nicht verlieren.“ Auch hier ist wiederum deutlich als Charaktermerkmal der preußischen Politik ihre Ablehnung frühzeitiger Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage mit den übrigen deutschen Königreichen auf dem Boden der Gleichberechtigung erkennbar, weil damals wie seit den Zeiten Friedrichs des Großen ihr Leitmotiv das Hegemonialstreben bildete. So scheiterte an Preußen der föderalistische Trias-Gedanke, dessen Wurzeln freilich, wie Geheimrat Döberl nachweist, viel weiter zurückreichen als in die Zeit von 1848. Schon Goethe hat 1778 ein Gutachten verfaßt, das die Forderung enthielt, außer Österreich und Preußen solle sich das dritte und reine Deutschland zusammenschließen, um sich gegen die Tyrannei der „Nebenlieger“ (Österreich und Preußen) zu schützen.²⁾ Diese Triasidee wäre auch einmal fast tatsächlich, wenigstens vorübergehend in der Praxis angewandt worden und zwar im Juli 1848 sogar durch die Frankfurter Nationalversammlung. Es sollte ein dreigliedriges Direktorium gebildet werden, bestehend aus je einem Vertreter Österreichs, dieses repräsentiert durch Erzherzog Johann, Preußens, repräsentiert durch Prinz Wilhelm und der Mittelstaaten, repräsentiert durch Prinz Karl von Bayern. Dieses Triumvirat, das auf einen Gedanken Heinrich von Gagerns zurückging, wurde fallen gelassen, um kein Präjudiz zu schaffen für die von Bayern vertretene wahre Triasidee! Dem li-

¹⁾ a. a. O., Seite 95. ²⁾ a. a. O., Seite 45.

beralen Unitarier Gagern wäre eine auch nur teilweise Ähnlichkeit der provisorischen Zentralgewalt der „souveränen“ Nationalversammlung mit den vom „Königreich Bayern“ vertretenen Ideen ein unerträglicher Zustand gewesen. Was als bayetische Aufgabe von den bayerischen Verfechtern des Triasgedankens angesehen wurde, kommt in einer Gesprächsskizze jener Zeit, die von Döberl veröffentlicht wird, deutlich zum Ausdruck: ¹⁾ „Es springt in die Augen, daß Bayern in seiner gegenwärtigen Lage berufen ist, zwischen Österreich und Preußen oder neben ihnen eine leitende Rolle in Deutschland zu übernehmen. Bayern ist in der Tat die dritte Macht Deutschlands und die einzige wahrhafte Macht unter den deutschen Staaten, welche rein deutsch und ganz zu Deutschland gehörig, d. h. mit all seinen Provinzen ein Bestandteil des Deutschen Bundes ist. Österreich und Preußen haben wesentliche, in erster Linie europäische Interessen, stehen mit einem Teil ihrer Länder außer Deutschland und werden nie ganz deutsch werden. Sie bilden daher zum großen Teil nur die Brücke, auf welcher deutscher Einfluß zur Herrschaft über europäische Länder kommt. Ihre inneren und äußeren Verhältnisse sind derart, daß sie nie ein ausschließlich deutsches Recht und deutsches Interesse vertreten können. Bayern steht den mittleren und kleineren Staaten Deutschlands viel näher; es teilt mit ihnen dieselben staatsrechtlichen Zustände, die Grundlage von Verfassungen, es teilt mit ihnen das Bedürfnis, der Anarchie und der Schwäche der Regierungen durch bestimmte Reformen und konservative Grundlagen entgegenzutreten. Es ist die stärkste, geordnete Macht unter den Mittelstaaten, welche noch einen Halt für die anderen darbietet. Die erste Aufgabe Bayerns ist also naturgemäß, als leitende Macht Deutschlands, namentlich in allen inneren und äußeren Fragen des Deutschen Bundes neben den beiden Großmächten aufzutreten.“

Wenn wir uns aber heute die tatsächliche Lage, die geographische sowohl wie die politische, vergegenwärtigen, so werden wir finden, daß sie sich seit jener Zeit völlig veränderte. Aber Grund und Ursache der ganzen deutschen Frage, die Verschiedenheiten der Staatsnationen der deutschen Völkergemeinschaft, sie sind geblieben. Und hier wieder blieb in erster Linie, obwohl der heidnisch-machtpolitische Geist des Preußentums wie die Pest die ganze deutsche Nation verseuchte, ohne daß aber Preußen in Deutschland aufgegangen wäre, jener Trennungsschritt zwischen Nord und Süd wie vor 100 Jahren trotz aller künstlichen und natürlichen Klammern bestehen. Aber nicht nur zwischen Nord

¹⁾ a. a. O., S. 14.

und Süd, vielmehr im Norden selbst eitern die Wunden, die Bismarck 1866 der deutschen Nation schlug, weiter. Selbst Meinecke muß feststellen¹⁾: „So wirkte hinter dem neuen Gegensatz des agrarischen und des industriellen Deutschlands in der Tiefe immer noch der alte Gegensatz zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland fort. Pfizers Worte von 1832 finden in diesem noch heute ein Echo. Es ist freilich insofern anders gekommen, als er es damals besorgt hat, da ja nicht das preußische Volk in seiner Gesamtheit es ist, das durch seine Parlements-herrschaft das übrige Deutschland niederdrückt.“ Meinecke kann Recht haben, vielleicht ist es nicht das preußische Staatsvolk in seiner Gesamtheit, sondern der spezifisch preußische Staats- und Machtgeist, der das übrige deutsche Volk knechten will. Er selbst steckt, vielleicht unbewußt, mitten drin unter den „innerlich Angeglichenen“. Entgegen den bayerischen Triasideen von 1848, die keine organisatorische Dreigliederung, d. h. also keinen Bund im Bunde haben wollten, vertrat 1830 Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutscher“ die sogenannte „reine Trias“, da Deutschland in drei Ländermassen zerfalle, in Österreich, Preußen und die Mittelstaaten als die „rein deutschen Staaten“. Der hervorragendste Vertreter des großdeutschen und föderalistischen Prinzips, Konstantin Frantz, gab 1879 diesem Gedanken klassischen Ausdruck²⁾: „Grundlage und Ziel des Werkes von 1866 war falsch. Die natürliche Scheidung innerhalb Deutschlands ist die nach Nord und Süd, getrennt durch die Mittelgebirge, mit den beiden Kolonialreichen Preußen und Österreich. Daß West- und Süddeutschland unter Ausscheidung Österreichs von Preußen beherrscht werden, ist völlig unnatürlich. Schon im früheren Preußen wäre Abtrennung des Westens und bloße Personalunion das Richtige gewesen. Preußen hat sich als Ostseestaat anzusehen; Berlin, das keine deutsche Hauptstadt ist (eine Hauptstadt für Deutschland kann es überhaupt nicht geben), könnte als Zentralstapelplatz der deutschen Kultur für das nordöstliche Europa Bedeutung haben . . . Das alte Deutsche Reich muß zu einem mitteleuropäischen Bund erweitert werden: Preußen östlich der Elbe und Deutsch-Österreich zu Schutz und Trutz mit dem westdeutschen Staatenkörper verbunden; Holland, Belgien und die Schweiz schließen sich wohl bald an, ein Friedenssystem, desgleichen die Welt noch nie gesehen . . . Keine Macht der Erde würde diesen Bund anzugreifen wagen, der andererseits selbst keine aggressiven Tendenzen verfolgen könnte.“ Hatten diese Ver-

¹⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“ Seite 525.

²⁾ „Großdeutsch-Kleindeutsch“ von Prof. Rapp, Seite 287.

treter der „reinen Trias“ unrecht? Die Arrondierung des preußischen Staates von der Memel bis zum Rhein ist nicht gelungen. Heute, nach über einem halben Jahrhundert Probezeit, liegt es klar zu Tage, daß Konstantin Franz recht behielt, als er nach den Annexionen von 1866 den preußischen Staat auf seine Konsistenz prüfte und zu folgender Beurteilung kam¹⁾: „Ich behaupte das Gegenteil, denn die neuen Provinzen, Hannover und Hessen, die hier als Lückenbüßer dienten, werden hinterher als eine Dissolvenz wirken. Möchte auch die dortige Bevölkerung ihr Hannovertum und Hessentum vergessen, preußisch wird sie sich niemals fühlen. Denn nachdem man dort von Berlin aus deutschnationale Tendenzen vorgeschützt, werden diese Bevölkerungen auch schlechtweg deutsch sein wollen und so nur dazu dienen, auch in den Westfalen- und Rheinländern, die ihnen innerlich viel verwandter sind, als den Brandenburgern, Pommern usw. das preußische Gefühl abzuschwächen und das rein deutsche Gefühl zur Herrschaft zu bringen. Was heißt das aber, als daß dann zwischen der westlichen Hälfte der Monarchie und der östlichen Hälfte, wo das spezifische Preußentum vorherrscht, eine innere Spannung entstehen wird, die sich bald genug zum Gegensatz steigern würde?“ Heute sehen wir lebhafter wie nie zuvor in Hannover, Niedersachsen und Hessen, in den Rheinlanden und Westfalen, noch zurückgehalten durch die Bedrängung der Franzosen von außen und wegen der Unfähigkeit aller bisherigen Reichsregierungen seit der Revolution den Lebensbedingungen der außerpreußischen übrigen deutschen Staaten gerecht zu werden, die Selbstständigkeitsbestrebungen im Rahmen der deutschen Nation zu einer mächtigen Flamme emporlodern. Wohin geht dies Streben? Es ist nicht allein volle Autonomie, d. h. Selbstverwaltung etwa im preußischen Staatsverband, was diese Gebiete erstreben, vielmehr läßt der Ruf „Los von Preußen“, erkennen, daß sie ihre volle Souveränität wie vor 1866 wiedererlangen wollen. Wir deutsche Föderalisten sind verpflichtet, diese deutsche Freiheitsbewegung mit allen Mitteln zu fördern, denn gerade sie ist es, die die zukünftige Lösung der deutschen Frage vom föderalistischen großdeutschen Gesichtspunkte aus ermöglicht. Dieses Ziel erkannten auch schon unsere Gegner, jene bismarckischen quasi-Föderalisten; daher ihr Kampf gegen diese Bestrebungen. Meinecke zum Beispiel erkennt wohl diese spontane Freiheitsbewegung an²⁾ und glaubt — die Hoffnung dürfte bei ihm Vater des Gedankens sein — „die Autonomie-

¹⁾ „Deutschland und der Föderalismus“, Seite 109.

²⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“, Seite 541, 542

forderung der Provinzen nicht niederdrücken zu können;“ er wünscht sie aber nicht. Und er empfiehlt ihr sehr, sehr weit entgegenzukommen, soweit es sich um „Dezentralisation der Verwaltung“ handelt! Den preußischen Staat will er nicht zerschlagen sehen und zwar, weil „er die Auflösung einer großpreußischen Schul- und Unterrichtsverwaltung für ein Unglück halten würde.“ Damit sei gegeben, daß er auch die Auflösung des großpreußischen Staatsverbandes in absehbarer Zeit nicht wünschen könne! Aber was sind denn dann seine Zugeständnisse in der „Dezentralisation“? Er behauptet, die ganze Freiheitsbewegung ziele darauf hin, ihr Land durch ein eigenes bodenständiges Beamtentum verwalten zu lassen. Freilich ist das ein Haupt- und Mitgrund der ganzen Bewegung, keineswegs aber der einzige Grund. Und wie findet Meinecke sich mit ihm ab? Deutlich erkennen wir die prinzipielle Stellung und die Geistesverfassung nicht allein Meineckes, vielmehr der ganzen preußisch-deutschen Richtung (S. 543): „Leider werden auch gewisse Zugeständnisse in der autonomen Bildung ihres eigenen Beamtentums nicht zu umgehen sein.“ Er hofft, die Provinzen werden „nicht engherzig sein“ und bei der Auslese ihrer Beamten diese auch oft von außerhalb holen! „Aber so unbedingt verlassen kann man sich darauf doch noch nicht.“ Damit empfiehlt er, die Menschen bezw. hier die Beamten, „in und an vielerlei Landschaften abzuschleifen.“ Doch wir bekommen auch Klarheit über das eigentliche Ziel: „Kurz die Übergangszeit, bis zur vollendeten Selbständigkeit der Provinzen, bis zum vollkommenen deutschen Einheitsstaate kann noch recht dornenreich und auch recht lang sein und schiebt die eigentliche Lösung der Aufgabe, den preußischen Gesamtwillen unschädlich zu machen, unseren Enkeln zu.“¹⁾ Da muß ich denn doch Herrn Meinecke seine Sorge vermehren. Diese Aufgabe ist nicht nur dornenreich und von recht langer Dauer, vielmehr, so lange Bayern in der deutschen Nation weilt, sind alle Hoffnungen auf diesen Einheitsstaat eitel. Dafür wird gesorgt! Denn wir Bayern lehnen die preußisch-deutschen Geistesströmungen ab und halten uns lieber an jene weiße Voraussicht wie sie z. B. ein deutscher Föderalist Professor Rösler besaß, der 1893, damals freilich noch tauben Ohren, predigte: „Gegen die Zentralisation nach französischem Vorbilde mußte das deutsche Volk sich aufs äußerste wehren, wenn es sich vor Eroberungen und vor dem Dahinschwanken von einer Revolution in die andere in der Weise Spaniens und Frankreichs bewahren will.“²⁾

¹⁾ a. a. O. 544.

²⁾ „Die deutsche Nation und das Preußentum“ S. 50.

Welcher Art aber noch jene „innerlich angeglichenen“ Preußen sind, deren Kampfstellung gegen den deutschen Föderalismus aus wirklich nationalen Gründen — die eigentlich urfächlichen sind allgemein nur zu wohl bekannt — unverständlich erscheint, zeigen folgende Erwägungen. Irland hat nach sechshundertjährigem Kampf seine Freiheit erobert und ist nun bereit als selbständiger Staat in freier Assoziation in allen Angelegenheiten, welche zwischen zwei Staaten, die so nahe beieinander wohnen, besprochen werden müssen, mit England zusammenzuwirken. Seine volle Selbständigkeit ist von England anerkannt. Darüber schrieb die „Frankfurter Zeitung“ als von einer „wahrhaft großen Tat“. Das deutsche Schwesterblatt des „Manchester Guardian“ der dem irischen Freiheitskampf vollstes Verständnis entgegenbringt, teilt diese Sympathie wie folgt¹⁾: „Er (der Kampf zwischen irischem und englischem Volk d. V.) ist zu Ende gekommen in einem wirklichen Geiste des Friedens. Das macht dieses Ereignis, abgesehen von seiner außerordentlich politischen Wichtigkeit in moralischer Beziehung bedeutungsvoll für alle Völker.“ Hier beginne ich Konsequenzen zu verlangen, Konsequenzen, die sich logisch in Anwendung auf die deutsche innerpolitische Lage, die sogenannte „deutsche Frage“, von selbst ergeben.

Bayerisches Staatsgebiet ist doppelt so groß als Irland, die Bevölkerungsziffer Bayerns beträgt nicht ganz das Doppelte derjenigen Irlands. Im Jahre 1700 betrachtete England Irland noch als Kolonie, als der blutige irische Freiheitskampf bereits 100 Jahre währte. Bayern feierte in seinem heutigen Gebiet schon hundertjähriges Bestehen, sein Herrscherhaus ist 700 Jahre lang innig mit seinem Volke verbunden! Warum ich diese Vergleiche bringe? Um nicht Orientierten die Entgegnung zu schenken. Nach diesen kurzen vergleichenden historischen Feststellungen, erinnere ich an die seit 1866 latente deutsche Frage. „Das eine steht jedenfalls fest“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“ hinsichtlich des irisch-englischen Friedens, „die englische Regierung ist in überaus großzügiger Weise verfahren. Sie hat sich nicht gescheut, bis an die äußerste Grenze zu gehen, die durch die Notwendigkeit, das Reich zu erhalten, gezogen wird.“ Es ist nicht wahr, daß sich in den internationalen Dingen das Recht nicht durchsetze. Es hat sich durchgesetzt in Bezug auf Irland. England hat eingesehen, daß die rohe Gewalt für den Zusammenhang seines Reiches eine schlechte Grundlage abgibt. Es hat nach einer Basis des Rechts gesucht, die den Unterworfenen zum gleichgeordneten Faktor erhebt

¹⁾ Frankfurter Zeitung vom 7. Dezember 1921.

und deshalb von diesem anerkannt werden kann.“ Ist nun „rohe Gewalt“, auch wenn noch kein Blut fließt, nicht auch eine schlechte Grundlage zum Wiederaufbau eines demokratisch sich nennenden Staates? Rohe Gewalt nenne ich auch Mißbrauch höherer Gewalt in nationalen Dingen. Noch stehen wir Föderalisten in der Minderheit innerhalb Deutschlands. Noch müssen wir sehen, wie sogenannte Demokraten in der demokratischen Presse z. B. in der „Frankfurter Zeitung“ fremden Völkerrassen im Kampf um das Selbstbestimmungsrecht, sympathisch gegenüberstehen, in der eigenen deutschen Volksgemeinschaft jedoch einem alten Kulturvolk wie uns Bayern das Selbstbestimmungsrecht sowohl wie das Mitbestimmungsrecht am Schicksal der Völkerfamilie bestreiten, obwohl es unser Volk in seiner Mehrheit will. Als Widerstände sich im englischen konservativen Lager gegen den Vertrag über die Freiheit Irlands erhoben, schrieb die doch fortschrittlich gesinnte „Frankfurter Zeitung“: „Fürwahr, hier zeigt sich, daß der Geist des Fortschritts recht behält, daß er ein guter Lehrmeister ist. Allerdings war der Wunsch den Frieden zu bekommen riesengroß. Irland war in den letzten Jahren für England zu einer offenen blutenden Wunde geworden.“ Wo bleibt da die Nutzenwendung auf die Weimarer Verfassung? Besteht der Fortschritt in Deutschland in der Zentralisierung? Oder ist der demokratische Geist des Fortschrittes für Deutschland kein guter Lehrmeister? Und noch eins, muß Bayern, muß der deutsche Föderalismus im Rheinland, Oberschlesien, Hessen, Hannover und Niedersachsen zuerst eine offene blutende Wunde am totkranken deutschen Volkskörper werden, ehe deutsche Demokraten im weitesten Sinne des Wortes diesen Stämmen geben, was man, ohne sie zu befragen, ihnen nahm. „Der irische Friedensschluß wird viel dazu beitragen ihm (Amerika) zu zeigen, daß es europäische Völker gibt, die die Ordnung wollen.“ So die „Frankfurter Zeitung“. ¹⁾ Die Umkehrung ist wohl auf das Deutsche Reich von Weimar anzuwenden!

Warum ich die Haltung der „Frankfurter Zeitung“ und damit die Haltung der deutschen absoluten Demokratie in der irischen Frage festnagelte? Nun, nur um die Gleichheit und Konsequenz in der Anwendung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes auf alle Völker, auch auf die Stammesverwandten, zu fordern und um Gerechtigkeit zu verlangen in der Einschätzung der Volkspsyche gerade in meiner bayerischen Heimat in Anerkennung von bayerischer Tradition,

¹⁾ a. a. O.

bayerischen kulturellen Leistungen und bayerischen militärischen Leistungen in der Geschichte wie auch ganz besonders im Weltkrieg.

Aber nicht nur wir Bayern haben einen Anspruch auf solche Behandlung im wahrhaft demokratischen Sinne. Wir werden uns ob mit oder ohne „Frankfurter Zeitung“ unser Recht schon selber schaffen. Denn unser bayerischer Staat besitzt die Kraft als Kristallisationspunkt für den Süden der deutschen Nation zu wirken. Die wichtigere Frage wird die Neugliederung der sich aus dem preußischen Staatsverbände loslösenden Staaten Nordwestdeutschlands sein. Sie faßte vor nun bald hundert Jahren (1832) schon ein Paul Pfizer ins Auge, als er schrieb¹⁾: „Um auf der Grundlage völliger Rechtsgleichheit den Wiederaufbau Deutschlands zu vollenden, scheint beinahe nichts geringeres erforderlich als eine ganz veränderte Länderabgrenzung und Staateneinteilung in Deutschland. Die preußische Monarchie müßte in einige Staaten von dem Umfange Bayerns oder Sachsens aufgelöst werden.“ Dieser Vorschlag gründete sich auf die Erkenntnis, daß es für einen wahren föderalistischen Bund Grundbedingung sei, daß die sich zusammenschließenden souveränen Staaten von gleicher Größe und Stärke seien, damit kein übermächtiger die Vorherrschaft an sich reißen könne, wie wir es im bismarckischen Reiche schließlich erlebten. Eine solche Neugliederung Nord- und Süddeutschlands ist möglich. Sie anzustreben ist unsere Pflicht. Unsere christliche und föderalistische Bewegung will uns, der deutschen Nation in all ihren Teilen und Stämmen, jene Heimat zurückerobern, die verloren ging durch die Zentralisierung der Staatsmaschine, durch die Zentralisierung des Kapitals in Großindustrie und Finanz, durch die von dieser wieder hervorgerufenen Zentralisierung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften der Sozialdemokratie. Wohl sind wir uns bewußt, daß alle diese Kräfte, die nachrevolutionären regierenden Mächte, uns hindernd im Wege stehen. Denn sie haben alle mehr oder weniger ihre Heimat verloren. Ihre Heimat ist Büro und Werkstatt, ihr Patriotismus — Materialismus! Bei der Mehrzahl zielt rücksichtsloses Schaffen ausschließlich auf den eigenen Vorteil unter der Phrase der Allgemeinheit, des Volkswohls. Freilich nehmen wir die Tatsachen, wie sie sind und wissen wohl, daß eine radikale Umwandlung dieser sogenannten „modernen Kultur“ unmöglich ist. Auch ist es uns einleuchtend, daß kein Land sich mit einer chinesischen Mauer dieser Überkultur auf die Dauer verschließen wird können. Wie aber die Familie die Grundlage der

¹⁾ „Weltbürgertum und Nationalstaat“ von Meinecke, Seite 346, 347.

Gemeinde und diese wieder des Staates ist, so kann dieser Zweckverband nur gesund sein, wenn es jene sind. Und das ist eben der Zweck des Staates, das seine Verantwortung, zu achten auf bestmögliche Gesunderhaltung seiner Glieder. Wenn nun aber einem ehemals souveränen Staate wie Bayern — das Beispiel gilt natürlich ebenso für die anderen deutschen Stämme — durch die einst aus eigenem freien Willen beschlossene Bundeszugehörigkeit im Laufe einer unitarischen Entwicklung der Bundesgewalt die Mittel zur Durchführung dieser Pflichten nach und nach entzogen wurden, so ist es sein Recht und seine Pflicht, diese Mittel und damit seine Staatshoheit zurückzuerkämpfen. Ganz besonders aber, wenn diese Staatsmittel in die Hände von Mächten gekommen sind, die sie im Gegensatz zum christlichen Bayernvolke gegen christliche Kultur und Heimat für ihren eigenen nackten Materialismus verwenden!

Wie aber wird der Staat aussehen, der allein in der Lage ist, diese wiederer kämpfte Souveränität seinem Volke zu bewahren? Allein jenes Volkskönigtum, wie es in „Republik und Monarchie“, dem vorzüglichen Werke Ottos von Teger nsee, geschildert ist, wird dem Staat diese Kraft geben. Allein dieses Volkskönigtum bringt die nötige Macht und Autorität auf, jene Zentralisierung zu verhindern, wie sie schon 1848 vom Frankfurter Parlament durch den „Haufen von Reichskontrolleuren, die uns überall in den Topf hineinschauen“, ¹⁾ versucht wurde und damals schon den Vergleich Bayerns als ein zweites Irland hervorgerufen hat. Und wie tief sind wir im Vergleich zu jener Zeit gesunken! Kulturelle wie wirtschaftliche Belange werden gegen alle Vernunft, gegen den Willen des Bayernvolkes zur Selbstbestimmung von der Zentrale in preussischem Geist und zu preussischem Nutzen gelenkt. Bayern hat aufgehört ein Staat zu sein.



¹⁾ Döberl, „Bayern und Deutschland“, S. 176.

Schluß

Föderalismus & ein Weltproblem

Seitdem der Imperialismus zu Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts seinen Geltungsbereich auch auf Mitteleuropa erstreckte, kann man mit Nitti vom friedlosen Europa sprechen. Mit dem Fortschreiten der modernen Kultur sind aber, wie uns zuletzt der Weltkrieg gezeigt hat, alle Möglichkeiten einer künftigen Entwicklung der Kampfesmittel und Kampfesweise eines Zukunftskrieges grell beleuchtet worden. Soviel ist jedenfalls heute schon sicher, daß mehr noch wie beim letzten Krieg, es nicht auf Mut, Kraft und Gesundheit des einzelnen Volksgenossen ankommt, daß vielmehr, wie der einzelne Mensch zur Arbeitsmaschine im wirtschaftlichen Leben herabgedrückt wurde, diese Überkultur sich in weit größerem Maße auch im Zukunftskrieg auswirken wird. Die weitere Entwicklung der Kampfgase, des flüssigen Giftes, ihre Anwendung durch die sich mächtig entfaltende Luftwaffe — dies alles Errungenschaften moderner Kultur — sie sollten, wenn nicht den Regierungen, so doch den Völkern ein unheimliches Menetekel sein vor künftigen Kriegen, die ein technisches Massenmorden sein werden. Unter diesen Umständen könnte nur Unvernunft oder barbarische Rücksichtslosigkeit, die den Kulturmenschen des Abendlandes, weil er doch für sich ein geistig höheres Niveau in Anspruch nimmt, weit unter die Stufe der sogenannten „Wilden“ stellen würde, zu einem aus Chauvinismus geborenen, leichtfertig verursachten Kriege die Hand bieten. Wie wir aber gesehen haben, ist gerade der Zentralismus oder Unitarismus die organisatorische Form und Grundbedingung zur künstlichen Erzeugung des Nationalismus und dessen machtpolitischer Auswirkung, des Imperialismus, — und dieser bedeutet, wie wir uns von Dr. Lepsius sagen ließen, Krieg.

Der Föderalismus, das im Bereich des Soziallebens angewandte Christentum, soll den einzelnen Völkern und Nationen ihre Menschenrechte und Menschenwürde wahren, die einem jeden Menschen, mag er weiß, braun oder schwarz sein, vom Herrn der Welt, von seinem Schöpfer und Gott, gegeben wurde. Der tiefere Sinn des Föderalismus, sein edelster Teil liegt in den in ihm und für ihn wirkenden christlichen Kräften des Ausgleichs und der Gerechtigkeit. So lange Edelmord und Raubtier in einem Menschheitskreis auf einer Welt beisammen wohnen, ist es wohl unvermeidlich, daß die Wage der Macht auf die Seite der rohen Gewalt ausschlägt. Und doch, trotz dieser Erkenntnis wird bis an das Ende der Tage das Christentum, obwohl auf dieser Erde gehandicapt, seinen Kampf mit den Mitteln des Geistes gegen rohe Gewalt durchkämpfen. Und einmal wird doch das Kreuz siegreich sein! Föderalismus bedeutet Friede, Imperialismus Krieg. Denn in letzterem wirken jene Kräfte, die ohne moralische oder gar religiöse Hemmungen, Machtwahn, Eroberungssucht, Gewaltherrschaft und Selbstanbetung zu ihrem Gotte machen.

Haben wir nicht in der Geschichte die schönsten Beispiele? In einer bayerischen Denkschrift des Jahres 1848 heißt es: ¹⁾ Die vollständige Zentralisation einer großen Nation ist gefährlich, wo nicht geradezu verderblich für ihre Freiheit im wahren, edlen Sinne, für ihre Bildung, für ihren Wohlstand. Wem die Belege zu ferne liegen, welche die Geschichte von Persien, Rom, Byzanz, China hierfür liefern, der lasse sich wenigstens durch die Vergleichen von England und Frankreich belehren. Ganz Frankreich schmachtet unter der Tyrannei von Paris, dessen sittenloser Pöbel unter der Leitung weniger Ehrgeiziger es von einer Revolution in die andere stürzt. Paris zieht die geistigen und materiellen Kräfte des unglücklichen Landes an sich, um sie in sinnlosem Taumel zu vergeuden. Ganz besonders aber widerspricht eine so vollständige Zentralisation der Natur der deutschen Nation. Die Neigung zum Individuellen und Konkreten ist ihr eigentümlicher Bildungstrieb, aus dem die herrlichsten Blüten des germanischen Lebens hervorgegangen sind. Allerdings ist jene Neigung Jahrhunderte hindurch so überwiegend, daß die politische Macht und Größe Deutschlands darunter gelitten hat. Und hierin hat das Einigungstreben der neuen Zeit seinen Ursprung und seine Berechtigung. Aber nimmermehr wird das deutsche Volk jenen Grundzug seines Wesens verwischen und den Reichtum seiner

¹⁾ Döberl, „Bayern und Deutschland“, Seite 120.

Lebenselemente verflachen können, ohne zugleich seiner weltgeschichtlichen Aufgabe untreu zu werden und sich selbst zu vernichten.“ Fürwahr, treffliche Worte. 50 lange Jahre wurden wir treulos an der weltgeschichtlichen Aufgabe der deutschen Nation und — sind zerfallen. Doch wollen wir noch einen Augenblick bei Frankreich verweilen, da gerade diese Republik bis heute zentralistisch geblieben ist, mehr als es zu ihrem eigenen Wohle wünschenswert gewesen. Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit war die Devise der französischen Revolution. Um mit der Brüderlichkeit zu beginnen, bedarf es keiner weiteren Schilderung, inwieweit sie sich bis auf heute im europäischen Völkerkonzert ausgewirkt hat. Zu klar liegt es vor aller Augen, in welch hohem Maße die französische Republik dem Imperialismus verfallen ist. Dabei sind es gerade die Republikaner demokratischen und sozialistischen Einschlages, die in Frankreich ihren Pazifismus als heuchlerische Maske verwenden. Freiheit und Gleichheit sollten herrschen und man unterdrückte aus atheistischer Hemmungslosigkeit kirchliche und religiöse Einrichtungen wie Stiftungen und Klöster. Soweit ist es mit der ältesten und treuesten Tochter der katholischen Kirche, dem katholischen Frankreich gekommen, da es unter die Herrschaft des gottlosen Paris sein stolzes Haupt beugen mußte! Und sowohl im Völkerbundsrat als z. B. auch auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz sahen und erlebten wir, daß es die französische Republik war, die zur, freilich häufig nur, heuchlerischen Entrüstung aller anderen Staaten dem allseits zum Ausdruck gebrachten Friedenswillen entgegenstand. Ist's daher ein Wunder, wenn dieses scheinbar so mächtige und stolze, innerlich aber doch so morsche Frankreich heute schon isoliert dasteht, keine fünf Jahre nach dem Höhepunkt der eine ganze Welt umfassenden Entente cordiale!

Wenn wir das heutige Frankreich als abschreckendes Beispiel des reinen Zentralismus angeführt haben und nunmehr zum großbritannischen Weltreich als praktischem Beispiel eines föderalistischen Staatenbundes übergehen, so muß sofort einer weitverbreiteten oberflächlichen Anschauung entgegengetreten werden. Man wird mir entgegenhalten: was ist allgemeiner bekannt als der großbritannische Imperialismus in seiner kolonialen Außenpolitik? Das ist insofern richtig, als die Dominions und Kronländer, die das heutige Weltreich ausmachen, der Zeit ihrer Gründung, dem 19. Jahrhundert, das Kennzeichen des „Zeitalters des Imperialismus“ brachten. Doch hat sich vieles, nach außen scheinbar wenig zu

Tage tretend, in der inneren Gestaltung dieses britischen Imperialismus verändert, gerade noch während Preußen-Deutschland seinen Imperialismus im Zentrum Europas aufzurichten versuchte. Inzwischen trat noch ein gewichtiger Faktor für die Umgestaltung des „Britischen Imperiums“ — dieser Ausdruck ist berichtigt im Sprachgebrauch der großbritannischen Völkerfamilie, wie auch die Reichskonferenz Ende 1923 gezeigt hat — in eine großbritannische Völkergemeinschaft auf föderativer Grundlage auf den Plan, Amerika, der jetzt übermächtige Rivale. Denn seit dem Weltkrieg hat sich das Bild der außenpolitischen Lage Englands, auch wenn man die allgemeine Inflation auf dem politischen Weltmarkt in Rechnung zieht, zu dessen Ungunsten verändert. Irland und die Dominions wie Südafrika und Kanada, aber auch Ägypten, Indien brachten dem Staatsgefüge des Imperiums in der Vorkriegszeit manche Belastungsprobe, ja Risse. Doch konnte dieses innerpolitische revolutionäre Rütteln gegenüber den mächtigen Stützpfeilern einer klug ausgebauten und nützlichen außenpolitischen Großmachtstellung dem Mutterland nur wenig anhaben. So blieb diese Verfassungsfrage nur ein untergeordnetes Problem. Der Weltkrieg, die in seinem Gefolge eingetretene Inanspruchnahme sämtlicher Kräfte der Glieder Großbritanniens — wir Deutsche erinnern uns noch gerne in Anerkennung der Tapferkeit und Ausdauer der Australier, Kanadier und Royal Scots unter den übrigen Engländern — und die drohende Weltmacht Konkurrenz durch Amerika ließ dem praktisch geschäftsmäßigen Denken und Handeln des Mutterlandes angezeigt erscheinen nunmehr baldigst die Regelung der Beziehungen zu den Dominions in die Hand zu nehmen. Denn so konnte es die außenpolitische Schwächung der Weltstellung durch Regelung des inneren Aufbaues auf dem Wege des wahren Föderalismus, gerecht auszugleichen suchen, freilich nicht auf dem Wege gelehrter Kämpfe in der Theorie und verfassungsmäßiger Majorisierungswirtschaft wie bei uns Deutschen, sondern wie es beim Engländer üblich auf dem Wege der freien Übereinkunft und freien Aussprache. Eine Reichskriegskonferenz vom Jahre 1917 hatte bestimmt, daß nach Kriegsende die endgültige Regelung der innerpolitischen Verfassungsfragen stattfinden habe. Die britische Reichskonferenz vom Juli—August 1921 kam wohl nicht dazu, weil die irische Frage zu dieser Zeit schon Gegenstand von Verhandlungen zwischen England und Irland war und weil weiter die außenpolitische Lage, das Bündnis England-Japan, den Hauptkonferenzpunkt bildete. Aber eine wichtige Kompetenz

hatten sich die Dominions erstritten, nämlich einen ausschlaggebenden Einfluß auf die auswärtige Politik des Mutterlandes. Das ungeschriebene Recht auf selbständige ihre Interessen betreffende auswärtige Beziehungen hatten sie längst schon, wie auch jedes einzelne — Irland erst seit Mitte 1923 — beim Völkerbund vertreten ist und zur Konferenz von Genua eingeladen wurde. So kommt es, daß wie die Reichskonferenz von 1923 erneut bewies, Großbritannien für die Zukunft Weltpolitik machen will und machen muß nach dem Willen seiner Glieder. Seit der Konferenz von 1922 mußte es entsprechend den Wünschen seiner Kolonien nach freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika, mit welchem besonders Kanada und Australien enge wirtschaftliche Interessen verknüpfen, diesen folgen, wie das Freundschaftsverhältnis auf der Washingtoner Konferenz in der Folge bis heute bewies. Im Laufe der Ausführungen haben wir außerdem am irischen Beispiel wertvolle föderalistische Errungenschaften festgestellt, die in der großbritannischen Völkergemeinschaft von besonderer Bedeutung sind, weil Irland, der vielleicht älteste Kulturstaat des Reiches, doch der jüngste Freistaat ist, der die vom föderalistischen Prinzip aus in manchen Punkten durchgebildete Verfassung besitzt und daher auch für die anderen Dominions nach ungeschriebenem Gesetz vorbildlich ist.

Der bekannte irische Delegierte zu den Friedensverhandlungen mit England, Michael Collins, Oberkommandierender der irischen Nationalarmee, auch als solcher von chauvinistischen Irregulären später (1923) erschossen, schrieb nach Unterzeichnung und vor Annahme des Friedensvertrages in den Parlamenten im „Manchester Guardian“: „Ein Zusammengehen unter den vorhergehenden Bedingungen (gemeint ist die volle Souveränität) wäre eine Neuerung auf der Welt. Aber die Welt strebt ja nach solcher Entwicklung und sie ist notwenig, will die alte Welt voll Zwistigkeit sich in eine neue umwandeln voll harmonischen Zusammenwirkens. Denn eine solche gäbe ein Beispiel für nationales Zusammenwirken auf breiterer Grundlage und könnte den Kern bilden eines wahren Weltvölkerbundes. Großbritannien hat jetzt Gelegenheit, die Grundlagen einer solchen Weltordnung zu legen, um vorerst zwischen den Nationen des britischen Gemeinwesens angewandt zu werden.“ Ach könnten solche hochgemute Worte bald auch bei uns gesprochen werden! Wie wir hörten, waren es die tatkräftigen und freiwilligen Leistungen der englischen Kolonien und Provinzen im Weltkrieg, die in ihnen den berechtigten Stolz aufkommen ließen, dem Mutterland in größter

Not unentbehrliche Hilfe geleistet zu haben. Hierdurch wurde der schon früher entzündete Stammesstolz zu Feuer und Begeisterung angefacht und Beweise der Dankbarkeit durch größere Selbständigkeit im britischen Gemeinwesen erwartet. Hatte doch die Welt unter dem demokratischen Freiheitszeichen den Weltkrieg geführt für das sogenannte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“! Der große indische Patriot und asketische Erzieher seines Volkes Gandhi kämpfte und duldete auch in Haft für die Freiheit seines Volkes, dem gegenüber England vielleicht zu lange schon die innerpolitischen Auswirkungen eines überlebten Imperialismus in Zentralisation und Imperialismus betätigte. Einen Erfolg in föderativer Hinsicht errang dagegen der Nationalheld Ägyptens Zaghlul Pascha, der ebenfalls lange in Haft, freigegeben werden mußte und auch die innerpolitische Entwicklung des Königreichs Ägypten in neue Bahnen lenkte trotz aller momentanen Rückschläge. Großbritannien handelt klug, wenn es die wachsenden Glieder seines Weltreiches in kein zu enges Gewand zwingt, ihnen vielmehr allmählich fortschreitend Lebensmöglichkeit für ihren Lebenszweck gibt!

Auch die deutschen Bundesstaaten besinnen sich auf diese Fragen. Auch sie leisteten freiwillig fast Übermenschliches in Kriegszeit, in gemeinsamer Abwehr. Dazu kommt, daß wohl die Kultur des Abendlandes und hier wiederum vor allem die Kultur deutscher Stammesstaaten auf doppelt solange und noch längere Perioden zurücksieht als die der englischen Kolonien. Jedenfalls haben diese ihrem Mutterlande oft geradezu ihre Entstehung, oft lebenswichtige Förderung zu danken, während Deutschland nicht Selbstzweck ist und sein soll, sondern das Volkshaus der deutschen Nation, ihr zu Schutz und Trutz, aus den einzelnen deutschen Kulturstaaten entstanden.

Und wollen wir nun nach dieser kurzen Gegenüberstellung Frankreichs und Großbritanniens in Zentralismus und Föderalismus noch einige Stationen am Weltenweg des Föderalismus festhalten, so fällt unser Blick auf die Vlamen in Belgien, die Slowaken und Deutschen in der Tschecho-Slowakei und die Kroaten und Slowenier im heutigen Jugo-Slawien. Auch hier sind Kampfsplätze zur Austragung des föderalistischen Prinzips. Und überall und einheitlich sehen wir das Ringen geistiger Mächte ohne Gewaltanwendung im Kampf um die wahre, wurzelechte Heimat gegen künstlichen Nationalismus, dessen Wurzel und Nahrung in der unheilsschwangeren heißen und schlechten Atmosphäre der Städte wie Paris, Brüssel, Berlin, Prag und Belgrad liegen.

Nicht das Weltbürgertum wachswiecher Pazifisten, nicht die Hysterie eines undeutschen Nationalismus kann unser Ziel sein.

Wir kämpfen nicht für Illusionen wie das Konglomerat eines pazifistischen Weltreiches, nicht für einen chauvinistischen deutschen Nationalstaat im Herzen Europas, der nur zentralistisch sein könnte.

Unserer Arbeit kurzer Sinn ist:

Echte Vaterlandsliebe kann nur wurzeln in der engeren angestammten Heimat und nur diese ist innerlich wahr und von Dauer. An der nationalen Zusammengehörigkeit wird selbstredend aus Verunsinnst und Nützlichkeitgründen festgehalten.

Daraus ergibt sich ohne weiteres für die Völker deutscher Nation die Notwendigkeit des Föderalismus zur innerpolitischen Gestaltung Deutschlands.

Nur ein solches Großdeutschland, ein defensiver, mächtiger Block im Herzen Europas würde seine eigene ruhige Entwicklung wie das stete Gleichgewicht Mitteleuropas zwischen den verbündeten Panslawisten und französischen Chauvinisten verbürgen.

Und war es Bayerns deutsche Aufgabe seit 1866 durch Bürgerkriege, Kriege nach außen und Revolutionen hindurch der wildumbrandete Fels des Föderalismus zu bleiben, so ist es nur die konsequente Fortsetzung dieser Aufgabe, nunmehr aktiv zu werden und dem christlichen Föderalismus der deutschen Nation zum endlichen Siege zu verhelfen. Das walte Gott!



Nachwort

Rückblickend geziemt es sich den Leser um gütige Nachsicht zu bitten, wenn etwa Stil und Form manchen Mißklang brachten, weil dem Verfasser die schriftstellerische Gabe, wie er wohl weiß, mangelt. Trotz dieser Erkenntnis war es mir im Laufe meiner geschichtspolitischen Studien ein Bedürfnis geworden, was ich selbst an Hand der Tatsachen als Wahrheit erkannte, auf diesem Wege der Öffentlichkeit zu sagen. Wenn ich dabei vielleicht in überreichlichem Maße Gegner und Freunde mit ihren eigenen Worten die Beweise führen ließ, so war der Gedanke dabei maßgebend, auch dem Leser dadurch ein freies Urteil zu ermöglichen und zu bekräftigen, was aus meinem Munde nicht autoritativ dargetan werden konnte.

Je weiter die Studien, je weiter die Arbeit fortschritten, desto klarer wurde mir zu eigener Überraschung, wie richtig und gerade der weltanschauliche Weg vorgezeichnet ist, der die deutschen Föderalisten, mögen sie von Wien, Hannover, Köln oder München an ihre Aufgabe herantreten, zur wahrhaft christlichen und deutschen Nation zusammenführt. Wertvollste Ergänzung, lebende Beweise, wie notwendig der äußere und innere Neuaufbau Deutschlands auf christlicher und föderalistischer Grundlage ist, erhielt ich durch die Erfahrungen der letzten Jahre. Und so sollen gerade wir Bayern, die wir aus Religiosität, aus Heimatliebe, aus gesunder sozialer Erkenntnis die treuesten Vorkämpfer des Föderalismus sind, die notwendige tatenfrohe Tapferkeit aufbringen, die uns zum Sieg verhilft. Drum auf zum Kampf für Kreuz und Heimat. In hoc signo vinces! Denn „es ist der Charakter und dessen Träger der Wille, der das Schicksal bestimmt.“¹⁾



¹⁾ Döberl, „Bayern und Deutschland“, Seite 78.

Kartenbeilage

(Die roten Flächen sind maßgebend)

**I. Karte des deutschen Bundes
1815—1866**

**II. Karte von Deutschland
1866—1871**

III. Karte von Deutschland seit 1918

**IV. Karte des deutschen Sprach-
gebiets**

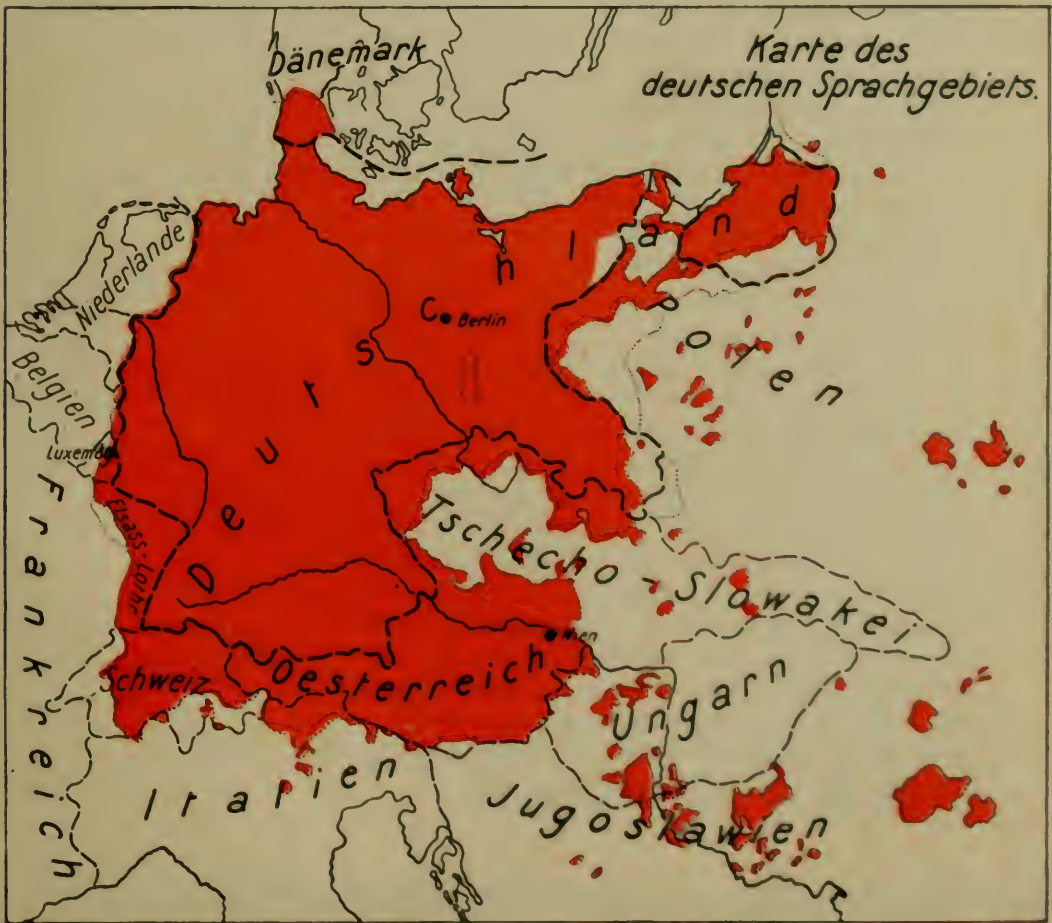


I



II





Republik oder Monarchie

Von Otto Hartmann
(Otto von Tegernsee)

2. verbesserte und vermehrte Auflage. (4.—10. Tausend.)
gr. 8. Statl. Band in festen Umschlag kartoniert M. 1.—.

Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg.

Ein maßgebender Kritiker schreibt darüber:

Das Manuskript Otto Hartmann, Republik oder Monarchie, habe ich mit lebhaftem Interesse gelesen. Es sind fünfundzwanzig Abhandlungen, die sich alle um den Königsgeanken gruppieren, an dem zur Zeit Millionen deutscher Gemüter ihre durch Krieg und Revolution zerbrochenen Ideale wieder aufrichten wollen. Kann zur Zeit kaum ein literarischer Gegenstand auf lebhaftere Sympathie rechnen, als dieser Gedanke, so ist die Form, in welche Hartmann ihn gekleidet hat, geeignet, eine mächtige Propaganda für diesen Gedanken selbst in die Wege zu leiten. Hartmann, der Meister des Stils, der seine Beobachter der Natur und des Lebens, der warme Freund des Volkstums und des Vaterlandes hat hier in einem anziehenden, aus tiefster Seele heraus geborenen Bilde alles vereinigt, was an Ereignissen seit der Revolution jedes vaterlandsliebende Gemüt bewegt hat. Was aber die Hauptsache ist, der Königsgeanke selbst ist nicht mit unklarer Schwärmerel auf dem dunklen Grunde unseres politischen Elendes aufgetragen, sondern er ist mit voller wissenschaftlicher Tiefe in den Wurzeln seines göttlichen Rechtes erfaßt und auch nach der staatsrechtlichen Seite durchaus korrekt und in engster Fühlung mit den Erfahrungen der letzten Jahre glänzend herausgearbeitet. In der Literatur fehlte bisher ein Buch, das so dem innersten Fühlen unzähliger deutscher Bürger und namentlich auch dem idealen Sehnen unserer studierenden Jugend einen machtvoll anregenden Ausdruck lieh. Darum kann Hartmanns Buch nicht bloß auf eine sympathische Aufnahme in weitesten Kreisen und deshalb auf starken literarischen Absatz rechnen, sondern es wird auch dem Königsgeanken selber zu kraftvoller Förderung gereichen und so zu einer patriotischen Tat werden, die allseits ebenso freudig wie dankbar begrüßt werden wird.

Domdekan Dr. F. X. Kiefl.

Großdeutschlands 400 jähr. Niedergang zum Kleindeutschland

Die erste Ursache des heutigen politischen Zusammenbruches. Von **F. E. Hoermann**. In mehrfarbigen Umschlag geheftet und beschnitten M. 1.—. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg.

Stimmen der Presse:

Hier wird ausgehend von Reformation und Dreißigjährigem Krieg, in dem die Grundlagen zum Abfall vom Universalismus und der europäisch-kulturellen Bedeutung des Deutschtums liegen, die von Eifersucht diktierte französische und friderizianische Politik behandelt. Revolution und Napoleonismus brachten das Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der deutsche Bund war nur ein unvollkommener Ersatz dafür, seine Ausgestaltung verhinderte Preußen, sein Ende führte die Bismarckianische Politik herbei. Großdeutschland wurde zum Kleindeutschland reduziert, das durch den preußischen Geist wahrhaft entdeutscht wurde. Das Ende war die Katastrophe von 1918.

Das neue Reich, Wien 1925, Nr. 21.

In einer Zeit der systematischen Begriffsverwirrung, da das die deutsche Einheit bewußt zerstörende Großpreußentum auf Gimpelfang ausgeht, indem es etwa eine sogenannte „Großdeutsche“, inzwischen bankrotte Zeitung schafft, ist es immerhin angebracht, sich die nackten Tatsachen der Vergangenheit ins Gedächtnis zu rufen. Der deutsche Gedanke hat für Preußen nur dann existiert, wenn beider Interessen gleichliefen, wenn man vor allem in ihm machen konnte, sonst ist man getrost ins Gebiet des österreichischen Bruders eingebrochen, „pour sauver l'Alsace“; das heißt: um dem französischen Banditen seinen Raub „Elsatz“ vor der Befreierin Maria Theresia zu wahren. Das Büchlein mag gewissen Deutschen unangenehm sein, das macht nichts. Umso zeitgemäßer ist es. Reicht es ihnen doch die Maske herunter von ihrem engstirnigen Kleindeutschtum.

M. T.

Bayrische Volkszeitung, Nürnberg.

Ich halte diese Schrift, die in knappen Umrissen alles Wissenswerte über eine Neuorientierung der deutschen Politik im Sinne österreichischer Staatskunsttraditionen enthält, für sehr geeignet besonders unter der leider allzusehr von preußischer Geschichtsfälschung verwirrten studierenden Jugend in Massen verbreitet zu werden.

Unsere Jugend. Monatsschrift der freien christlichen Jugendbewegung, Wien.

University of British Columbia Library

DUE DATE

544.384

UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY



3 9424 01276 5712

